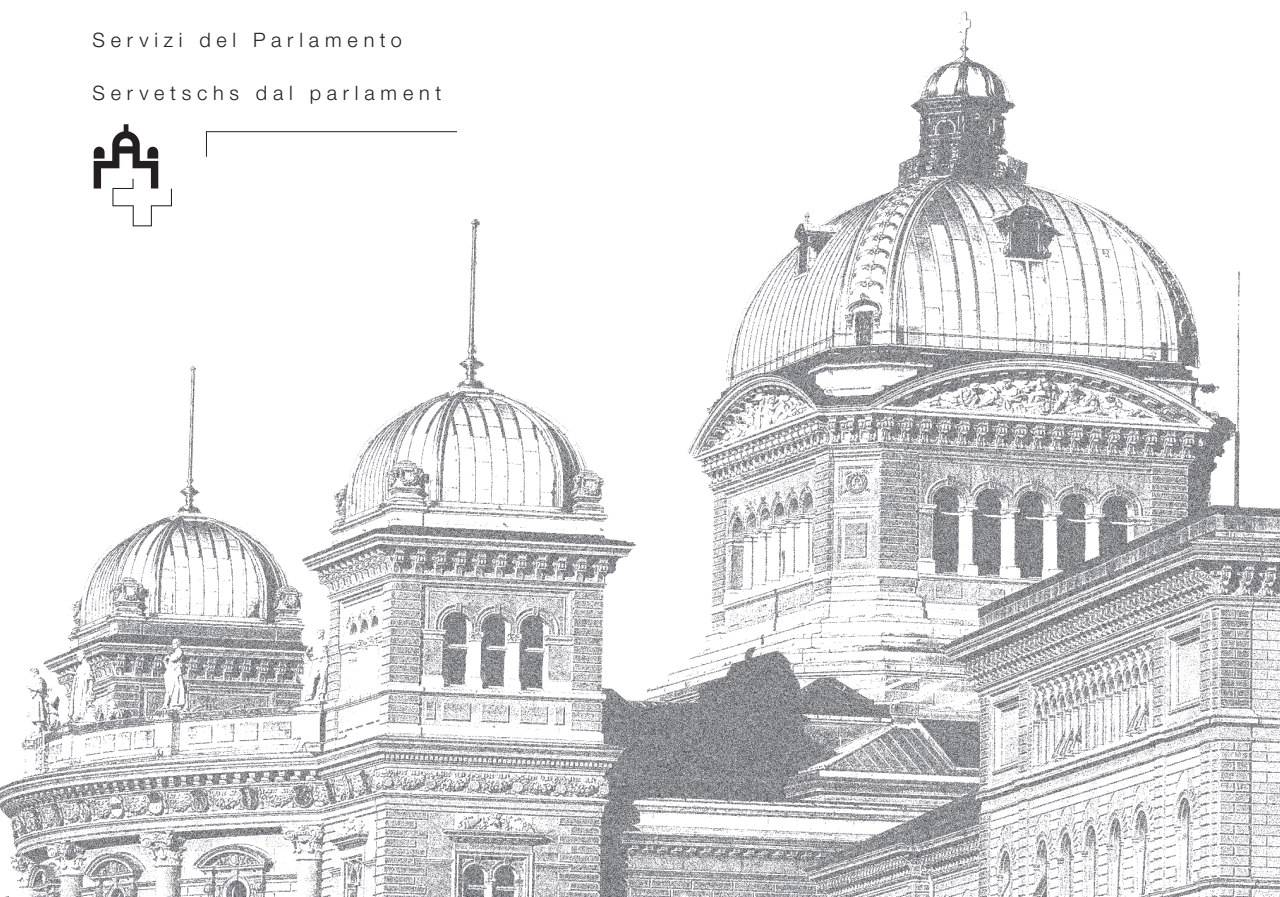


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 07.03.2021

Votation populaire du 07.03.2021

Votazione popolare del 07.03.2021

18.049

**Bundesgesetz über elektronische
Identifizierungsdienste**

Loi sur les services d'identification électronique

**Legge federale sui servizi d'identificazione
elettronica**

VH 18.049

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Biblioteca del Parlamento

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		V
Riassunto delle deliberazioni		VIII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	20.03.2019	1
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	04.06.2019	49
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	10.09.2019	74
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	12.09.2019	96
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	17.09.2019	100
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	23.09.2019	109
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	27.09.2019	111
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	27.09.2019	112
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		113
6. Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)		141
Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)		159
Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica (Legge sull'le, LSle)		177
7. Argumente		195
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		
Arguments		
Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.		
Argomenti		
I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.		

1. Übersicht über die Verhandlungen · Résumé des délibérations

18.049 n Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Botschaft vom 1. Juni 2018 zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste ([BBl 2018 3915](#))

NR/SR *Kommission für Rechtsfragen*

1. Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (EID- Gesetz, BGEID) ([BBl 2018 3989](#))

20.03.2019 Nationalrat. Beschluss abweichend vom Entwurf

04.06.2019 Ständerat. Abweichung

10.09.2019 Nationalrat. Abweichung

12.09.2019 Ständerat. Abweichung

17.09.2019 Nationalrat. Abweichung

23.09.2019 Ständerat. Zustimmung

27.09.2019 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung

27.09.2019 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung

Bundesblatt [2019 6567](#); Ablauf der Referendumsfrist 16.01.2020

18.049 n Loi sur les services d'identification électronique

Message du 1er juin 2018 relatif à la loi fédérale sur les services d'identification électronique ([FF 2018 4031](#))

CN/CE *Commission des affaires juridiques*

1. Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE) ([FF 2018 4105](#))

20.03.2019 Conseil national. Décision modifiant le projet

04.06.2019 Conseil des Etats. Divergences

10.09.2019 Conseil national. Divergences

12.09.2019 Conseil des Etats. Divergences

17.09.2019 Conseil national. Divergences

23.09.2019 Conseil des Etats. Adhésion

27.09.2019 Conseil national. Adoption (vote final)

27.09.2019 Conseil des Etats. Adoption (vote final)

Feuille fédérale [2019 6227](#); Délai référendaire

16.01.2020

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

18.049 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Botschaft vom 1. Juni 2018 zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (BBI 2018 3915)

Wer im Internet Waren oder Dienstleistungen beziehen will, muss sich meistens identifizieren. Dafür gibt es heute verschiedene Verfahren, oft mit Benutzernamen und Passwort. Aber keines der Verfahren ist in der Schweiz gesetzlich geregelt, und für keines übernimmt der Bund die Garantie, dass es sicher und zuverlässig funktioniert. Deshalb haben Bundesrat und Parlament ein Gesetz ausgearbeitet als Grundlage für eine vom Bund anerkannte elektronische Identität, die E-ID. Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen, die Abstimmung findet am 7. März 2021 statt.

Eine korrekte Identifikation im Internet wird immer wichtiger. Die Anzahl Geschäfte, die virtuell abgewickelt werden, nimmt stetig zu. Die Palette reicht vom Ticketkauf für den öffentlichen Verkehr über Bestellungen bei Versandhäusern bis hin zur Nutzung staatlicher Dienstleistungen. Die Bevölkerung soll diese Angebote einfach und sicher in Anspruch nehmen können. Deshalb will der Bundesrat, dass klare Regeln erlassen werden. Dazu hat er an seiner Sitzung vom 1. Juni 2018 zuhänden des Parlaments einen entsprechenden Gesetzesentwurf verabschiedet.

Gemäss der bundesrätlichen Vorlage soll der Staat die amtliche Überprüfung und Bestätigung der Identität einer Person vornehmen. Die Entwicklung und Ausstellung der konkreten technologischen Träger der digitalen Identität soll der Staat jedoch privaten Anbieterinnen, sogenannten Identity Providern (IdP), überlassen.

Die IdP und deren Lösungen soll der Staat in einem strengen Anerkennungsverfahren überprüfen und regelmässig kontrollieren. Dies soll von einer Anerkennungsstelle im Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) sichergestellt werden.

Bei der Handhabung und Verwendung der digitalen Identität sollen die geltenden Datenschutzbestimmungen eingehalten werden. Die Personenidentifikationsdaten dürfen Dritten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Kundinnen und Kunden weitergegeben werden.

Die bundesrätliche Vorlage sieht ferner vor, dass die E-ID nicht an Dritte übertragen werden darf, und dass die Inhaberin oder der Inhaber einer E-ID die gemäss den Umständen notwendigen und zumutbaren Massnahmen zu treffen hat, damit die E-ID nicht missbräuchlich verwendet werden kann.

Verhandlungen

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID) (BBI 2018 3989)

20.03.2019	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf
04.06.2019	SR	Abweichung
10.09.2019	NR	Abweichung
12.09.2019	SR	Abweichung
17.09.2019	NR	Abweichung
23.09.2019	SR	Zustimmung
27.09.2019	NR	Annahme in der Schlussabstimmung
27.09.2019	SR	Annahme in der Schlussabstimmung

Bundesblatt 2019 6567; Ablauf der Referendumsfrist: 16.01.2020

Die Vorlage wird im **Nationalrat** erstmals während der Frühjahrssession 2019 beraten. Eine rotgrüne Kommissionsminderheit stellt den Antrag, den Entwurf an den Bundesrat zurückweisen, mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, in der die Ausstellung einer E-ID als öffentliche Aufgabe festgeschrieben wird, die mittels Leistungsauftrag an Private übertragen werden kann. Die Ausgabe eines Passes sei Aufgabe des Staates, sagt die Minderheitssprecherin Min Li Marti (S, ZH). "Warum sollte das anders sein, wenn es ein elektronischer Pass ist?" Wenn der Staat sich das nicht zutraue, komme das einer Selbstaufgabe gleich. Die Gegner des Rückweisungsantrags weisen aber darauf hin,

dass die Privatwirtschaft naturgegeben näher an den Nutzern und den digitalen Technologien sei, und dass der Staat ja nach wie vor Teil der Lösung wäre, da die Identifikation über eine Schnittstelle beim Fedpol erfolgen soll. Der Rückweisungsantrag scheitert schliesslich mit 131 zu 53 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Der Nationalrat ändert die Vorlage des Bundesrates in der Detailberatung in mehreren Punkten ab. Eine bedeutende Anpassung ist die Pflicht der Herausgeber der E-ID, allen Personen eine E-ID auszustellen, welche die persönlichen Voraussetzungen erfüllen. Bundesrätin Keller-Sutter warnt vergeblich vor einem "Vertragszwang". Der Nationalrat will zudem im Gesetz festschreiben, dass überall dort, wo ein Pass oder eine Identitätskarte beantragt werden kann, ebenfalls die Möglichkeit geschaffen wird, sich für eine E-ID anzumelden. Daten sollen des Weiteren, so der Wille des Nationalrates, an Dritte weitergegeben werden können, wenn diese für den Identity Provider in dessen Auftrag die Datenbearbeitung vornehmen.

In der Gesamtabstimmung nimmt der Nationalrat den Gesetzesentwurf mit 128 zu 48 Stimmen bei vier Enthaltungen an. Gegen den Entwurf stimmt, bis auf eine Stimme, die geschlossene sozialdemokratische und die geschlossene grüne Fraktion.

Im **Ständerat** beantragt Anita Fetz (S, BS) während der Sommersession 2019, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag eine Vorlage auszuarbeiten, in der die Ausstellung einer E-ID als öffentliche Aufgabe festgeschrieben wird und eine Verwaltungseinheit mit der Ausstellung derselben beauftragt wird. Es brauche eine sichere und vertrauenswürdige elektronische Identifikation, sagt sie. "Genau so wie der rote Pass muss auch die digitale ID eine staatliche Aufgabe sein." Das Vertrauen in den Staat sei grösser als in private Anbieter. Bundesrätin Keller-Sutter verweist jedoch auf Erfahrungen im Ausland: Staatliche Lösungen würden kaum genutzt. Sie liessen sich nicht rasch genug an die technologische Entwicklung anpassen. Die E-ID sei zudem kein digitaler Pass, sondern ein qualifiziertes Login. Der Rückweisungsantrag scheitert schliesslich mit 32 zu 7 Stimmen.

In der Detailberatung folgt der Rat dem Antrag seiner vorberatenden Kommission und überträgt die Aufsicht über die Anbieter von elektronischen Identitätsdienstleistungen nicht, wie im bundesrätlichen Entwurf vorgesehen, einer Stelle innerhalb der Bundesverwaltung, sondern einer unabhängigen Kommission (EIDCOM). Mit dieser unabhängigen Aufsichtsbehörde sollen das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in die E-ID und die Sichtbarkeit der Rolle des Staates gestärkt werden. Der Ständerat will zudem im Gesetz festhalten, dass der Bundesrat eine Verwaltungseinheit damit beauftragen kann, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen. Ausserdem soll sich der Bund - um den Zugang zu einer E-ID für breite Bevölkerungskreise sicherzustellen - an Unternehmen beteiligen welche E-ID ausstellen. (Gemäss der bundesrätlichen Vorlage wäre dies nur möglich gewesen, wenn es keine anerkannten Aussteller für die höheren Sicherheitsniveaus gibt.) Auch streicht der Ständerat das Verbot, die E-ID auf Dritte zu übertragen, aus dem Gesetzesentwurf, ebenso die dort explizit festgehaltene Sorgfaltspflicht für die Nutzerinnen und Nutzer. Zudem verschärft der Ständerat die Vorschriften zur Datenweitergabe: Identity Provider sollen Daten nicht an Dritte weitergeben und sie auch selber nicht zu anderen Zwecken nutzen können.

Die kleine Kammer nimmt die Vorlage in der Gesamtabstimmung schliesslich mit 33 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.

Der **Nationalrat** hält in der Herbstsession 2019, dem Bundesrat folgend, am Verbot der Übertragung der E-ID auf Dritte und der expliziten Sorgfaltspflicht fest. Er verwirft auch die Einsetzung einer unabhängigen Kommission. Die EIDCOM bringe keinen Mehrwert aber mehr Bürokratie und höhere Kosten, sagt Christa Markwalder (R, BE) stellvertretend für die Ratsmehrheit. Während der Ständerat die Weitergabe der Daten an Dritte verbieten will, will der Nationalrat die Datenbearbeitung durch Dritte unter Umständen zulassen. Die Arbeitsteilung innerhalb eines Konzerns oder die Kundenunterstützung würden sonst verunmöglicht. Ebenfalls noch keine Einigung zwischen den Räten gibt es über die Bedingungen, unter welchen eine Verwaltungseinheit ein E-ID-System betreiben und E-ID ausstellen darf. Der Nationalrat beharrt darauf, dass dies, wie im bundesrätlichen Entwurf vorgesehen, nur möglich sein soll, wenn es keine anerkannten Aussteller für die höheren Sicherheitsniveaus gibt.

Die Vorlage geht noch während der Herbstsession zurück in den **Ständerat**. Dieser stimmt der expliziten Sorgfaltspflicht zu, will aber weiterhin das Verbot der Übergabe der E-ID auf Dritte aus der Vorlage streichen. Er beschliesst zudem, dass für Logins und andere elektronische Identifizierungen, bei denen zur Identifizierung ein niedriges Sicherheitsniveau angewendet wird, eine Alternative zur E-ID zur Verfügung stehen muss.

Auch bei der Datenbearbeitung durch Dritte sucht der Ständerat den Mittelweg. Er beschliesst, dass Dritte Daten in dem Rahmen bearbeiten dürfen, in dem sie auch vom Aussteller der E-ID, dem Identity Provider, verwendet werden dürfen. In den übrigen umstrittenen Punkten lenkt der Ständerat jedoch nicht ein. So soll der Bund, gemäss seinem Willen, eine Verwaltungseinheit damit beauftragen können, ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen. Anders als der Nationalrat knüpft er daran keine besonderen Bedingungen. Nach dem Willen des Ständerats soll sich der Bund des Weiteren bei Bedarf auch an Unternehmen beteiligen können, die E-ID ausstellen. Die kleine Kammer beharrt auch auf der Schaffung einer unabhängigen Aufsichts- und Kontrollinstanz.

Da die Räte sich nicht einig sind, hat der **Nationalrat** sich noch während der Herbstsession 2019 erneut mit der Vorlage zu befassen. Er stimmt im zweiten Anlauf der unabhängigen Aufsichtskommission zu. Ebenfalls einverstanden ist er damit, dass für Logins und andere elektronische Identifizierungen eine Alternative zur E-ID zur Verfügung stehen muss. Die Auflage gilt zwar nur für die niedrigste Sicherheitsstufe, diese dürfte im Alltag aber die Mehrheit der Anwendungen betreffen, unter anderem das Online-Shopping.

Der Nationalrat lenkt auch beim Verbot, die E-ID Dritten zu überlassen, ein. Dieses wird aus der Vorlage gestrichen. Dazu ist der Nationalrat bereit, nachdem der Ständerat bei der letzten Beratung den spezifischen Sorgfaltspflichten zugestimmt hat. Diese implizieren nach Ansicht der Mehrheit, dass die E-ID nicht übertragbar ist. Der Nationalrat akzeptiert auch den Kompromiss des Ständerats zur Datenbearbeitung durch Dritte. Diese sollen Daten in dem Rahmen bearbeiten dürfen, in dem sie auch vom Aussteller der E-ID verwendet werden dürfen. Damit werden Serviceleistungen durch externe Firmen oder die konzerninterne Datenbearbeitung ermöglicht.

Umstritten bleibt noch, unter welchen Umständen sich der Bund an einem Identity Provider beteiligen oder der Bundesrat eine Verwaltungseinheit damit betrauen kann, selber eine E-ID herauszugeben. Auf Vorschlag des Nationalrates einigen sich die **Räte** schliesslich auf eine subsidiäre Zuständigkeit des Bundes: Der Bund darf nur dann tätig werden, wenn die privaten E-ID nicht funktionieren.

In der Schlussabstimmung wird das Gesetz vom Nationalrat mit 144 zu 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen und vom Ständerat mit 35 zu 2 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Gegen das Gesetz stimmen Mitglieder der sozialdemokratischen und der grünen Fraktion.

(Quellen: Medienmitteilung des Bundesrates; SDA; Amtliches Bulletin)

2. Résumé des délibérations

18.049 Loi sur les services d'identification électronique

Message du 1er juin 2018 relatif à la loi fédérale sur les services d'identification électronique (FF 2018 4031)

Pour faire des achats ou obtenir des services en ligne, il est généralement nécessaire de s'identifier. Il existe déjà différentes procédures, souvent au moyen d'un identifiant et d'un mot de passe. Toutefois, en Suisse, aucune n'est encadrée par la loi ou ne fait l'objet d'une garantie de la Confédération quant à sa sécurité et sa fiabilité. C'est pourquoi le Conseil fédéral et le Parlement ont préparé une loi instaurant un système d'identification reconnu par la Confédération : l'identité électronique, ou e-ID. Un référendum ayant été demandé, le peuple votera sur cet objet le 7 mars 2021.

Vu l'essor des échanges numériques, il est toujours plus important de pouvoir s'identifier sur Internet, que l'on veuille acheter un ticket de transport, passer une commande sur un site de vente en ligne ou faire une démarche auprès d'une administration publique. Les utilisateurs doivent pouvoir effectuer ces opérations simplement et en toute sécurité. Soucieux d'édicter des règles claires, le Conseil fédéral a adopté à l'intention du Parlement le projet d'une nouvelle loi sur les services d'identification électronique (LSIE) à sa séance du 1er juin 2018.

Le projet du Conseil fédéral prévoit que la tâche de vérification et de confirmation officielle de l'identité d'une personne reviendra à l'Etat. Le développement des systèmes nécessaires pour produire les supports technologiques concrets de ces éléments d'identité numérique (e-ID) doit en revanche être laissé au secteur privé, et plus précisément aux fournisseurs d'identité.

L'Etat soumettra les fournisseurs d'identité et leurs solutions à une procédure de reconnaissance stricte et à des contrôles réguliers. Cette tâche doit être assurée par un organisme de reconnaissance rattaché au Département fédéral des finances (DFF).

Le fonctionnement et l'utilisation de l'e-ID devront obéir aux dispositions actuelles en matière de protection des données. Les données d'identification personnelle ne pourront être communiquées à des tiers qu'avec le consentement explicite de l'intéressé.

Le projet du Conseil fédéral prévoit également que l'e-ID ne pourra pas être cédée à des tiers et que son titulaire devra prendre les mesures nécessaires et raisonnablement exigibles, au vu des circonstances, pour empêcher toute utilisation abusive de son e-ID.

Délibérations

Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE) (FF 2018 4105)

20.03.2019	CN	Décision modifiant le projet
04.06.2019	CE	Divergences
10.09.2019	CN	Divergences
12.09.2019	CE	Divergences
17.09.2019	CN	Divergences
23.09.2019	CE	Adhésion
27.09.2019	CN	Adoption (vote final)
27.09.2019	CE	Adoption (vote final)

Feuille fédérale 2019 6227; délai référendaire: 16.01.2020

Le **Conseil national** examine cet objet pour la première fois pendant la session de printemps 2019. Une minorité rose-verte de la commission propose de le renvoyer au Conseil fédéral en chargeant ce dernier d'élaborer un projet prévoyant que la loi indique que l'établissement d'une e-ID est une tâche publique, qui peut être déléguée à des privés au moyen d'un mandat de prestations. Porte-parole de la minorité, Min Li Marti (S, ZH) rappelle alors que l'émission d'un passeport est une tâche de l'Etat et se demande pourquoi il devrait en être autrement lorsqu'il s'agit d'un passeport électronique. Selon elle, le fait que l'Etat déclare ne pas être en mesure d'assumer cette tâche équivaldrait à une capitulation. Les opposants à la proposition de renvoi signalent pour leur part que l'économie privée est, par nature, plus proche des utilisateurs et plus apte à suivre les évolutions de la technologie numérique. Ils

ajoutent que l'Etat fera toujours partie de la solution, l'identification se déroulant par l'intermédiaire d'une interface établie au sein de Fedpol. La proposition de renvoi est finalement rejetée par 131 voix contre 53 et 2 abstentions.

Lors de la discussion par article, le Conseil national modifie le projet du Conseil fédéral en plusieurs points. L'une des modifications significatives est l'obligation faite à l'émetteur de l'e-ID de délivrer une e-ID à toutes les personnes qui remplissent les critères d'admissibilité. A cet égard, la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter met en garde, en vain, contre une " obligation de contracter ". Le Conseil national veut par ailleurs inscrire dans la loi le principe selon lequel il doit être possible de faire une demande d'e-ID là où sont commandés passeports et cartes d'identité. Le Conseil national souhaite également que les données puissent être communiquées à des tiers si ceux-ci procèdent à leur traitement pour le compte du fournisseur de services d'identité.

Au vote sur l'ensemble, le Conseil national adopte le projet de loi par 128 voix contre 48 et 4 abstentions. A l'unanimité, à une voix près, le groupe socialiste et le groupe des Verts votent contre le projet.

Au **Conseil des Etats**, Anita Fetz (S, BS) propose, pendant la session d'été 2019, de renvoyer l'objet au Conseil fédéral en le chargeant d'élaborer un projet indiquant que l'établissement d'une e-ID est une tâche publique dont est chargée une unité administrative. De l'avis de la députée, l'identification électronique se doit d'être sûre et crédible. Elle estime que, à l'instar du passeport suisse, l'identification électronique doit rester aux mains de la Confédération. La confiance dans l'Etat est, toujours selon elle, plus grande qu'à l'égard des prestataires privés. La conseillère fédérale Karin Keller-Sutter renvoie aux expériences faites à l'étranger, où les solutions de l'Etat sont à peine utilisées, en raison de leur lenteur d'adaptation au progrès technologique. En outre, selon elle, l'e-ID n'est pas un passeport numérique mais un " login qualifié ". La proposition de renvoi est finalement rejetée par 32 voix contre 7.

Lors de la discussion par article, le Conseil des Etats suit la proposition de sa commission chargée de l'examen préalable et ne confie pas la surveillance des fournisseurs de services d'identification électronique à un service au sein de l'administration fédérale, comme le prévoyait le projet du Conseil fédéral, mais à une commission indépendante (EIDCOM). Cette autorité de surveillance indépendante doit renforcer la confiance dans l'e-ID, sa crédibilité et la visibilité du rôle de l'Etat. Le Conseil des Etats souhaite par ailleurs inscrire dans la loi le principe selon lequel le Conseil fédéral peut charger une unité administrative d'exploiter un système d'e-ID et d'émettre des e-ID. Afin de garantir l'accès du grand public à l'e-ID, la Confédération doit pouvoir prendre une participation dans les entreprises émettant l'e-ID (selon le projet du Conseil fédéral, cela n'aurait été possible que s'il n'existait pas d'émetteur reconnu pour le niveau de garantie le plus élevé). Le Conseil des Etats supprime aussi du projet de loi l'interdiction de laisser l'e-ID à la disposition d'un tiers, de même que les devoirs de diligence des titulaires d'une e-ID qui y sont explicitement mentionnés. Il renforce en outre les dispositions relatives à la communication des données : les fournisseurs d'identité ne doivent pas pouvoir communiquer les données à des tiers ni les utiliser eux-mêmes à d'autres fins.

Au vote sur l'ensemble, la Chambre haute adopte le projet par 33 voix contre 4 et 2 abstentions.

Durant la session d'automne 2019, le **Conseil national** se rallie au Conseil fédéral et maintient l'interdiction de transférer l'e-ID à des tiers et le devoir de diligence explicite. Il rejette également l'institution d'une commission indépendante. S'exprimant au nom de la majorité du conseil, Christa Markwalder (R, BE) indique que l'EIDCOM ne créerait aucune valeur ajoutée, mais davantage de bureaucratie et des coûts supplémentaires. Alors que le Conseil des Etats souhaite interdire la communication des données à des tiers, le Conseil national veut autoriser, dans certaines circonstances, le traitement des données par des tiers, pour éviter d'entraver la répartition du travail au sein de groupes d'entreprises ou l'assistance à la clientèle. Les conseils ne parviennent pas non plus à s'accorder sur les conditions dans lesquelles une unité administrative peut gérer un système e-ID et établir ce type d'e-ID. Le Conseil national insiste pour que cette option ne soit possible que lorsqu'il n'existe pas de fournisseur d'identité reconnu pour le niveau de sécurité le plus élevé, comme le prévoit le projet du Conseil fédéral.

Toujours pendant la session d'automne, l'objet est à nouveau soumis au **Conseil des Etats**, qui accepte le devoir de diligence explicite, mais qui tient toujours à rayer du projet d'acte l'interdiction de laisser l'e-ID à la disposition d'un tiers. Il décide également que, pour les logins et autres identifications

électroniques, pour lesquels le niveau de garantie appliqué est faible, une solution remplaçant l'e-ID doit être proposée.

Concernant le traitement des données par des tiers, le Conseil des Etats s'efforce de trouver un compromis. Il décide que les tiers peuvent traiter des données dans le même cadre que celui qui est utilisé par les fournisseurs d'identité. En revanche, le Conseil des Etats ne fait pas de concession sur les autres points contestés. Selon lui, la Confédération doit pouvoir confier l'exploitation d'un système d'e-ID et l'établissement d'une e-ID à une unité administrative. Contrairement au Conseil national, il n'assortit aucune condition particulière à cette revendication. Le Conseil des Etats souhaite aussi que la Confédération puisse, en cas de besoin, prendre des participations dans des entreprises qui établissent l'e-ID. La Chambre haute campe également sur ses positions quant à la création d'une instance de surveillance et de contrôle indépendante.

Les deux conseils n'étant pas d'accord, le **Conseil national** doit à nouveau se pencher sur le projet à la session d'automne 2019 et finit par approuver la création d'une commission de surveillance indépendante. Il accepte également qu'une solution de remplacement à l'e-ID doive être proposée pour les logins et autres identifications électroniques. Même si cette condition ne s'applique qu'au niveau de garantie le plus faible, elle devrait concerner la majorité des utilisations de la vie de tous les jours, et notamment les achats en ligne.

Le Conseil national revient aussi sur l'interdiction de laisser l'e-ID à la disposition d'un tiers et la supprime du projet, constatant que le Conseil des Etats a approuvé les devoirs de diligence spécifiques. De l'avis de la majorité du Conseil national, ces devoirs de diligence impliquent que l'e-ID n'est pas transmissible. Le Conseil national accepte aussi le compromis du Conseil des Etats sur le traitement des données par des tiers. Ces derniers doivent être autorisés à traiter les données dans le cadre qui a été défini pour leur utilisation par les fournisseurs d'e-ID. Il s'agit de permettre à des entreprises externes de fournir des prestations de service ou à des groupes d'entreprises de traiter des données en leur sein.

Les conditions dans lesquelles la Confédération peut prendre une participation dans un fournisseur d'identité ou dans lesquelles le Conseil fédéral peut confier l'établissement d'une e-ID à une unité administrative restent des points controversés. Suivant la proposition du Conseil national, les **conseils** s'entendent finalement sur la compétence subsidiaire de la Confédération, qui ne pourra agir que si les systèmes d'e-ID privés ne fonctionnent pas.

Au vote final, le Conseil national adopte la loi par 144 voix contre 51 et 2 abstentions, le Conseil des Etats par 35 voix contre 2 et 8 abstentions. Des membres du groupe socialiste et du groupe des Verts ont voté contre la loi.

(Sources : communiqué de presse du Conseil fédéral ; ATS ; Bulletin officiel)

2. Riassunto delle deliberazioni

18.049 **Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica**

Messaggio del 1 giugno 2018 concernente la legge sui servizi d'identificazione elettronica (FF 2018 3305)

Per acquistare merci o servizi su Internet è di norma necessario dimostrare la propria identità. Per farlo sono previste oggi diverse procedure, spesso comprendenti un profilo utente e una password. In Svizzera nessuna di queste procedure è tuttavia disciplinata da una legge o può contare sul fatto che la Confederazione ne garantisca la sicurezza e l'affidabilità. Consiglio federale e Parlamento hanno perciò elaborato una legge che disciplina l'identità elettronica riconosciuta dalla Confederazione, la cosiddetta le. Contro la legge è stato chiesto il referendum; la votazione si svolgerà il 7 marzo 2021.

Una corretta identificazione in Internet è sempre più importante. Il numero di operazioni effettuate in rete è in costante aumento: si spazia dall'acquisto di biglietti per il trasporto pubblico e le ordinazioni su piattaforme di vendita per corrispondenza, all'utilizzo di servizi statali. La popolazione deve poter usufruire di queste offerte in modo semplice e sicuro. Animato dal desiderio di stabilire regole chiare al riguardo, in occasione della seduta del 1° giugno 2018 il Consiglio federale ha quindi sottoposto al Parlamento un relativo disegno di legge.

Il disegno del Consiglio federale affida allo Stato il compito di verificare e confermare l'identità dell'utente. Lo sviluppo e il rilascio dei supporti tecnologici concreti, in cui saranno registrate le identità digitali, sono tuttavia affidati a fornitori privati, i cosiddetti fornitori di identità.

È inoltre previsto che lo Stato verifichi i fornitori di identità e le soluzioni da loro proposte, nel quadro di una severa procedura di riconoscimento, e li sottoponga a controlli periodici. Tale compito è assolto da un servizio di riconoscimento integrato nel Dipartimento federale delle finanze.

Durante il trattamento e l'utilizzo dell'identità digitale devono essere rispettate le disposizioni vigenti in materia di protezione dei dati. I dati d'identificazione personale possono essere trasmessi a terzi solo una volta ottenuto l'espresso consenso dei clienti a cui appartengono.

Il disegno del Consiglio federale prevede inoltre che l'le non possa essere trasferita a terzi e che il suo titolare sia tenuto ad adottare le misure necessarie e ragionevolmente esigibili, date le circostanze, per impedirne l'impiego abusivo.

Deliberazioni

Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica (Legge sull'eID, LSIE) (FF 2018 3375)

20.03.2019	CN	Decisione in deroga al disegno (progetto)
04.06.2019	CS	Deroga
10.09.2019	CN	Deroga
12.09.2019	CS	Deroga
17.09.2019	CN	Deroga
23.09.2019	CS	Adesione
27.09.2019	CN	Adozione nella votazione finale
27.09.2019	CS	Adozione nella votazione finale

Foglio federale 2019 5419; termine di referendum: 16.01.2020

Il **Consiglio nazionale** esamina per primo la legge nella sessione primaverile del 2019. Una minoranza rosso-verde propone di rinviare l'oggetto al Consiglio federale con l'incarico di elaborare un disegno che sancisca a chiare lettere che il rilascio dell'le è un compito statale, eventualmente delegabile a privati mediante un mandato di prestazioni. Il rilascio del passaporto è compito dello Stato - sottolinea la relatrice della minoranza Min Li Marti (S, ZH) - perché dunque prevedere una soluzione diversa per il passaporto elettronico? Non farsi carico di tale compito equivale ad abdicare al proprio ruolo, conclude la deputata. Chi si oppone al rinvio al Consiglio federale rileva tuttavia che il settore privato è più vicino alle esigenze degli utenti e alle tecnologie digitali e che lo Stato è comunque coinvolto nel processo, dato che l'identificazione è assicurata da un'interfaccia facente capo a fedpol. La proposta di rinvio è alla fine respinta con 131 voti contro 53 e 2 astensioni.

Nell'ambito della deliberazione di dettaglio il Consiglio nazionale apporta varie modifiche al disegno. Tra le più significative figura l'introduzione dell'obbligo per i fornitori di identità di rilasciare l'le a chiunque adempia le condizioni personali previste dalla legge. Tale modifica viene adottata nonostante la consigliera federale Keller-Sutter abbia sottolineato gli inconvenienti di un obbligo legale di contrarre. Il Consiglio nazionale iscrive inoltre nella legge la possibilità di richiedere l'le presso tutti gli enti che rilasciano il passaporto o la carta d'identità. È infine ammessa la comunicazione dei dati a terzi, se questi ultimi li trattano su incarico dei fornitori di identità.

Nella votazione sul complesso il Consiglio nazionale approva il progetto con 128 voti contro 48 e 4 astensioni. Ad eccezione di un deputato, i gruppi socialista ed ecologista votano compatti contro la legge.

Durante la sessione estiva del 2019 è il **Consiglio degli Stati** ad occuparsi della legge. Anita Fetz (S, BS) propone di rinviarla al Consiglio federale con l'incarico di elaborare un disegno che sancisca espressamente che il rilascio dell'le è un compito dello Stato e affidi tale incombenza a un ente pubblico. L'identificazione elettronica dev'essere sicura e affidabile, afferma la consigliera, aggiungendo che, al pari del passaporto rosso, anche l'le dev'essere rilasciata dallo Stato. La popolazione nutre del resto nei confronti dello Stato una fiducia maggiore di quella che ripone negli operatori privati. La consigliera federale Keller-Sutter attira tuttavia l'attenzione sul fatto che pressoché nessun Paese ha affidato la gestione dei sistemi le allo Stato, giacché questo non è in grado di adeguarsi con la necessaria velocità agli sviluppi tecnologici. Puntualizza inoltre che l'le non è un passaporto elettronico, ma un login qualificato. La proposta di rinvio è quindi respinta con 32 voti contro 7.

Nella deliberazione di dettaglio la Camera si allinea alla posizione della propria Commissione, decidendo di affidare la vigilanza sui fornitori di identità a una commissione indipendente (la COMle) anziché, come previsto dal disegno del Consiglio federale, a un servizio facente parte dell'Amministrazione federale. L'istituzione di una commissione indipendente è finalizzata a rafforzare la fiducia nell'le e la sua reputazione, nonché a rendere maggiormente visibile il ruolo dello Stato. Il Consiglio degli Stati decide inoltre di iscrivere nella legge che il Consiglio federale può incaricare un'unità amministrativa di gestire un proprio sistema per il rilascio di le (il disegno del Consiglio federale lo consentiva soltanto se non vi erano fornitori riconosciuti per i livelli di sicurezza più elevati). Per garantire l'accesso all'le a un'ampia fascia della popolazione, è poi previsto che la Confederazione possa acquisire partecipazioni in imprese che rilasciano le. Il Consiglio degli Stati stralcia inoltre dal disegno il divieto di trasferire l'le a terzi e il relativo obbligo di diligenza espressamente previsto per gli utenti. Inasprisce infine le disposizioni concernenti la comunicazione dei dati, stabilendo che i fornitori di identità non possano comunicare i dati a terzi né possano utilizzarli per scopi diversi da quelli previsti.

Nella votazione sul complesso la Camera alta approva il progetto con 33 voti contro 4 e 2 astensioni.

Nel corso della sessione autunnale del 2019 il **Consiglio nazionale** ribadisce, in linea con il disegno del Consiglio federale, il suo sostegno al divieto di trasferire a terzi l'le e al relativo obbligo di diligenza degli utenti. Boccia inoltre l'istituzione di una commissione indipendente: a giudizio della maggioranza, rappresentata da Christa Markwalder (R, BE), oltre a non produrre alcun beneficio concreto, ciò comporterebbe infatti una burocratizzazione e costi più elevati. A differenza del Consiglio degli Stati, che aveva proposto un divieto assoluto, il Consiglio nazionale è inoltre dell'avviso che il trattamento di dati da parte di terzi debba essere permesso a determinate condizioni. In caso contrario sarebbe infatti impossibile assicurare la divisione del lavoro all'interno di un gruppo o l'assistenza ai clienti. Non vi è accordo tra le Camere neppure per quanto concerne le condizioni alle quali un'unità amministrativa è autorizzata a gestire un sistema per il rilascio di le. Come il Consiglio federale, il Consiglio nazionale subordina tale possibilità all'assenza di fornitori di identità riconosciuti per i livelli di sicurezza più elevati.

Nel corso della stessa sessione il progetto passa nuovamente al vaglio del **Consiglio degli Stati**. Pur pronunciandosi a favore di un esplicito obbligo di diligenza degli utenti, la Camera alta ribadisce lo stralcio del divieto di trasferire l'le a terzi. Introduce inoltre l'obbligo di prevedere un'alternativa all'le per i login e le altre procedure di identificazione elettronica con un basso livello di sicurezza.

Il Consiglio degli Stati propone una soluzione di compromesso anche per quanto concerne il trattamento dei dati. Decide infatti che i terzi possano trattare i dati nella stessa misura prevista per i fornitori di identità. Per il resto la Camera alta riconferma le decisioni prese in precedenza, stabilendo

ad esempio che la Confederazione possa incaricare un'unità amministrativa di gestire un sistema per il rilascio di Ie. A differenza del Consiglio nazionale, non subordina tale facoltà a condizioni particolari. Ribadisce inoltre che all'occorrenza la Confederazione può acquisire partecipazioni in imprese che rilasciano Ie e ripropone l'istituzione di un'autorità di vigilanza indipendente.

Poiché permangono divergenze tra i due rami del Parlamento, il **Consiglio nazionale** torna a occuparsi della legge nel corso della sessione autunnale del 2019, decidendo questa volta di approvare l'istituzione di una commissione di vigilanza indipendente. Si allinea al Consiglio degli Stati anche per quanto concerne l'obbligo di prevedere un'alternativa all'Ie. Pur essendo previsto solo per il livello di sicurezza inferiore, l'obbligo in questione dovrebbe tuttavia applicarsi alla maggioranza delle applicazioni, tra cui in primis gli acquisti online.

Il Consiglio nazionale capitola anche sulla questione del divieto di trasferire a terzi l'Ie, che viene dunque stralciato dalla legge. La decisione è facilitata dal fatto che il Consiglio degli Stati ha precedentemente approvato la previsione degli obblighi di diligenza per gli utenti. A giudizio della maggioranza, tali obblighi implicherebbero comunque la non trasferibilità dell'Ie. La Camera bassa accoglie con favore anche il compromesso del Consiglio degli Stati riguardo al trattamento dei dati da parte di terzi, secondo cui questo è ammesso nella stessa misura consentita a chi rilascia l'Ie. Grazie a tale compromesso divengono possibili la fornitura di servizi da parte di ditte esterne e il trattamento dei dati all'interno di un gruppo.

Restano controverse le condizioni alle quali la Confederazione può acquisire partecipazioni in un fornitore di identità e alle quali il Consiglio federale può incaricare un'unità amministrativa di rilasciare Ie. Le Camere raggiungono infine un'intesa anche a questo riguardo: viene infatti accolta la proposta del Consiglio nazionale, secondo cui la Confederazione può avvalersi di tali facoltà soltanto se le Ie offerte dai privati non permettono di raggiungere gli scopi previsti dalla legge.

Nella votazione finale la legge è adottata dal Consiglio nazionale con 144 voti contro 51 e 2 astensioni, e dal Consiglio degli Stati con 35 voti contro 2 e 8 astensioni. I voti contrari provengono dai gruppi socialista ed ecologista.

(Fonti: Bollettino ufficiale, ATS)



18.049

**Bundesgesetz über elektronische
Identifizierungsdienste****Loi sur les services
d'identification électronique***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten*Antrag der Minderheit*

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)
 Eintreten und Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat
 mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, in der die Ausstellung einer E-ID als öffentliche Aufgabe festgeschrieben wird, die mittels Leistungsauftrag an Private übertragen werden kann.

Proposition de la majorité
Entrer en matière*Proposition de la minorité*

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)
 Entrer en matière et renvoyer le projet au Conseil fédéral
 avec mandat d'élaborer un projet qui définisse l'établissement d'une carte d'identité électronique comme une tâche incombant aux pouvoirs publics et pouvant être déléguée à des particuliers au moyen d'un mandat de prestations.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Nel dibattito di entrata in materia tratteremo anche la proposta di rinvio della minoranza Marti Min Li.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Il paraît utile de tout d'abord rappeler l'objet et le but de la loi sur les services d'identification électronique qui vous est proposée.

Ainsi que l'indique le Conseil fédéral, je vous rappelle que cette loi a pour objet l'établissement de moyens d'identification électronique grâce auxquels tout un chacun pourra s'identifier dans le monde virtuel avec des données confirmées par l'Etat. Il ne s'agit dès lors pas de réguler Internet; il ne s'agit dès lors pas de créer une nouvelle application, ni même un nouveau machin électronique ou informatique. Le but de cette loi est de promouvoir la sécurité des échanges entre les citoyens, entre les citoyens et les entreprises, entre les entreprises, et avec les autorités publiques.

Concrètement, le Conseil fédéral vous propose de mettre en place un système d'identification des personnes, une carte d'identité électronique, sur Internet, fiable et sûre, qui soit acceptée par la population – c'est important –, qui soit acceptée par l'économie – c'est tout autant important –, ainsi que par les administrations publiques.



Cette sécurité ne sera toutefois assurée, garantie que si l'e-ID – pour parler franglais – est fondée sur des données personnelles, établies et certifiées par l'Etat.

Il convient dès lors de créer aujourd'hui les bases légales nécessaires pour que l'autorité puisse transmettre des données d'identification personnelles aux fournisseurs d'identité, comme il est aussi indispensable de garantir une utilisation correcte et actualisée des données et, notamment, le respect des exigences relatives à la protection des données.

C'est à la lumière de ce qui précède que votre Commission des affaires juridiques a discuté du projet le 15 novembre 2018 ainsi que les 24 et 25 janvier 2019. Lors de la première séance, nous avons procédé à un certain nombre d'auditions, puis sommes entrés en matière sans opposition sur le projet. Lors des deux autres jours de séance, nous avons procédé à la discussion par article.

Durant tous ses travaux, la commission a été accompagnée par le Préposé à la protection des données et à la transparence, tant la problématique de la transmission par Internet des éléments d'identification personnels est importante et est une préoccupation, nous le savons toutes et tous, permanente de notre population.

A l'issue de ses travaux, la majorité de la commission est convaincue que:

a. l'introduction de l'e-ID permettra de s'enregistrer simplement, de manière sûre sur un site Internet, qu'il soit d'ailleurs privé ou public, et que de ce fait il sera vraisemblablement possible de voir disparaître toutes les calculatrices et autres adresses et codes que nous détenons;

b. l'identification électronique sera aussi un plus dans le cadre de la cybersanté, plus particulièrement dans le cadre du dossier électronique du patient pour là aussi avoir une identification sûre et certaine des personnes susceptibles de consulter leur dossier électronique;

c. il est bien que le support sur lequel l'e-ID sera enregistrée ne soit aujourd'hui pas défini. Cela pourrait être une carte à puce ou quelque chose de complètement dématérialisé. Il pourra peut-être y avoir des mots de passe, peut-être un code unique, peut-être un nom d'utilisateur ou que sais-je encore. Car, finalement, le fait aujourd'hui de rester très générique dans la création de l'identité électronique permettra sans aucun doute de suivre l'évolution très rapide du monde numérique et de conserver, comme on le dit en tactique militaire, la plus grande liberté de manœuvre possible;

d. il est bien d'avoir prévu dans le projet de loi trois niveaux d'identification, trois niveaux de sécurité dans l'identification – un niveau de sécurité faible, peut-être pour accéder à un certain nombre de données peu sensibles, un niveau substantiel et finalement un niveau élevé.

Enfin, la commission est également convaincue, et je l'ai déjà dit, que la loi pose un cadre strict en matière de protection des données, tant en ce qui concerne la finalité de la loi et les conditions de traitement de l'information que pour ce qui relève de la communication des données.

Dès lors, et je l'ai déjà dit, la commission est entrée en matière sans opposition sur le projet.

Aujourd'hui, une proposition de minorité, que Madame Min Li Marti développera sans aucun doute, vise à renvoyer le projet au Conseil fédéral. Pour cette minorité, la délivrance de la carte d'identité électronique est une tâche qui incombe essentiellement aux pouvoirs publics et qui ne pourrait être que partiellement déléguée à des particuliers dans le cadre d'un mandat de prestations.

AB 2019 N 480 / BO 2019 N 480

Pour la majorité de la commission, il convient de rejeter cette proposition dans la mesure où le partage des tâches qui vous est aujourd'hui proposé entre le public et le privé est juste et opportun. Pour la majorité de la commission, il est en effet nécessaire que l'Etat vérifie et confirme officiellement aux fournisseurs d'e-ID l'identité de la personne demanderesse. Il s'agit là d'une tâche régalienne. Il est aussi nécessaire que l'Etat vérifie les systèmes d'exploitation qui permettent de délivrer des e-ID et les reconnaisse de manière à assurer la sécurité des données et de manière à assurer la sécurité des personnes. Par contre, et toujours pour la majorité de la commission, il appartient au secteur privé de produire les supports technologiques nécessaires et de les faire évoluer à la vitesse où évoluent les systèmes informatiques. Le Conseil fédéral partage d'ailleurs cette préoccupation, convaincu qu'il est qu'il n'est pas possible, pour l'administration, de concevoir, de gérer et de faire évoluer les systèmes technologiques nécessaires. Enfin, il appartient aussi au secteur privé d'exploiter les systèmes e-ID – et je dis bien les systèmes e-ID, puisque plusieurs pourront être concurrents, étant toutefois entendu que chacun devra être interconnecté avec les autres – et de remettre les e-ID aux futurs utilisateurs. Pour la majorité de la commission, il s'agit de la solution optimale. La proposition de renvoi a dès lors été rejetée par 16 voix contre 7 et 2 abstentions.

Pour être complet, j'ajoute que votre commission a effectué quelques petits changements, non combattus aujourd'hui, par rapport au projet du Conseil fédéral.

A l'article 1, la commission a souhaité insister sur l'exigence de la neutralité technologique de l'e-ID.



A l'article 13, la commission a adopté une version favorable aux cantons en admettant qu'il n'était vraisemblablement pas opportun que ceux-ci, lorsqu'ils agissent dans le cadre de l'e-ID, doivent s'inscrire au registre du commerce.

A l'article 13 alinéa 3 et à l'article 16, la commission a ajouté plusieurs éléments liés à la protection des données, et à l'article 15, elle a souhaité aussi ajouter et préciser l'universalité de la délivrance de l'e-ID avec l'obligation, pour les fournisseurs, d'attribuer une identité électronique aux personnes qui en rempliront les conditions, conditions sur lesquelles nous aurons l'occasion de revenir.

En résumé, la commission vous remercie d'entrer en matière sur le projet et de rejeter la proposition de renvoi de l'ensemble au Conseil fédéral.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Die RK-NR hat anlässlich ihrer beiden Sitzungen vom November 2018 und Januar 2019 das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste eingehend beraten. Ohne Gegenantrag ist unsere Kommission auf dieses Bundesgesetz eingetreten. Es ermöglicht die Einführung einer staatlich anerkannten digitalen Identität. Dadurch sollen Nutzerinnen und Nutzer künftig einfacher und sicherer im Internet Geschäfte tätigen oder auf E-Government-Anwendungen zugreifen können. Eine korrekte Identifikation im Internet wird immer wichtiger. Die Anzahl Geschäfte, die über elektronische Plattformen abgewickelt werden, nimmt zu. Diese reichen vom einfachen Ticketkauf für den öffentlichen Verkehr über Bestellungen bei Versandhäusern bis hin zur Nutzung staatlicher Dienstleistungen oder zum Ausfüllen der Steuererklärung. Die Bevölkerung soll diese Angebote einfach und sicher nutzen können.

Für die physische Welt stellt der Bund konventionelle Identifizierungsmittel aus, nämlich den Schweizer Pass, die ID oder den Ausländerausweis. Ergänzend dazu soll nun die Identität einer natürlichen Person auch in der elektronischen Welt mittels E-ID nachgewiesen werden können. Diese E-ID wird es nach diesem Gesetz den Inhaberinnen und Inhabern ermöglichen, sich bei Online-Diensten sicher zu registrieren und sich später erneut sicher anzumelden. Damit entfällt die aufwendige Anmeldung bei jedem Online-Anbieter mit jeweils unterschiedlichen Passwörtern. Die Nutzung von Internetdienstleistungen wird dadurch nicht nur vereinfacht, sondern auch sicherer gestaltet.

Im Rahmen ihrer Beratung zum sogenannten E-ID-Gesetz hat unsere Kommission zunächst Anhörungen durchgeführt und sich mit der generellen Stossrichtung des Gesetzes befasst. Die vorgesehene Aufgabenteilung zwischen Staat und privaten Anbietern befürwortet unsere Kommission. Dank der staatlichen Überprüfung der Personen und der staatlichen Anerkennung der E-ID-Dienste soll sich die E-ID zu einem vertrauenswürdigen und sicheren Instrument der digitalisierten Gesellschaft entwickeln, das sich selbst jedoch der dynamischen technischen Entwicklung nicht verschliesst.

Die konkreten Träger der staatlich geprüften und bestätigten E-ID möchte der Bund aber weder selber entwickeln noch ausstellen. Dies sollen Anbieter tun, die näher an den Nutzenden wie auch näher an den digitalen Technologien sind. Die Anerkennungsstelle soll beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes angesiedelt werden. Verschiedene Schweizer Unternehmen haben ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet und sind daran, eine E-ID – eine Swiss ID – auf den Markt zu bringen.

Ein wichtiges Anliegen des Gesetzes ist der Datenschutz, der im E-ID-Gesetz teils noch verschärft wurde. Personenidentifizierungsdaten dürfen ausserhalb eines E-ID-Einsatzes nie weitergegeben werden. Die Hoheit über den Einsatz und die Freigabe der Daten liegt stets bei der betroffenen Person. Die Transaktionsdaten, zum Beispiel, was zu welchem Preis gekauft wurde, gehen nicht zum Identitätsdienstleister. Dieser weiss nur, dass eine Transaktion abgelaufen ist. Eine zusätzliche Sicherheit stellt die Trennung der Personenidentifizierungsdaten und der Daten zur Nutzung der E-ID dar. So ist es nicht möglich, auf alle Daten eines Inhabers einer E-ID zuzugreifen. Datenschutz- und Datensicherheitsanforderungen werden für die Nutzerinnen und Nutzer sichergestellt.

Die Rolle des Bundes bei der Ausstellung von elektronischen Identitäten soll sich auf die Überprüfung und Bestätigung der Identität einer Person beschränken. Eine Minderheit möchte darüber hinaus im Gesetz verankern, dass der Bund selbst ein E-ID-System betreiben oder sich an Unternehmen beteiligen kann, welche zum Zweck haben, E-ID auszustellen. Wie der Bundesrat hält die Kommission daran fest, dass das Gesetz explizit den Grundsatz statuieren soll, wonach eine solche E-ID persönlich und nicht übertragbar ist. Eine Minderheit ist der Ansicht, dass diese Bestimmung unnötig ist.

Anders als der Bundesrat will unsere Kommission im Gesetz explizit verankern, dass die privaten Anbieter verpflichtet sind, eine elektronische Identität allen Personen auszustellen, welche die im Gesetz verankerten persönlichen Voraussetzungen erfüllen. Darüber hinaus möchte unsere Kommission den Anbietern jedoch keine weiteren Vorschriften auferlegen. Sie hat es insbesondere abgelehnt, im Gesetz Vorgaben zur Ausgestaltung der Preise für die Ausstellung einer E-ID zu machen.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Frühjahrssession 2019 • Dreizehnte Sitzung • 20.03.19 • 08h30 • 18.049
Conseil national • Session de printemps 2019 • Treizième séance • 20.03.19 • 08h30 • 18.049



Eine Minderheit unserer Kommission will das Gesetz zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückweisen, mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, in der die Ausstellung einer E-ID als öffentliche Aufgabe festgeschrieben wird, die mittels Leistungsauftrag an Private übertragen werden kann. Die Begründung dafür lautete, dass die Herausgabe einer Identität eine hoheitliche Kernaufgabe des Staates sei. Der Staat müsse die Verantwortung für und die Kontrolle über diesen Prozess haben. Zudem werde diesbezüglich dem Staat am meisten Vertrauen entgegengebracht.

Die Kommission lehnte diesen Antrag ab. Der Staat führt die Register mit den Daten, die zur Identifikation nötig sind. Private sollen dementsprechend Karten, USB-Sticks oder Apps entwickeln und herausgeben. Der Staat gibt also seine Kernaufgabe bei der Ausstellung einer E-ID nicht aus der Hand. Er wird weiterhin für die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und für die Festlegung der Identitätsmerkmale zuständig sein. Eine solche Identitätsstelle wird bei Fedpol angesiedelt sein. Sicherheit und Kontrolle sind so gewährleistet. Die Kommission lehnte den Rückweisungsantrag mit 16 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen. Sie ist klar der Meinung, dass der Gesetzentwurf solide Rahmenbedingungen für die korrekte und sichere Anwendung der E-ID schafft. Er ermöglicht die Umsetzung einer innovativen

AB 2019 N 481 / BO 2019 N 481

E-ID-Lösung, die auf einer Rollenaufteilung zwischen Staat und Privaten basiert.

Ich bitte Sie namens der Kommission, auf das Gesetz einzutreten und die Rückweisung abzulehnen.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr

La séance est levée à 12 h 55

AB 2019 N 482 / BO 2019 N 482





18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Continuiamo con il dibattito di entrata in materia nel quale trattiamo anche la proposta di rinvio della minoranza Marti Min Li.

Marti Min Li (S, ZH): Wenn Sie einen Pass beantragen wollen, möchten Sie dann lieber auf das Passbüro oder an den Bankschalter oder in die Migros gehen? Vermutlich ins Passbüro, denn für uns alle ist klar, dass die Herausgabe eines Passes eine staatliche, eine öffentliche Aufgabe ist. Warum sollte das anders sein, wenn dieser Pass nicht in Papierform, sondern elektronisch ist? Es gibt nur einen Grund: Der Bund traut sich diese Aufgabe selber nicht zu; es steht so selbst in der Botschaft: "Angesichts der Dynamik des technologischen Wandels wäre er jedoch nicht in der Lage, die technischen Trägermittel für die Identifizierung selbst zu entwickeln und herzustellen." Die freisinnige Nationalrätin Doris Fiala hat dieses Argument in der "Wochenzeitung" wie folgt zerpfückt: "Das Argument des technologischen Wandels zu Ende gedacht, bedeutet, dass es sich der Staat nicht zutraut, in elementaren Fragen technisch auf der Höhe der Zeit zu sein. Das kommt einer Selbstaufgabe gleich." Ich könnte es nicht besser formulieren.

Natürlich druckt das Passbüro den Pass auch nicht selber, aber es ist ganz klar, dass diese Aufgabe in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegt und nicht einem Markt übertragen wird, den es notabene gar nicht gibt. Die E-ID ist selbstverständlich nicht das Gleiche wie ein Pass, aber die E-ID soll – das ist zumindest die Hoffnung – entscheidend gerade auch im Bereich des E-Governments zum Einsatz kommen.

In der Botschaft und im Gesetz wird suggeriert, dass wir hier einen funktionierenden Markt von verschiedenen E-ID-Anbietern haben. Damit sei gewährleistet, dass die Lösung nahe bei den Nutzerinnen und Nutzern sei und flexibel auf technologische Entwicklungen reagiert werden könne. In der Vernehmlassung sahen noch einige Parteien, unter anderem die BDP und die CVP, diese Aufgabenteilung kritisch. Ebenso kritisch waren Kantone und Gemeinden. Jetzt ist dieser Widerstand abgeflaut, obwohl die Vorlage, die wir jetzt beraten, praktisch identisch ist. Was ist seither geschehen?

Es haben sich alle relevanten Player aus Banken, Versicherungen und staatsnahen Betrieben zu einem Konsortium zusammengeschlossen. Dieses Konsortium Swiss Sign wird voraussichtlich eine marktbeherrschende oder monopolartige Stellung einnehmen. Sie müssen nicht zehn Semester Volkswirtschaft studieren, um zu wissen, dass Monopole gewisse Gefahren bergen.

Es wäre daher sinnvoll, dass wir auch entsprechend legiferieren. Stattdessen halten wir hier die Fiktion eines Marktes aufrecht. Nur weil die Wirtschaft Druck macht und es schnell gehen soll, entbindet uns das nicht von der Verantwortung, seriös zu arbeiten. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Bund nicht in der Lage oder vielleicht auch nicht willens ist, dieses Projekt selber an die Hand zu nehmen. Es kann zwar in Zukunft nicht sein, dass alle Service-public-Aufgaben automatisch ausgelagert werden, nur weil sie nicht mehr analog erfüllt werden können, aber es würde wohl doch zu lange dauern, um die notwendigen Kompetenzen





wirklich aufzubauen. Wir haben daher ein Konzessionsmodell vorgeschlagen. Es würde, wie wir es in unserem Rückweisungsantrag fordern, die Ausgabe einer E-ID als öffentliche Aufgabe definieren; diese Aufgabe könnte aber auch als Leistungsauftrag an Private übertragen werden.

Wir bitten Sie, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen und damit eine gute Lösung und eine saubere Gesetzgebung zu ermöglichen.

Guhl Bernhard (BD, AG): Immer mehr Abläufe in Unternehmen, aber auch in der Verwaltung werden digital abgewickelt. Man übermittelt eine Bestellung nicht mehr per Post oder per Fax, sondern per E-Mail oder über digitale Schnittstellen. Da eine unmittelbare Überprüfung der Identität einer Person im Internet nicht möglich ist, benötigen Wirtschaft und Verwaltung eine zuverlässige elektronische Möglichkeit zur Identifikation von Personen. Die Akzeptanz einer solchen Identität kann nur garantiert werden, wenn die elektronische Identität auf staatlich nachgewiesenen Personenidentifikationsdaten wie Name, Geburtsdatum usw. aufbaut.

Die Nutzerinnen und Nutzer von Online-Dienstleistungen benötigen heute eine Vielzahl von Login-Daten und Passwörtern. Mit der staatlich anerkannten Identität reduziert sich der Aufwand merklich. Verwaltung und Unternehmen können dieselben elektronischen Identifikationsprozesse für eine Vielzahl von digitalen Anwendungen nutzen. Das führt zu einer signifikanten Vereinfachung der Prozesse, wobei die öffentliche Hand bei E-Government-Lösungen genauso profitiert wie die Wirtschaft und die Gesellschaft.

Die BDP möchte, dass die Schweiz bezüglich Digitalisierung den Rückstand zum Ausland reduziert. Die BDP-Fraktion bittet Sie darum, auf diese Vorlage einzutreten.

Aus Sicht der BDP muss die Schweiz bezüglich E-Government grosse Fortschritte machen. Eine staatlich anerkannte elektronische Identität ist die Grundlage dazu. Die BDP-Fraktion bittet Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen und die Vorlage jetzt zu bearbeiten. Die Minderheit Marti Min Li, welche die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen möchte, will, dass die Umsetzung durch den Staat alleine erfolgt. Angesichts des technologischen Wandels und der Vielfalt der möglichen technischen Lösungen wäre der Bund nicht die ideale Instanz, um die technologischen Trägermittel für die Identifizierung zu entwickeln und herzustellen. Die Privatwirtschaft ist näher an den Nutzerinnen und Nutzern und an den Applikationen, welche die Privatwirtschaft braucht. Es ist nicht Sache des Bundes, alles selbst zu machen. Auch heute werden die ID, die Pässe, aber auch die Banknoten nicht vom Bund oder von der Nationalbank selbst gedruckt. Es ist auch nicht so, dass das Ausstellen der elektronischen Identität gemäss der Lösung, die nun vorliegt, alleine Sache des Bundes wäre: Die Identifikation erfolgt über eine Schnittstelle beim Fedpol. Der Staat ist also nach wie vor Teil dieser Lösung, er ist nach wie vor im Boot und hat die zentralste Aufgabe dieses ganzen Gesetzes. Diese liegt nach wie vor beim Bund, also beim Fedpol.

Mit der Rückweisung würde man die Einführung der E-ID ohne Not verzögern. Die Chance, die Schweiz im Rahmen der Digitalisierung jetzt einen wichtigen Schritt weiterzubringen und den Rückstand gegenüber dem Ausland zu reduzieren, würden wir verspielen, wenn wir jetzt dem Rückweisungsantrag zustimmen würden.

AB 2019 N 483 / BO 2019 N 483

Die BDP-Fraktion wird in dieser Vorlage generell mit der Mehrheit stimmen, ausser bei Artikel 15. Ich werde mich zu einzelnen Minderheiten noch separat äussern, bitte Sie jetzt aber, damit wir keine Zeit verlieren, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Arslan Sibel (G, BS): Niemand bestreitet glücklicherweise, dass eine elektronische Identität im digitalen Zeitalter ein Muss ist. Was für Estland seit rund einem Jahrzehnt zum Alltag gehört, ist bei uns noch immer keine Selbstverständlichkeit, auch wenn in Schaffhausen und Zug der digitale Pass bereits Realität ist und seitens der Verwaltung zur Verfügung gestellt wird. Im Vordergrund steht also nicht die Frage, ob, sondern von wem und auf welche Weise die E-ID schweizweit realisiert wird.

Für uns Grüne, die sich durchaus auch zur Privatwirtschaft bekennen, gibt es Aufgaben und Dienstleistungen, die ohne Wenn und Aber dem Staat vorbehalten sein sollten, weil sie von höchster Bedeutung sind. Sie dürfen weder dem Zufall noch reinem Kommerzdenken überlassen werden. Die Infrastruktur muss bei der öffentlichen Hand sein. Dazu gehört die Wasserversorgung genauso wie die Herausgabe von Pässen oder eben von elektronischen Identifikationsmitteln. Dies sind Kernaufgaben des Staates. Dass sich dieser sogenannter Gehilfen aus der Privatwirtschaft zur Erfüllung seiner Kernaufgaben bedienen darf, versteht sich von selbst. Niemand verlangt beispielsweise, dass der Staat selbst Banknoten oder Pässe druckt. Aber er gibt die Pässe heraus, wacht darüber und schreitet bei Fehlverhalten ein.

Die Zielsetzung des Bundesgesetzes über elektronische Identifizierungsdienste ist klar. Es soll die Möglichkeit bieten, sich im Internet auf sichere und einfache Weise auszuweisen, was bei digitalen Online-Anwendungen



und bei E-Government wichtig ist. Damit wird die Förderung des sicheren elektronischen Geschäftsverkehrs unter Privaten und mit Behörden realisiert, zum Beispiel bei der Steuererklärung oder bei der Einholung eines Betreibungsregistrauszuges.

Das Problem dieser Gesetzesvorlage liegt darin, dass zur Erreichung dieser Ziele die Aufgaben zwischen Staat und Privatwirtschaft aufgeteilt und wichtige Aufgaben Privaten übertragen werden. Zwar soll der Staat weiterhin seine Hauptaufgabe erfüllen: die amtliche Überprüfung und Bestätigung der Identität einer Person. Da der Staat aber angeblich angesichts der Dynamik des technologischen Wandels nicht in der Lage wäre, die technischen Trägermittel für die Identifizierung selbst zu entwickeln und herzustellen, soll dies die Privatwirtschaft übernehmen.

Der Betrieb des E-ID-Systems sowie die Ausstellung der E-ID sollen folglich Sache von privaten Anbietern sein. Der Staat soll jedoch auch in diesem Bereich eine wichtige Rolle übernehmen, denn er soll die Anbieter und Anbieterinnen und die von ihnen eingerichteten Systeme einem strengen Anerkennungsverfahren unterziehen und sie und ihre Systeme regelmässig kontrollieren. Dies ist aber ein eklatanter Widerspruch: Wenn der Staat das Wissen hat, um regelmässige und strenge Kontrollen durchzuführen, hat er wohl auch das Wissen zur technischen Umsetzung und zum Vertrieb der E-ID. Wenn nicht, dann wäre es höchste Zeit, dass sich auch die Bundesverwaltung dieses Wissen aneignet. Der Beweis liegt darin, dass bei Swiss Sign, die eine E-ID herausbringen soll, namhafte Staatsbetriebe wie SBB, Post und Swisscom aktiv beteiligt sind. Wieso in die Weite schauen, wenn das Gute so nahe liegt?

Auch wir Grünen sind der Ansicht, dass die E-ID sehr wichtig ist und dass wir Lösungen für die digitale Welt schaffen und auf die Vorlage eintreten sollten. Mit dem vorliegenden Entwurf sind wir aber ganz und gar nicht zufrieden. Wenn ein Staat nicht einmal in der Lage ist, seine hoheitlichen Aufgaben selbst zu erfüllen, dann hat er sie schon abgegeben.

Wir haben in der Kommission den Antrag gestellt, die Vorlage zurückzuweisen, damit nur der Staat eine E-ID ausstellen kann. Wir haben diesen Antrag jedoch zugunsten des Rückweisungsantrages der Minderheit Marti Min Li zurückgezogen und beantragen, diesem Rückweisungsantrag zu folgen.

In der Detailberatung haben wir ein paar Verbesserungsvorschläge eingebracht, die vor allem die Rollenverteilung und Datenschutzbestimmungen betreffen. Sollten Sie die Vorlage nicht zurückweisen und sollten die Verbesserungsvorschläge nicht durchkommen, werden wir das Gesetz in dieser Form nicht unterstützen.

Mazzone Lisa (G, GE): L'identité électronique est essentielle pour garantir à la population une identification qui soit certifiée par l'Etat sur Internet. Elle permet ainsi à une entité étatique ou à une entité privée d'avoir la confirmation de l'identité d'une personne de manière certifiée, et ceci en ligne. Cela lui permet donc de délivrer certaines prestations pour lesquelles la confirmation de l'identité du demandeur est nécessaire et se fait, à l'heure actuelle, de manière non pas virtuelle mais physique, à un guichet – on pense notamment à l'acquisition d'une carte SIM, à l'ouverture d'un compte bancaire ou à l'achat d'un billet de loterie.

Mais attention: il faut distinguer ce que l'identité électronique est de ce qu'elle n'est pas. L'identité électronique n'est pas un "login" universel sur le Net. Elle ne garantit pas non plus la sécurité de l'ensemble des transactions et des échanges sur la toile. Ce qu'elle garantit, c'est simplement que la personne soit identifiée avec la certification de l'Etat, et donc que la personne qui effectue une transaction soit bien celle qu'elle prétend être. C'est un "login" particulier qui assure la confiance, puisque les éléments de l'identité de la personne qui se connecte ont été validés par l'Etat. Cette identité est donc garantie par les pouvoirs publics, sans risque de confusion sur l'identité – on pense notamment aux homonymes – ou d'usurpation d'identité. L'Etat confirme ainsi l'existence de la personne et les éléments de son identité, dont le nombre et la complexité diffèrent en fonction du niveau de sécurité.

Cela ne signifie pas, en revanche, que l'ensemble des entreprises actives sur la Toile utiliseront ce "login", bien au contraire. Facebook ou Zalando auront certainement toujours leur propre système. Donc, pas de mot de passe universel pour toutes nos transactions sur Internet en vue, c'est clair.

Les Verts sont attachés au développement de la cyberadministration et estiment que ces services doivent se développer, parce qu'ils profitent à la population, ils facilitent les rapports entre la population et l'Etat pour bon nombre de personnes, et cela les rend donc plus accessibles. L'identification électronique certifiée est certainement une amélioration des systèmes d'e-gouvernement existants et un encouragement à développer des prestations supplémentaires.

Pour les Verts, en revanche, délivrer une identité est et doit rester une tâche régalienne. C'est la condition sine qua non pour créer cette confiance particulière dans cette identification particulière. C'est d'ailleurs ce qui la distingue des autres identifications: c'est le rapport à l'Etat, la vérification par l'Etat.

Les Verts refusent que les assurances, encore moins Google, délivrent une identité, comme pourrait le prévoir



le projet de loi du Conseil fédéral. De la même manière, il serait pour nous impensable d'aller chercher des passeports chez Google ou chez UBS, et c'est à l'Etat non seulement d'octroyer, mais aussi d'administrer les preuves sensibles d'identité électronique, même si la réalisation technique peut être assurée par un privé. On n'accepterait pas, de la même manière, que des firmes privées mettent en circulation des passeports. C'est l'Etat qui émet ces documents, même s'il ne les produit pas physiquement – il n'a pas une imprimerie d'Etat pour les réaliser. En revanche, c'est lui qui les émet et les transmet. Pour l'identification électronique, cela doit être pareil. Et non, l'Etat n'est pas incapable de délivrer une identité électronique – ou alors nous avons du souci à nous faire. Cela ne signifie pas pour autant que c'est à lui de développer le bon système informatique pour ce faire.

Or, le pas que franchit le Conseil fédéral confère un pouvoir disproportionné à ces acteurs privés, qui assumeront donc des tâches régaliennes, en oeuvrant directement comme interface avec la population en délivrant aux personnes une identité électronique. Cela diminue certainement le sentiment de sécurité des utilisatrices et des utilisateurs à l'égard de cette identification et peut en outre mener à une concentration des données qui est hautement discutable quand on

AB 2019 N 484 / BO 2019 N 484

pense aux données qui sont liées à cette activité et à l'intérêt économique des acteurs de la branche.

Les questions qui se posent sont évidemment celles de la protection des données et de la garantie, aussi, que les citoyennes et citoyens restent libres d'opter ou pas pour des transactions sur Internet. Il s'agit de données extrêmement sensibles. Le groupe des Verts se réjouit ainsi que la commission ait renforcé le rôle du Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence dans le contrôle des fournisseurs d'identité. Mais cela ne va, à notre sens, pas assez loin, et il est absolument nécessaire que les données qui sont générées par l'utilisation de l'identification électronique soient immédiatement détruites – on y reviendra lors de la discussion par article –, ce que demande la minorité Arslan.

Le groupe des Verts entre en matière sur le projet. Il estime que c'est un instrument utile, mais il souhaite que le projet soit renvoyé au Conseil fédéral, comme le demande la minorité Marti Min Li, afin de changer le système prévu pour que l'établissement d'une identification électronique soit une tâche incombant aux pouvoirs publics ou, au minimum, qu'elle soit déléguée par le biais d'un mandat de prestations.

Si la majorité des membres du conseil devait rejeter la proposition de renvoi, nous devrions nous prononcer sur un certain nombre d'amendements sur lesquels nous reviendrions dans la discussion par article et qui touchent au domaine de la protection des données et à la question de la protection des consommatrices et des consommateurs.

Merlini Giovanni (RL, TI): Il gruppo liberale-radical vi raccomanda di respingere la proposta della minoranza Marti Min Li e di entrare in materia affrontando la deliberazione di dettaglio. La proposta di rinvio è animata dalla volontà della minoranza di fissare espressamente nella legge il principio secondo cui l'emissione di un'identità elettronica è una competenza esclusiva dello Stato, che può essere trasferita a privati mediante un mandato di prestazione.

Noi non condividiamo questa impostazione. Infatti l'obiettivo del disegno di legge è proprio quello di promuovere comunicazioni elettroniche sicure tra privati e con le autorità. Prevede una ragionevole suddivisione dei compiti tra settore pubblico e privato, nel senso che lo Stato continuerà ad adempiere la sua missione principale che consiste nel certificare e nel confermare ufficialmente l'identità di una persona. Tuttavia considerate le rapide dinamiche della digitalizzazione e delle trasformazioni tecnologiche in atto, l'ente pubblico non sarebbe in condizione di sviluppare e produrre i supporti tecnici richiesti ai fini di una tale identificazione. È pertanto obbligato a collaborare con il settore privato che, essendo più vicino alle esigenze degli utenti e alle tecnologie digitali necessarie, può svolgere meglio questa funzione.

Il gruppo liberale-radical reputa quindi corretto affidare ai fornitori privati, i cosiddetti "identity providers", sia la gestione del sistema d'identificazione elettronica sia il rilascio della identità elettronica. Cionondimeno lo Stato svolgerà sempre un compito essenziale in questo settore, nella misura in cui sottoporrà gli "identity providers" e i sistemi da loro proposti ad una severa procedura di riconoscimento e a controlli periodici. È importante sottolineare che i requisiti di sicurezza e di protezione dei dati saranno verificati e costantemente adeguati agli sviluppi più recenti.

Siamo convinti che questa collaborazione che sfrutta le sinergie tra il settore pubblico e il settore privato offra le migliori garanzie per un'introduzione e un utilizzo dell'identità elettronica senza intoppi e controindicazioni. È bene essere in chiaro sul fatto che il disegno non disciplina in modo esaustivo l'aspetto dell'identificazione in Internet, limitandosi a regolamentare il rilascio e l'utilizzo dell'identità elettronica, il che significa che in futuro il



mercato potrà comunque offrire e fare capo anche ad altri mezzi d'identificazione elettronica che però saranno meno affidabili rispetto alla procedura di riconoscimento statale.

Sosteniamo il disegno di legge perché siamo convinti che agevolerà i contatti con le autorità che sempre più spesso offrono i propri servizi anche mediante sportelli virtuali. Nel volgere di non molti anni le applicazioni dell'e-government potranno essere utilizzate completamente in rete.

Unsere Fraktion ist fest davon überzeugt, dass rein staatliche Lösungen im Bereich der elektronischen Identifizierungsdienste nicht erfolversprechend sind, es sei denn, sie werden unter Zwang angewendet, wie etwa in Estland. Staatliche Identifizierungsmittel sind nämlich in der Regel zu wenig flexibel und können nicht auf die sich rasch ändernden Bedürfnisse und neue Technologien reagieren. Gerade deswegen werden sie oft von der Wirtschaft nicht eingesetzt und können so nur im staatlichen Bereich Wirkung entfalten, was zum Schwinden der Bereitschaft der Nutzerinnen und Nutzer führt, sie einzusetzen. Es ist auch so, dass Internetkontakte unter Bürgerinnen und Bürgern hauptsächlich im Wirtschaftsbereich stattfinden, während sie nur sporadisch, das heisst nur einige Male pro Jahr, elektronischen Kontakt zu Behörden haben, bei dem sie sich identifizieren müssen. Es wäre doch ein Leerlauf, wenn wir eine gesetzliche Regelung über Identifizierungsdienste hätten, die nicht verwendet werden, während sich im Markt faktisch andere Standards durchsetzen würden, die weder anerkannt noch beaufsichtigt wären und den gewünschten Sicherheitsanforderungen ebenso wenig entsprechen würden.

Unsere Fraktion unterstützt somit die im Entwurf enthaltene Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten, welche die vertrauensstiftende staatliche Anerkennung und Aufsicht mit dem technologischen Know-how und der Flexibilität wirtschaftlicher Akteure verbindet und zur Entbürokratisierung beiträgt. Der Staat gibt also seine Kernaufgabe bei der Ausstellung einer elektronischen Identität nicht preis und bleibt weiterhin über seine Identitätsstelle beim Fedpol für die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person sowie für die Festlegung der Identitätsmerkmale zuständig.

Wichtig ist dabei auch, dass die konkreten Träger der staatlich geprüften und bestätigten elektronischen Identitäten nicht vom Bund selber entwickelt und ausgestellt werden. Dies soll eine Angelegenheit der Anbieter bleiben, die näher an den Nutzenden sowie an den Technologien für die digitalen Angebote sind. Dadurch wird in diesem Bereich der erwünschte Wettbewerb ermöglicht, und zwar im Rahmen eines technologieneutralen Konzepts. Diese Entwicklung läuft bekanntlich bereits heute, haben doch verschiedene Schweizer Unternehmen, darunter die Post, Swisscom, SBB sowie Banken und Versicherungen, mit der Swiss Sign AG ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet und sind daran, eine elektronische Identität, die Swiss ID, auf den Markt zu bringen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): La gestion numérique des prestations de tous ordres est en plein développement, tant dans l'administration publique que dans le cadre des échanges entre privés. Les bases légales qui sont définies auront un impact majeur dans la gouvernance et sur les institutions suisses dans de nombreux domaines.

Le groupe socialiste soutient le principe d'une identité électronique, mais il pense qu'il est absolument nécessaire de bien la réglementer. Pour ses membres, il a toujours été clair que la délivrance d'une identité électronique est une tâche régalienne de l'Etat. Personne ne commande un passeport sur Amazon par exemple.

Le Conseil fédéral a prévu au contraire de confier cette mission à des privés: ceux-ci seront libres de fixer leur modèle d'affaires et d'imposer leurs tarifs aux prestataires de services en ligne, notamment aux collectivités publiques qui seront tenues de proposer des services avec l'identification électronique.

Nous relevons que les fournisseurs d'identité électronique se sont regroupés dans un conglomérat appelé Swiss Sign, composé de banques, d'assurances, de la Poste, de Swisscom, etc. Nous assistons en fait à l'instauration d'un monopole et non plus au développement d'un système de libre concurrence comme le laissait entendre le Conseil fédéral.

La délégation de cette tâche demande donc à être mieux encadrée que le projet initial ne l'a prévu. De plus, les résultats

AB 2019 N 485 / BO 2019 N 485

des travaux de la commission ne nous semblent pas satisfaisants.

Nous pensons que le projet doit être amélioré sur plusieurs points.

Il faut garantir un service universel: toute personne répondant aux critères définis doit pouvoir obtenir une identité électronique. C'est la raison pour laquelle la commission a quand même accepté d'ajouter une précision à l'article 15 alinéa 1 lettre b, qui va dans ce sens. De même, il est important d'inscrire dans la loi la garantie



d'un accès pour les personnes handicapées. Mais la majorité de la commission a balayé cette proposition.

Il faut améliorer la protection des données: il est indispensable que les citoyens et citoyennes de ce pays aient l'assurance que leurs données ne seront pas utilisées de manière abusive. Même s'il est prévu que les fournisseurs aient l'obligation de détruire les données générées par l'utilisation de l'identité électronique après six mois, le projet reste muet quant à l'utilisation éventuelle de ces données durant cette période.

Il faut permettre un pilotage des coûts par les cantons: les collectivités publiques devront assumer les coûts liés à l'utilisation de l'identité électronique au prix fixé par les fournisseurs, sans maîtrise ni prévisibilité de ces coûts puisque le projet laisse la liberté aux fournisseurs sur ce point.

Par ailleurs, nous prôtons un système de concession qui serait plus utile que le système de reconnaissance prévu dans le projet. Pour nous, ce système de reconnaissance est insuffisant et nous souhaitons instaurer un système de concession qui permettrait de mieux encadrer l'activité des fournisseurs privés, en imposant des obligations qui vont dans le sens de nos préoccupations, notamment en matière d'accès universel et de protection des données.

Enfin, nous ne voyons pas la nécessité d'être mis sous pression pour adopter ce projet de loi rapidement, simplement pour plaire aux milieux de l'économie.

Pour toutes ces raisons, le groupe socialiste soutient la proposition de renvoi au Conseil fédéral afin que celui-ci présente un projet conforme aux exigences exprimées.

Je vous remercie de suivre la minorité Marti Min Li.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Einige von Ihnen werden in den letzten Tagen die Steuererklärung ausgefüllt haben. Wenn Sie im Kanton Bern steuerpflichtig sind, haben Sie dazu ein sehr komfortables, benutzerfreundliches Tool. Vielleicht haben Sie fremdbetreute Kinder, und Ihre Gemeinde hat Sie aufgefordert, online Betreuungsgutscheine zu beantragen. Vielleicht wechseln Sie den Wohnort und möchten sich bei der Einwohnerkontrolle melden, oder Sie brauchen einen Strafregisterauszug oder einen Auszug aus dem Betreibungsregister. In all diesen Fällen müssen Sie zum Abschluss des Vorgangs einen Zettel ausdrucken und unterschrieben per Post einschicken oder gar persönlich am Schalter erscheinen. Diesen letzten, analogen Schritt am Schluss würden wir uns eigentlich gerne sparen.

Es ist unbestritten, dass Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft mit der Verwaltung komfortabel, einfach und barrierefrei elektronisch kommunizieren möchten. Das gehört zur heutigen Zeit. Es ist ebenfalls unbestritten, dass dafür eine sichere, kostenlose und vertrauenswürdige elektronische Identität Voraussetzung ist. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass trotz verbreitetem E-Banking oder E-Commerce auch seitens der Wirtschaft ein grosses Interesse an einer elektronischen ID besteht. So weit zur Ausgangslage.

Was aber hier nun vorliegt, ist ein Murks. Die Vorlage ist grundfalsch konzipiert, und die Schweiz würde damit eine wohl einzigartige und sehr ungewöhnliche Aufgaben- und Rollenteilung zwischen öffentlicher Hand und Privaten beschliessen. Die ganze Frage dreht sich um genau diesen Kern: Welche Rolle spielt die öffentliche Hand?

Um diese Frage zu veranschaulichen, komme ich noch einmal auf meine Steuererklärung zurück: Es ist doch ein falsches Konstrukt, wenn ich bei einem Privaten eine E-ID beantragen muss, damit ich bei den Behörden meine Steuererklärung elektronisch einreichen kann. Genau das ist aber die Logik der vorliegenden Vorlage. Der Staat hat die Aufsicht und verifiziert im Auftrag eines Privaten die Identität einer Person. Aussteller der E-ID und Besitzer der Nutzerdaten sind private Unternehmen.

Wir gehen alle davon aus, und die meisten Expertinnen und Experten bestätigen dies: Es wird sich auf die Dauer wohl nur ein Player durchsetzen können. Ja, wenn das so ist, müssen wir von Beginn weg ein Marktversagen annehmen und die Vergabe einer E-ID als hoheitliche Aufgabe definieren. Ansonsten schaffen wir hier und heute ein Gesetz für einen privaten Monopolisten!

Es wird immer ins Feld geführt, die technische Umsetzung sei zu komplex, als dass sie vom Staat gemacht werden könne. Erstens muss Ihnen nicht Herr Dumermuth persönlich die E-ID ausstellen; diese Aufgabe kann und soll Dritten übertragen werden. Die Hoheit aber bleibt beim Staat.

Ein weiteres Argument, das wir immer wieder hören: "Die öffentliche Hand kann das nicht." Um diese Unfähigkeit zu unterstreichen, wird jeweils die "Blame and Shame-Liste" gescheiterter IT-Projekte der Verwaltung herangezogen. Das ist eine problematische Aussage, und sie ist auch nicht ganz ehrlich, denn wie gross ist die Liste gescheiterter IT-Projekte in der Privatwirtschaft? Und das Argument darf doch nicht sein: Die Verwaltung kann nicht. Die Antwort muss sein: Der Staat muss! Einige Gemeinden oder Kantone sind in diesem Bereich schon sehr weit; ich verweise hier auf das Angebot in Schaffhausen oder auf den Kanton Zug.

Dass die öffentliche Hand eine elektronische Bürgerkarte oder Handy-Signatur als Erweiterung des Passes oder der ID einführen kann, beweist Österreich. Ich empfehle Ihnen, dieses Modell genau anzuschauen. Ähn-



lich sieht es auch in Dänemark aus, und die Grundkonzeption ist eigentlich immer gleich: hoheitliche Aufgabe, Übertragung der technischen Ausführung an Dritte mittels Leistungsauftrag oder Konzession. Noch haben wir die Möglichkeit, das Projekt richtig aufzugleisen.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Vogler Karl (C, OW): Wir alle wissen es, es wurde gesagt: Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet voran, und zwar rasant. Die Anzahl Geschäfte, die virtuell abgewickelt werden, steigt sprunghaft an: angefangen beim Ticketkauf für die Reise vom Wohnort zum Reiseziel über die Nutzung staatlicher Dienstleistungen via virtuelle Schalter bis hin zu Bestellungen bei Versandhäusern. Man mag diese Entwicklung begrüßen oder ihr skeptisch gegenüberstehen. Die sichere und einfache Identifikation im Internet jedenfalls ist im Interesse von uns allen. Beispielsweise muss vermieden werden, dass man sich bei jedem Online-Anbieter aufwendig registrieren und mit unterschiedlichen Passwörtern einloggen muss. Damit die Bevölkerung die verschiedenen Angebote einfach und sicher in Anspruch nehmen kann, soll das neue Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste klare Regeln schaffen. Denn Rechtssicherheit und Vertrauen sind in der realen, insbesondere aber auch in der virtuellen Welt wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Erledigung von Geschäften und die effiziente Bereitstellung von Dienstleistungen.

Nicht Bestandteil dieses Gesetzes sind – das sei an dieser Stelle ebenfalls erwähnt – über die reine Identifizierung hinausgehende Vertrauensdienste, wie etwa die elektronische Signatur gemäss dem Bundesgesetz über die elektronische Signatur oder die Regelung und Ausgestaltung von Zugangsberechtigungen zu Online-Diensten, das sogenannte Access-Management.

Nun, neben der Rechtssicherheit und der einfachen Identifizierung ist es in Anbetracht der globalen Natur der Online-Dienste gleichfalls zentral, dass ein vom Staat anerkanntes elektronisches Identifizierungsmittel in technischer und rechtlicher Hinsicht derart ausgestaltet wird, dass es auch international eingesetzt werden kann, nicht zuletzt auch im europäischen Raum. Der vorliegende Entwurf richtet sich nach der entsprechenden Verordnung der EU, sodass die schweizerische Lösung im Grundsatz auch im internationalen Umfeld kompatibel ist.

AB 2019 N 486 / BO 2019 N 486

Selbstverständlich ist bei der Einführung der E-ID auch der Datenschutz wichtig. Dabei darf festgestellt werden, dass die geltenden Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen eingehalten werden und das E-ID-Gesetz teilweise über den heutigen Schutz des Datenschutzrechts hinausgeht. Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte hat im Rahmen der Kommissionsberatungen bestätigt, dass die Vorlage datenschutztauglich ist. Transaktionsdaten beispielsweise werden nicht an die ID-Provider weitergegeben.

Sie haben es gehört, der umstrittenste Punkt der Vorlage ist die Frage, welche Rolle der Staat bei der Herausgabe einer E-ID übernehmen soll. In diesem Kontext liegt denn auch ein Rückweisungsantrag vor, der verlangt, dass die Ausstellung einer E-ID als öffentliche Aufgabe festgeschrieben wird, die mit Leistungsauftrag an Private übertragen werden kann. Auf den ersten Blick und auch mit Blick auf die heutige Bereitstellung und Herausgabe der Pässe und Identitätskarten in der physischen Welt scheint es nur logisch zu sein, dass auch die E-ID vom Staat herausgegeben und bereitgestellt werden. Erfahrungen in anderen Staaten aber haben gezeigt, dass eine rein staatliche Lösung eben doch nicht zu überzeugen vermag. Eine solche Lösung ist zu wenig flexibel. Sie kann weder auf sich schnell ändernde Bedürfnisse noch auf neue Technologien adäquat reagieren. Die Privatwirtschaft ihrerseits ist naturgegeben näher bei den Nutzerinnen und Nutzern und den digitalen Technologien. Entsprechend ist es richtig, dass der Entwurf von einem konstruktiven Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft ausgeht. Oder, um es mit den Worten der Botschaft zu sagen: "Die vorgeschlagene Lösung kombiniert die vertrauensbildende Wirkung staatlicher Anerkennung und Aufsicht mit dem technologischen Know-how und der Dynamik privatwirtschaftlicher Initiative."

Wesentlich ist, dass der Staat den öffentlichen Interessen, vor allem den Sicherheitsinteressen, ausreichend Rechnung trägt. Aus Sicht unserer Fraktion macht er das, angefangen bei der Erarbeitung der Rechtsgrundlagen über die Definition von Sicherheits- und Interoperabilitätsanforderungen für den Betrieb eines E-ID-Systems bis hin zur Anerkennung der Anbieter von Identitätsdienstleistungen. Die CVP-Fraktion unterstützt daher das partnerschaftliche Zusammenwirken zwischen Staat und Privatwirtschaft und lehnt den Rückweisungsantrag entsprechend ab.

Erlauben Sie mir abschliessend folgenden Hinweis: Die Vorlage beinhaltet eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Delegationsnormen. Vieles und nicht Unwesentliches soll in einer oder mehreren Verordnungen des Bundesrates geregelt und per Departementsverordnung präzisiert werden. Betreffend die zu regelnden Verordnungsbereiche – es sind ganze 13 – verweise ich auf die Seiten 3944 und 3945 der Botschaft. Im Bewusst-



sein, dass das angesichts des in vielen Punkten sehr technischen und dynamischen Umfeldes schwierig ist, ist es dennoch wünschenswert, dass die Verordnungen unter Berücksichtigung der Anliegen aller involvierten Protagonisten ausgearbeitet und verabschiedet werden.

Zusammengefasst: Die CVP-Fraktion tritt einstimmig auf die Vorlage ein, lehnt den Rückweisungsantrag ebenso einstimmig ab und wird im Rahmen der Detailberatung, mit Ausnahme der Minderheit Gmür-Schönenberger, jeweils der Mehrheit folgen.

Reimann Lukas (V, SG): Die SVP-Fraktion ist skeptisch, wenn es um Informatikprojekte des Bundes geht – man lese nur die GPK-Berichte zu Insieme durch. Skepsis ist angebracht, wenn der Staat mit modernen Technologien in Kontakt kommt. Aber die SVP-Fraktion will diesem Projekt eine Chance geben. Sie ist für Eintreten auf die Vorlage und für die Anträge der Mehrheit der Kommission.

Ich staune heute schon, wenn ich diesen Minderheitsantrag aus der SP-Fraktion sehe. Wir haben noch gemeinsam gegen staatliche Überwachung im Internet gekämpft, wir haben noch gemeinsam dagegen gekämpft, dass der Staat überall im Internet seine Finger drin hat. Wir waren da noch gemeinsam der Meinung, dass ein freies Internet der Bürger nicht überall den Staat drin braucht – und heute wollen Sie genau das Gegenteil. Sie sind der Meinung, nur der Staat könne eine E-ID herausgeben. Online, biometrische Pässe, kein Zwang – es ist plötzlich eine verkehrte Welt.

Ich glaube, dass diese E-ID die Welt nicht verbessern und die Schweiz bei der Digitalisierung auch nicht massiv voranbringen wird, aber nützlich sein kann. Das haben Gespräche mit der Wirtschaft gezeigt, das zeigen auch Erfahrungen in anderen Staaten. Wir haben insbesondere auch die Hoffnung, dass mit diesem Gesetz, weil es technologieneutral ist, weil es keinen Zwang vorschreibt, sondern nur die Möglichkeit gibt und weil es sich nicht an eine einzelne Organisation oder an das erwähnte Konsortium bindet, sondern auch anderen Unternehmen, Start-ups die Möglichkeit gibt, sich zu zertifizieren, hier doch ein Schritt nach vorne gemacht wird.

Zudem ist zu hoffen, dass sich eine Schweizer Lösung durchsetzt und nicht am Schluss die Identifizierung nur noch mit Apple, Google oder sonst einem ausländischen Grosskonzern gemacht wird. Eine Schweizer Lösung ist besser, bürgernäher und letztendlich auch sicherer.

Wir haben aber auch Punkte, bei denen wir skeptisch sind. Ich möchte hier fünf Punkte erwähnen, bei denen wir skeptisch sind.

1. Man muss auf die Kosten schauen. Bei staatlichen Projekten kann man oft Geld nochmals nachschiesSEN. Man kann ebenfalls die Kosten der Betreiber erhöhen, sei es die Wirtschaft, die das will, seien es die Gemeinden, die Kantone. Das darf nicht passieren. Es soll effizient und kostengünstig bleiben.

2. Es ist ja faktisch einmal mehr eine Übernahme eines EU-Gesetzes, des EU-ID-Gesetzes; man schreibt gross, dass man kompatibel mit der EU ist. Es gibt sicher Punkte und Bereiche, bei denen man sich der EU annähern soll oder sogar etwas von der EU übernehmen kann. Aber ich glaube, bei Digitalem schaut man doch besser zum Beispiel nach Japan oder Kanada, die Blockchain-ID-Lösungen haben, oder, noch naheliegender, in die Kantone Schaffhausen oder Zug, die ebenfalls bereits sehr gute Lösungen im Einsatz haben.

3. Es ist uns sehr wichtig, dass die Kosten für die Benutzer bei null bleiben, so, wie das vorgesehen wird.

4. Es ist wichtig, dass es keinen Zwang gibt, dass nie ein Bürger gezwungen wird, dass er die Steuererklärung oder was auch immer online einreichen muss. Es darf keine Diskriminierung jener Bürgerinnen und Bürger geben, die nicht ihr ganzes Leben und alles nur noch online machen wollen, sondern die auch mal Papier und Bleistift schätzen.

5. Die Technik und die Sicherheit sind sehr wichtig. Wenn Sie schauen, was jetzt beim E-Voting ans Licht gekommen ist – obwohl uns x-mal versichert worden ist, wie sicher das sei –, dann bleiben schon Fragezeichen betreffend die Sicherheit. Dazu wird mein Kollege Pirmin Schwander noch Erläuterungen geben.

In diesem Sinne wird die SVP-Fraktion das Projekt kritisch beobachten, kritisch begleiten. Wir möchten dem Projekt aber eine Chance geben und hoffen auch, dass es sich durchsetzen wird. Denn das Gesetz hat ja das Ziel, die sichere Identifizierung mittels eines elektronischen Instruments, das anerkannt ist, zu regeln. Das macht Sinn.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Lieber Kollege Reimann, wir sind uns wahrscheinlich einig, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die entsprechende Lösung doch ein wichtiger Faktor für den Erfolg einer solchen E-ID ist. Sind Sie ernsthaft der Meinung, dass ein privater Anbieter wie ein Kreditkartenunternehmen, eine Versicherung, Google oder Apple beim Anbieten dieser Lösung mehr Vertrauen genießt als der Staat?

Reimann Lukas (V, SG): Wenn ich schaue, was für Informatikprojekte der Staat in der Vergangenheit gemacht hat, dann fehlt mir da das Vertrauen. Nennen Sie mir den Bereich, in dem heute eine Identifizierung nicht möglich ist: Ich kann heute online einen Krankenkassenvertrag abschliessen; ich kann heute online ein Bankkonto



eröffnen, ohne je persönlich in der Bank zu erscheinen; ich kann eine Kreditkarte lösen. Das geht heute alles, und die Identifizierung funktioniert. Aber wenn es nachher mit dieser Lösung noch besser wird, dann umso schöner.

AB 2019 N 487 / BO 2019 N 487

Schwander Pirmin (V, SZ): Die SVP hat in der Vernehmlassung noch eine ablehnende Haltung eingenommen und die Frage gestellt: Wieso soll nicht der Markt das regeln, wieso soll nicht der Markt alles machen? Es hätte ja auch die Möglichkeit bestanden, dass wir das alles dem Markt überlassen hätten.

Nun, im Verlauf der Diskussionen und der Anhörungen in der Kommission sind wir zur Ansicht gekommen, dass wir der hier geplanten Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft zustimmen können. Der Staat beschränkt sich ja bei dieser Lösung auf die sichere Identifizierung, und alles andere überlässt er dem Markt. Wir möchten aber schon nochmals einige kritische Punkte anmerken, wie mein Vorredner das teils auch schon gemacht hat. Das Gesetz enthält 31 Artikel und 13 Delegationsnormen. Wir überlassen also sehr viel dem Bundesrat. Es ist matchentscheidend, was der Bundesrat jetzt aus diesem Gesetz macht. Es heisst im Gesetz "der Bundesrat regelt", "der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften". Wir erwarten daher, dass die Kommission dann rechtzeitig bezüglich der betreffenden Verordnungen konsultiert wird.

Das technische Funktionieren ist die Grundvoraussetzung. Ob es jetzt die Privatwirtschaft oder der Staat macht – das sollte die Grundvoraussetzung sein. Priorität müssen bei diesem Projekt die System- und die Datensicherheit sowie der Datenschutz haben. Das hat Priorität, das muss Vorrang haben. Darauf muss der Bundesrat bei der entsprechenden Verordnung achten. Ich gehe sogar einen Schritt weiter: Allfälligem Marktversagen und Datenmissbrauch und allfälligen Datenlecks muss vorgebeugt werden. Es muss meines Erachtens ein praxistaugliches Notfallkonzept genau für den Fall von Datenlecks, Datenmissbrauch und vor allem auch Marktversagen installiert sein, damit der Staat sofort handeln kann, wenn etwas nicht gut läuft, und dann nicht erst evaluiert werden muss, was zu tun ist, wie dies in der Vergangenheit bei Cyberattacken der Fall war: Es passiert, und dann überlegen wir, was wir tun könnten. Nein, es müssen praxistaugliche Konzepte in der Schublade sein, die im Notfall nur herausgezogen werden können. Das ist natürlich auch eine Forderung an die Wirtschaft, auch die Wirtschaft muss entsprechend bereit sein. Das ist uns ein dringendes Anliegen. Der Bundesrat hat bei diesem Konzept also eine sehr grosse Verantwortung.

Wichtig scheint uns auch zu sein, dass in der Verordnung klare Forderungen gestellt werden, wenn es – gemäss Artikel 4 des Gesetzes – um das Sicherheitsniveau geht; da geht es um Datenschutz und Datensicherheit. Wichtig ist aus Sicht der SVP, die Aufgaben und Kompetenzen des Informatiksteuerungsorgans des Bundes (ISB) und von Fedpol auf Verordnungsstufe klar zu regeln beziehungsweise dafür zu sorgen, dass keine Missverständnisse entstehen zwischen ISB und Fedpol. Das scheint uns auch wichtig zu sein.

Ein letzter Punkt betrifft Artikel 12, in dem es um die Sorgfaltspflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID geht. Unser Anliegen ist hier, dass am Schluss nicht die gesamte Verantwortung auf die Anwender geschoben wird, wenn etwas nicht gut läuft. Das darf es auch nicht sein. Wir haben zwar die Sorgfaltspflichten, die Haftung gemäss OR; das haben wir zuerst auch eher kritisch gesehen. Wir haben gesagt, das genüge nicht, aber ich denke, das genügt. In Artikel 12 regelt der Bundesrat zusätzlich auch die Sorgfaltspflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID. Hier ist es wichtig, dass eben nicht der Anwender die ganze Verantwortung trägt, wenn etwas schiefgeht.

Alles in allem – mein Vorredner hat es gesagt – stimmen wir dieser Vorlage zu und folgen den Mehrheiten. Aber wir bitten den Bundesrat, die Punkte, die ich erwähnt habe, kritisch aufzunehmen und sie entsprechend in die Verordnungen einfließen zu lassen.

Flach Beat (GL, AG): Die Grünliberalen sehen in der Digitalisierung vor allen Dingen grosse Chancen – Chancen für die Schweiz, für die Bürgerinnen und Bürger, für unsere Wirtschaft; Chancen auch, um in Zukunft Ressourcen schonender einzusetzen, und Chancen, um viele Dinge, die wir tun, einfacher und speditiver erledigen zu können. Darum sind wir ganz klar für die Schaffung der E-ID.

In der Vernehmlassung haben die Grünliberalen noch darauf hingewiesen, falls sich kein Markt dafür bilde und das Risiko bestehe, dass keine E-ID breit angeboten werden, müsse allenfalls der Staat Hand bieten, um selber solche E-ID an die Bürgerinnen und Bürger abzugeben. Die Entwicklung hat aber gezeigt, dass das nicht notwendig ist. Es gibt einen Markt. Er ist im Moment noch nicht allzu breit, aber die Geschäftstätigkeit wird aufgenommen. Es gibt auch Kantone, die bereits selber aktiv geworden sind und versuchen, in diesem Bereich etwas zu unternehmen.

Der Bundesrat hat eine Teilung vorgenommen, indem er sagt: Es gibt auf der einen Seite den Teil der Daten der Bürgerinnen und Bürger, also der Ausweisempfänger, die von Fedpol verwaltet werden. Das ist eine ho-



heitliche Aufgabe. Der Staat trägt die volle Verantwortung, dass die Daten wahr sind, dass die Daten sicher sind und dass die Daten nachgetragen werden. Auf der anderen Seite gibt es ein von einem Identity Provider klar kontrolliertes System. Der Identity Provider muss Kriterien hinsichtlich der Verwendung und Abfragemöglichkeiten der Daten, hinsichtlich des Schutzes der Daten, die bei ihm anfallen, und hinsichtlich des Schutzes der Daten, die er an irgendeinen Dienstleister weitergibt – sei es E-Government, sei es die Post, Bank oder was weiss ich –, erfüllen.

Ich glaube, wir können im Moment noch gar nicht abschätzen, was wir in zwanzig Jahren alles tun werden. Ich kann mir gut vorstellen, dass die eine oder der andere der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die in zwanzig Jahren die Voten unserer heutigen Debatte lesen, ein schmunzelndes Gesicht machen wird, angesichts dessen, wie wenig wir heute von der Entwicklung, die auf uns zukommt, vorausgesehen haben.

Der Rückweisungsantrag will nun, dass der Staat das alles tut, dass der Staat nicht nur die Datenbank der Bürgerinnen und Bürger führt, die Ausweise in digitaler Art und Weise haben wollen, sondern dass er diese Ausweise dann auch gleich abgibt. Diese neue Sphäre im Internet soll der Staat komplett übernehmen, weil man sagt, es sei eine öffentliche Aufgabe, eine Kernaufgabe. Das stimmt nicht. Der Staat hat ja heute auch keine Druckerei, er kauft keinen Drucker, keine Farbe, um einen Pass herzustellen, sondern er gibt diesen Auftrag weiter. Das, worum es hier geht, ist noch viel komplexer, als einfach nur Papier zu bedrucken. Hier geht es darum, Daten sicher in einem Giftschränk vor anderen zu verschliessen, Informationen weiterzugeben, und dies in einem Bereich, der hochinnovativ ist, der sich bewegen wird, der viele verschiedene neue Anwendungsbereiche haben wird.

Wenn wir hier ein staatliches Monopol schaffen, in dem der Staat das tun soll – ja, dann erinnere ich einfach an die DDR und daran, wie sie vierzig Jahre lang den DKW zum Trabant entwickelt haben, ohne auch nur einen Schritt weiterzukommen. Herr Pardini, Sie lachen, aber es ist eine Tatsache, dass der Staat es in diesem Bereich nicht selber machen kann. Der Staat müsste dann diese Aufgabe vergeben, beispielsweise durch ein Konzessionsverfahren oder durch eine öffentliche Ausschreibung, das wäre ja auch eine Möglichkeit. Wenn man das aber öffentlich ausschreibt, dann ist das eben nicht dasselbe, wie wenn man eine Druckerei beauftragt. Wenn dieses System kippt, wenn es nicht funktioniert, dann haben Sie nicht die Möglichkeit, einfach zu sagen: Ich drucke übermorgen bei einer neuen Druckerei. Dieses System ist viel zu wichtig und wird viel zu stark vernetzt sein, als dass man es alle zwei, drei Jahre wieder über ein öffentliches Vergabeverfahren an einen neuen Anbieter vergeben kann. Einer der Hauptgründe ist es einerseits, Innovation zu fördern, andererseits, Sicherheit herzustellen und die Sicherheit des Betriebes zu gewährleisten.

Darum sind die Grünliberalen auch nach der Beratung in der Kommission der Meinung, dass der Weg, private Anbieter zuzulassen, die diese E-ID dann weitergeben, der richtige Weg ist, dass es der nachhaltige Weg ist, der es uns ermöglicht, innerhalb von vernünftigen Zeithorizonten die E-ID in der Schweiz einzuführen, denn es ist uns ein Anliegen, dass wir möglichst schnell eine flächendeckende Verfügbarkeit der E-ID erreichen.

AB 2019 N 488 / BO 2019 N 488

Sollte sich dann die Situation einstellen, dass es tatsächlich ein Oligopol gibt, und sollte sich die Situation einstellen, dass insbesondere bei den höheren Stufen der Sicherheit der E-Identität kein Anbieter da ist, dann sieht das Gesetz vor, dass der Staat, der Bund, dann etwas unternehmen kann – aber erst dann, erst quasi als Auffangmöglichkeit, wenn es mit dem Markt nicht funktioniert. Das wird wahrscheinlich letztlich auch der Marktpreis bestimmen, weil damit eben auch ein Geschäft gemacht werden kann. Selbstverständlich soll es auch so sein, dass die E-Identität verbreitet wird und dass es nicht am Preis scheitert, ob sich jemand eine E-Identität beschaffen kann oder nicht.

Darum habe ich auch noch einen Minderheitsantrag zu Artikel 6 eingebracht, der vorsieht, dass der Staat dort, wo man heute eine normale Identitätskarte oder einen Pass beantragen kann, den Bürgerinnen und Bürgern sagt: Ihr könnt hier auch gleich eine E-Identität beantragen, über einen Provider, der das macht. Es gibt dann verschiedene oder nur einen oder zwei – was weiss ich, wie es dann sein wird –, die diese Dienstleistung anbieten. Da hat jeder die Gewähr dafür, dass das klar, kontrolliert und geprüft ist. Mit diesen Regeln, die wir hier haben, haben wir auch klare Spielräume für die Identity Provider definiert und festgelegt, was die Anbieter dürfen und was nicht.

Ich bitte Sie, einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Mit einer elektronischen Identität, einer E-ID, wird die sichere Identifikation im Internet möglich. Ich kann durch eine solche elektronische Identität beweisen, dass ich bin, wer ich bin: Karin Keller-Sutter. Ich kann beweisen, dass ich volljährig bin; gut, das sieht man, aber mindestens kann ich es nicht nur behaupten, sondern eben auch beweisen.



Eine korrekte Identifikation im Internet wird immer wichtiger. Die Anzahl Geschäfte, die über elektronische Plattformen abgewickelt werden, nimmt stetig zu; wir haben es gehört: Die Palette reicht vom Ticketkauf für den öffentlichen Verkehr über Bestellungen bei Online-Händlern bis hin zur Nutzung staatlicher Dienstleistungen. Die Bevölkerung soll diese Angebote sicher und einfach nutzen können.

In der analogen Welt stellt der Bund dazu konventionelle Identifizierungsmittel aus, nämlich den Pass, die Identitätskarte oder den Ausländerausweis. Pass und Identitätskarte sind zudem Reisedokumente und ermöglichen aufgrund von internationalen Vereinbarungen die Einreise in andere Staaten.

Ergänzend dazu soll die Identität einer natürlichen Person auch in der elektronischen Welt mittels einer E-ID nachgewiesen werden können. Nach diesem Gesetz wird es eine E-ID ihren Inhaberinnen und Inhabern ermöglichen, sich bei Online-Diensten sicher zu registrieren und sich später erneut sicher anzumelden. Damit kann vermieden werden, dass wir uns bei jedem Online-Anbieter in einem aufwendigen Verfahren registrieren und mit unterschiedlichen Passwörtern einloggen müssen. Nationalrat Lukas Reimann hat darauf hingewiesen, dass man das bei verschiedenen Geschäften tut. Die E-ID vereinfacht nicht nur die Nutzung von Internetdienstleistungen, sondern macht sie auch sicherer. Zudem können sich Nutzerinnen und Nutzer im Internet mit voller Kontrolle über die eigenen Daten bewegen und bewusst entscheiden, was sie im Internet bekanntgeben. Das fördert auch den Wettbewerb zwischen den Online-Anbietern.

Aufgrund unserer Erfahrungen mit Pass und konventioneller ID ist es, das haben wir gehört, vielleicht emotional naheliegend, dass der Staat auch die E-ID bereitstellt und herausgibt. Erfahrungen in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, haben gezeigt, dass rein staatliche Lösungen nicht optimal und nur wenig erfolgreich sind. Solche staatlichen Identifizierungsmittel sind regelmässig zu wenig flexibel und können nicht auf die sich schnell ändernden Bedürfnisse und neuen Technologien reagieren. Aus diesem Grund werden sie von der Wirtschaft oft nicht eingesetzt und können nur im staatlichen Bereich ihre Wirkung entfalten. Damit schwindet aber die Bereitschaft der Nutzerinnen und Nutzer, sie einzusetzen; Internetkontakte der Bürgerinnen und Bürger finden ja in erster Linie im Wirtschaftsbereich statt. Zudem führen Eigenentwicklungen durch den Staat und staatlich abgegebene E-ID in der Regel zu hohen ungedeckten IKT-Kosten für die öffentliche Hand.

Deshalb sieht das E-ID-Gesetz eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten vor. Das Vertrauen in die staatliche Anerkennung und auch die staatliche Aufsicht sollen mit dem technologischen Know-how und der Flexibilität privatwirtschaftlicher Akteure verbunden werden: Der Staat führt die Register mit den Daten, die zur Identifikation nötig sind, Private sollen die Karten, USB-Sticks oder E-ID-Applikationen entwickeln und herausgeben.

Der Staat gibt also seine Kernaufgabe bei der Ausstellung einer E-ID nicht aus der Hand; ich glaube, das muss man klarstellen. Der Staat bleibt Herr über seine Register. Die Register sind nicht einfach für Dritte zugänglich, sondern verbleiben beim Staat. Er wird weiterhin für die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und ihrer Identitätsmerkmale zuständig sein. Dies wird Sache der Identitätsstelle sein, welche beim Fedpol angesiedelt werden soll.

Die konkrete Technologie dieser staatlich geprüften und bestätigten digitalen Identität möchte der Bund allerdings weder entwickeln noch ausstellen. Dies sollen als Hilfsorgane Anbieterinnen tun, die näher an den Nutzern sowie an den Technologien für die Nutzung der digitalen Angebote sind. Auf diese Weise wird auch der Technologiewettbewerb ermöglicht. Das ganze Konzept ist technologieneutral ausgestaltet. Der Staat soll ferner bei der Zulassung und beim Betrieb eine wichtige Rolle spielen. Er wird im Anerkennungsverfahren die Anbieter genau unter die Lupe nehmen. Die Anerkennungsstelle soll beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes angesiedelt werden. Darüber hinaus werden die ID-Provider beaufsichtigt und regelmässig kontrolliert. Mit dieser Aufteilung sorgt das E-ID-Gesetz einerseits für eine praxistaugliche und konsumentenfreundliche Lösung für Verwaltung, Bürger sowie für die Wirtschaft. Andererseits wird so die nötige Flexibilität für technologische Veränderungen gewahrt.

Ich möchte Sie auch bitten, die Rückweisung abzulehnen. Sie würde zu einer unnötigen Verzögerung führen; wir würden weitere zwei Jahre verlieren. Die Schweiz hat ohnehin einen Rückstand in Sachen Digitalisierung; die Schweiz ist kein Frontrunner. Die Wirtschaft wie auch die Nutzerinnen und Nutzer warten auf eine Lösung. Ich habe es erwähnt und betone es nochmals: Der Bund soll nicht das Kostenrisiko tragen, und er soll auch nicht durch eine staatliche Lösung die Technologie vorgeben.

Noch zum Datenschutz, der zu Recht von Nationalrat Schwander auch erwähnt wurde: Ein wichtiges Anliegen des E-ID-Gesetzes ist der Datenschutz. Bei der Handhabung und Verwendung der digitalen Identität werden die geltenden Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen eingehalten. Das E-ID-Gesetz verstärkt sogar in einigen Punkten den Schutz gegenüber dem Datenschutzgesetz. Ich möchte hier ein paar wichtige Punkte aufführen: Die Personenidentifikationsdaten dürfen Dritten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Kundinnen und Kunden weitergegeben werden. Die Hoheit über den Einsatz und die Freigabe der Daten liegt ausschlies-



slich in der Hand der betroffenen Person. Die Transaktionsdaten – zum Beispiel, was zu welchem Preis wann gekauft worden ist – gehen nicht zum ID-Provider. Dieser erfährt nur, dass eine Transaktion durchgeführt wurde, für die eine Identifizierung notwendig war.

Das Gesetz sieht zudem spezifische Sicherheitsmassnahmen vor, die in Bezug auf die Gewährleistung der Datensicherheit über die geltenden rechtlichen Anforderungen hinausgehen. So wird etwa verlangt, dass die anerkannten Anbieter die Personenidentifizierungsdaten und die Daten zur Nutzung der E-ID getrennt voneinander halten. Diese Trennung stellt eine zusätzliche Sicherheitsmassnahme dar, damit Unbefugte nicht auf alle Daten über die Inhaber einer E-ID zugreifen können. Weitere Sicherheitsmassnahmen werden in der Verordnung festgelegt. Wir wissen – ich habe das konstruktiv-kritische Votum von Nationalrat Schwander gehört und danke ihm dafür –, dass wir hier eine grosse Verantwortung haben. Die Kommission wird konsultiert, und es wird

AB 2019 N 489 / BO 2019 N 489

übrigens auch eine Vernehmlassung zur Verordnung geben. Der Stand der Technik wird bei den Sicherheitsmassnahmen auch ein Massstab sein.

Der Bundesrat will mit dem Entwurf klare Regeln für den staatlichen digitalen Identitätsnachweis erlassen. Mit der zunehmenden Anzahl von Geschäften, die virtuell abgewickelt werden, wird eine korrekte Identifikation im Internet immer wichtiger. Sie soll die Nutzung von Internetdienstleistungen einfacher, aber auch sicherer machen. Der Entwurf des Bundesrates schafft solide Rahmenbedingungen für die korrekte und sichere Anwendung einer E-ID, und er ermöglicht die Umsetzung innovativer E-ID-Lösungen, die auf einer Rollenteilung zwischen Staat und Privaten basiert.

Ich möchte Sie bitten, auf den Entwurf einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Madame la conseillère fédérale, on a beaucoup parlé de sécurité. Personnellement, j'ai une question spécifique sur l'article 27, qui concerne les émoluments. Dans le message, il est dit que le Conseil fédéral réglera la perception des émoluments et que, pour fixer le montant des émoluments perçus en contrepartie de la communication des données d'identification personnelle, il peut tenir compte de différents éléments.

Cela est assez vague concernant les coûts qui seront à la charge des cantons, des communes, voire des sociétés. Ma question est la suivante: le Conseil fédéral va-t-il prévoir un cadre pour les émoluments afin d'éviter, peut-être, certaines facturations abusives?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich kann Ihnen keine Antwort auf die Frage geben, wie sich die Kosten entwickeln werden. Letztlich ist das auch eine Frage des Marktes und der Anbieter. Ob es einen Wettbewerb gibt oder nicht, wird letztlich entscheidend für die Kosten sein, die sich dann für eine solche E-ID ergeben werden. Es ist nicht der Bundesrat oder der Bund, der einen Kostenrahmen festlegt.

Fiala Doris (RL, ZH): Geschätzte Frau Bundesrätin, Sie haben dieses Geschäft geerbt; es ist ein langwieriges Geschäft. Verzeihen Sie bitte, wenn ich Sie frage, ob Sie nicht die Auffassung teilen, dass der Staat nach den jüngsten Skandalen von Facebook sowie nach erfolgreichen Hackerangriffen seine Sicherheitskompetenz eben zur Vertrauensbildung in der Bevölkerung ausbauen müsste und die Herausgabe der E-ID nicht ausschliesslich an Private – sprich: Post, Swisscom und Banken – abgeben sollte. Sicherheit bleibt gerade auch in diesem Bereich erste Staatsaufgabe. In wenigen Monaten werden wir es auch mit dem elektronischen Patientendossier zu tun haben, das ist ein Faktum. Daher sind Sicherheit und Vertrauen von allergrösster Relevanz.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Geschätzte Frau Nationalrätin Fiala, ich glaube, dass dieses Gesetzesprojekt eine Chance ist, jetzt endlich einen Schritt vorwärtszukommen. Wenn wir hier jetzt keinen Schritt machen, dann wartet die Wirtschaft, dann warten auch die Konsumentinnen und Konsumenten weiter auf eine Lösung, die eben eine gewisse Sicherheit bietet.

Sie glauben jetzt ausschliesslich an die Sicherheit der staatlichen Systeme. Ich habe es in meinem Eintretensvotum ausgeführt: Die Register, die durch den Staat geführt werden, und die Daten, die darin enthalten sind, bleiben beim Staat, aber die E-ID wird durch einen privaten Provider zur Verfügung gestellt. Aber dieser Provider befindet sich nicht im luftleeren Raum, sondern er muss Anforderungen erfüllen, damit er überhaupt zum Markt zugelassen wird, und er wird auch beaufsichtigt. Er hat also nicht einfach freie Hand. Die Vorstellung, dass Private das einfach schlecht machen und der Staat total sicher ist, ist falsch. Wir wissen ja, dass bei den Staaten Daten gehackt werden können – das passiert jeden Tag. Wir haben hier einfach insgesamt eine hohe Verantwortung, uns dann tatsächlich auch an die Anforderungen des Gesetzes zu halten. Aber ich



bin überzeugt, dass dies eine Chance ist. Das ermöglicht auch einen Wettbewerb. Wir haben eine technologie neutrale Lösung, wir haben nicht das Kostenrisiko beim Staat. Diese Lösung, denke ich, wird die Sache vorwärtsbringen.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Madame la conseillère fédérale, est-ce qu'il n'y a pas une contradiction fondamentale dans cette loi du fait que la Confédération veut confier à des sociétés privées le soin de délivrer les identités électroniques et qu'en même temps il n'y a pas une véritable situation de concurrence, car on sait que c'est le consortium Swiss Sign Group SA qui assurera ce service? Alors, est-ce qu'il n'aurait pas été carrément mieux d'accorder une concession, ce qui permettrait de mieux contrôler les tâches des sociétés privées?

Keller-Sutter Karin, conseillère fédérale: Madame Fehlmann Rielle, vous critiquez le fait qu'il n'y a, pour l'instant, qu'une entreprise, qui est une joint-venture, qui offre une solution sur le marché. Mais si l'Etat s'en chargeait, combien de solutions seraient disponibles sur le marché? Une seule, celle offerte par l'Etat. Là, il y a au moins une certaine ouverture et cela donne la possibilité à des concurrents de proposer sur le marché des solutions d'identification électronique. Je crois que, en général, favoriser la concurrence est la voie à suivre. Elle donne la possibilité de développer des solutions encore meilleures.

Vous pouvez critiquer la situation de monopole qui existe aujourd'hui, dans le sens où il n'y a actuellement pas de concurrent sur le marché, mais considérer qu'une solution étatique serait meilleure, alors que cela constituerait aussi un monopole, me paraît contradictoire.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Frau Bundesrätin, ich möchte genau bei diesem Punkt einhaken. Dieses Konglomerat, dieser Zusammenschluss verschiedener Unternehmen unter dem Namen Swiss Sign, ist ja als Aufgabenteilung zwischen den Privaten und dem Staat sehr zu begrüßen. Aber die kritische Frage ist: Wie können Sie verhindern, dass dieses Konglomerat nicht einfach zur exklusiven Betreiberplattform wird und ein Monopol einrichtet? Können Sie heute hier eine entsprechende Aussage machen? Es ist wichtig, dass Sie diese Sorge entkräften können. Wenn andere private Player dazukommen, sollten diese nämlich die gleichen Möglichkeiten haben wie Swiss Sign.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Geschätzter Herr Nationalrat Wasserfallen, ich kann Ihnen keine Bestätigung abgeben heute. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das Gesetz die Voraussetzungen für einen Wettbewerb schafft. Das ist letztlich wichtig. Ich glaube, dass dieses Konsortium Swiss Sign sicherlich ein tauglicher Anbieter sein wird. Aber es ist natürlich eine Frage, ob es auf dem Markt interessant ist, neue Lösungen zu entwickeln. Ich glaube, dass es in diesem Bereich Entwicklungen geben wird. Nationalrat Flach hat in seinem Votum beim Eintreten darauf hingewiesen, dass wir nicht wissen, was in zehn oder zwanzig Jahren sein wird. Ich kann Ihnen heute nicht bestätigen, wie viele Anbieter morgen auf dem Markt sein werden. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das Gesetz diese Möglichkeit gibt und dass sich der Bundesrat auch wünscht, dass verschiedene Anbieter diese Chance ergreifen.

Arslan Sibel (G, BS): Sehr geehrte Frau Bundesrätin, ich möchte Ihnen – mit Nachsicht, da Sie dieses Dossier übernommen haben – eine Konkretisierungsfrage im Anschluss an Ihre Antwort an Doris Fiala stellen. Sie haben gesagt, dass die Wirtschaft darauf warte, dass dieses Geschäft verabschiedet werde. Es ist ja so, dass wir ein Interesse daran haben, dass wir in diesem Gesetz die Sicherheit haben, die für unsere Bürgerinnen und Bürger wichtig ist. Geht für Sie Dringlichkeit vor Sicherheit?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Nein, Frau Nationalrätin Arslan, das ist nicht so. Ich glaube, der Sicherheit wurde in diesem Gesetz ein hoher Stellenwert eingeräumt. Zum einen, ich habe darauf hingewiesen, geht es um die Zulassungskriterien bei den Providern und um deren Aufsicht. Die

AB 2019 N 490 / BO 2019 N 490

Datenschutzbestimmungen, die im Gesetz enthalten sind, gehen über das geltende Datenschutzgesetz hinaus. Aber zum andern ist auch die Dringlichkeit gegeben, wenn wir sehen, wo sich die Schweiz in puncto Digitalisierung und eben in puncto Online-Anmeldungen befindet. Wir sind hier nicht vorne bei den Leuten. Was ich sagen wollte, ist einfach, dass dieses Gesetz jetzt die Möglichkeit bietet, einen Schritt vorwärts zu machen. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat scheint mir konstruktiv zu sein. Sie bietet die Möglichkeit, hier Lösungen zu finden, die das Vorhaben einerseits schnell fördern und andererseits auch die Sicherheit garantieren.



Grüter Franz (V, LU): Geschätzte Frau Bundesrätin, ich unterstütze ja dieses Konzept vollumfänglich, möchte aber trotzdem noch etwas fragen. Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger, die sich fragen, ob sie diese Swiss ID dann nur bei einer dieser Firmen, die bei Swiss Sign dabei sind, beziehen können oder ob trotzdem die Möglichkeit besteht, dass sie diese digitale Identität im Passbüro – ich weiss, das ist ein elektronischer Prozess – oder auch mittels E-Government, bei der öffentlichen Hand, beziehen können. Ich glaube, es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit weiss, ob das auch möglich und angedacht ist.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Grüter, ich beantworte die Frage gerne. Es stellt sich überhaupt die Frage, ob es einmal obligatorisch ist, eine solche E-ID zu haben oder zu beziehen. Möglicherweise wird es Dienstleistungen geben, die praktisch vielleicht nur noch online erhältlich sind und in der analogen Welt nicht mehr. Dann brauchen Sie eine solche E-ID. Es wird aber kein Bürger verpflichtet, eine E-ID zu haben. Wenn Sie das nicht wollen, haben Sie weiterhin die analoge Welt, wo Sie Ihre Dienstleistungen beziehen können. Sie können weiter bei der Migros normal einkaufen, Sie können auch weiter auf die Gemeinde gehen und dort Ihre Dienstleistungen beziehen.

Es liegt ja dann noch der Minderheitsantrag Flach zu Artikel 6 vor. Dort wird die Frage, die Sie jetzt stellen, auch beantwortet. Ich werde dort vielleicht noch darauf eingehen. Der Bundesrat beantragt ja, dort der Mehrheit zu folgen und diese Möglichkeit nicht einzuräumen, und zwar auch deshalb, weil die Kantone das klar abgelehnt haben. Es ist auch nicht ersichtlich, warum Sie, wenn Sie technologieaffin sind, sich zu Fuss auf den Weg in ein Passbüro machen müssen, um dort dann eine E-ID zu beantragen. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist, dass man, wenn man die Ausstellung für die Ausweisstellen, also die ID- und Passstellen, öffnet, natürlich sehr viele Kanäle hat. Es ist heute auch eine Sicherheitsfrage, dass man in der Vorlage einfach den Kanal vom Identity Provider zum Fedpol hat. Sie sind Informatikunternehmer, Sie verstehen mehr davon als ich. Aber wenn man diesen Kanal hat, dürfte es sicherer sein, als wenn Sie noch verschiedene weitere Kanäle öffnen. Aber ich möchte nicht ausschliessen, dass sich in Zukunft auch einmal etwas entwickeln kann.

Aeschi Thomas (V, ZG): Eine ganz simple Frage: Wir in der Stadt Zug haben bereits eine E-ID, auch Schaffhausen hat eine E-ID. Weshalb braucht es diese neue gesetzliche Regelung, wenn es bereits heute einen Wettbewerb zwischen unterschiedlichsten E-ID-Systemen gibt?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Aeschi, das zeigt ja gerade, dass der Wettbewerb eben möglich ist, auch wenn wir hier – was vorhin kritisiert wurde – faktisch einen Monopolanbieter für eine E-ID haben, die eben breiter angelegt ist. Ich kenne die Lösungen in Schaffhausen und Zug nicht im Detail. Aber ich habe gelesen, dass es da vor allem um kommunale Leistungen geht.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen: Es muss niemand zwingend eine E-ID haben. Das ist nicht staatlich vorgeschrieben. Das Gesetz regelt die Rahmenbedingungen für die Schaffung einer E-ID, also die Sicherheit, den Datenschutz und die Aufsicht. Es gibt aus meiner Sicht zusätzliche Sicherheit für diejenigen Personen, die mit dieser E-ID breit im Netz arbeiten und viele Leistungen beziehen – von Online-Shopping bis hin zu Leistungen auf hohen Sicherheitsstufen. Ich weiss nicht, welche Sicherheitsstufen Zug und Schaffhausen erfüllen, aber wir haben ja im Gesetz auch die Regelung, dass sehr hohe Sicherheitsstufen möglich sein müssen, weil es Transaktionen gibt, die natürlich sehr sensibel sind. Wenn ich irgendwo einen Pullover bestelle, ist das nicht das Gleiche, wie wenn ich einen Strafregistrauszug bestelle.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Eintreten auf dieses Bundesgesetz ist unbestritten. Die Minderheit Marti Min Li will aber die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen. Die Begründung dafür lautet, dass die Herausgabe einer Identität eine hoheitliche Kernaufgabe des Staates sei.

Die Mehrheit lehnt diesen Antrag ab. Der Staat gibt seine Kernaufgabe bei der Ausstellung einer E-ID nicht aus der Hand. Er wird für die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und für die Festlegung der Identitätsmerkmale zuständig sein. Der Staat produziert selber auch keine Identitätskarten, und er druckt auch keine Pässe.

Unsere Kommission lehnte die Rückweisung mit 16 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Au risque de me répéter, ce n'est pas parce qu'il y a un "e" devant le mot identité que nous sommes en présence d'un monstre Internet. Nous discutons en effet uniquement de savoir comment va se créer une identité électronique.

Faites l'analogie avec la délivrance d'une carte d'identité. Vous allez dans un service officiel qui vérifie votre identité. Ce service envoie ensuite à une entreprise, en général privée, le dossier; à charge pour ladite en-



treprise d'éditer votre carte d'identité. Et vous ne savez pas quelle machine a été utilisée, ni quel procédé technique a été utilisé, mais vous recevez une carte d'identité que vous utilisez à la Poste, à la frontière, pour obtenir un extrait du casier judiciaire ou un extrait du registre des poursuites, vous l'utilisez tous les jours pour entrer au Parlement.

On est exactement dans la même logique. D'abord, vous allez avoir, pour l'établissement de l'identité électronique, un contrôle de votre identité qui se fera par l'intermédiaire de l'Office fédéral de la police – soit Fedpol. Ensuite, une entreprise privée va créer cette identité et va vous la donner. Enfin, troisième étape, vous utiliserez cette identité électronique pour tous les services de la vie qui passent aujourd'hui par l'intermédiaire de l'informatique.

C'est exactement la même chose que pour la carte d'identité: on a laissé à l'Etat la tâche régalienne qui est celle de vérifier, de confirmer l'identité à l'Etat; on a laissé la tâche régalienne de contrôler la sécurité du processus de fabrication de l'identité électronique, et, ensuite, un privé créera votre identité électronique.

C'est pour toutes ces raisons, je le répète, que la commission vous propose aujourd'hui, par 16 voix contre 7 et 2 abstentions, de ne pas renvoyer le projet au Conseil fédéral.

Mazzone Lisa (G, GE): Effectivement, Monsieur Bauer, il n'existe pas d'imprimerie d'Etat qui produit, en tant que telle, les passeports. En revanche j'ai une question: est-ce que c'est auprès d'une banque, d'une compagnie d'assurances, de la Poste que vous allez chercher votre passeport, et est-ce cette compagnie qui vous délivre votre passeport?

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Aujourd'hui, Madame Mazzone, je ne sais pas qui imprime mon passeport, je ne sais pas si c'est une imprimerie publique, si c'est une imprimerie privée; je ne sais d'ailleurs même pas si cette imprimerie est en Suisse. Alors peu m'importe, aujourd'hui, que mon identité électronique soit créée par une entreprise, une banque, ou n'importe qui. La seule chose dont je veux être sûr, c'est que je reçoive un passeport après m'être identifié et après que l'Etat a confirmé mon identité.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

AB 2019 N 491 / BO 2019 N 491

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Votiamo sulla proposta di rinvio della minoranza Marti Min Li.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18529)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 131 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

**Art. 1***Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

...

a. die sichere Identifizierung im elektronischen Geschäftsverkehr ...

...

Abs. 3

Das Gesetz und die darauf gestützten Verordnungen beachten den Grundsatz der Technologieneutralität.

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Flach, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Vogt, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1 Bst. d

Streichen

Art. 1*Proposition de la majorité**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. à promouvoir une identification sûre dans le cadre des transactions électroniques ...

...

Al. 3

La loi et les ordonnances qui s'y rapportent respectent le principe de la neutralité technologique.

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Flach, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Vogt, Wasserfallen Flavia)

Al. 1 let. d

Biffer

Arslan Sibel (G, BS): Ich beantrage Ihnen mit meinem Minderheitsantrag, Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d zu streichen.

Es geht hier um die Rechte und Pflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID. Solche könnten sich bezüglich des Datenschutzes ergeben. Diese sind allerdings schon an anderen Orten geregelt. Wir müssen deshalb schauen, dass wir hier nicht unnötige zusätzliche Rechte und Pflichten beziehungsweise Doppelspurigkeiten schaffen.

Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d ist auch in Verbindung mit Artikel 12 zu lesen. Dort geht es konkret um die Sorgfaltspflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID. Entweder müssten wir Artikel 12 noch mehr konkretisieren – dazu kommen wir dann später – oder sagen, dass sich das Gesetz sowieso im Rahmen der datenschutzrechtlichen Rechte und Pflichten bewegen muss und sich deshalb Buchstabe d in Verbindung mit Artikel 12 erübrigt.

Ich beziehe mich bezüglich dieser Artikel auf die Ansicht von Adrian Lobsiger, dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten. Seiner Meinung nach bezieht sich Buchstabe d auf den 3. Abschnitt des Gesetzes mit Artikel 12. Dort sind die Rechte und vor allem auch Pflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID geregelt. Aus Sicht des Datenschutzes ist es nicht unbedenklich, den Inhabern der E-ID hier zusätzliche Pflichten aufzubürden. Das wurde in der Vernehmlassung auch von den Konsumentenschutzorganisationen kritisiert, denn es besteht die Gefahr, dass dem Bürger bei der Identifizierung im elektronischen Geschäftsverkehr Pflichten auferlegt werden, die er im analogen Verkehr nicht hat. Einen Pass zum Beispiel kann man an der Hotelrezeption abgeben; da bestehen gewisse Unterschiede.

Aus Sicht des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten hat Artikel 12 Mängel, und er ist nicht unbedingt nötig. Zusammen mit der Delegation an den Verordnunggeber läuft man mit Artikel 12 Gefahr, dass der Staat dem Bürger Pflichten und Verantwortlichkeiten zuschiebt, die dessen Freiheit unnötig einschränken. Artikel 12 Absatz 1 lautet: "Eine E-ID ist persönlich und darf Dritten nicht überlassen werden." So, wie das formuliert ist, bindet diese Bestimmung die E-ID generell an die Person, die das Gerät, zum Beispiel



ein Smartphone, bedient, über welches eine Identifizierung abgewickelt werden soll. Damit führt Absatz 1 im Zusammenhang mit zum Beispiel der schweizerischen Mobile-ID-App zu einem indirekten Verbot, Dritten Besitz am eigenen Smartphone und an den dort vorhandenen Apps zu geben. Damit sind wir nicht mehr weit von einer persönlichen Bedienungspflicht des Smartphones entfernt. Das ist aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht erwünscht. Die Regelung kollidiert zudem auch mit der Situation in der analogen Realität.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 12 zu streichen. Sollten Sie diesem Streichungsantrag nicht folgen, werde ich bei Artikel 12 den Minderheitsantrag II (Arslan) begründen.

Wasserfallen Flavia (S, BE): In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d und auch in Artikel 12 geht es um die Sorgfaltspflichten oder Verhaltenspflichten, welche den Nutzerinnen und Nutzern einer E-ID zusätzlich auferlegt werden sollen. Die kritischen Einwände der Konsumentenorganisationen und des Datenschützers haben uns überzeugt, dass wir darauf verzichten sollten. Wir schaffen nämlich damit die Möglichkeit, der Bürgerin bei der Identifizierung im elektronischen Geschäftsverkehr Pflichten aufzuerlegen, die sie im analogen Verkehr nicht hat. Wir lösen damit mehr Fragen und Unsicherheiten aus, als wir beseitigen.

Es wird z. B. aufgeführt, dass eine E-ID persönlich ist und Dritten nicht überlassen werden darf. Darf ich nun das Gerät übergeben, aber nicht das Passwort? Oder bin ich immer verpflichtet, das Gerät selber zu bedienen? Es kommt natürlich darauf an, ob es nur um die Vereinbarung eines Arzttermins oder ob es um die Eröffnung eines Bankkontos geht. Da geht es, wir haben es schon gehört, natürlich um unterschiedliche Sicherheitsniveaus. Diese werden in den Artikeln 4 und 5 genau beschrieben. Bereits Artikel 12 Absatz 1 löst Unklarheit aus. Was ist mit Absatz 3? Welche weiteren Sorgfaltspflichten regelt dann der Bundesrat?

Wir von der SP-Fraktion empfehlen Ihnen, der Minderheit Arslan zu folgen und Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d sowie Artikel 12 zu streichen.

Ich nehme hier auch bereits mein Fraktionsvotum zur Minderheit II zu Artikel 12 vorweg. Selbstverständlich unterstützen wir, falls Artikel 12 nicht gestrichen wird, die Ergänzung, dass der Identity Provider keine zusätzlichen Sorgfaltspflichten auferlegen darf.

Markwalder Christa (RL, BE): Zunächst möchte ich Ihnen meine Interessenbindung offenlegen: Ich arbeite seit elf Jahren bei der Zürich Versicherung, und die Zürich Versicherung gehört zum Konsortium von Swiss Sign.

AB 2019 N 492 / BO 2019 N 492

Unsere Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d dieses Gesetzes nicht gestrichen werden soll. Buchstabe d hält fest, dass in diesem Gesetz die Rechte und Pflichten von E-ID-Inhaberinnen und -Inhabern geregelt werden. Es entspricht einer logischen Gesetzgebungstechnik, den Geltungsbereich respektive den Gegenstand und Zweck eines Gesetzes zu dessen Beginn festzulegen.

Die Minderheit Arslan möchte mit der Streichung von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d und von Artikel 12 erreichen, dass den E-ID-Inhaberinnen und -Inhabern keine Pflichten auferlegt werden, und die Minderheit II (Arslan) möchte überdies erreichen, dass ihnen in Artikel 12 Absatz 4 seitens der Identity Provider keine zusätzlichen Sorgfaltspflichten auferlegt werden. Dies ist aus Sicht unserer Fraktion nicht logisch. Rechtsdogmatisch gehören in den Sinn- und Zweckartikel, namentlich in den Gegenstand dieses Gesetzes, die Rechte und Pflichten von E-ID-Inhaberinnen und -Inhabern sowie die Verfahren der Ausstellung, die Aufsicht von elektronischen Identitäts Providern, die staatliche Personenidentifizierung sowie die Rechte und Pflichten von E-ID-verwendenden Diensten. Warum sollen ausgerechnet die Rechte und Pflichten von E-ID-Inhaberinnen und -Inhabern davon ausgeschlossen werden, wie dies die Minderheit Arslan fordert? Schliesslich wollen wir die Chancen der Digitalisierung für unser Land und für unsere Gesellschaft nutzen. Dafür braucht es auch im Online-Bereich eine verlässliche Identifikation.

Rechtsunsicherheit, wie sie mit der Streichung von Artikel 12 geschaffen würde, untergrübe das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer in die digitale Identität. Nach den vergangenen Versuchen, eine funktionierende E-ID in diesem Land einzuführen, wollen wir es diesmal flächendeckend schaffen. Weil dies ein zweiseitiger Markt ist, brauchen wir einerseits das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer und andererseits die Verlässlichkeit und den Anreiz des Wettbewerbs, den technologischen sowie gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen.

Artikel 12 hält fest, dass eine E-ID persönlich ist und nicht Dritten überlassen werden darf. Zudem haben E-ID-Inhaberinnen und -Inhaber die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die E-ID nicht missbräuchlich verwendet werden kann. Der Bundesrat kann überdies Sorgfaltspflichten von E-ID-Inhaberinnen und -Inhabern regeln.



Das ist für uns liberal Denkende plausibel und überzeugend, denn wer von uns würde im analogen Leben seine Identität freiwillig preisgeben? Auch im digitalen Leben haben wir kein Interesse daran, schliesslich wollen wir, dass Online-Einkäufe an der richtigen Adresse landen und dass Online-Banküberweisungen den legitimen Empfänger erreichen. Auch im digitalen Behördenverkehr kann niemand ein Interesse daran haben, dass sich jemand mit einer anderen Identität ausgibt, im Gegenteil: Eines der grössten Cyberrisiken für Bürgerinnen und Bürger besteht gerade im Identitätsklau und im Absaugen von persönlichen Daten. Diesen kriminellen Aktivitäten wollen wir mit Artikel 12 einen präventiven Riegel schieben.

Den Internetnutzerinnen und -nutzern darf nämlich durchaus auch ein zumutbares Mass an Eigenverantwortung im digitalen Raum übertragen werden, weshalb unsere Fraktion Sie bittet, der Mehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Arslan zu Artikel 1 sowie die Anträge der Minderheiten I (Arslan) und II (Arslan) zu Artikel 12 abzulehnen.

Guhl Bernhard (BD, AG): Der Minderheitsantrag Arslan ist in Zusammenhang mit Artikel 12 zu sehen. Diese Minderheit will Artikel 12 gänzlich streichen, in dem definiert ist, dass die E-ID persönlich ist und nicht Dritten überlassen werden darf. Zudem enthält dieser Artikel auch die Sorgfaltspflichten, respektive er regelt, dass der Bundesrat die Sorgfaltspflichten definiert und festlegt.

Die E-ID ist genauso persönlich zu sehen wie ein Pass oder eine Identitätskarte. Es kann nicht angehen, dass ein Erwachsener die E-ID einem Jugendlichen überlässt, damit dieser ein Buch bestellen kann. Dieser Jugendliche könnte mit dieser E-ID ebenso gut eine ganze Kiste Whisky bestellen. Der Lieferant, der seine Bestellprozesse so abwickelt, dass er mit der E-ID überprüft, ob der Jugendliche eben ein Jugendlicher ist oder nicht bzw. ob die Altersgrenze eingehalten wird, käme dann letztendlich in die Bredouille, nur weil irgendeine Person einem Jugendlichen die E-ID weitergegeben hat.

Aus Sicht der BDP-Fraktion sollen die Inhaber der E-ID Sorgfaltspflichten haben wie die Inhaber eines Passes oder einer Identitätskarte. Man soll sorgfältig damit umgehen. Die BDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass Sie hier mit der Mehrheit stimmen sollen, um auch die Rechtsunsicherheiten, wie sie meine Vorrednerin soeben auch erwähnt und ausgeführt hat, zu verhindern.

Mazzone Lisa (G, GE): Tout d'abord, le groupe des Verts se réjouit que la commission ait ajouté à cet article premier, qui traite de l'objet et des buts, le fait que la loi et les ordonnances qui s'y rapportent respectent la neutralité technologique. C'est absolument essentiel pour ne pas favoriser une technologie par rapport à une autre et ne pas contraindre ainsi les personnes à utiliser les services d'un tout petit nombre d'entreprises, d'ailleurs souvent les plus grandes. C'est aussi important pour éviter les barrières et la privatisation partielle de ce système de mise en réseau si utile et impressionnant qu'est Internet.

La proposition de la minorité Arslan à l'article 1 alinéa 1 lettre d va de pair avec la proposition de la minorité I (Arslan) à l'article 12, visant à biffer ces éléments. En effet, avec une carte d'identité ou un passeport physiques, l'utilisateur ou l'utilisatrice ne sont pas soumis à des obligations particulières supplémentaires à celles qui se trouvent dans le reste du corpus légal. En cas de perte, par exemple, la personne ne peut être tenue pour responsable, ni être poursuivie. Cela doit être pareil avec la carte d'identité électronique certifiée, pour laquelle le Conseil fédéral ne devrait pas, par voie d'ordonnance, soumettre la personne à des obligations spéciales. Par exemple, exiger un antivirus sur le smartphone est disproportionné et souvent d'ailleurs inutile face aux véritables risques.

En termes de protection des consommatrices et des consommateurs, il est donc essentiel de supprimer ces dispositions, ce qui ne veut pas dire qu'il n'y a aucune obligation pour les consommatrices et les consommateurs, qui sont soumis au reste du corpus légal. Mais cette formulation ouvre la porte non seulement à des incertitudes, mais aussi à des obligations qui peuvent être disproportionnées vis-à-vis des utilisatrices et des utilisateurs, qui pourraient les mettre dans des situations délicates, notamment si leur identité électronique venait, malgré toute la sécurité offerte, à être dérobée.

Si cet amendement était refusé, nous proposons à défaut d'ajouter un alinéa 4 à l'article 12, pour préciser que le fournisseur "ne peut prévoir aucun devoir de diligence supplémentaire" (minorité II (Arslan)). Ce n'est pas à un fournisseur privé d'exiger une vigilance plus grande que le Conseil fédéral ne le prévoit vis-à-vis des utilisatrices et des utilisateurs, car cela pourrait amener, en cas de souci, à ce que le fournisseur se retourne contre l'utilisateur ou l'utilisatrice et à ce qu'il ne doive pas lui-même assumer d'éventuelles lacunes de sécurité. Cela pourrait aussi restreindre l'accès à l'identité électronique certifiée par l'Etat, s'il était demandé à l'utilisatrice ou à l'utilisateur de disposer d'un système extrêmement développé et spécifique pour protéger le dispositif qui est mis en place.

C'est pour ces raisons que nous vous invitons à soutenir les propositions défendues par les minorités Arslan.



Flach Beat (GL, AG): Namens der grünliberalen Fraktion bitte ich Sie, hier bei Artikel 1 und bei Artikel 12 den Minderheitsanträgen Arslan zu folgen.

Worum geht es? Wir haben es hier eigentlich mit einem regelrechten Stilbruch zu tun. Ich habe es eingangs im Eintretensvotum erklärt, dass wir hier in diesem Gesetz ein System haben, in dem der Staat gewisse Aufgaben übernimmt, die absolut hoheitlich sind, in dem er alleine die Macht und auch die Aufsicht haben soll, beispielsweise bei den Datenbanken des Fedpol. Auf der anderen Seite haben wir private Player, die mit Innovation auch einen Markt und eine Plattform für diese E-ID schaffen sollen.

AB 2019 N 493 / BO 2019 N 493

Jetzt beginnt der Staat in Artikel 1 und insbesondere dann in Artikel 12 des Gesetzes, wieder Mami zu spielen, und sagt: "Ja, wir geben euch hier diese Möglichkeit, und ihr sollt sie auch nutzen können – aber wir sagen euch dann auch gleich noch, wie ihr sie nutzen könnt! Nicht die Identity Provider, also die Anbieter, sondern wir, der Staat, wollen euch das sagen! Wir sagen euch beispielsweise, dass ihr diese E-ID unter keinen Umständen weitergeben dürft." Die Folgen davon nennt er nicht, es gibt keine Strafbestimmungen oder so etwas Ähnliches, sondern es heisst einfach im Gesetz, man solle das nicht tun, das sei nicht erlaubt. Damit befinden wir uns dann in einem Bereich des Rechts, in dem diese Bestimmung einfach folgenlos im Gesetz steht und dann wahrscheinlich einfach eine Haftungsfrage auslöst, falls sie missbraucht oder entgegen dem Sinn des Gesetzes gebraucht wird. Wenn ich also im E-Banking die E-ID meiner Frau, die vieles für mich macht, angebe, um etwas zu bestellen, wo sonst immer ich angemeldet bin, mache ich mich dann strafbar? Nein, das mache ich mich nach dem Gesetzestext nicht, sondern es heisst einfach, ich dürfe das nicht tun. Wer ist dann haftbar dafür? Ich selber, weil ich diese E-ID nutze? Oder der Betrieb, der die E-ID zur Verfügung stellt?

Das ist einfach ein Stilbruch, und es ist nicht richtig und nicht konsistent, wenn wir hier im Gesetz über den Mechanismus der E-ID deren Nutzern Vorschriften machen, die man genauso gut privatrechtlich machen kann. Der Identity Provider kann nämlich den E-ID-Nutzern sagen, was sie mit dieser Identität tun dürfen und was nicht. Wenn ich das eben unsorgfältig mache, dann trage ich selbstverständlich auch ein gewisses Risiko, in die Haftung zu kommen.

Ich bitte Sie deshalb, hier bei Artikel 1 der Minderheit Arslan zu folgen, damit wir wieder ein klares und sauberes Gesetz haben.

Vogler Karl (C, OW): Gemäss Artikel 1 Absatz 1 Litera d regelt das Gesetz die Rechte und Pflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID, und Artikel 12 regelt in groben Zügen die Sorgfaltspflichten der Inhaberinnen und Inhaber.

Die Minderheit Arslan will besagte Litera d in Artikel 1 Absatz 1 streichen. Ebenfalls gestrichen werden soll Artikel 12. Die Minderheit befürchtet, dass hier Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden oder diesen zusätzliche Pflichten auferlegt werden. Eine möglicherweise neue, haftungsbegründende Norm soll verhindert werden.

Um was geht es, insbesondere auch bei Artikel 12? Es geht hier primär um die Festlegung von Sorgfaltspflichten der E-ID-Nutzenden und deren Einhaltung. Es geht darum, dass die E-ID-Nutzenden sich der potenziellen Gefahren und des Missbrauchspotenzials der E-ID, die notabene deutlich höher sind als diejenigen der physischen Pässe oder Identitätskarten, bewusst sind und sie sich auch entsprechend verhalten. Es geht weiter darum, dass die Nutzenden wissen, dass sie sich einer Haftung gemäss Artikel 28 aussetzen, wenn sie sich nicht entsprechend sorgfältig verhalten, bzw. dass eine Haftung bei entsprechendem Verhalten verhindert werden kann. Wenn E-ID-Nutzende die Sorgfaltspflicht nicht einhalten, so handeln sie unsorgfältig und riskieren damit zu haften, wenn ein Schaden entsteht. Andererseits entfällt – wie festgestellt – eine Haftung bei entsprechend sorgfältigem Verhalten. Mit dieser Regelung schaffen wir zugunsten der Nutzenden letztendlich Rechtssicherheit. Anders ausgedrückt bezweckt Artikel 12 die Sichtbarmachung der Sorgfaltspflicht und die Schaffung von Rechtssicherheit für E-ID-Nutzende.

Die CVP-Fraktion unterstützt diese Konzeption und ersucht Sie, die Minderheitsanträge I und II abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zu folgen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo dell'UDC sostiene la proposta della maggioranza.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte Sie ebenfalls bitten, bei der Mehrheit und beim Bundesrat zu bleiben. Die beantragte Änderung bei Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d steht auch im Zusammenhang mit Artikel 12 – das wurde jetzt von den Fraktionssprechern mehrfach erwähnt. Ich werde deshalb nicht zweimal sprechen, sondern jetzt gerade all meine Ausführungen hierzu machen.



Bei Artikel 1 sind wir ja beim Zweckartikel. Sie haben dort den Geltungsbereich des Gesetzes. In diesem Gesetz werden eben auch die Sorgfaltspflichten der Nutzer geregelt. Herr Nationalrat Vogler hat darauf hingewiesen: Es geht auch um die Sichtbarmachung der Rechte und Pflichten der Nutzerinnen und Nutzer. Die Nutzer haften für den Schaden, den sie mit der E-ID anrichten. Anwendbar ist ohnehin auch das Obligationenrecht – Artikel 28 verweist ausdrücklich darauf. Zum Tragen kommt die Verschuldenshaftung. Haftbar wird aber nur, wer in Verletzung von Sorgfaltspflichten Schaden verursacht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Überlassung der E-ID an die Ehefrau eine krasse Sorgfaltspflichtverletzung ist. Wenn man hingegen einem Dritten die E-ID überlässt und diese Person mit ihrem Verhalten Schaden anrichtet, der in einem direkten Zusammenhang mit dem Überlassen der E-ID steht, dann haftet der Nutzer eben für den Schaden, der angerichtet wurde. Es geht also nicht um irgendwelche Pflichten, die abstrakt durchgesetzt werden würden – es gibt ja auch keine Aufsichtsbehörde gegenüber den E-ID-Nutzenden –, sondern es geht um die Sorgfaltspflichten, die ohnehin bestehen; Herr Vogler hat darauf hingewiesen, ich kann das nur wiederholen. Selbst wenn man die Sorgfaltspflichten hier streichen würde, würden sie im Recht bestehen; sie wären einfach nicht sichtbar. So ist es transparenter für alle, die den Gesetzestext konsultieren.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Vous l'avez entendu, la question qui se pose est celle de savoir s'il faut, oui ou non, introduire dans cette loi une disposition rappelant quelles sont les obligations de l'utilisateur. La minorité Arslan veut sortir ce volet de notre loi au motif que cette disposition n'en est pas l'objet. Pour la majorité de la commission, qui vous propose d'en rester au projet du Conseil fédéral, il apparaît comme nécessaire de rappeler au moins une fois dans la loi – et surtout dès lors que nous sommes en présence de quelque chose de malgré tout relativement nouveau, de relativement immatériel – que celui qui est titulaire d'une e-ID a un certain nombre d'obligations, a une obligation de diligence, a l'obligation de faire en sorte que cette e-ID ne soit pas utilisée par tout un chacun. Le principe est le même que pour d'autres documents: il viendrait à l'idée de peu de personnes – mais je ne dis pas "d'aucune personne" – de prêter leur carte d'identité à un tiers, comme il ne viendrait aussi à l'idée que de peu de personnes – et pas d'aucune – de prêter leur permis de conduire à quelqu'un. On se trouve à peu près dans la même configuration avec l'e-ID. Dans la mesure où il s'agit de quelque chose de nouveau, la commission vous propose aujourd'hui d'en rester, tant à l'article 1 qu'à l'article 12, à la version qui rappelle que l'e-ID, comme les autres documents d'identité, comme les autres documents de légitimation, est un document qui est personnel, qui ne peut pas être cédé, et qu'il appartient à l'utilisateur de faire en sorte que ce nouvel instrument ne soit pas utilisé à des fins contraires. Dès lors, pour toutes ces raisons, je vous remercie de suivre la majorité de la commission et de rejeter la proposition défendue par la minorité, que la commission a rejetée par 12 voix contre 10 et 2 abstentions.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Bei den Anträgen der Minderheit Arslan geht es um die Rechte und Pflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID. Die Minderheit Arslan will Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d streichen. Sie befürchtet, dass hiermit zusätzliche Rechte und Pflichten begründet werden. So sei in dem Zusammenhang auch Artikel 12 zu streichen. Auch aus Sicht des Datenschutzes sei es nicht unbedenklich, dem Inhaber der E-ID hier Pflichten aufzubürden, die er im analogen Verkehr nicht habe. So könne man einen Pass an der Rezeption abgeben, eine E-ID aber nicht. Artikel 12 brauche es nicht. Die Mehrheit lehnt den Antrag ab, Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 12 zu streichen. Artikel 1 begründe keine Rechte und Pflichten, sondern sage, was Gegenstand und Zweck des Gesetzes sei. Inwieweit Einzelne Rechte und

AB 2019 N 494 / BO 2019 N 494

Pflichten haben, ergebe sich aus dem Gesetz. Mit der Streichung von Buchstabe d sei der Anwendungsbereich des Gesetzes unvollständig. Artikel 12 formuliere Sorgfaltspflichten und bringe somit Rechtssicherheit für die Nutzenden. Wie der Bundesrat hält auch die Kommission daran fest, dass das Gesetz explizit den Grundsatz statuieren soll, wonach eine E-ID persönlich und nicht übertragbar ist. Die Kommissionsmehrheit will, dass jemand auch in der digitalen Welt mit technologischen Mitteln identifizierbar ist. Es geht hier nicht um einen Stilbruch, und es geht auch nicht darum, dass der Staat "Mami" spielt, wie das Kollege Flach gesagt hat. Es geht hier schlussendlich um die Rechtssicherheit und in erster Linie auch um den Schutz des E-ID-Inhabers, der E-ID-Inhaberin.

Der Antrag der Minderheit Arslan wurde in der Kommission mit 12 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il voto vale anche per la proposta della stessa minoranza all'articolo 12.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18531)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 6

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Flach, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Markwalder, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

... bei Fedpol. Die initiale Überprüfung der beanspruchten Identität kann in einer für die Ausstellung von Ausweisen verantwortlichen Stelle gemäss Artikel 4 des Bundesgesetzes über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige vom 22. Juni 2001 erfolgen.

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 2 Bst. c

c. bestätigt, dass sie von der Übermittlung Kenntnis genommen hat.

Art. 6

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Flach, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Markwalder, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

... d'un fournisseur d'identité. La vérification initiale de l'identité demandée peut être effectuée par le service responsable de l'établissement de documents d'identité au sens de l'article 4 de la loi fédérale du 22 juin 2001 sur les documents d'identité des ressortissants suisses.

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 2 let. c

c. confirme avoir pris acte de la communication de ces données.

Flach Beat (GL, AG): Bei Artikel 6 geht es darum, wie der Ausstellungsprozess der E-ID vonstattengeht. Mit meiner Minderheit will ich die Möglichkeit schaffen, dass die Verbreitung der E-ID schneller, besser und einfacher vonstattengeht und auch Personen, die nicht Digital Natives sind, besser und einfacher Zugang zu dieser E-ID bekommen.

Der Minderheitsantrag sieht vor, dass überall dort, wo man einen Pass oder eine Identitätskarte beantragen kann, ebenfalls die Möglichkeit geschaffen wird, dass man sich für eine E-ID anmelden kann. Es geht nicht darum, dass man quasi dort, wo man dann physisch erscheint, unbedingt auch auf die digitale Sphäre zugreifen kann, sondern es geht darum, dass man Menschen, die noch nicht so geübt sind, dort empfängt und ihnen



erklärt, wie das funktioniert. Das bedeutet dann vielleicht einfach, dass die Informationen der verschiedenen Anbieter dort aufliegen oder dass man sich mit einem QR-Code über das Handy anmelden kann und dann Hilfe bekommt. So, wie ich bei der Bestellung einer Identitätskarte oder eines Passes Hilfe vom Staat bekomme, der mir sagt, was ich dazu alles brauche und wie ich das machen muss, kann das dann eben auch für die E-ID auf dem Passbüro passieren.

Es geht nicht darum, eine physische Sphäre für die digitale Sphäre zu schaffen, sondern es geht nur darum, ein niederschwelliges Angebot zur Verfügung zu stellen für Personen, die mit der neuen digitalen Sphäre und der E-ID noch nicht geübt sind und vielleicht auch mit einer gewissen Sorge darangehen oder nicht wissen, wie es funktioniert. Dort ist es in meinen Augen wichtig, dass der Staat – und da nehme ich den Begriff "das Mami" wieder in den Mund – eben doch ein bisschen für diese Personen mit wenig Zugang, mit wenig Affinität zur digitalen Sphäre sorgt. Wenn sie das auch machen wollen und vielleicht nicht einen Sohn haben, der, was weiss ich, EDV studiert hat oder so etwas, haben sie dort die Möglichkeit, die E-ID zu beantragen. Nicht der Staat beantragt es, sondern der Staat stellt diese Möglichkeit zur Verfügung.

Ich bitte Sie, hier meinem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Arslan Sibel (G, BS): In Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c heisst es, dass Fedpol dem Identity Provider die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5 übermittelt, sofern die antragstellende Person "in die Übermittlung eingewilligt hat". Dies stimmt offenbar so nicht: Die antragstellende Person hat eigentlich gar kein Wahlrecht. Im vorliegenden Entwurf, also im Falle von Fedpol, ist einzig die gesetzliche Grundlage entscheidend, ob ein Bestellvorgang für eine E-ID gewährt oder abgebrochen wird. Es gibt keine Varianten. Es geht hier vielmehr um eine Bestätigung.

Ich beantrage deshalb, in Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c zu konkretisieren, dass die antragstellende Person "bestätigt, dass sie von der Übermittlung Kenntnis genommen hat". Wer eine E-ID beantragt und nicht einverstanden ist, dass Fedpol seine Daten an den Identity Provider weitergibt, muss den Bestellvorgang abbrechen und auf seine E-ID verzichten. Deshalb ist es unzulässig, von einer Einwilligung zu sprechen.

Leider hat die Verwaltung immer wieder die Tendenz, den Begriff der Einwilligung im Zusammenhang mit staatlichen Leistungen ins Spiel zu bringen. Wenn jemand eine Zugfahrt macht, kann er ja in den Preis auch nicht einwilligen: Entweder er bezahlt das Ticket, oder er verzichtet auf die Fahrt. Das führt dazu, dass dem Bürger vorgemacht wird, dass er irgendein Wahlrecht oder eine Mitbestimmung habe. Sie besteht aber nicht, weil der Prozess wie erwähnt im Gesetz geregelt ist. Mit meinem Minderheitsantrag könnte dieses Problem elegant gelöst werden. Schliesslich wird der Nutzer oder die Nutzerin sagen: "Ich habe die E-ID bestellt, und wenn ich sie will, nehme ich zur Kenntnis, dass diese Übermittlung stattfindet; wenn ich das nicht tue und sie

AB 2019 N 495 / BO 2019 N 495

ablehne, reicht es, dass ich diese ganze Übung abbreche." So ist es für den Bürger klar, dass er nur die Möglichkeit hat, entweder das Ganze zur Kenntnis zu nehmen oder darauf ganz zu verzichten.

Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte sieht dies ähnlich: Seiner Meinung nach soll dem Kunden klar sein, dass nicht von einer Wahl die Rede ist.

Wir haben uns in der Kommission für Rechtsfragen diesen ganzen Prozess angeschaut und uns in einer Präsentation auch zeigen lassen, wie das Vorgehen aussieht. Man stellt den Antrag für eine E-ID und versucht dann, alle verlangten Daten hochzuladen, um von Fedpol die Bestätigung zu erhalten. Dadurch, dass man das alles macht, hat man bei der Anmeldung bereits bestätigt, dass man von der Weitergabe dieser Daten Kenntnis genommen hat.

Bitte folgen Sie meinem Minderheitsantrag, und verhindern Sie, dass wir den Nutzern und Nutzerinnen Sand in die Augen streuen. Sagen Sie ihnen, was Sache ist.

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Die CVP-Fraktion lehnt sowohl die Minderheit Flach zu Artikel 6 Absatz 1 wie auch die Minderheit Arslan zu Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c ab. Sie fragen sich vielleicht, warum. Ich kann Ihnen diese Frage sehr einfach beantworten. Bei der Minderheit Flach geht es um die Sicherheit. Die CVP setzt erstens klar auf die Sicherheit. Zweitens wehren wir uns gegen eine Mehrbelastung der Gemeinden. Was die Minderheit Arslan betrifft, ja, da geht es aus Sicht der CVP drittens auch darum, hin und wieder einmal die Sicht des Kunden, des Anwenders, einzunehmen.

Ich komme kurz zur Sicherheit. Die aktuelle Lösung, mit welcher der Identity Provider direkt mit Fedpol kommuniziert, ist eine gute, eine direkte und eine sichere Lösung. Das unmittelbare Zusammenspiel zwischen privaten und staatlichen Stellen ist so gewünscht, und eine zusätzliche Zwischenstufe würde das Verfahren nur verkomplizieren. Die direkte Linie bedeutet also nichts anderes als Sicherheit.



Was die Belastung der Gemeinden betrifft, glaube ich nicht an die Worte, welche Kollege Flach hier in diesem Saal gesagt hat. Ich glaube nicht, dass es Leute gibt, die dieses System nicht verstehen. Es kann aber nicht sein, dass 2000 Gemeinden in der Schweiz eine zusätzliche Aufgabe erhalten, die schlicht und einfach anders gelöst werden soll. Wir betreiben damit Bürokratie. Selbstverständlich sind die Gemeinden immer im Dienst ihrer Bürgerinnen und Bürger, aber wir dürfen sie nicht ständig mit neuen Aufgaben belasten. Ein zusätzlicher Zwischenschritt würde nichts als Kosten und schlussendlich Bürokratie bedeuten.

Zu guter Letzt komme ich zur Minderheit Arslan. Juristisch kann man das eine wie das andere für richtig halten. Die Frage ist: Was macht der Nutzer? Nicht wir hier unten im Saal, sondern Sie, meine Damen und Herren auf der Tribüne, die sich nicht tagelang mit diesem Gesetz auseinandergesetzt haben, was verstehen Sie darunter? Was müssen Sie verstehen, und wie können Sie es verstehen? In diesem Sinn ist die gewählte Formulierung, wie sie aktuell im Gesetz steht, besser, verständlicher und klarer. Manchmal sollten wir in diesem Saal daran denken, was die Nutzer, also die Kunden, schlussendlich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen.

In diesem Sinn bitte ich Sie, beide Minderheiten abzulehnen.

Aebischer Matthias (S, BE): Bei der Minderheit Flach geht es darum, ob man die Identifizierung nicht nur über Fedpol, sondern auch über die kantonalen und kommunalen Stellen, welche Identitätskarten und Pässe ausstellen, machen kann. Als Bürger erfahre ich immer wieder, wenn ich beim Passbüro die ID oder den Pass verlängere, dass meine Identität sehr genau abgeklärt wird. Das gibt mir Sicherheit. Wenn man das schon macht, so findet die SP, kann man doch auch gleich eine elektronische ID in Auftrag geben. Das spart Zeit und Umtriebe. Ich gehe einmal hin und kann gleich alles machen. Dass dies den Prozess verkompliziert und ein Sicherheitsproblem darstelle, sehen wir nicht ein. Die SP-Fraktion wird die Minderheit Flach unterstützen.

Mit der Minderheit Arslan bei Artikel 6 bewegen wir uns im feinstofflichen Bereich dieses Gesetzes. Die Frage ist, wie logisch oder auch wie konsumentenfreundlich das Vorgehen bei der Bestellung einer E-ID sein soll. Der Bundesrat möchte, dass ich bei der Bestellung am Schluss gefragt werde, ob ich einverstanden sei, dass meine Daten nun von Fedpol an den Identity Provider übermittelt werden. Diese Frage dürfte mich als Kunde eher verwirren, denn ich habe ja längst entschieden, dass ich eine E-ID bestellen will. Wenn ich hier nämlich mit Nein antworte, bedeutet das den Abbruch der Übung. Und das will ich zu diesem Zeitpunkt ja definitiv nicht mehr. Die Variante der Minderheit Arslan, welche notabene auch die Meinung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten ist, das hat Kollegin Arslan auch gesagt, ist unserer Ansicht nach logischer. Man bestätigt lediglich, dass man die Übermittlung zur Kenntnis genommen hat.

Die SP-Fraktion wird also in Artikel 6 beide Minderheiten unterstützen.

Markwalder Christa (RL, BE): Bei Artikel 6 Absatz 1 empfiehlt Ihnen die Mehrheit unserer Fraktion, der Minderheit Flach zu folgen. Der Erfolg und die Durchsetzungsquote der E-ID werden in der Schweiz wesentlich daran bemessen werden, ob sich genügend Bürgerinnen und Bürger eine E-ID beschaffen wollen. Wo, wenn nicht im kantonalen Passbüro, ist es im analogen Leben bequemer, neben der analogen Identifizierung auch gleich diejenige für die Ausstellung einer E-ID machen zu lassen? Es geht dabei einzig darum, dass die bestehenden Prozesse für die physische Identifizierung gleichzeitig auch für die Ausstellung der E-ID genutzt werden können. Wer in einem kantonalen Passbüro einen neuen Ausweis beantragt – im Kanton Bern haben wir beispielsweise sieben solche Ausweiszentren –, soll sich gleichzeitig für die Zwecke der E-ID rechtsgültig identifizieren lassen können; das Stichwort hierfür lautet: Effizienz.

Die Minderheit unserer Fraktion, die der Kommissionsmehrheit folgen will, befürchtet allerdings eine Mehrbelastung der Kantone sowie zusätzliche Schnittstellen und damit verbundene Sicherheitsrisiken.

Im Sinne eines gemeinsamen Interesses für den Erfolg der neuen E-ID, für Effizienz, für einfache Identifizierungswege bitte ich Sie daher im Namen der Mehrheit unserer Fraktion, der Minderheit Flach zu folgen.

Zum Minderheitsantrag Arslan: Aus unserer Sicht schwächt die Minderheit Arslan die Rechtsstellung der E-ID-Beantragenden. Gemäss der Kommissionsmehrheit müssen diese nämlich in die Übermittlung ihrer Personenidentifizierungsdaten an den Identity Provider einwilligen, währenddessen die Minderheit Arslan nur eine Bestätigung will, dass der Antragsteller oder die Antragstellerin von der Übermittlung seiner oder ihrer Personenidentifizierungsdaten durch Fedpol an den Identity Provider Kenntnis genommen hat. Gerade aber wer den Daten- und Konsumentenschutz hochhält, muss der Mehrheit mit der Einwilligung folgen und nicht der blossen Kenntnisnahme zustimmen, wie dies die Minderheit Arslan fordert.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auch bei Absatz 2 Buchstabe c die Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

Guhl Bernhard (BD, AG): Die Lösung des Bundesrates sieht vor, dass der E-ID-Provider eine Schnittstelle zum Fedpol hat, um die Identität der antragstellenden Person überprüfen zu können. Auf den ersten Blick erscheint



das Anliegen der Minderheit, dass man auf dem Passbüro nebst Pass und ID auch eine E-ID beantragen kann, naheliegend. Aber, wenn man in den 2000 Gemeindekanzleien, bei welchen man eine ID oder einen Pass beziehen kann, nun auch noch den Prozess des Bezugs der E-ID mit einbezieht, dann auferlegt man diesen Gemeinden viele zusätzliche Aufgaben. All jene, die sonst sagen, der Bund gebe den Gemeinden immer wieder zusätzliche, neue Aufgaben, dürfen hier keinesfalls mit der Minderheit stimmen, denn mit der Minderheit geben sie den Gemeinden mehr Arbeit. Die Kantone haben in der Vernehmlassung klar gesagt, dass sie nicht bereit sind, diese Aufgaben und diese Kosten zu übernehmen. Hinzu kommt, dass wir hier von Digitalisierung sprechen. Wenn jemand am Sonntag beim E-ID-Provider online am PC

AB 2019 N 496 / BO 2019 N 496

eine E-ID beantragt, kann er sie über die Schnittstelle beim Fedpol noch am Sonntag erhalten. Beim Prozess über das Passbüro sind Sie wieder an die normalen, analogen Öffnungszeiten gebunden und können nur zu gewissen Zeiten am Schalter vorbeigehen. Hinzu kommt, dass es gemäss diesem Gesetz möglich ist, dass es mehrere E-ID-Provider geben wird, dass also nebst diesem Konsortium ein anderes Unternehmen eine E-ID anbietet, und dann müssen die Gemeinden plötzlich für mehrere E-ID-Provider Aufgaben erfüllen und sozusagen Dienstleister spielen. Das kann es nicht sein.

Die BDP-Fraktion wünscht sich einen einfachen digitalen Prozess – wir sprechen hier von Digitalisierung –, sie wird den Antrag der Minderheit Flach ablehnen und mit der Mehrheit stimmen.

Die BDP-Fraktion wird auch den Antrag der Minderheit Arslan ablehnen und dort mit der Mehrheit stimmen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo dell'UDC sostiene la proposta della maggioranza. Il gruppo dei Verdi sostiene sia la proposta della minoranza Flach che la proposta della minoranza Arslan.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich bitte Sie, bei beiden Bestimmungen der Kommissionsmehrheit und damit auch dem Bundesrat zu folgen.

Ich habe zum Minderheitsantrag Flach schon beim Eintreten gesprochen; hier geht es um die Frage, ob man auch bei anderen öffentlichen Stellen wie auf Passbüros oder auf der Gemeindekanzlei eine E-ID beantragen können soll oder nicht. Ich habe beim Eintreten darauf hingewiesen, dass der Bundesrat aus Sicherheits- und Verlässlichkeitsgründen das Fedpol als einzigen Kanal etablieren möchte. Das scheint vielleicht etwas eng zu sein, aber das entspricht den Sicherheitsinteressen. Ich möchte auch nochmals darauf hinweisen, dass die Kantone in der Vernehmlassung darauf hingewiesen haben, dass sie diese Zusatzaufgabe nicht wünschen.

In Klammern sei gesagt, dass die Laufzeit eines Passes und einer ID zehn Jahre beträgt. Es wurde argumentiert, dass Personen, die den Umgang mit dem Internet nicht so gewohnt sind und zufällig im Passbüro sind, auch gleich eine E-ID anfertigen lassen können. Ich glaube, dass Personen, die ohnehin nicht mit dem Internet vertraut sind und nicht online verkehren, kaum eine E-ID anfertigen lassen auf einer Gemeindekanzlei, wo sie Unterstützung brauchen, nachher aber Transaktionen im Internet durchführen. Das ist wahrscheinlich nicht der Fall.

Dann noch zum Antrag der Minderheit Arslan: Hier ist es vielleicht etwas ein Streit um des Kaisers Bart, wenn man so will. Aber die Beantragung oder Ausstellung einer E-ID ist ein interaktiver Prozess. Es kommt einfach einmal der Moment, in dem Sie auf den Knopf drücken und sagen müssen, ob Sie bereit sind, die Daten weiterzuleiten oder nicht. Natürlich ist es in der Theorie so, dass Sie dann sagen, dass Sie praktisch zur Kenntnis nehmen, dass die Daten übermittelt werden. Aber wenn Sie das praktisch tun, haben Sie wohl eben auch eingewilligt, und die Daten werden übermittelt. Das ist eher eine praktische Sicht.

Ich würde auch beliebt machen, dem Antrag des Bundesrates und der Mehrheit zu folgen.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 6 Absatz 1: Beim Antrag der Minderheit Flach geht es um eine zusätzliche Möglichkeit, eine E-ID zu erhalten. Wer sich bei der Gemeindekanzlei oder im kantonalen Ausweiszentrum einen Pass, eine ID oder einen Ausländerausweis ausstellen lässt, soll gleichzeitig den Erwerb einer E-ID in die Wege leiten können. Dies sei gemäss der Minderheit praktischer und günstiger.

Die Kommission lehnt diesen Antrag ab. Damit das Vertrauen in die E-ID und die Sicherheit gewährleistet werden können, muss man ein einfaches Verfahren mit klarer Identifizierung und Zuständigkeit haben. Der E-ID-Ausstellungsprozess ist deshalb im Gesetz einfach und rigide geregelt, mit einem direkten Kanal vom Identity Provider zum Fedpol. Wenn die über 2000 Gemeindekanzleien, bei denen man heute eine Identitätskarte beziehen kann, noch eine Rolle spielen sollten, hätte man eine neue Zwischenstufe und plötzlich drei



Akteure. Da stellen sich Fragen zur Sicherheit. Zudem haben auch die Kantone früh signalisiert, dass sie nicht bereit sind, diesen Verfahrensschritt durchzuführen. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass keine parallelen Kanäle eingerichtet werden sollten: je mehr beteiligte Akteure und Prozesse, desto höher das Risiko.

Der Antrag Flach wurde in der Kommission mit 12 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Bei Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c geht es um die Übermittlung der Personenidentifizierungsdaten. Die Minderheit Arslan will hier nicht von einer Einwilligung sprechen, da es lediglich um eine Bestätigung gehe. Wer eine E-ID beantrage und nicht einverstanden sei, dass das Fedpol die Daten an den Identity Provider weiterleite, müsse den Bestellvorgang abbrechen und auf eine E-ID verzichten können.

Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass es nicht um die Frage geht, ob die Daten übermittelt werden sollen oder ob der Prozess abgebrochen werden soll, sondern um das Einverständnis, dass die Daten überhaupt übermittelt werden. Der Kunde soll wissen, dass die Daten übermittelt werden. Unsere Kommission hat den Antrag, aus dem in der Folge die Minderheit Arslan hervorging, mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Vous l'avez entendu: par 12 voix contre 9 et 3 abstentions, la commission vous propose de rejeter la proposition défendue par la minorité Flach.

L'avis de la majorité de la commission est basé sur les éléments suivants, que je vous résume brièvement. Le système que nous mettons en place est cohérent. Une demande est faite à un fournisseur d'identité, et celui-ci procède au contrôle de l'identité par l'intermédiaire de Fedpol. C'est ce que prévoit expressément l'alinéa 1 de l'article 6: "Quiconque souhaite obtenir une e-ID en fait la demande à Fedpol par l'intermédiaire d'un fournisseur d'identité." A partir de là, le système est parfaitement cohérent, puisque le fournisseur d'identité, vous le choisissez, et celui-ci vous demande d'accepter qu'il fasse la demande à Fedpol. Dès lors, il n'y a aucune raison d'introduire encore une disposition prévoyant que la vérification initiale de l'identité demandée puisse être effectuée par le service responsable de l'établissement des documents d'identité. On est aujourd'hui dans un autre monde avec l'e-ID.

En ce qui concerne la proposition défendue par la minorité Arslan à l'alinéa 2 lettre c, la commission vous propose aussi de la rejeter, par 17 voix contre 7. Faut-il vraiment imaginer que la formule "confirme avoir pris acte de la communication de ces données" est beaucoup plus active que la formule "consent à la communication de ces données"? Peut-être, oui, peut-être peut-on l'imaginer. Néanmoins, comment se passeront les choses dans la pratique? Soit la demande se fera par l'intermédiaire d'Internet, et il s'agira de mettre un vu dans une case; soit la demande se fera sous une forme manuscrite et, là aussi, il s'agira simplement de mettre une croix dans une case. Que la phrase soit "je confirme" ou "je consens", le résultat sera exactement le même. Peut-être que l'on aurait pu imaginer exiger une formule manuscrite intitulée "je confirme", qui est possible un peu plus forte. Néanmoins, afin de rester dans la logique du système, la majorité de la commission vous propose d'en rester au projet du Conseil fédéral.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18532)

Für den Antrag der Minderheit ... 133 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 47 Stimmen

(1 Enthaltung)

AB 2019 N 497 / BO 2019 N 497

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18533)

Für den Antrag der Mehrheit ... 135 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 7–9***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 10***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Der Bundesrat kann eine Verwaltungseinheit damit beauftragen, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen.

Abs. 3

Um den Zugang zu einer E-ID für breite Bevölkerungskreise sicherzustellen, kann der Bund sich an Unternehmen beteiligen, welche zum Zweck haben, E-ID auszustellen.

Art. 10*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Le Conseil fédéral peut charger une unité administrative de gérer un système e-ID et d'établir ce type d'e-ID.

Al. 3

Afin de garantir que de larges couches de la population puissent avoir accès à une e-ID, la Confédération peut prendre des participations dans des entreprises spécialisées dans l'établissement d'e-ID.

Marti Min Li (S, ZH): Ich rede gleich zu beiden Minderheitsanträgen zu Artikel 10, denn sie betreffen dasselbe Thema.

Wir haben in der Eintretensdebatte schon relativ ausführlich über die Frage der Monopolstellung geredet und die Gefahren, die davon ausgehen könnten. Der Bundesrat – vielleicht war es ihm nicht ganz wohl – hat hier selber unter Artikel 10 eine Sicherheitsmassnahme im Gesetz vorgesehen: Der Bund könnte selber ein E-ID-System für die Sicherheitsniveaus "substanziell" oder "hoch" betreiben, wenn kein Privater das machen würde. Es ist aber nicht einzusehen, warum er nicht alle Stufen betreiben kann, wenn er schon ein eigenes E-ID-System macht. Das ist unseres Erachtens eine unnötige Einschränkung.

Wir haben ja bei dieser potenziellen Monopolsituation das Problem, dass die möglicherweise marktdominante Lösung aus irgendwelchen Gründen nicht gut funktionieren könnte, nicht das Vertrauen der Kundinnen und Kunden gewinnen könnte oder Sicherheitsprobleme wegen Hacks usw. haben könnte – das wurde alles angesprochen. Es könnte auch sehr viel banaler sein, dass nämlich das Geschäftsmodell nicht ganz so funktioniert, wie sich das die Beteiligten eigentlich vorgestellt haben, und dann einige oder mehrere aussteigen. Wenn dieses Szenario einträte, dann hätte man eigentlich nichts mehr.

Mit meinen beiden Minderheitsanträgen möchte ich dem Bund mindestens die strategische Option geben, dann eingreifen zu können, zum einen – das ist der erste Antrag –, indem er selber ein System anbieten könnte, zum andern, indem er sich an einem System beteiligen könnte. Das würde verhindern, dass man am Schluss einfach vor einem Scherbenhaufen steht und gar nichts hat oder ein neues Gesetz machen müsste, was ich auch nicht wahnsinnig zielführend finde. Es geht in beiden Fällen um eine Kann-Formulierung. Der Bund ist zu nichts verpflichtet, er kann aber etwas tun. Das scheint mir doch ein sehr moderater Antrag zu sein, der dem Bund alle Optionen offenlässt.

Ich bitte Sie, den beiden Minderheitsanträgen zuzustimmen.



Markwalder Christa (RL, BE): Gemäss Artikel 10 soll im Falle, dass es keine Identity Provider für die Ausstellung von E-ID gäbe, eine Verwaltungseinheit durch den Bundesrat beauftragt werden können, selber ein E-ID-System zu betreiben. Geht man von einer funktionierenden Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten aus – und das tut unsere Fraktion –, wird dieser Auffangtatbestand gar nicht zum Tragen kommen. Die Minderheit Marti Min Li möchte dies hingegen nicht als Auffangtatbestand verstanden wissen, sondern auch dem Bund die Möglichkeit geben, ein E-ID-System zu betreiben. Damit würde die sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten durchbrochen und würden die privaten Anbieter durch den Bund konkurrenziert. Wir haben uns mit dieser Frage beim Eintreten und auch in der Kommission intensiv auseinandergesetzt und sind, auch mit Blick auf die Erfahrungen anderer Länder, zum Schluss gekommen, dass sich die vom Staat herausgegebenen E-ID nicht gleich erfolgreich durchsetzen konnten wie die Systeme von Privatanbietern – die selbstverständlich staatlich beaufsichtigt werden – und dass deshalb die vorgesehene Aufgabenteilung zwischen Staat und Privatsektor, wie sie das Gesetz in der Fassung der Mehrheit vorsieht, sinnvoll ist. Gemäss dem liberalen Credo "Privat vor Staat" lehnen wir auch die Forderung ab, dass sich der Bund an Unternehmen beteiligen kann, die E-ID ausstellen. Am existierenden Konsortium Swiss Sign ist der Bund via SBB und Post beteiligt. Diese beiden Staatsbetriebe sind ja bekanntlich zu hundert Prozent in Staatsbesitz. Der Bund ist jedoch, und das finden wir als Freisinnige ebenfalls richtig, kein Mehrheitseigner. Im Namen der FDP-Liberalen Fraktion bitte ich Sie deshalb, die Minderheiten Marti Min Li in Artikel 10 Absatz 1 und Absatz 3 abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Arslan Sibel (G, BS): Die Grünen unterstützen den Antrag der Minderheit Marti Min Li. Es braucht nämlich eine Art Auffangartikel, wonach der Bund zum Beispiel im Falle eines Marktversagens selber eine Lösung für E-ID anbieten kann, indem der Bundesrat beispielsweise eine Verwaltungseinheit damit beauftragen kann, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen, wenn keine Identity Provider für die Ausstellung von E-ID verantwortlich sind.

Das Gesetz geht davon aus, dass wir einen funktionierenden Markt mit mehreren Identity Providern haben, die sich konkurrenzieren. Es hat sich aber ein Konsortium von relevanten Teilnehmern gebildet, und es ist nicht ganz unrealistisch, davon auszugehen, dass dieses Konsortium eine marktdominante Stellung haben wird, was allein schon kartellrechtlich problematisch ist. Monopole bergen gewisse Risiken. Wir können nicht einfach von einem Idealszenario ausgehen. Vielmehr sollten wir versuchen, mögliche Risiken auszuschliessen. Artikel 10 und Artikel 17 sehen gewisse Sicherheitsmechanismen vor. In Artikel 10 sagt man, dass der Bund auch selber ein E-ID-System betreiben kann, wenn kein Identity Provider die Sicherheitsstufen "substanziell" oder "hoch" anbietet. Man würde sich aber mehr Optionen offenhalten, wenn man diese Möglichkeit nicht an die Sicherheitsniveaus binden würde. Es könnte durchaus auch sein, dass es einen Angriff auf Swiss Sign gibt – das haben wir auch vorhin bei den Fragen gehört – und die Kunden das Vertrauen in den Anbieter verlieren oder dass sich das Businessmodell nicht ganz so auszahlt, wie man sich das erhofft hat, wie das auch oft vorkommt; auch das wurde vorhin im Rahmen von Fragen thematisiert. Deshalb ist es für die Kunden und Kundinnen wichtig, dass der Bund bei E-Government-Aufgaben auch die Möglichkeit hat, das aufzunehmen. Er soll dies dort selber tun, wo keine guten Lösungen angeboten werden.

AB 2019 N 498 / BO 2019 N 498

Der Antrag der Minderheit Marti Min Li enthält eine Kann-Formulierung. Der Bund verpflichtet sich zu nichts, man hält sich mit der Annahme des Antrages aber alle Optionen offen.

Mir scheint das eine moderate und zielgerichtete Lösung zu sein, weshalb ich Sie bitte, dem Minderheitsantrag Marti Min Li zuzustimmen.

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Ich habe es in meinen Ausführungen zu Artikel 6 bereits gesagt: Man hat hier eine Grundkonzeption gewählt, die klar festlegt, dass es ein Zusammenspiel zwischen einem privaten Anbieter und staatlichen Stellen gibt. Die Minderheitsanträge, welche hier zu Artikel 10 Absätze 1 und 3 vorliegen, stellen eine gegenteilige Konzeption dar, und daran ändert auch die Kann-Formulierung nichts.

Aus diesem Grund lehnt die CVP-Fraktion beide Minderheitsanträge ab.

Warum lehnt die CVP-Fraktion beide Minderheitsanträge ab? Die CVP-Fraktion will keine neuen Bundesaufgaben in innovativen Bereichen, welche für Unternehmen interessant sind. Wir wollen keine Verwaltungseinheiten oder vom Bund kontrollierte Unternehmen, welche sich plötzlich in Marktkonkurrenzsituationen mit privaten Unternehmen befinden. Diese Konkurrenzsituationen sind aus Sicht der CVP-Fraktion in keiner Art und Weise sinnvoll. Ich erlaube mir doch, in Anlehnung an Kollegin Arslan, die Frage: Warum sollte der Markt in diesem Punkt versagen, warum sollte das gewählte Modell, das wir hier haben, nicht funktionieren?



Zudem ist es für die CVP-Fraktion klar, dass gerade dieser Bereich, ein innovativer Bereich, auch Chancen und Möglichkeiten für Unternehmen und insbesondere auch für KMU bieten könnte, die wir nicht staatlichen Institutionen übergeben sollten. Wir haben es klar gehört: Der Bund kann sich bereits beteiligen und macht dies auch über die SBB und über die Post. Weitere Massnahmen in diesem Bereich sind aus Sicht der CVP-Fraktion nicht notwendig und auch nicht gewünscht.

Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge abzulehnen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo borghese democratico, il gruppo dell'UDC e il gruppo verde liberale sostengono la proposta della maggioranza.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, beide Minderheitsanträge abzulehnen. Wir sind ja wieder bei der Diskussion über die Rolle des Staates, einer Diskussion, die wir, so meine ich, eingehend beim Eintreten und auch im Zusammenhang mit dem Rückweisungsantrag geführt haben, den Sie abgelehnt haben. Beim ersten Antrag der Minderheit Marti Min Li geht es darum, die Türe hier wieder etwas zu öffnen, damit der Staat selbst ein E-ID-System betreiben und E-ID ausstellen könnte. Der vorliegende Gesetzentwurf verschliesst ja die Türe nicht ganz. Die Rolle des Staates ist aber nur subsidiär, das heisst so, wie das auch im Titel von Artikel 10 explizit formuliert wird. Diese subsidiäre Rolle kann nur dann beansprucht werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Beispielsweise wird vorausgesetzt, dass keine E-ID der Sicherheitsniveaus "substanziell" oder "hoch" anerkannt worden sind. Die vorgeschlagene Änderung sieht eine Kann-Formulierung und keine Verpflichtung seitens des Bundes vor. Diese Möglichkeit sollte nur in Ausnahmefällen zum Tragen kommen, nämlich nur dann, wenn keine Lösung von Privaten für diejenigen Sicherheitsstufen angeboten wird, die für behördliche Applikationen zur Anwendung kommen.

Beim zweiten Minderheitsantrag Marti Min Li geht es letztlich auch um das Zusammenspiel von Staat und Privaten. Wir haben ja eine Auffanglösung, die ich jetzt skizziert habe. Wenn Sie heute die Entwicklung im Bereich E-ID verfolgen, stellen Sie fest, dass Unternehmen mit staatlicher Beteiligung sehr aktiv sind, in der Swiss Sign Group beispielsweise die Swisscom, die Post und auch die SBB. An diesen Unternehmen ist der Bund schon beteiligt. Eine zusätzliche gesetzliche Grundlage ist deshalb nicht nötig.

Ich bitte Sie, beide Minderheitsanträge abzulehnen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Voilà de retour la grande discussion sur le rôle de l'Etat – rôle primaire, rôle subsidiaire –, et, dans les deux cas, par 18 voix contre 7, la commission vous propose de rejeter les propositions de minorité défendues par Madame Marti Min Li.

En ce qui concerne la première, je vous renvoie au titre de l'article 10, "Système e-ID subsidiaire de la Confédération", et à l'alinéa 1, qui précise les conditions auxquelles la Confédération peut charger une unité administrative de gérer un système e-ID. Ces conditions sont assez restrictives, puisqu'il faut qu'aucun fournisseur d'identité n'ait obtenu la reconnaissance nécessaire pour établir des e-ID d'un niveau de garantie substantiel ou élevé.

La proposition de la minorité Marti Min Li prévoit, par contre, d'être plus directif en disant que même s'il n'y a pas ce manque, la Confédération peut charger une unité de gérer un système e-ID. C'est contraire à l'idée même de ce que nous sommes en train de mettre en place, et c'est contraire à ce dont vous avez déjà discuté lors du débat d'entrée en matière et du débat sur la proposition de renvoi de minorité.

En ce qui concerne la proposition de la minorité Marti Min Li à l'alinéa 3, il y a, là aussi, déjà suffisamment de collaboration entre les différentes personnes intéressées, concernées ou capables d'introduire une e-ID, et il n'est donc pas nécessaire de mentionner expressément que, si une entité spéciale est créée à cette fin, la Confédération peut prendre des participations dans son capital.

Dès lors, et comme indiqué, par 18 voix contre 7, les deux propositions de la minorité Martin Min Li ont été rejetées par la commission, et je vous remercie d'en faire de même.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 10 Absatz 1: Die Minderheit Marti Min Li will Artikel 10 Absatz 1 dahingehend ändern, dass eine Verwaltungseinheit damit beauftragt werden kann, ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen. Es wird befürchtet, dass es keinen funktionierenden Markt von Identitätsdienstleistern geben und das Konsortium eine marktdominierende Stellung innehaben wird. Mit diesem Antrag sollen mögliche Risiken ausgeschlossen werden. Die Mehrheit hält an der Fassung des Bundesrates fest. Auch da wird eine staatliche Aktivität nicht ganz ausgeschlossen. Wie bereits im Titel von Artikel 10 festgehalten, geht es aber nur um eine subsidiäre Aufgabe, wenn gewisse Sicherheitsniveaus der E-ID nicht angeboten werden. Zudem gelten das Kartellgesetz und das Preisüberwachungsgesetz. Diese kämen im Fall eines Missbrauchs einer marktdominanten Stellung zur Anwendung.



Die Kommission hat den Antrag der Minderheit Marti Min Li mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Zu Artikel 10 Absatz 3: Die Minderheit Marti Min Li möchte mit ihrem Antrag dem Bund die Möglichkeit geben, sich an Unternehmen zu beteiligen, die E-ID ausstellen. So soll eine rein privatwirtschaftliche Lösung vermieden werden. Die Mehrheit unserer Kommission erachtet Absatz 3 als unnötig. Es geht auch hier um die Rollenteilung. Staatsunternehmen wie Swisscom, Post oder SBB beteiligen sich bereits aktiv. Eine Mehrheitsbeteiligung sollen und dürfen sie aber nicht haben, und sie haben sie auch nicht.

Die RK-NR lehnte den Antrag der Minderheit Marti Min Li mit 18 zu 7 Stimmen ab. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18534)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2019 N 499 / BO 2019 N 499

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18535)

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Dagegen ... 132 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 12

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Flach, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Vogt, Wasserfallen Flavia)
 Streichen

Antrag der Minderheit II

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 4

Der Identity Provider darf keine zusätzlichen Sorgfaltspflichten auferlegen.

Art. 12

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité I

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Flach, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Vogt, Wasserfallen Flavia)
 Biffer

Proposition de la minorité II

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 4

Le fournisseur d'identité ne peut prévoir aucun devoir de diligence supplémentaire.

Arslan Sibel (G, BS): Es geht ganz kurz: Ich habe eigentlich die Gründe für diesen neuen Absatz 4 bei der Begründung meines Minderheitsantrages zu Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d bereits detailliert ausgeführt. Wir möchten hier zusätzliche Rechte und Pflichten, die den Bürgerinnen und Bürgern auferlegt werden könnten, also sogenannte Sorgfaltspflichten, verhindern. Deshalb beantrage ich Ihnen mit meiner Minderheit II, dass hier in Artikel 12 als Absatz 4 die Bestimmung aufgenommen wird, dass der Identity Provider keine zusätzlichen Sorgfaltspflichten auferlegen darf.

Wir haben vorhin auch gerade darüber diskutiert, dass man in diesem Gesetz gewisse Konkretisierungen vornehmen sollte. Gerade bei diesem Absatz ist es eigentlich für uns alle, für Anwender und Anwenderinnen, Nutzer und Nutzerinnen und für alle Konsumenten und Konsumentinnen, relativ wichtig, dass die Anbieter nicht von sich aus gewisse Pflichten z. B. in den AGB oder sonst wo auferlegen könnten. Wir könnten das hiermit ausschliessen.

Deshalb bitte ich Sie, meinem Minderheitsantrag zu folgen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La proposta della minoranza I (Arslan) è già stata rifiutata all'articolo 1.

Il gruppo borghese democratico, il gruppo popolare democratico e il gruppo verde liberale rifiutano la proposta della minoranza II (Arslan). Il gruppo socialista invece sostiene la proposta della minoranza II (Arslan).

La consigliera federale Keller-Sutter e i relatori rinunciano a prendere la parola.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18536)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 43 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 13

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

...

a. im Handelsregister eingetragen ist; bei Verwaltungseinheiten des Bundes, der Kantone und Gemeinden ist ein Eintrag im Handelsregister nicht notwendig;

...

Abs. 3

Die Anerkennung wird nach Anhörung des Edöb (Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter) für drei Jahre erteilt.

Art. 13

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. qui est inscrit au registre du commerce. Aucune inscription au registre du commerce n'est nécessaire pour les unités administratives de la Confédération, des cantons et des communes;

...



Al. 3

La reconnaissance est délivrée pour une durée de trois ans, après consultation du Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (PFPDT).

Angenommen – Adopté

Art. 14

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 15

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

...

b. Er stellt die E-ID für alle Personen aus, die die persönlichen Voraussetzungen nach Artikel 3 erfüllen.

...

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gmür-Schönenberger, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Guhl, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1 Bst. cbis

cbis. Er gestaltet das E-ID-System so aus, dass für Menschen mit Behinderung keine Benachteiligung bei der Beantragung einer E-ID entsteht.

Abs. 3

Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zur Ausgestaltung der E-ID-Systeme und zu den Meldungen ...

AB 2019 N 500 / BO 2019 N 500

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef)

Abs. 1 Bst. j

j. Er vernichtet die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, unverzüglich.

Antrag der Minderheit

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1 Bst. m

m. Er muss sich bei den Preisen, welche er von den Inhaberinnen und Inhabern einer E-ID zu deren Ausstellung verlangt, an den tatsächlich entstandenen Kosten orientieren.

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1 Bst. n

n. Er darf die Identifikations- oder Nutzungsdaten nicht für eigene Zwecke verwenden oder daraus einen Nutzen ziehen.

**Art. 15***Proposition de la majorité**Al. 1*

...

b. Il établit les e-ID pour toutes les personnes qui remplissent les conditions visées à l'article 3.

...

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gmür-Schönenberger, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Guhl, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 1 let. cbis

cbis. il organise le système e-ID de sorte que les personnes handicapées ne soient pas victimes d'une inégalité de traitement lorsqu'elles déposent une demande d'e-ID.

Al. 3

Le Conseil fédéral précise les modalités de conception du système e-ID ainsi que celles de la communication

...

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef)

Al. 1 let. j

j. il détruit immédiatement les données générées par l'utilisation de l'e-ID;

Proposition de la minorité

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 1 let. m

m. il fonde le prix exigé auprès des titulaires d'un e-ID sur les coûts effectifs de l'établissement de leur identité électronique;

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 1 let. n

n. il ne peut utiliser les données d'identification ou d'utilisation à des fins propres ou en retirer un avantage.

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): Il Consiglio federale mantiene la sua proposta al capoverso 1 lettera b.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich spreche zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe b. Dort gibt es einen Antrag Ihrer Kommission für Rechtsfragen. Hier möchte die Kommission im Interesse der Gleichbehandlung aller Nutzer eine explizite Pflicht zur Ausstellung einer E-ID an alle berechtigten Personen einführen.

Der Entwurf des Bundesrates definiert zwar in Artikel 3 die Voraussetzungen, damit jemand eine E-ID erhalten kann. Er sieht aber nicht in jedem Fall ein Recht auf Ausstellung vor. Ein solches Recht ist nur für bestimmte Konstellationen vorgesehen. Nach Artikel 17 besteht ein solcher Anspruch, falls einzelne Identity Provider eine starke Stellung im Markt haben und Hinweise bestehen, dass die Ausstellung einer E-ID verweigert worden ist. Die E-ID ist ein Identifizierungsmittel im Internet, das durch staatlich anerkannte Private auf dem Markt angeboten wird. Die Anbieterinnen können sich somit auf die Wirtschaftsfreiheit berufen.

Der vorliegende Antrag bedeutet aber, dass wir einen Vertragszwang hätten, und das ist aus Sicht des Bundesrates ein zu starker Eingriff. Wir möchten Sie bitten, hier keinen Vertragszwang einzuführen, sondern diesen Antrag abzulehnen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Effectivement, votre commission, et je l'ai dit durant le débat d'entrée en matière, est convaincue qu'il s'agit d'octroyer une e-ID de la manière la plus large possible et d'éviter qu'un fournisseur puisse refuser d'en délivrer une. C'est le même principe que pour la carte d'identité, que pour le passeport. Il y a là, dans une certaine mesure, un droit à obtenir un tel document.



C'est pour cette raison que la commission a souhaité ajouter à l'article 15 alinéa 1 lettre b le principe de l'universalité en disant que le fournisseur d'identité "établit les e-ID pour toutes les personnes qui remplissent les conditions visées à l'article 3". Je vous rappelle qu'il s'agit des personnes de nationalité suisse et des étrangers qui remplissent deux conditions. Je vous les redonne rapidement: l'étranger "1. qui, au moment de l'établissement, est titulaire d'une pièce de légitimation valable et reconnue au sens de l'article 13 alinéa 1 de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers ou d'une carte de légitimation valable au sens de la législation sur l'Etat hôte, ou 2. dont l'identité a pu, au moment de l'établissement, être déterminée de façon fiable dans le cadre d'une procédure spéciale d'identification".

En vertu de ce principe d'universalité de l'e-ID, la commission vous invite à accepter sa proposition à la lettre b.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Ich bitte Sie, unserer Kommission zu folgen. Es geht darum, dass wirklich alle, die die gesetzlichen Grundlagen erfüllen, die Möglichkeit haben, eine E-ID zu erhalten, und dass niemand davon ausgeschlossen wird.

In dem Sinne: Unterstützen Sie die Mehrheit unserer Kommission!

Abs. 1 Bst. b – Al. 1 let. b

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18537)

Für den Antrag der Mehrheit ... 181 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 1 Stimme

(0 Enthaltungen)

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La proposta della minoranza Gmür-Schönenberger alla lettera cbis è presentata dal signor Guhl.

Guhl Bernhard (BD, AG): Das Behindertengleichstellungsgesetz stellt unterschiedliche Anforderungen an unterschiedliche Akteure. Die Identity Provider sind private Akteure und müssen demnach die tiefsten Voraussetzungen des Behindertengleichstellungsgesetzes erfüllen. Wenn die Behörden aber einen Dienst barrierefrei anbieten, wie das auch für verschiedene E-Government-Lösungen gedacht ist, dann benötigen sie dazu eine E-ID. Diese E-ID erhalten sie von einem privaten Akteur, welche aber nicht barrierefrei angeboten wird. Menschen mit Behinderung stossen hier an ihre Grenzen und können die E-Government-Angebote dann doch nicht komplett barrierefrei nutzen.

Deshalb ist eine Sondernorm notwendig, welche im Minderheitsantrag zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe cbis formuliert ist. Es handelt sich hierbei um einen Formulierungsvorschlag

AB 2019 N 501 / BO 2019 N 501

der Verwaltung auf Antrag der Kommission. Die Situation ist die, dass die E-ID, welche von einem privaten Anbieter erstellt wird, eine Vorleistung ist, damit die Behördenleistungen unter den Voraussetzungen der Digitalisierung bezogen werden können. Das Behindertengleichstellungsgesetz verlangt zwar einen barrierefreien Zugang zur E-Government-Lösung des Bundes oder der Kantone, aber wenn dieser barrierefreie Zugang nicht garantiert werden kann, weil die Behörden die E-ID eben nicht barrierefrei erhalten, dann gibt es trotzdem ein Problem bei der Nutzung dieses Dienstes. Deshalb wird mit diesem Minderheitsantrag von den anerkannten Anbietern das verlangt, was normalerweise von einem konzessionierten Unternehmen verlangt wird. Und da es unter anderem um eine Vorleistung für die Dienstleistung der Behörden geht, ist dieser Zusatz hier sinnvoll. Ich bitte Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen, damit wir den Menschen mit Behinderung den Zugang zu den E-Government-Lösungen auch richtig gewähren.

Arslan Sibel (G, BS): Der Minderheitsantrag zu Buchstabe j bezweckt, dass die Daten unverzüglich vernichtet werden. Eine Aufbewahrung über längere Zeit ist nicht notwendig und kommt deshalb nicht infrage. Dafür gibt es klare Gründe: Ich finde in dieser Vorlage keine Erklärungen, warum nach einem Online-Einkauf oder nach Einsicht in ein elektronisches Patientendossier die Daten sechs Monate lang zurückbehalten werden sollten. Auch Sie, meine Damen und Herren, werden diese Erklärung nicht finden. Die Hoheit über die Daten soll nach wie vor bei den Nutzerinnen und Nutzern bleiben. Die Aufbewahrungsfrist von sechs Monaten ist völlig willkürlich und nicht erklärbar. Es braucht meines Erachtens keine Rückverfolgbarkeit. Wir müssen ja darauf vertrauen, dass bei der Türöffnung der Staat bestätigt, dass alles rechtens passiert ist. Das haben wir



in diesem Gesetz so bestätigt. Entweder erhält man eine E-ID, oder man erhält sie nicht. Wenn ich einen Pass erhalte, habe ich nicht eine sechsmonatige Frist, während derer ich nachfragen kann, ob und wie dieser Pass entstanden ist oder wie ich diesen Pass verwende. Man meldet sich irgendwo an und erhält einen gültigen Ausweis. Eine Rückverfolgbarkeit ist nicht notwendig.

Zu meinem zweiten Minderheitsantrag zu Buchstabe n: Wir sollten auch darüber diskutieren, was mit den Nutzungsdaten gemacht wird. Gemäss Artikel 16 ist die Weitergabe der Daten an Dritte verboten, die interne Nutzung der Daten jedoch ist nirgends klar geregelt. Wenn Swiss Sign die Daten nutzt und daraus Profite zieht, führt dies zu einem Vorteil gegenüber Unternehmen, die nicht im Bereich der E-ID tätig sind. Die Nutzenden sollten grundsätzlich nicht Objekt kommerzieller Ziele sein, und wir sollten Identity Provider gegenüber anderen Unternehmen nicht bevorteilen. Aus diesem Grund ist es nötig zu sagen, dass die Identifikations- und Nutzungsdaten nicht zu kommerziellen Zwecken verwendet werden dürfen. Diese Haltung vertritt sinngemäss auch der Datenschutzbeauftragte.

Zu meinen beiden Minderheitsanträgen haben Sie von den Kantonen Waadt, Genf, Neuenburg, Jura und Tessin ein Schreiben erhalten. In diesem Schreiben steht: "Nicht zuletzt sind der Datenschutz und die Garantie, dass die Daten nicht für andere als die gesetzlich vorgesehenen Zwecke genutzt werden, entscheidend, um sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Und zwar dürfen die Identity Provider die Personenidentifikationsdaten ebenso wie Daten, die bei der Anwendung der E-ID entstehen, und darauf basierende Nutzungsprofile nicht an Dritte weitergeben. Aber die Vorlage des Bundesrates sieht keine weiteren Einschränkungen für eine allfällige interne Nutzung der Daten während der sechs Monate vor, bevor diese Daten vom Identity Provider vernichtet werden können oder müssen. Wir fordern Sie auf, diese Lücke zu schliessen und den Minderheitsantrag zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe j und Buchstabe n sowie den Antrag der Kommissionmehrheit zu Artikel 16 Absatz 2 zu unterstützen."

Die gleiche Meinung vertreten die Konsumentenorganisationen. Wenn Sie also meinen Minderheitsanträgen zustimmen, worum ich Sie bitte, entsprechen Sie den Wünschen von verschiedenen Kantonen und denjenigen der Konsumentenorganisationen.

Marti Min Li (S, ZH): Beim Antrag der Minderheit zu Buchstabe m geht es darum, dass wir wollen, dass sich der Identity Provider bei den Preisen, die verlangt werden, an den tatsächlich anfallenden Kosten orientiert. Das soll verhindern, dass bei einer Monopolstellung ein Identity Provider überrissene Preise verlangen kann. Das ist eine Befürchtung, die auch einige Kantone und Gemeinden geäussert haben. Sie befürchten unkalkulierbare Kostenfolgen und dass sie dann für die Kosten aufkommen müssten, falls das Geschäftsmodell des Identity Providers nicht wie vorgesehen funktioniert.

Ich muss nicht noch einmal über die Risiken von Monopolen reden, aber ich denke, dass es gerade bei den Preisen im Interesse aller ist, dass die Identity Provider attraktiv bleiben.

Unterstützen Sie daher meinen Minderheitsantrag!

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Je m'exprimerai sur les autres minorités de l'article 15. Nous suivrons la minorité Gmür-Schönenberger à l'article 15 alinéa 1 lettre cbis, qui prévoit de garantir aux personnes ayant un handicap, par exemple une cécité ou une surdité, un accès sans obstacle à une identité électronique. On nous a objecté que la loi sur l'égalité pour les handicapés prévoit déjà l'absence de barrière pour ces personnes. Néanmoins, cette loi prévoit des obligations différentes selon le type d'acteur concerné. Comme ce seront des privés qui auront la charge de délivrer les identités électroniques, ils seront soumis aux conditions minimales. Dans le cas de l'identité électronique, l'Etat doit aussi être garant d'un accès universel à cette prestation, et l'idée est d'avoir la même exigence pour les entreprises qui sont au bénéfice d'une simple reconnaissance, comme cela est prévu dans le projet, que pour celles qui seront soumises, par exemple, à une concession. Il ne s'agit donc pas d'une disposition redondante, mais d'une plus-value.

Nous soutiendrons aussi les propositions des minorités Arslan à l'article 15 alinéa 1 lettres j et n. Afin de s'assurer la confiance du public, il est primordial que les données générées par l'édition d'une identité électronique ne soient pas utilisées dans d'autres buts que ceux prévus par la loi. Il est déjà prévu que les fournisseurs d'identité ne doivent pas transmettre à des tiers les données générées par l'utilisation de l'identité électronique et les profils basés sur ces dernières. Mais le projet du Conseil fédéral ne prévoit aucune restriction à l'usage que les fournisseurs pourraient faire de ces données pendant les six mois avant l'obligation de les détruire. Dans le même sens, la minorité Arslan précise, à la lettre n, que le fournisseur d'identité "ne peut utiliser les données d'identification ou d'utilisation à des fins propres ou en retirer un avantage". Cette précision renforce, à nos yeux, la garantie d'une protection efficace des données. Madame Arslan l'a rappelé tout à l'heure: un certain nombre de cantons romands, notamment aussi les associations de protection des consommateurs et



des consommatrices, soutiennent cette proposition.

A l'article 15 alinéa 3, nous soutiendrons également la proposition de la minorité Gmür-Schönenberger qui complète de manière adéquate l'alinéa 1 lettre cbis et qui est cohérente avec l'exigence d'un accès pour tous et pour toutes à une identification électronique, en spécifiant cette nécessité aussi pour les personnes avec un handicap.

Je vous remercie de soutenir les propositions de minorité à l'article 15.

Mazzone Lisa (G, GE): Le groupe des Verts tient d'abord à relever une amélioration – puisqu'il y en a – qui a été apportée à cet article par la commission. A l'alinéa 1 lettre b, la commission souhaite préciser que toutes les personnes qui remplissent les conditions d'octroi d'une identité électronique doivent pouvoir la recevoir du fournisseur d'identité. C'est important de le préciser, car cela signifie que ces fournisseurs privés n'ont pas de marge de manoeuvre pour refuser certaines personnes de manière discrétionnaire, notamment en raison de leur capacité financière ou d'autres critères arbitraires qui seraient choisis. Cette précision est essentielle

AB 2019 N 502 / BO 2019 N 502

du point de vue de la protection des consommatrices et des consommateurs.

Le groupe des Verts soutient en outre les propositions de la minorité Gmür-Schönenberger aux alinéas 1 et 3: à l'alinéa 1, elle vise à créer une lettre cbis et, à l'alinéa 3, l'objectif est de garantir que les fournisseurs d'identité organisent un système qui ne discrimine pas les personnes en situation de handicap. Cela répond à l'égalité de traitement que doit garantir l'Etat dans un service universel, ce qui est encore une exigence essentielle à poser aux fournisseurs d'identité.

Vient ensuite la question délicate et épineuse de la protection de ces données – cela concerne l'alinéa 1 lettre j – qui sont très sensibles. Il s'agit en effet de savoir si le fournisseur peut ou non conserver pour un temps déterminé de six mois les données générées par l'utilisation de l'identité électronique, soit les transactions réalisées. Il n'y a aucune raison de prévoir qu'il puisse le faire – d'ailleurs, la durée de six mois est pour le moins arbitraire. Au contraire, laisser la possibilité aux fournisseurs de conserver ces données pendant six mois serait laisser un grand champ d'incertitude en matière de protection des données, ce qu'on doit à tout prix éviter, d'autant qu'il s'agit d'acteurs privés qui ont un intérêt économique.

La proposition de la minorité Arslan à la lettre n est également centrale en termes de protection des données, aux yeux du groupe des Verts, qui la soutient. Elle précise que les données d'identification ne peuvent être utilisées par les fournisseurs à des fins propres ou pour en retirer un avantage. C'est encore une garantie importante tant que l'on reste dans une délégation aux privés de cette tâche. Ce sont d'ailleurs des dispositions qui sont soutenues ou qui préoccupent également les associations de consommatrices et de consommateurs. Il faut relever que ce ne sont pas seulement les associations de consommatrices et de consommateurs qui se sont engagées, mais ce sont aussi les cantons de Vaud, de Genève, de Neuchâtel, du Jura et du Tessin qui soutiennent les propositions des minorités Arslan aux lettres j et n pour limiter l'usage que les fournisseurs d'identité pourraient faire des données à l'interne durant les six mois qui précèdent leur destruction. C'est d'autant plus essentiel dans le cadre du consortium qui est mis en place pour assurer les tâches des fournisseurs.

Enfin, la proposition de la minorité Marti Min Li concernant la lettre m est également déterminante et le groupe des Verts la soutiendra. Elle garantit que le prix exigé ne soit pas soumis à une surenchère, autrement dit qu'il ne soit pas sans rapport avec la réalité des coûts, ce qui pourrait être une inquiétude dans le cadre de ce quasi-monopole. Il faut que les prix soient fondés sur les coûts effectifs de l'établissement de l'identité électronique, comme ce serait le cas pour un service étatique.

Flach Beat (GL, AG): Ich dachte eigentlich, dass wir Artikel 15 insgesamt behandeln. Jetzt haben wir über Absatz 1 Buchstabe b schon abgestimmt. Ich erlaube mir trotzdem, hier noch einen Satz nachzuschieben. Mindestens für die Grünliberalen ist klar, dass es sicher Kriterien oder Konstellationen geben kann, bei welchen es vielleicht doch nicht möglich ist, jemandem eine E-ID auszustellen. Also einen absoluten Vertragszwang sehen wir hier nicht.

Ich spreche jetzt aber zur Minderheit Gmür-Schönenberger, vertreten durch Herrn Guhl, zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe cbis. Sie finden mich hier auf der Fahne nicht bei der Minderheit. Aber ich unterstütze die Minderheit jetzt; während der Kommissionssitzung dachte ich hingegen, dass die Frage, ob behinderte Menschen Zugang zur Bestellung einer E-ID haben, durch das Behindertengleichstellungsgesetz geklärt sei. Ich habe mich inzwischen belehren lassen, dass das tatsächlich nicht so ist. Im Behindertengleichstellungsgesetz ist klar geregelt, dass beispielsweise in den Bereichen der öffentlichen Bauten, des öffentlichen Verkehrs oder auch der Dienst-



leistungen bei konzessionierten Anbietern der Anspruch besteht, dass Menschen mit einer Beeinträchtigung den vollen Zugang haben. Aber die digitale Sphäre fehlt hier tatsächlich. Deshalb ist es sinnvoll und wichtig, dass man das hier jetzt in dieses Gesetz aufnimmt. Wir unterstützen daher diese Minderheit.

Allenfalls müsste man sich Gedanken darüber machen, ob nicht einmal das Behindertengleichstellungsgesetz anzupassen wäre, damit man dort die digitale Sphäre, in der wir uns heutzutage eben auch bewegen, aufnehmen würde, sodass nicht nur beim E-ID-Gesetz, sondern auch in anderen Bereichen, in denen der Staat der Bevölkerung digitale Angebote macht, ein hindernisfreier Zugang für Menschen mit Beeinträchtigung sichergestellt wäre.

Ich bitte Sie, hier der Minderheit Gmür-Schönenberger zuzustimmen.

Markwalder Christa (RL, BE): Selbstverständlich ist es auch unserer Fraktion ein Anliegen, dass Menschen mit Behinderung keine Benachteiligung bei der Beantragung einer E-ID erfahren. Wir haben uns überlegt, für welche Menschen mit Behinderung dies überhaupt ein Problem darstellen könnte, und sind zum Schluss gekommen, dass dies vor allem für sehbehinderte Menschen ein Problem sein könnte. Heutzutage kennen wir aber IT-Lösungen, die geschriebene Texte in akustische Signale übersetzen können, sodass wir davon ausgehen, dass es, ohne dass dies im Gesetz speziell erwähnt werden muss, technisch möglich ist, dass die E-ID barrierefrei beantragt werden kann.

Wir haben überdies nicht nur diesen Minderheitsantrag zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe cbis, sondern auch einen Minderheitsantrag zu Absatz 3, der eine Delegationsnorm darstellt; der Bundesrat kann dann noch die Einzelheiten ausführen. Ich muss Sie einfach daran erinnern, mein Vorredner hat es bereits gesagt: Das Behindertengleichstellungsgesetz gilt auch hier. Wenn man der Argumentation von Herrn Guhl ganz gut zugehört hat, kommt man eben schon zum Schluss, dass die Aufsicht über die Identity Provider derjenigen über konzessionierte Anbieter nahekommt und man deshalb davon ausgehen kann, dass die Privaten nicht weniger Barrierefreiheit anbieten müssen, als dies staatliche Unternehmen tun müssen. In diesem Bereich sind wir wahrscheinlich ein wenig in einer Grauzone, aber wir gehen wirklich davon aus, dass es auch im Interesse der Identity Provider ist, barrierefreie Zugänge anzubieten.

Dann haben wir die Minderheit Arslan zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe j, die eine prompte Datenvernichtung der Identity Provider will. Nun müssen Sie zuvor aber auch Buchstabe i lesen. Buchstabe i nennt eine Pflicht des Identity Providers und sagt: "Er gewährt der Inhaberin oder dem Inhaber der E-ID online Zugang zu den Daten, die bei der Anwendung der E-ID entstehen, sowie zu deren oder dessen Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5." Wenn Sie nun der Minderheit Arslan folgen, dann haben Sie keinen Zugriff mehr zu Ihren Daten, die Ihnen Ihr Identity Provider zur Verfügung stellen sollte. Das ist wie bei einer Kreditkartenabrechnung. Dort möchten Sie ja Ende Monat auch sehen, was Sie mit Ihrer Kreditkarte jeweils bezahlt haben. Deswegen auch diese Norm in Buchstabe j des Entwurfes des Bundesrates: So können Sie sechs Monate lang schauen, wofür Sie Ihre E-ID eingesetzt haben.

Schliesslich haben wir zu Buchstabe m den Antrag der Minderheit Marti Min Li, die nicht an den Wettbewerb glaubt, sondern hier administrierte Preise für E-ID einführen möchte. Aus freisinnig-liberaler Sicht ist das natürlich ein No-go. Wir glauben an den Wettbewerb und wollen nicht, dass der Staat hier preislich eingreift.

Schliesslich haben wir zu Buchstabe n noch den zweiten Minderheitsantrag Arslan in diesem Artikel. Diese Bestimmung betrachten wir schlichtweg als überflüssig, weil das Verbot, die Daten für eigene Zwecke zu nutzen oder daraus einen Nutzen zu ziehen, bereits im Datenschutzgesetz geregelt ist. Wir brauchen hier also keine spezielle Zusatznorm.

In diesem Sinne bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge entsprechend abzulehnen.

Vogler Karl (C, OW): Sie haben es gehört, bei Artikel 15 gibt es vier Minderheitsanträge. Die CVP-Fraktion unterstützt den Minderheitsantrag Gmür-Schönenberger und folgt im Übrigen immer den Anträgen der Mehrheit. Ich beginne mit Artikel 15 Absatz 1 Litera cbis bzw. dem entsprechenden Minderheitsantrag, den ich Sie bitte zu

AB 2019 N 503 / BO 2019 N 503

unterstützen. Die Minderheit Gmür-Schönenberger verlangt, dass der Identity Provider das E-ID-System derart ausgestaltet, dass für Menschen mit Behinderung, etwa für Blinde oder für Menschen mit Hörproblemen, keine Benachteiligung bei der Beantragung einer E-ID entsteht. Die Festschreibung dieser Verpflichtung ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, da die Identity Provider private Akteure sind und nur die tiefsten Voraussetzungen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz erfüllen müssen. Das heisst, für Private gilt das Behindertengleichstellungsgesetz nur sehr eingeschränkt. Will man, wie das die Verwaltung im Rahmen der



Kommissionsberatung explizit ausgeführt hat, eine Benachteiligung von Behinderten bei der Beantragung einer E-ID verhindern – und das will unsere Fraktion ganz explizit –, so ist die entsprechende Ergänzung in den Absätzen 1 und 3 von Artikel 15 notwendig. Ich ersuche Sie daher, die Minderheit Gmür-Schönenberger zu unterstützen.

Ich komme zum Minderheitsantrag Arslan zu Artikel 15 Absatz 1 Litera j. Die Minderheit verlangt, dass der Identity Provider die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, unverzüglich vernichtet. Die Mehrheit unterstützt die bundesrätliche Fassung und will eine Vernichtung nach sechs Monaten. Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag der Mehrheit. Wir sind der Meinung, dass Transaktionen im Streitfall nachvollziehbar sein müssen. Die Inhaberin oder der Inhaber einer E-ID soll nachträglich während sechs Monaten noch die Möglichkeit haben, die Verwendung der E-ID online nachzuvollziehen. Werden diese Daten sofort gelöscht, wird das nicht mehr möglich sein.

Kurz zum Antrag der Minderheit Marti Min Li zu Artikel 15 Absatz 1 Litera m: Die Minderheit will sicherstellen, dass bei fehlendem Wettbewerb die Preise für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht von einem oder wenigen Anbietern diktiert werden können. Richtig ist, dass das Gesetz keine Preisregulierung vorsieht. Wenn nun tatsächlich kein wirksamer Wettbewerb entstehen sollte, was nicht ganz ausgeschlossen werden kann, so würde das die Wettbewerbskommission eben feststellen, mit der Folge, dass dann das Preisüberwachungsgesetz zum Tragen käme. Damit ist Gewähr dafür gegeben, dass korrekte und faire Preise zur Anwendung gelangen. Unsere Fraktion unterstützt deshalb die Kommissionsmehrheit.

Ich komme damit zum letzten Minderheitsantrag bei Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe n: Da soll nach dem Willen der Minderheit sichergestellt werden, dass der Identity Provider die Identifikations- und Nutzungsdaten nicht für eigene Zwecke verwendet. Diese vorgesehene Ergänzung ist unnötig, weil Entsprechendes, wie es auch im Rahmen der Kommissionsberatung gesagt wurde, bereits durch das Datenschutzgesetz geregelt und abgesichert ist. Die Ergänzung des Gesetzes gemäss Antrag der Minderheit ist damit unnötig. Auch hier wird die CVP-Fraktion der Mehrheit folgen.

Zusammengefasst bitte ich Sie, bei Artikel 15, ausser beim Minderheitsantrag Gmür-Schönenberger, immer der Mehrheit zu folgen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo borghese democratico sostiene la proposta della minoranza Gmür-Schönenberger.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Der Bundesrat ist bereit, sich der Minderheit Gmür-Schönenberger anzuschliessen und die Frage der Barrierefreiheit hier zu lösen. Ich räume ein, dass der Bundesrat vielleicht bei der Ausarbeitung des Gesetzes dieser Frage etwas zu wenig Beachtung geschenkt hat.

Ich bitte Sie im Weiteren, die anderen Minderheitsanträge aber abzulehnen. Bei der Minderheit Arslan zu Absatz 1 Buchstabe j, Sie haben es gehört, geht es um die Frage der Aufbewahrungsfrist. Auch in anderen Erlassen sind sechs Monate üblich. Es geht hier auch, wie es dargelegt wurde, um die Nachvollziehbarkeit der Nutzung der Daten. Wenn Sie als Nutzer selber wissen möchten, wo Sie Ihre E-ID verwendet haben, dann soll das möglich bleiben. Wenn die Daten unverzüglich gelöscht werden, haben Sie diese Kontrolle nicht mehr.

Bei der Frage der Preisbildung möchte ich Ihnen auch beliebt machen, den Minderheitsantrag Marti Min Li abzulehnen. Die Frage wird hier sein, ob sich ein Wettbewerb einstellt oder nicht. Je nachdem entwickeln sich auch Wettbewerbspreise. Wenn sich kein wirksamer Wettbewerb entwickeln sollte, entsteht in Anwendung des Preisüberwachungsgesetzes eine Zuständigkeit des Preisüberwachers, der dann eine Preiserhöhung untersagen oder eine Preissenkung verfügen kann.

Ich beantrage Ihnen, im Sinne des Gesagten zu verfahren.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe cbis und Absatz 3: Hier geht es um die Pflichten des Identity Providers. Die Minderheit Gmür-Schönenberger will das E-ID-System so ausgestalten, dass für Menschen mit Behinderung keine Benachteiligung bei der Beantragung einer E-ID entsteht. Es soll möglich sein, barrierefrei eine E-ID zu erhalten. Die Mehrheit der Kommission anerkennt, dass das Anliegen berechtigt ist, lehnt den Minderheitsantrag aber ab, weil sie sich auf das Behindertengleichstellungsgesetz beruft. Die Kommission hat den Antrag mit 12 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe j: Auch bei der Minderheit Arslan geht es um die Pflichten des Identity Providers. Die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, sollen unverzüglich vernichtet werden. Die Datenhoheit soll gemäss Minderheit bei den Nutzern liegen. Die Kommissionsmehrheit will, dass die Daten erst nach sechs Monaten vernichtet werden. Es geht dabei um die Identifizierung. Es soll auch nachträglich möglich sein, online zurückzuverfolgen, was da passiert ist.

Die Kommission hat den Antrag mit 15 zu 7 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.



Zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe m: Die Minderheit Marti Min Li will sicherstellen, dass bei einer allfälligen monopolähnlichen Situation die Preise für die Konsumenten nicht von den wenigen Anbietern diktiert werden können. Der Antrag möchte, dass sich die Preise an den tatsächlich entstandenen Kosten orientieren. Die Mehrheit sieht keine Notwendigkeit für diese Ergänzung. Das Gesetz sieht grundsätzlich keine Preisregulierung vor, weder in Bezug auf die Art der Finanzierung noch in Bezug auf die Höhe. Denn es geht davon aus, dass sowohl die Nutzenden als auch die E-ID-verwendenden Dienste ihre Vertragspartner wählen. Wenn sich ein Wettbewerb einstellt, entwickeln sich Wettbewerbspreise, und das Problem entfällt. Selbst wenn sich kein Wettbewerb einstellen würde, käme das Preisüberwachungssystem zur Anwendung.

Unsere Kommission hat die Minderheit Marti Min Li mit 13 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Ich bitte Sie auch hier, der Mehrheit zu folgen.

Zu Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe n: Bei diesem Minderheitsantrag Arslan geht es darum, wie die Identifikations- und Nutzungsdaten gebraucht werden sollen. Diese sollen nicht für eigene Zwecke gebraucht werden. Die Mehrheit erachtet auch diese Neuregelung als unnötig. Hier gilt das Datenschutzgesetz.

Unsere Kommission hat diesen Antrag mit 16 zu 7 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: En ce qui concerne la proposition défendue par la minorité Gmür-Schönenberger à l'article 15 alinéa 1 lettre cbis, votre commission vous propose de la rejeter par 12 voix contre 9 et 1 abstention.

Elle ne la rejette pas sur le principe, mais parce qu'elle estime que, en la matière, le fait d'avoir prévu la possibilité universelle d'obtenir une e-ID suffit et le fait aussi qu'on soit dans le domaine Internet ne justifie vraisemblablement pas d'ajouter une nouvelle lettre à cet article. Mais, je le répète, la commission est partie du principe qu'il ne faisait guère de doute qu'une personne handicapée – ou en situation de handicap, pour s'exprimer selon la terminologie actuelle – doit pouvoir accéder à une e-ID et obtenir une e-ID.

La minorité Arslan à l'article 15 alinéa 1 lettre j doit être mise en lien avec la lettre i qui prévoit que l'on "accorde au

AB 2019 N 504 / BO 2019 N 504

titulaire de l'e-ID un accès en ligne aux données générées par l'utilisation de l'e-ID et à ses données d'identification personnelle". Pourquoi? Parce qu'il peut y avoir malgré tout des besoins ultérieurs. Est-ce que l'identification a été bien faite? est-ce que l'identification ne l'a pas été? est-ce qu'il y a eu une usurpation d'identité? C'est possible avec l'e-ID comme c'est aussi possible avec les documents d'identité papier ou plastique que nous connaissons. Il faut donc pouvoir conserver des documents, conserver des preuves, de manière à ce que, par exemple, celui qui reçoit son décompte de carte de crédit puisse vérifier et, si jamais, apporter la preuve que les achats effectués ne l'ont pas été par lui-même, mais par un tiers.

C'est dès lors par 15 voix contre 7 que la commission vous propose de repousser cette proposition défendue par la minorité à la lettre j, étant entendu aussi que ce délai de six mois, nous le connaissons dans d'autres lois, par exemple dans la loi fédérale sur la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication. Vous vous souviendrez des discussions que nous avons eues à ce sujet.

En ce qui concerne la proposition de la minorité Marti Min Li, qui vise l'introduction d'une nouvelle lettre m, la commission vous propose de la rejeter, par 13 voix contre 7 et 1 abstention. Elle considère que la concurrence doit fonctionner dans ce domaine aussi. La Commission de la concurrence pourrait d'ailleurs être saisie en cas de soupçon d'entente cartellaire et, s'il ne devait y avoir qu'un seul opérateur, les dispositions en matière de surveillance des prix devraient suffire.

En ce qui concerne la proposition de la minorité Arslan visant à l'introduction d'une lettre n, la commission vous propose de la rejeter, par 16 voix contre 7, dans la mesure où la loi sur la protection des données remplit déjà le rôle que cette nouvelle lettre n devrait jouer.

Abs. 1 Bst. cbis, 3 – Al. 1 let. cbis, 3

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18538)

Für den Antrag der Minderheit ... 98 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 83 Stimmen

(2 Enthaltungen)



Abs. 1 Bst. j – Al. 1 let. j

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18539)

Für den Antrag der Mehrheit ... 134 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 Bst. m – Al. 1 let. m

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18540)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 130 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 Bst. n – Al. 1 let. n

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18541)

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

Dagegen ... 134 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 16

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... nicht bekannt geben. Die Datenbearbeitung durch Dritte nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG) bleibt vorbehalten.

Art. 16

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... ni les profils basés sur ces dernières. Le traitement de données par un tiers au sens des dispositions de la loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données est réservé.

Angenommen – Adopté

Art. 17–22

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

**Art. 22a***Antrag der Minderheit*

(Mazzone, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Behörden und andere Stellen, die öffentliche Aufgaben erfüllen, sind verpflichtet, die Inanspruchnahme von staatlichen Dienstleistungen, für welche sie beim Vollzug von Bundesrecht eine elektronische Identifizierung mittels E-ID vornehmen, gleichermassen auf nichtelektronischem Wege sowie auf elektronischem Wege ohne Verwendung einer E-ID zu ermöglichen.

Abs. 2

Der Bund stellt in Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden sicher, dass auch ohne eine Kundenbeziehung zu den IdP-Betreibern eine E-ID bezogen werden kann, sodass die vollständige Abdeckung der Bevölkerung möglich ist.

Art. 22a*Proposition de la minorité*

(Mazzone, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Toute autorité ou tout organisme qui accomplit des tâches publiques est tenu de faire en sorte que l'utilisation des services de l'Etat pour lesquels il recourt à l'identification électronique au moyen d'une e-ID en exécution du droit fédéral soit aussi possible sans e-ID, aussi bien par voie non électronique que par voie électronique

Al. 2

La Confédération garantit, en collaboration avec les cantons et les communes, qu'une e-ID puisse être obtenue par quiconque n'est pas client du fournisseur d'identité, de manière à répondre à la demande de l'intégralité de la population.

Mazzone Lisa (G, GE): Autant l'identification électronique est essentielle à nos yeux pour certifier l'identité d'une personne sur Internet dans le cadre d'un service qui est proposé par une collectivité publique, autant le contraire ne l'est pas: elle ne doit pas devenir une condition posée à la personne pour avoir accès aux services en question. En d'autres termes, l'identification électronique doit bien servir à rendre certaines prestations publiques plus accessibles et plus simples pour les consommatrices et les consommateurs qui utilisent Internet, mais elle ne doit pas devenir une barrière pour les personnes qui n'utilisent pas Internet ou qui souhaitent avoir un rapport direct avec les autorités par un biais physique.

C'est une question d'égalité de traitement pour l'accès aux services et de non-discrimination des personnes non connectées. On peut partir de l'idée que ce sera le cas et que l'article sera de toute façon appliqué, mais dans ce cas autant l'inscrire noir sur blanc et le garantir dans la loi.

AB 2019 N 505 / BO 2019 N 505

C'est l'objectif de ma proposition de minorité à l'article 22a alinéa 1. Il s'agit de se prémunir de barrières à l'accès et de garantir une accessibilité directe et un échange, par contact humain, dans le cadre de prestations publiques.

L'alinéa 2, en outre, inscrit noir sur blanc, dans la loi, le fait que quiconque peut obtenir une identité électronique, qu'il soit ou non client du fournisseur. Cela offre une garantie supplémentaire et vient un peu en écho de l'article 15 alinéa 1 lettre b et précise surtout que toute la population, quel que soit son niveau socioéconomique, ait accès à ce service.

Je vous invite à soutenir ma proposition de minorité.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo popolare democratico e il gruppo liberale-radicali rifiutano la proposta della minoranza Mazzone.

La consigliera federale Keller-Sutter e i relatori rinunciano a prendere la parola.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18542)

Für den Antrag der Minderheit ... 48 Stimmen

Dagegen ... 124 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Art. 23–27***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 28***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 3

Im Falle eines Schadens für den E-ID-Inhaber aufgrund einer Verletzung durch den Benutzerdienst oder einen Identitätsanbieter ist der Schädiger verpflichtet, den Inhaber angemessen zu entschädigen.

Art. 28*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Mazzone, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 3

En cas de dommage causé au titulaire de l'e-ID et imputable à un manquement de la part du service utilisateur ou d'un fournisseur d'identité, l'auteur du dommage est tenu de dédommager équitablement le titulaire.

Arslan Sibel (G, BS): Das ist der letzte Minderheitsantrag, den wir eingereicht haben; bald ist das Geschäft dann abgeschlossen.

Aus den Haftungsbestimmungen sollte hervorgehen, dass eine Entschädigung geleistet werden muss, wenn Daten verlorengehen und der Fehler beim Identity Provider liegt. Deshalb beantragen wir die Ergänzung, dass die schädigende Person oder Organisation im Falle eines Schadens aufgrund eines Fehlers verpflichtet wird, den E-ID-Inhaber zu entschädigen. Unseres Erachtens besteht da eine gesetzliche Lücke, die geschlossen werden sollte. Es muss absolut klar sein, bei wem die Haftung liegt.

Auch die Staatshaftung muss klar geregelt werden. Gemäss Gesetzestext haftet der Staat nur, wenn er grob-fahrlässig handelt. Auch die AGB von Swiss Sign, die gemäss OR Anwendung finden, schränken die Haftung dieser Organisation zulasten des Kunden ein. Jede Haftung von Swiss Sign gegenüber Dritten für die Nicht- oder Schlechterfüllung ist ausgeschlossen. Der Kunde hingegen haftet gegenüber Swiss Sign für Schäden, die in irgendeiner Form auf die Nicht- oder Schlechterfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen zurückzuführen sind. Was für eine ungerechte Disparität!

Man kann sich durchaus die Frage stellen, ob nicht der Staat in erster Linie für Schäden haften sollte, da er ja die Oberhoheit hat und die Kontrolle ausübt. Er kann sich ja immer noch im Sinne eines Rückgriffes bei Dritten schadlos halten, wenn diese letztlich für den Schaden verantwortlich sind. Der blosse Verweis auf das OR genügt hier nicht, er ist erklärungsbedürftig. Es kommt noch hinzu, dass die Verwaltung in der Haftungsfrage bis heute nicht klar war. Wir kommen aber nicht darum herum, für den Anwender und Kunden in dieser Frage Klarheit zu schaffen.

Deshalb bitte ich Sie, meinem Minderheitsantrag zu folgen.

Mazzone Lisa (G, GE): Le groupe des Verts soutient, à l'article 28 alinéa 3, la proposition de la minorité Arslan qui s'inscrit en miroir des propositions de minorité aux articles 1 et 6 sur le devoir de diligence des consommatrices et consommateurs. En effet, le groupe des Verts est d'avis qu'on ne peut pas demander aux personnes qui utilisent l'identification électronique de remplir des obligations supplémentaires par rapport à celles prévues dans le corpus légal et de prendre à leur charge cette responsabilité.

En revanche, nous considérons que, lors d'un dommage causé à la ou au titulaire d'une identification électronique qui est imputable à un manquement de la part du fournisseur d'identité ou du service utilisateur,



ces derniers doivent dédommager la ou le titulaire. Par exemple en cas de fuite de données qui serait due au fournisseur d'identité ou au service utilisateur, un dédommagement doit impérativement être prévu pour l'utilisatrice ou l'utilisateur, et c'est le sens de cette proposition de minorité que nous soutenons.

Je me permets une remarque sur l'ensemble du projet puisque nous arrivons au terme de l'examen de cette loi et qu'il est temps de tirer un bilan. Nous regrettons fortement la décision de notre conseil, votre décision, de confier la délivrance des identifications électroniques à des sociétés privées. C'est une tâche régalienne et, en prenant cette décision, votre majorité franchit un pas que nous considérons dangereux.

Mais ce n'est pas la seule déception que nous avons connue au cours de ce débat. En particulier, les améliorations que nous revendiquions en matière de protection des données et de protection des consommatrices et des consommateurs ont été rejetées. Pourtant, certaines étaient soutenues par des gouvernements cantonaux – je pense notamment à des gouvernements cantonaux romands –, et elles ont été rejetées au détriment de la protection des données. Dans ces circonstances, le groupe des Verts ne peut accepter ce projet en l'état. Nous estimons en effet que la création de cette base légale est nécessaire, certes, pour développer les services à disposition de la population sur Internet, et ceci de manière plus sûre, et qu'elle doit être mise en place, mais nous ne voulons pas d'une mise en place qui soit dangereuse et dont les failles pourraient avoir des conséquences sur la sécurité des données des utilisatrices et des utilisateurs ou les mettre dans des situations délicates.

Nous avons donc décidé de rejeter le projet au vote sur l'ensemble afin d'envoyer un signal au Conseil des Etats, que nous invitons très vivement à améliorer le projet, que la base légale est insuffisante. Nous réservons évidemment notre position pour ce qui est du vote final en fonction de l'évolution du dossier. Vous l'aurez compris, c'est un appel très clair au Conseil des Etats.

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): Il gruppo liberale-radical e il gruppo popolare democratico rifiutano la proposta della minoranza.

La consiglieria federale Keller-Sutter rinuncia a prendere la parola.

AB 2019 N 506 / BO 2019 N 506

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Bei dieser Minderheit geht es um die Haftung. Es soll eine angemessene Entschädigung geleistet werden, wenn Daten verlorengehen und der Fehler beim Identity Provider liegt. Die Haftung sei nur einseitig und deshalb eine Ungerechtigkeit.

Die Mehrheit lehnt diesen Minderheitsantrag ab. Artikel 28 verweist auf die normalen Haftungs Vorschriften gemäss Obligationenrecht, die für die Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID, für die Betreiber von E-ID-verwendenden Diensten sowie für die Identity Provider gelten, und zwar für die vertragliche wie auch für die ausservertragliche Haftung. Die Kommissionsmehrheit will auch keine subsidiäre Staatshaftung einführen.

Die Kommission lehnte die Minderheit Arslan mit 13 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Par 13 voix contre 7 et 2 abstentions, la commission vous propose de rejeter la proposition défendue par la minorité Arslan.

La majorité de la commission a en effet estimé que, en ce qui concerne la responsabilité de la Confédération, donc de Fedpol, un renvoi à la loi sur la responsabilité suffisait. En ce qui concerne les autres personnes concernées, comme nous sommes dans le droit des contrats, un renvoi au Code des obligations suffit aussi.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/18543)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 29

Antrag der Kommission

Abs. 1

Das ISB anerkennt bis drei Jahre nach Inkrafttreten ...

Abs. 2

... erfüllt sind, bis drei Jahre nach Inkrafttreten ...



Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 29

Proposition de la commission

Al. 1

Dans les trois ans qui suivent l'entrée en vigueur ...

Al. 2

... peut, dans les trois ans qui suivent l'entrée en vigueur ...

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 30, 31

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Änderung anderer Erlasse

Modification d'autres actes

Ziff. 1–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1–5

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 18.049/18548)

Für Annahme des Entwurfes ... 128 Stimmen

Dagegen ... 48 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Frühjahrssession 2019 • Vierzehnte Sitzung • 20.03.19 • 15h00 • 18.049
Conseil national • Session de printemps 2019 • Quatorzième séance • 20.03.19 • 15h00 • 18.049

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

Schluss der Sitzung um 18.55 Uhr

La séance est levée à 18 h 55

AB 2019 N 507 / BO 2019 N 507





18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag Fetz

Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat

mit dem Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, in der die Ausstellung einer E-ID als öffentliche Aufgabe festgeschrieben wird und eine Verwaltungseinheit mit der Ausstellung derselben beauftragt wird.

Proposition Fetz

Renvoyer le projet au Conseil fédéral

avec mandat d'élaborer un projet qui précise que l'établissement d'une e-ID est une tâche publique et charge une unité administrative de l'établissement de cette e-ID.

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Die Kommission für Rechtsfragen hat das vorliegende Gesetz an zwei Sitzungen beraten. An der letzten Sitzung hat Ihre Kommission den vorliegenden Entwurf einstimmig verabschiedet, und sie beantragt Ihnen also, darauf einzutreten und ihn mit den vorgeschlagenen Anpassungen zu verabschieden.

Dieses klare Resultat täuscht ein wenig über die teils heftigen Diskussionen hinweg, welche namentlich zur Rolle des Staates in diesem sensiblen Dossier geführt wurden. Es wurde gar ein Rückweisungsantrag formuliert, der nur knapp, mit 5 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen, abgelehnt wurde.

Lassen Sie mich drei Vorbemerkungen formulieren:

1. Was ist die E-ID? Einleitend scheint es mir wichtig zu sein, die zentrale Grundfrage zu klären, worum es bei der E-ID überhaupt geht. Nur so können wir en connaissance de cause eine einigermaßen objektive und vernünftige Diskussion führen. Es geht nicht um die Ausstellung eines digitalen Passes. Die E-ID berechtigt nicht zum Reisen oder zum Grenzübertritt. Die E-ID bietet lediglich, aber immerhin die Möglichkeit, sich im Internet bei Online-Transaktionen sicher auszuweisen, sicher zu identifizieren. Es handelt sich also eigentlich um ein qualifiziertes Login. Konkret geht es darum, dass sich die Nutzerinnen und Nutzer, zum Beispiel bei E-Government-Angeboten, beim Online-Shopping und bei weiteren Dienstleistungen wie Versicherungen, eindeutig identifizieren können. Damit werden Risiken wie Identitätsdiebstahl und Manipulationen im Netz verringert. Namentlich bei sensiblen Vorgängen wie der elektronischen Steuerrechnung oder im Online-Banking würde die E-ID eine zentrale Rolle spielen. Die E-ID kann dabei als sicherer Identifikator herangezogen werden. Zusammenfassend kann man also sagen: Die E-ID dient als Basisinfrastruktur für den sicheren Online-Verkehr. Noch eine kurze Bemerkung zur elektronischen Unterschrift: Sie ist in diesem Gesetz nicht erwähnt, sondern wird seit 2003 im Bundesgesetz über die elektronische Signatur (Zertes) geregelt. Mit einer E-ID werde ich nicht elektronisch unterschreiben können, sondern mich beispielsweise bei einem entsprechenden elektronischen Signaturdienst im Internet sicher einloggen können.





2. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert nur eine vom Staat ausgestellte E-ID. Nach den Beratungen in der Kommission haben die Gegner einer privat ausgestellten E-ID letzte Woche Resultate einer Umfrage veröffentlicht, die aufzeigen sollen, dass sich fast neun von zehn Schweizern dafür aussprechen, dass die E-ID vom Staat ausgestellt werden soll. Die Gegner des vorliegenden Gesetzes ziehen die falsche Schlussfolgerung, dass der Entwurf damit an den Bundesrat zur Überarbeitung zurückgewiesen werden soll. Diese Darstellung erstaunt doch einigermassen, denn sie geht von einer falschen Prämisse aus. Der Staat bleibt Herausgeber der E-ID, weil er als Einziger über die hoheitlichen Identitätsdaten verfügt. Wir wissen es: Es kommt bei Umfragen immer auf die Fragestellung an. Wenn die Frage falsch gestellt wird bzw. wenn ungenügende Informationen mitgeliefert werden, dann fallen auch die Resultate einer Umfrage entsprechend aus. Hier sind sie meines Erachtens nicht glaubwürdig. Ich bin davon überzeugt, dass sich das Resultat heute, in Kenntnis der Diskussionen in der Kommission für Rechtsfragen, ganz anders präsentieren würde. Übrigens: Herausgabe, Anerkennung und Aufsicht über die anerkannten Anbieterinnen von elektronischen Unterschriften, die einer eigenhändigen Unterschrift gleichgestellt sind, liegen gänzlich in den Händen der Privatwirtschaft. Da hat es noch nie zu Problemen geführt.

3. Die Schweiz hinkt bezüglich Digitalisierung anderen Ländern hintennach. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich gegenüber anderen Staaten bei der elektronischen Identität in Rückstand geraten. Verschiedene Studien machen diese Feststellung.

Nicht zuletzt hat die rasche Einführung der E-ID auch eine Auswirkung auf die wirtschaftliche Attraktivität unseres Landes. Daher liegt es in unserer Verantwortung, nun rasch vorwärtszumachen und unseren Bürgerinnen und Bürgern diese Basisinfrastruktur ohne Verzug zur Verfügung zu stellen. Ohne E-ID würden die Identitäten der Schweizer Bevölkerung weiterhin von grossen Playern wie Google oder Facebook verwaltet. Die Datenhaltung erfolgt dabei nicht in der Schweiz nach Schweizer Recht. Staatliche Institutionen und die Privatwirtschaft würden mittelfristig von Identifikationslösungen ausländischer Firmen abhängig und diesen ausgeliefert sein. Ich will im Folgenden nun auf fünf weitere, zentrale Fragestellungen eingehen:

1. Das System muss vertrauenswürdig sein. Als Nutzer der E-ID will ich sicher sein, dass mit meinen Daten nicht Unfug getrieben wird, dass das System absolut sicher ist. Es ist daher wichtig zu prüfen, ob der Identitätsdienstleister, der sogenannte Identity Provider – also der private Betreiber –, die Daten und Persönlichkeitsprofile für die eigenen Ziele benutzen kann oder nicht. Das ist klar nicht der Fall! Erstens gilt für die Aufbewahrung der Daten die getrennte Haltung von Transaktions- und Identifikationsdaten. Es können also keine

AB 2019 S 269 / BO 2019 E 269

Rückschlüsse gezogen und somit keine Persönlichkeitsprofile erstellt werden. Zweitens dürfen die Daten von den Identitätsdienstleistern nicht länger als sechs Monate gehalten werden. Das Gesetz schreibt strenge Regeln für die Identity Provider vor. Drittens darf der Identity Provider die Personenidentifizierungsdaten sowie die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, und darauf basierende Nutzungsprofile weder bekanntgeben noch diese Daten zu anderen Zwecken als zur Umsetzung der im E-ID-Gesetz genannten Pflichten nutzen. Die Daten müssen nach schweizerischem Recht in der Schweiz gehalten und bearbeitet werden, und die Weitergabe der Daten darf nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Inhaberin oder des Inhabers der E-ID erfolgen.

2. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist, dass der Datenschutz höchste Priorität hat. Anderweitige Verwendung und Monetarisierung der Daten ist, wie erwähnt, gesetzlich ausgeschlossen. Das jetzt vorgeschlagene System bringt endlich die vom Nutzer und von der Nutzerin gewünschte Kontrolle und Transparenz über die eigenen Daten. Sie wissen zu jeder Zeit, welche Daten sie welchem Online-Dienst freigegeben haben. Dazu gewährt der Identity Provider der Inhaberin oder dem Inhaber der E-ID online Zugang zu den Daten, die bei der Anwendung der E-ID entstehen. Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte, Herr Lobsiger, war übrigens in der Vorbereitung des Gesetzes involviert und auch bei der Kommissionsberatung anwesend; er unterstützt den vorliegenden Entwurf vorbehaltlos.

3. Warum sollen Private anerkannt werden, um den Zugang zu den staatlichen E-ID-Daten sicherzustellen? Der Grundsatzentscheid im E-ID-Gesetz, wonach Private ermächtigt werden sollen, den Zugang zu vom Staat ausgestellten E-ID sicherzustellen, basiert auf den über zwanzigjährigen Erfahrungen mit digitalen Identitäten und namentlich auf den internationalen Erfahrungen mit erfolgreichen E-ID-Systemen wie beispielsweise jenen in skandinavischen Ländern, die bezüglich Digitalisierung bekanntlich die Nase vorn haben. Die Idee, dass Private die technische Lösung anbieten sollen, gründet in der folgenden Tatsache: Die privaten Anbieter sind näher am Markt und können den für das Erreichen von Skaleneffekten notwendigen Markt einfacher aufbauen. Wir haben im Durchschnitt ein- bis zweimal pro Jahr einen Behördenkontakt, aber täglich mindestens einen



Kontakt mit der Privatwirtschaft. Es macht daher Sinn, ein Zugangsmittel, das sich im täglichen Gebrauch durchsetzt, auch für die Behördenkontakte zu nutzen und nicht unterschiedliche Systeme aufzubauen. Zudem können die privaten Anbieter die technischen Entwicklungen viel flexibler, rascher und konsequenter verfolgen und für die Weiterentwicklung des Systems nutzbar machen.

4. Der Staat nimmt weiterhin eine sehr wichtige Rolle wahr. Die Sicherung der Identität ist und bleibt eine staatliche, hoheitliche Aufgabe, die der demokratischen Kontrolle unterliegt. Sie bleibt auch mit der im E-ID-Gesetz vorgesehenen Aufgabenteilung weiterhin klar beim Staat und wird vom Fedpol wahrgenommen. Die privaten Betreiber gleichen lediglich die Identitätsangaben beim Fedpol ab und verifizieren sie gegenüber der Behörde oder dem Online-Anbieter, bei dem eine sichere Identifizierung notwendig ist.

5. Damit komme ich zum letzten Punkt: Mit der Eidcom wird die staatliche Kontrolle, Unabhängigkeit und Professionalität noch verstärkt. Die Kommission für Rechtsfragen hat eine zentrale Anpassung vorgenommen, indem sie neu eine unabhängige Kommission mit der Anerkennung und Kontrolle der privaten Identitätsdienstleister beauftragt. Die fünf bis sieben unabhängigen Sachverständigen werden vom Bundesrat gewählt. Die Aufgaben sind klar im Gesetz festgelegt, die Eidcom muss unter anderem die Einhaltung des Gesetzes überwachen und die Identitätsdienstleister anerkennen. Zudem beobachtet und überwacht sie die Entwicklung der Identity Provider und deren Systeme im Hinblick auf ein sicheres, vielfältiges und erschwingliches Angebot von elektronischen Identitätsdienstleistungen. Die Eidcom verfügt auch über ein eigenes Sekretariat, untersteht in ihren Entscheiden keinen Weisungen des Bundesrates und ist von den Verwaltungsbehörden unabhängig.

Zusammenfassend: Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet mit Riesenschritten voran. Hier geht es darum, den sicheren Zugang zum Internet auf eine möglichst einfache Art zu gewährleisten. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Der Bundesrat und die Kommission präsentieren Ihnen einen ausgewogenen Entwurf.

Im Namen der Kommission ersuche ich Sie, auf den vorliegenden Gesetzentwurf einzutreten und das Gesamtpaket zu verabschieden. Ich werde zum Rückweisungsantrag und zu den einzelnen Artikeln in der Detailberatung noch separat Stellung nehmen.

Rieder Beat (C, VS): Der Berichterstatter hat dieses Gesetz jetzt sehr ausführlich kommentiert. Ich habe nur eine, aber aus meiner Sicht wichtige Ergänzung anzubringen. Diese betrifft den Haftungsrahmen, der in diesem Gesetz festgelegt wird für den Fall, dass mit der E-ID ein Datenschutzproblem oder ein Missbrauchsproblem auftauchen sollte.

Der Bundesrat hat den Haftungsrahmen eigentlich in Artikel 28 des Gesetzes für mich plausibel mit Verweis auf das Obligationenrecht geregelt. Die obligationenrechtlichen Bestimmungen zeigen uns ja zusammen mit einer langen Gerichtspraxis auf, welches die Sorgfaltspflichten der Vertragsparteien sind und welchen Sorgfaltsrahmen sie einzuhalten haben.

Bei Artikel 12 des Gesetzes aber wurden durch die Hintertür Haftungsrahmen eingeführt, die einseitig zulasten der Benutzer, zulasten der Konsumenten – d. h. zu unseren Lasten – gehen und diesen eine höhere Sorgfaltspflicht auferlegen. Damit möchte man uns verbieten, die E-ID Dritten zu überlassen, und dem Bundesrat durch die Hintertür ermöglichen, über den Verordnungsweg den Haftungsrahmen der Benutzer auszudehnen. Das entspricht natürlich nicht dem privatwirtschaftlichen Ansatz! Wenn wir schon diese Schiene wählen, dann muss das OR hier in allen Punkten gelten. Der Bundesrat kann nicht einseitig zulasten der schwächeren Vertragspartei allenfalls noch höhere Sorgfaltsvorschriften auferlegen.

Artikel 12 ist im besten Fall unnütz, nämlich wenn er wiederholt, was das OR bereits vorgibt, und im schlechtesten Fall gefährlich, nämlich wenn er dazu führt, dass wir als Benutzer der E-ID höheren Sorgfaltsvorschriften unterliegen als der Provider. Das könnte durch die Interpretation von Artikel 12 passieren.

Deshalb bitte ich Sie, insbesondere bei Artikel 12 der Kommission des Ständerates zu folgen und diesen Artikel komplett zu streichen – dies als Ergänzung zu den Ausführungen des Berichterstatters.

Janiak Claude (S, BL): Das Bedürfnis, eine elektronische ID für alle Dienstleistungen zu schaffen, bei denen die Identität nachgewiesen werden muss, ist unbestritten. Natürliche Personen sollen sich sicher und bequem bei privaten und öffentlichen Online-Portalen registrieren und in der Folge anmelden können. Im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen dieses Geschäfts, zunächst im Nationalrat, aber dann auch bei uns in der Kommission für Rechtsfragen, stand die Frage im Mittelpunkt, ob die Erstellung einer E-ID eine Kernaufgabe des Staates ist oder ob sie auch Privaten übertragen werden kann. Handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe oder nicht? Auch die Bedeutung des Datenschutzes bei einer derart heiklen Angelegenheit ist in der Vernehmlassung von vielen unterstrichen worden. Im Nationalrat ist ein Rückweisungsantrag gescheitert, der verlangte, die E-ID sei als öffentliche Aufgabe zu definieren, die mittels Leistungsauftrag an Konzessionäre übertragen werden kann. Gleichzeitig sei eine unabhängige Aufsichtsbehörde zu installieren. Ich habe einen



entsprechenden Antrag in der Kommission auch gestellt, aber bin dann gescheitert.

Der Vorschlag des Bundesrates, die Aufgabe nicht staatlich zu erfüllen, sondern Anbietern von elektronischen Identitätsdienstleistungen – Identity Providern oder IdP – zu übertragen, ist weiterhin umstritten. Sie haben die entsprechende Post vom Konsumentenschutz erhalten, Sie haben auch andere Post erhalten, ich denke an Asut, an ICT Switzerland. Ich kann mir vorstellen, dass eine unabhängige Aufsicht eine Brücke bauen kann. Es genügt nicht, die Aufsicht

AB 2019 S 270 / BO 2019 E 270

verwaltungsintern dem Informatiksteuerungsorgan des Bundes zu übertragen. So gut das Informatiksteuerungsorgan auch ist, es fehlt eben an der Unabhängigkeit. Die Anbieterinnen müssen höchste Anforderungen an die Sicherheit und Zuverlässigkeit der E-ID-Systeme sowie die Einhaltung des Datenschutzes und die Erfüllung weiterer Aufgaben, zum Beispiel mit Blick auf die Preisgestaltung, garantieren. Eine unabhängige Aufsicht kann meines Erachtens diese Bedenken relativieren. Ich könnte mir eben auch vorstellen, dass dann zum Beispiel der Edöb und auch der Preisüberwacher einer solchen Aufsichtsbehörde angehören.

Ich habe wie gesagt diese Idee aufgenommen und den Antrag gestellt, eine unabhängige Aufsichtskommission über die Anbieter von elektronischen Identitätsdienstleistungen einzusetzen. Der Bundesrat hat die Idee aufgenommen und Vorschläge unterbreitet, wie diese Aufsicht umgesetzt werden kann, und die Kommission ist dann diesem Konzept gefolgt. Ich habe deshalb darauf verzichtet, im Plenum nochmals eine Rückweisung zu verlangen. Sie haben gesehen, dass jetzt ein entsprechender Antrag Fetz vorliegt.

Ich persönlich bleibe dabei, dass ich Ihnen beantragen möchte, auf das Geschäft einzutreten. Wenn ich die Reaktionen auf unsere Beschlüsse zur Kenntnis nehme, sehe ich, dass die Bedenken noch nicht ausgeräumt sind; das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Die Frage eines Referendums steht im Raum. Ich ersuche Sie, dem entgegenzuwirken, indem Sie vor allem auch den datenschutzrechtlichen Fragen Ihre Aufmerksamkeit schenken und jede Datenweitergabe und -nutzung einschränken. Ein entsprechender Antrag liegt bei Artikel 16 vor. Ich weiss, man kann sagen, das sei eher etwas für das Datenschutzgesetz. Es ist schon klar, dass es nach Datenschutzgesetz so ist, aber es ist sinnvoll, es hier noch einmal explizit zu erwähnen.

Der Entscheid war ja knapp. Es war ein Stichentscheid des Präsidenten, der meinem Antrag zum Obsiegen verholfen hat. Aber ich bitte Sie eindringlich, hier auch referendumpolitische Überlegungen anzustellen, der Mehrheit zu folgen und insgesamt auf die Vorlage einzutreten.

Fetz Anita (S, BS): Im Grundsatz sind wir uns wohl alle einig: In der digitalisierten Gesellschaft braucht es eine elektronische Identifikation, die sicher und vertrauenswürdig ist. Heute wollen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft mit der Verwaltung, aber auch mit den anderen Anbietern von Dienstleistungen, mit den verschiedenen Firmen, unkompliziert und barrierefrei kommunizieren können. Das mühsame Hantieren mit vielen Passwörtern wird dann vielleicht – sage ich mal – der Vergangenheit angehören. Deshalb bestreitet niemand die Notwendigkeit einer E-ID.

Doch genauso wie der rote Pass muss auch die digitale ID eine hoheitliche, sprich öffentliche, staatliche Aufgabe sein. Alle Umfragen zeigen, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung genau das will. Denn das Vertrauen bezüglich Datenschutz und Sicherheit ist bei einer staatlichen Hoheit sehr viel grösser als bei einer privaten. Das ist doch auch ein guter Punkt, es ist doch toll, wenn die Leute vor allem in den Staat Vertrauen haben, und das sollten wir nicht ohne Not in Gefahr bringen. Immerhin sollen mit dieser E-ID zentrale Staatsaufgaben auch abgewickelt werden können, wie Steuern, Betreibungen, elektronische Patientendossiers, eventuell mal E-Voting. Diese Daten gehören nicht in private Hände, auch nicht in datengeschützte private Hände.

Die Vorlage des Bundesrates geht leider den umgekehrten Weg. Sie will die Herstellung und Ausstellung der E-ID an Private geben, angeblich, weil der Staat dem technologischen Wandel nicht gewachsen sei. Wenn der Staat im 21. Jahrhundert nicht fähig ist, die technologische Entwicklung mitzugehen, ja, dann schafft er sich selber ab – anders kann man das nicht interpretieren. Aber es ist ja wahrscheinlich nur ein vordergründiges Argument. Denn sogar der kleine Kanton Schaffhausen und der kleine Kanton Zug und das kleine Land Estland – dieses schon ewig, konkret seit der Jahrtausendwende – sind fähig, eine solche Technologie selber anzubieten. Ich kann nicht glauben, dass dies das einzige Argument sein soll. Wenn der Bund technologisch nicht auf der Höhe sein könnte und wollte, dann würde er sich abschaffen.

Etwas Weiteres gibt diesem Argument einen schalen Nachgeschmack. Ich habe mich gefragt: Wenn er das nicht kann, wie kann ich mich dann darauf verlassen, dass er Cybersicherheit schaffen, dass er ein sicheres E-Voting machen kann? Das ist wirklich ein gefährliches Gegenargument, diese technologische Inkompetenz des Staates.

Aus meiner Sicht ist die Vorlage grundfalsch. Sie stellt eigentlich das Problem auf den Kopf statt auf die Füsse.



Für die private Trägerschaft soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Hinter den Kulissen hat sich bereits ein exklusiver Club von zwanzig Grossfirmen in der Schweiz formiert, die im Stand-by sind, um diesen Auftrag zu ergattern. Sie nennen sich Swiss Sign Group. Ich kann Ihnen sagen: Das wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Monopol werden. Mit dabei sind die Grossbanken, die grossen Versicherungen, die Swisscom, die Post und mehrere grosse Krankenkassen. Wer das hört, dem klingelt es in den Ohren: Was haben denn die für ein Interesse? Natürlich, die wollen ihre Dienstleistungen möglichst sicher und schnell digital abwickeln können. Aber ich meine, hier drin doch schon ein paarmal gehört zu haben, dass Monopole jetzt nicht unbedingt die Wettbewerbsform der Zukunft sein sollen. Bei privaten Monopolen müssten eigentlich jedem strammen Liberalen die Haare zu Berge stehen.

Dann kommt noch eine andere Überlegung hinzu: Damit sich diese grosse Investition für die privaten Firmen lohnt, müssen sie ihre Kunden in Richtung E-ID schubsen. Ich habe gelesen, das Ziel sei, dass die E-ID über diese zwanzig Firmen, wenn sie den Zuschlag bekommen, an 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes ausgegeben werden soll. Wie kommen diese Firmen an 4 Millionen E-ID? Indem sie ihre eigenen Kunden schubsen. Und schubsen tun sie sie, indem sie andere digitale Kanäle abschalten, zum Beispiel die Kontoführung, wenn die Kunden nicht über eine E-ID gehen. Die Gefahr ist gross, dass man dann diese E-ID zwingend haben muss, um auf solche Dienstleistungen zugreifen zu können. Das scheint mir der grundfalsche Weg zu sein!

Es wird auch immer gesagt, dass das ja andere Länder auch schon gemacht und dass sie damit gute Erfahrungen gemacht hätten. Ich habe ein Land gefunden, das damit weniger gute Erfahrungen gemacht hat, nämlich Dänemark. Dänemark hat Ende der Nullerjahre genau dieses Modell mit einem privaten Konsortium eingeführt. Das Konsortium hat die Ausschreibung gewonnen, es wurde dann aber 2014 von zwei US-amerikanischen Equity-Firmen aufgekauft – und siehe da: Sämtliche Daten der dänischen Bürgerinnen und Bürger waren plötzlich in der Hand von amerikanischen Hedge-Fonds-Firmen! Natürlich hat das der Staat nicht zugelassen. Da mussten sämtliche Daten migriert werden – wer schon mal eine Riesenmigration gemacht hat, weiss, wie aufwendig das ist –, und dies natürlich auf Staatskosten.

Sie werden dann sehen, ich habe ein bisschen vorausgedacht. Vielleicht wollen Sie ja nicht alle diesen Rückweisungsantrag unterstützen. Deshalb habe ich zu Artikel 10 noch Eventualanträge gestellt. Ich gehe davon aus, dass wir, falls dieses Gesetz durchkommt, in zehn bis zwanzig Jahren eine Verstaatlichung dieses Konsortiums haben werden, weil es nicht mehr machbar ist, dass man so hochsensible Daten an Private gibt: Das ist dann die Zukunftsgeschichte.

Vorerst möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass die von unserer Kommission für Rechtsfragen eingefügte unabhängige Überwachungskommission sicher gut ist, das Problem aber nicht grundsätzlich entschärft. Es bleibt weiterhin beim Tatbestand, dass der Bund die Herausgabe von amtlich zertifizierten Ausweisen an Private delegiert. Es genügt einfach nicht, dass der Staat den privaten E-ID-Anbieter überprüft, zertifiziert und kontrolliert. Es handelt sich hier und heute aus meiner Sicht um einen Grundsatzentscheid von staatspolitischer Bedeutung: Wollen wir unsere Daten privaten Firmen geben – also dort, wo es sich um die E-ID handelt –, oder finden wir, das gehöre in die Hände des Staates? Jede Nutzung einer E-ID hinterlässt eine Datenspur. Der private Anbieter weiss, wer sich wann und wie wo einloggt. Es ist meines Wissens auch nicht so, dass der Bürger dann auswählen kann. Es gibt ja nicht eine staatliche Alternative, sondern er muss dann die privat hergestellte E-ID nehmen.

AB 2019 S 271 / BO 2019 E 271

Zudem definiert das Gesetz keinerlei technische Mindeststandards für den Datenschutz. Natürlich sagt es, der Datenschutz sei wichtig. Das hat auch der Kommissionspräsident gesagt, es wird auch im Gesetz betont. Aber es braucht in der digitalisierten Gesellschaft entsprechende technische Mindeststandards, und die müssen gesetzt sein. Von denen habe ich nichts gesehen. Also, das heisst doch, nur mit klaren staatschutzrelevanten Standards kann eine Kommission es auch überwachen. Für die Setzung dieser Standards, dieser technischen Schwellen, genügt das Datenschutzgesetz nicht. Im Klartext: Ich finde, in diesem Gesetz fehlt ein Verbot – ich betone: ein Verbot – der Sammlung und Nutzung von Randdaten.

Noch ein Wort zum Tempo, das der Kommissionspräsident hier angemahnt hat: Ja, ich finde auch, es sollte zügig gehen. Aber ein solch grundlegender Entscheid sollte nicht vom Tempo, sondern von staatspolitischen Überlegungen abhängig sein. Was ich Ihnen ganz sicher sagen kann, ist, dass eine Rückweisung mit dem Auftrag, die Ausstellung einer elektronischen ID als öffentliche Aufgabe festzuschreiben, wesentlich schneller geht als ein Referendum. Das müssten Sie vielleicht auch noch bedenken. Es braucht nur eine einzige grosse Korrektur, die nicht wahnsinnig viel Abklärungen benötigt, nämlich dass die Ausstellung einer E-ID als öffentliche Aufgabe definiert wird. Wie man das umsetzt, danach kann sich der Bund bei den Kantonen Schaffhausen



und Zug erkundigen. Es ist damit ja nicht gemeint, dass man keine Technologie einkaufen kann, sondern dass der ganze Prozess in der Hand des Staates und nicht in der Hand von Banken und Krankenkassen ist. Ich bitte Sie also, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Ich finde, wir sollten hier keine Experimente mit Privaten machen, die dann allenfalls irgendwann von anderen Firmen aufgekauft werden, sondern wir sollten eine elektronische Identität in der Hand des Staates behalten – genauso wie wir den Pass dort hineingelegt haben.

Le président (Fournier Jean-René, président): La parole est à notre collègue Reto Nause, pardon, Ruedi Noser. (*Hilarité*)

Noser Ruedi (RL, ZH): Es sind nicht alle Parlamentarier CVP-Mitglied. (*Heiterkeit*)

Ich habe für vieles, was jetzt zum Rückweisungsantrag gesagt worden ist, Verständnis. Das möchte ich klar betonen. Ich verstehe auch, dass man eine gewisse Angst und ein gewisses Misstrauen hat. Ich bin auch überzeugt, dass es sich lohnt, hinzuschauen. Aber ich bitte Sie schon auch, die Geschichte richtig einzuordnen. Ich möchte Sie auf zwei Dinge hinweisen, die gestern kommuniziert wurden.

1. Jeder Nutzer von verschiedenen Diensten kennt es: Anmelden mit Facebook, Anmelden mit Google ist weit verbreitet. Neu gibt es, das wurde um 19.42 Uhr kommuniziert, auch eine neue Apple-ID. Es ist ein absolutes Top-Produkt, das gestern lanciert wurde, das top eingesetzt werden wird. Mich würde interessieren, wo da der Rückweisungsantrag Fetzen greifen soll – bei Amazon, bei Google, bei der Apple-ID. Das Einzige, was der Rückweisungsantrag macht, ist zu verhindern, dass wir möglichst schnell zu einer schweizerischen Gesetzgebung kommen.

Ich möchte betonen, dass ich Vertrauen in die Kommission für Rechtsfragen habe. Wenn es uns gelingt, im Verbund in der Schweiz eine eigene ID anzubieten, dann können wir alle jene Probleme, die Frau Fetzen genannt hat – die vielleicht entstehen oder vielleicht nicht entstehen –, in der Schweiz lösen. Bei den drei Diensten, die ich Ihnen vorhin aufgezählt habe, können wir kein Problem lösen, gar keines. Es wird alles nach amerikanischem Recht gehen.

2. Gestern hat der amerikanische Staat mitgeteilt, wer ein Visum brauche, werde in Zukunft seine Profile in den sozialen Medien offenlegen müssen. Das heisst, dass ein Visumantrag nicht mehr hier in der Schweiz von der US-Botschaft bestätigt wird und auf Schweizer Daten basiert, sondern dass Sie in Zukunft, wenn Sie ein Visum für die USA wollen, Ihre Profile in den sozialen Medien – wieder Facebook und so weiter und so fort – für fünf Jahre rückwirkend werden offenlegen müssen. Das ist der neueste Trend. Das ist noch nicht umgesetzt, sondern erst angekündigt.

Ich hoffe, das bleibt – um ehrlich zu sein – eine dumme Ankündigung. Ich finde das eine grosse Sauerei. Denn das würde indirekt auch heissen, dass jemand, der sich von sozialen Medien fernhält, vielleicht gar kein Visum mehr kriegt, weil er, wenn man das genau anschaut, seine Daten nicht offenlegt. In einer solchen Welt leben wir! In dieser Welt geht es darum, dass wir jetzt – da stimme ich mit dem Kommissionssprecher vollends überein – die Möglichkeit haben, in der Schweiz eine ID zu lancieren, die in der Schweiz reguliert wird.

Warum kann das nicht einfach der Staat machen? Wie entsteht eine ID? Wir alle sind uns einig: Wir haben dieses rote Büchlein. (*Der Redner zeigt seinen Pass*) Dieses rote Büchlein beantragen wir auf dem Passbüro. Klammerbemerkung: Das hier ist ein biometrischer Pass. Der biometrische Pass wurde von den gleichen Kreisen gleich vehement angegriffen. Wir hatten eine Volksabstimmung aufgrund eines Referendums und gewannen sie mit 50,1 gegen 49,9 Prozent der Stimmen. Heute kann sich keiner mehr vorstellen, ohne biometrischen Pass zu reisen; dieser wurde aber von denselben Kreisen angegriffen.

Wie entsteht eine digitale Identität? Als Erstes entsteht sie, wenn Sie in einem Online-Shop einen Account eröffnen. Das heisst, Sie geben in einem Online-Shop zum Beispiel an, Sie heissen Anita Fetzen, Sie geben an, Sie wohnen zum Beispiel in Basel, und Sie geben an, Sie bezahlen zum Beispiel mit einer Kreditkarte. Effektiv interessiert sich der Online-Shop überhaupt nicht dafür, ob Anita Fetzen "Anita Fetzen" heisst; er interessiert sich auch nicht dafür, wo sie wohnt; wichtig ist, dass sie bezahlt, was sie bestellt hat. Das ist das Einzige, was ihn interessiert. Das überprüft er vielleicht auch, der Rest ist ihm an und für sich egal. Als Zweites machen Sie vielleicht ein Bankkonto auf. Wenn Sie ein Bankkonto aufmachen, gehen Sie an einen Bankschalter, Sie legen einen solchen Pass vor, und Sie zeigen Ihr Gesicht, und dann entsteht eine Identität, die höherwertig ist als jene im Online-Shop.

Das heisst, die Identität entsteht nicht im Passbüro. Sie entsteht am Bankschalter, sie entsteht beim Arzt, sie entsteht im Spital, sie entsteht überall – und damit kann man sie nicht monopolartig einer Stelle zuordnen. Sie entsteht einfach überall. Sie entsteht jeden Tag überall. Sie haben als Parlamentarier bei den Parlamentsdiensten eine Identität. Das ist so. Und irgendwann kaufen Sie ein Haus, und dann brauchen Sie eine staatliche



Identität. Jetzt könnten Sie zum Belegen der staatlichen Identität eine Verbindung zum Bankkonto, eine Verbindung zur Versicherung – weil Sie eine Lebensversicherung als Sicherheit haben – oder eine Verbindung zu einem Arbeitgeber brauchen, weil Sie beim Notariat auch angeben müssen, dass Sie eben auch Lohn beziehen usw.; und nun müssen Sie dies auch noch zusammenbringen. So entstehen Identitäten. Wer meint, das gehe top-down, täuscht sich. In Ländern, in denen die elektronische Identität top-down funktioniert, wird sie von höchstens drei Prozent der Bevölkerung genutzt – ausser man würde die Nutzung diktatorisch durchsetzen. Das verlangt Ihr Rückweisungsantrag auch nicht, aber man könnte ja ein diktatorisches Gesetz durchsetzen, das sagen würde: Du darfst dich nur noch virtuell ausweisen. Aber das wollen wir ja alle nicht, auch ich nicht. Das wäre aber die einzige Ausnahme.

Das heisst, es ist ein ganz pragmatischer Weg, den die Kommission für Rechtsfragen vorschlägt. Ich möchte der Kommission für Rechtsfragen gratulieren. Aus meiner Sicht ist das die letzte Gelegenheit für die Schweiz, überhaupt die Kontrolle über die Identifizierungsdaten der Schweizer Bürger im eigenen Land zu behalten. Wenn Sie jetzt dem Rückweisungsantrag zustimmen, machen Sie nur das Geschäft von Apple, Google, Facebook und Amazon grösser – weil Sie das nur verlängern werden.

Irgendwann wird man auch der Bevölkerung – ich habe keine Angst vor diesem Referendum – sagen müssen, es geht nicht um die Frage: Wollt ihr dieses Gesetz, oder wollt ihr es nicht? Es geht nur um die Frage: Wollt ihr in Zukunft über die E-ID selbst bestimmen können, oder lassen wir das in Zukunft Trump tun? Das ist die Fragestellung des Referendums. Wenn die Menschen, die sich jetzt hinter das Ziel

AB 2019 S 272 / BO 2019 E 272

gestellt haben, diese Vorlage zu bekämpfen, klug sind, werden sie diese Frage noch einmal überprüfen müssen. Ich werfe hier im Rat niemandem vor, dass er einen Rückweisungsantrag im Interesse von Apple, Amazon oder Google macht. Aber es ist natürlich so: Je länger wir die E-ID in der Schweiz nicht haben, desto mehr ist das im Interesse dieser Konzerne. Darum bitte ich Sie wirklich – wirklich –, hier ein klares Ja zum Antrag der Kommission für Rechtsfragen abzugeben.

Wenn ich jetzt das Wort habe – ich werde nachher nichts mehr sagen –, möchte ich weiter noch sagen, dass ich den Einzelantrag Fetz zu Artikel 10 unterstütze; da stimme ich gerne zu. Ich habe gar nichts dagegen, wenn der Bund auch die Möglichkeit hat, das anzubieten. Das unterstütze ich mit ganzem Herzen. Ich habe die Argumentation auch nicht ganz verstanden, die lautet: Der Bund kann es nicht, darum tut er es nicht. Da teile ich vermutlich sogar die Werte, die Sie in Ihrem Votum genannt haben. Machen wir doch deshalb das, was Sie für Artikel 10 vorgeschlagen haben. Ich habe damit kein Problem. Ich glaube, dann hätten wir einen guten Weg eingeschlagen. Und wenn es dann in zwanzig Jahren so weit ist – ich nehme an, es geht sogar schneller –, dass wir dieses Gesetz revidieren, dann haben wir die Power im Land, es zu revidieren. Sonst geben wir dieses Büchlein mittelfristig weg, wie ich Ihnen einleitend gesagt habe. Darum bin ich für ein klares Ja zum Antrag der Kommission für Rechtsfragen.

Bruderer Wyss Pascale (S, AG): Auch wenn ich nicht Mitglied der Kommission bin, möchte ich mich äussern, weil von der Urheberin des Rückweisungsantrages das Vertrauen in den Staat erwähnt wurde. Ich glaube, diese Frage ist tatsächlich zentral, wenn wir es mit technologischen Entwicklungen zu tun haben. Wir werden in den nächsten Jahren immer wieder vor der Frage stehen: Wie geht der Staat, wie geht die Politik mit technologischen Entwicklungen um, vor allem wenn sie hoheitliche Aufgaben des Staates betreffen? Wie können wir einen Rahmen schaffen und sicherstellen, dass Innovation möglich, aber die Sicherheit gleichzeitig weiterhin garantiert ist? Die Sicherheit steht zu Recht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und weckt deshalb Emotionen.

Das Vertrauen in den Staat ist wichtig. Gerade wenn uns das Vertrauen in den Staat so wichtig ist, müssen wir mit solchen Vorlagen auch zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen dürfen, dass der Staat, dass die Politik damit umgehen können, dass wir Sicherheit schaffen können, indem wir legislieren, Kriterien festlegen, den Rahmen festlegen, damit solche Aufgaben und Dienstleistungen in die Zukunft getragen werden können.

Meines Erachtens wird das mit dieser Vorlage gemacht. Ich plädiere aber stark dafür, dass wir gerade auch aufgrund der Skepsis, die besteht, bei Artikel 16 der Mehrheit folgen. Ich plädiere auch dafür, obwohl ich dezidiert gegen den Rückweisungsantrag Fetz bin, tatsächlich ihren Antrag zu Artikel 10 aufzunehmen und damit Offenheit für die zukünftige Entwicklung zu signalisieren. Ich möchte aber nochmals betonen: Ich finde es gefährlich, wenn man mit dem Vertrauen in den Staat argumentiert, um gegen eine solche Vorlage zu sein. Der Staat wird auch in Zukunft nicht alles machen können. Aber er muss bei hoheitlichen Aufgaben einen verlässlichen und verbindlichen Rahmen festlegen. Das zeigen wir hier. Damit können wir diese Befürchtungen



der Bevölkerung aufnehmen, indem wir zeigen: Der Staat wird heute und in der Zukunft in der Lage sein, das zu machen, was er selber tun muss. Dort, wo das nicht nötig oder möglich ist, muss er sicherstellen, dass die Sicherheit gewährleistet ist und dass Vorsicht im Umgang mit Daten gegeben ist. Das ist die zentrale Idee und das zentrale Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Darum plädiere ich dafür, den Rückweisungsantrag abzulehnen, bei Artikel 16 die Mehrheit zu unterstützen und bei Artikel 10 den Einzelantrag Fetz anzunehmen.

Rechsteiner Paul (S, SG): Wenn wir Kollege Noser, aber auch dem Kommissionssprecher zuhören, haben wir fast den Eindruck, es gebe keine Alternative: Entweder lassen wir alles treiben und überlassen alles den amerikanischen Konzernen, oder wir stimmen der Lösung der Kommission für Rechtsfragen zu, die versucht hat, durch die neue E-ID-Kommission Verbesserungen herbeizuführen und eine Lösung zu finden, die den Bedenken Rechnung trägt. Es entsteht der Eindruck, es gebe keine Alternative dazu. Ich meine aber doch, dass wir vor einer Weichenstellung stehen, die wir uns gut überlegen müssen und wo es eben gute Gründe gibt, den Weg einer Rückweisung an den Bundesrat oder die Kommission zu wählen, damit in Bezug auf die relevanten sensiblen Daten eine andere Lösung evaluiert werden muss.

Es ist so, dass die elektronische Identität in einer immer stärker digitalisierten Welt eine Schlüsselgrösse ist. Diese elektronische Identität ist aber nicht nur Basis für die kommerziellen Anwendungen wie Einkäufe oder Dienstleistungen aller Art bei Banken und Versicherungen, wie sie von Kollege Noser erwähnt wurden. Wir haben hier auch den Zugang zu den besonders sensiblen Daten im Gesundheitsbereich und den sensiblen Daten im Bereich des Staates. Es ist so, dass dort auch eine klare und kaum mehr wegzudenkende Entwicklung in Richtung elektronische Identität im Gang ist: Dort ist nicht mehr der gewöhnliche analoge Zugang mit Ausweispapieren, sondern jener über die elektronische Identität massgebend.

Ich meine aber, dass es gerade bei den staatlichen Dienstleistungen und bei den staatlichen Funktionen in der Tat um Daten geht, die eine höhere Sensibilität erfordern, sodass sie nicht einfach so an private Konzerne delegiert werden können, auch wenn "privat" im vorliegenden Fall heisst, dass es hier um staatsnahe bzw. um Bundesunternehmen wie die Post und Swisscom geht, die neben Banken und Versicherungen daran beteiligt sind. Das ändert aber nichts daran, dass es am Schluss ein Identity Provider ist, der privat organisiert ist und kommerziell funktioniert.

Die Herausgabe von öffentlichen Ausweispapieren und Identitäten in sensiblen Bereichen ist ihrer Natur wegen eine öffentliche, hoheitliche Aufgabe. Hier macht es begrifflich keinen Unterschied, ob wir uns in der analogen oder in der digitalen Welt bewegen. Die technologisch bedingte Entwicklung hin zur digitalen Welt ändert nichts an der Problemstellung selber. Bei den Identitätspapieren wird zwar das Materielle delegiert, indem man etwas beschafft. Aber die Herausgabe der Identitätspapiere bleibt Aufgabe des Staates. Diese Natur der Aufgabe bleibt gleich, ob sie in der digitalen oder in der analogen Welt passiert.

Wenn unterstellt wird, dass der Staat dieser Aufgabe im digitalen Zeitalter technologisch nicht gewachsen sei, ist dieses Argument zu hinterfragen. Die Technologie soll ja auch in Zukunft unabhängig davon, welche Lösung gewählt wird, nicht vom Staat kommen. Es geht um die Frage, wer die Aufgabe ausführt, der Staat oder der private Konzern. Die Aufgabe ist letztlich dieselbe, analog wie digital.

Wer der Meinung ist, der Staat könne dies nicht, muss sich auch Rechenschaft darüber geben, dass der Staat inzwischen in wichtigen Bereichen digitalisiert ist und so funktioniert. Das Personenstandsregister ist digitalisiert, ebenso das Handelsregister, das Betreibungsregister und das Grundbuch. Oder denken wir an die Leistungsfähigkeit des fixen Fiskus, erst recht in Zeiten des automatischen Informationsaustausches. Es gibt beim Staat sicher auch bedenkliche Flops im Informatikbereich – wir kennen das nur zu gut –, aber die Digitalisierung ist aus der normalen staatlichen Verwaltung auch in höchst sensiblen Bereichen nicht mehr wegzudenken. Die Informatisierung ist weit fortgeschritten. Warum das bei der elektronischen Identität nicht funktionieren soll und weshalb der Staat ausgerechnet vor dieser sensiblen Aufgabe kapitulieren soll, sehe ich nicht ein.

Auch aus datenschutzrechtlicher Sicht schliesslich ist die öffentliche Produktion der elektronischen Identität einer privaten vorzuziehen. Durch die Verknüpfung der Zugänge – und dabei bleibt es letztlich – fallen auch in sensiblen Bereichen derart viele Daten an, dass Persönlichkeitsprofile erstellt werden können. Am Schluss sind wir dann so weit, dass das System mehr über uns weiss, als wir selber über uns wissen bzw. als uns bewusst ist.

Die Datensicherheit, die hier gefragt ist, kann der Staat besser gewährleisten, als es privat geschehen kann, auch wenn man die private Tätigkeit noch reguliert. Die Regulierung ist



hier nicht gleich wirksam wie die direkte Aufgabenerfüllung durch den Staat. Das zeigt die Überlegenheit der staatlichen Lösung gegenüber der privaten Leistungserbringung, ganz abgesehen von der stärkeren demokratischen Kontrolle bei der öffentlichen Erfüllung der Aufgabe.

Eine letzte Bemerkung, die mir jetzt noch in den Sinn gekommen ist: Es ging ja, erinnern wir uns daran, sehr lange, bis der moderne Staat der Kirche die Kontrolle und die Registrierung der wichtigsten persönlichen Vorgänge rund um die Identität, von der Geburt über die Heirat bis zum Tod, entreissen konnte. Es war ein wichtiger zivilisatorischer Fortschritt, dass der Staat dafür sorgt, dass diese Daten so erfasst werden und gelten, und dass der Staat die Verantwortung dafür trägt, dass die Identität festgestellt wird.

Wir haben heute eine Situation, in der man den Eindruck gewinnen muss, dass gewisse elementare Aufgaben bei der Herstellung der Identität mit diesem Gesetz tendenziell wieder privatisiert werden. Das wäre aber unter dem Aspekt der Freiheitsrechte und der demokratischen Kontrolle ein grosser Rückschritt. In diesem Sinne werde ich dem Rückweisungsantrag zustimmen. Ich bin der Meinung, dass es zwar ein Zeitverlust ist, dass die Weichenstellung aber derart bedeutend ist, dass wir den Zeitverlust in Kauf nehmen müssen.

Germann Hannes (V, SH): Mit dem E-ID-Gesetz soll die Basis für die Herausgabe von E-ID geschaffen werden. Es sieht vor, die Aufgaben zwischen Staat und Privatwirtschaft so aufzuteilen, dass der Staat weiterhin die Identität einer Person überprüft und bestätigt. Der Bund selbst will aber keine eigene E-ID herausgeben. Diese Aufgabe soll durch private Firmen übernommen werden, da diese in technologischen Fragen flexibler seien als der Bund. So weit bin ich einverstanden. Dieser Punkt war in der Nationalratsdebatte in der Frühjahrsession ebenfalls umstritten. Es wurde damals zwar beantragt, es sei abweichend vom Entwurf des Bundesrates der Bund mit der Hoheit über die Ausgabe der E-ID zu beauftragen respektive sie müsse ihm zugewiesen werden. Eine Mehrheit lehnte dies dann allerdings ab.

Nun scheint es mir in dieser Debatte als Standesvertreter, aber auch als Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, wichtig, zu betonen, dass es sich bei der Ausstellung eines elektronischen Ausweisdokuments nicht um ein privates Alltagsgeschäft handelt, sondern um eine sehr zentrale hoheitliche Kernaufgabe, und diese zentrale hoheitliche Kernaufgabe sollte unbedingt in den Händen des Staates belassen werden. Es gibt keinen Grund – und es kommt ja nicht alle Tage vor, Herr Kollege Rechsteiner, dass wir gleicher Meinung sind, deshalb betone ich es hier auch –, die elektronische ID anders zu behandeln als klassische Ausweise. Selbstverständlich kann für die rein technische Unterstützung mit privaten Informatikunternehmen zusammengearbeitet werden. Frau Fetz hat es angesprochen: Der Kanton Schaffhausen kennt die E-ID und stellt dafür eine App zur Verfügung. Er hat also bewiesen, dass es möglich ist. Der Kanton Schaffhausen hat bezüglich elektronischer Ausweisdokumente eine Vorreiterrolle übernommen und bietet schon heute eine E-ID-App für das Smartphone an, mit der staatliche Dienstleistungen online in Anspruch genommen werden können. Nur für die technische Unterstützung ist mit einem privaten Unternehmen zusammengearbeitet worden; herausgegeben wird die elektronische Identitätskarte selbstverständlich durch den Kanton.

Es wird nun immer wieder argumentiert, der Bund drucke heute die Pässe ja auch nicht selbst – und, könnte man noch hinzufügen, auch die Banknoten nicht, denn das macht auch eine private Firma –, also mache es doch nichts, wenn die E-ID durch Private herausgegeben werde. Diesen Leuten muss einfach entgegnet werden: Die Herausgabe von Pässen ist eine Kernaufgabe des Staates. Dass sich der Staat Gehilfen aus der Privatwirtschaft zur Erfüllung seiner Kernaufgaben bedienen darf, versteht sich von selbst. Niemand verlangt beispielsweise, dass der Staat die angesprochenen Banknoten selber druckt. Es verlangt auch niemand, dass er die Pässe selber druckt. Aber er gibt die Pässe heraus, der Staat gibt die Pässe heraus, wacht darüber und schreitet bei Fehlverhalten ein. Die Herausgabe von E-ID durch private Unternehmen hingegen geht klar über eine solche Gehilfenschaft hinaus: Vielmehr wird damit eine staatliche Kernaufgabe ausgelagert, und erst noch eine aus meiner Sicht sehr heikle, nämlich eine, in der es um private Daten geht.

Ich bitte Sie in diesem Sinne um Rückweisung – ich kann mit der Rückweisung leben – oder aber um Zustimmung zu den entsprechenden Anträgen. Ich werde jetzt mal für Rückweisung plädieren.

Zanetti Roberto (S, SO): Ruedi Noser hat auch für einen digitalen Deppen wie mich plastisch dargestellt, wo er die Fragestellung sieht: Er hat Facebook, Google, Amazon oder eine Swiss-ID-Lösung genannt. Zu meiner Interessenlage: Ich habe bei der Post einmal eine Swiss-ID konstruiert, und jedes Mal, wenn ich meine Post umleiten will, funktioniert es nicht, weil ich etwas falsch mache. Die Frage, die Ruedi Noser in den Raum gestellt hat, lautet eben anders: Die Frage ist nicht, ob Amazon, Apple, Trump – wie er zugespitzt gesagt hat – oder die Schweiz. Die Frage lautet, ob es eine öffentliche oder eine private Aufgabe ist.

Frau Fetz hat nicht Nichteintreten beantragt, sondern bloss Rückweisung! Dass man hier etwas machen muss, ist absolut unbestritten. Wenn ich es ebenso plastisch darstellen will wie Ruedi Noser, dann stellt sich mir nicht



die Frage, ob Apple oder Swiss-ID, sondern KKS oder UBS bzw. Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter oder das Konglomerat von Krankenkassen, Banken, staatlichen Institutionen! Ich muss Ihnen sagen, dass ich sehr viel mehr Vertrauen in Frau Bundesrätin Keller-Sutter habe als in irgendein anonymes Konglomerat, bei dem ich nicht genau weiss, wer wofür zuständig ist.

Es geht beim Rückweisungsantrag Fetz also nicht um ein Nein, sondern lediglich darum, dass man diese Frage seriös abklärt und die hoheitliche Aufgabe, die Hannes Germann erwähnt hat, nicht leichtfertig aus den Händen gibt, um das dann in ein paar Jahren mit grossem Aufwand wieder rückgängig zu machen. So gesehen ist das nicht ein Zeitverlust, sondern eine Zeitinvestition. Wir fahren damit besser, als wenn die ganze Geschichte im Rahmen einer Referendumsabstimmung platzen sollte.

Immerhin möchte ich Sie daran erinnern, dass das Misstrauen gegenüber diesen Datenkraken enorm gross ist in der Bevölkerung. Ich habe Verständnis dafür: Bei Google und Apple entscheide ich, was ich bekanntgeben will. Wenn es aber darum geht, mit der Krankenkasse, mit der Gemeindeverwaltung oder mit der Bank zu kommunizieren, so bin ich nun einmal hin und wieder gezwungen, das zu tun. Da möchte ich die Datenherrschaft beim demokratisch legitimierten Staat und nicht bei gewinnorientierten und -getriebenen privaten Organisationen wissen.

Ich werde dem Rückweisungsantrag deshalb zustimmen, aber nicht, weil ich nichts lösen will, sondern weil ich eine bessere, demokratisch abgestützte Lösung will.

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Ich möchte kurz auf diese sehr wichtige und intensive Diskussion eingehen. Ich habe einleitend gesagt, dass bereits in der Kommission von Kollege Janiak ein Rückweisungsantrag gestellt wurde, der dann aber abgelehnt wurde. Nach eingehenden Diskussionen und namentlich nach Einführung der Eidcom ist die Kommission für Rechtsfragen dann zum Schluss gelangt, der vorliegende adaptierte Entwurf sei ausgewogen. Ich habe Ihnen eingangs die wesentlichen Argumente dargelegt. Ich bin froh um die Beispiele von Kollege Noser, die eben bestätigen, wie wichtig eine rasche Festlegung des schweizerischen Systems für die Ausstellung der E-ID ist.

Ich ersuche Sie daher, den Rückweisungsantrag Fetz abzulehnen. Eine Rückweisung würde nämlich die Einführung der E-ID in der Schweiz um mindestens zwei Jahre verzögern: Ausarbeitung einer neuen Vernehmlassungsvorlage, Durchführung und Auswertung der Vernehmlassung, Ausarbeitung einer neuen Botschaft. Dabei haben wir verschiedentlich gesagt und gehört, wie wichtig es ist, dass wir schnell vorwärtsgehen.

Trotzdem noch ein Wort zu dieser grossen, von Frau Kollegin Fetz zum Ausdruck gebrachten Skepsis. Sie hat recht eigentlich den Teufel an die Wand gemalt, und Kollege Germann

AB 2019 S 274 / BO 2019 E 274

hat das dann auch übernommen. Ich muss einfach sagen: Seien wir uns im Klaren! Wenn wir relativ rasch ein System haben wollen, das dann wirklich auch gebraucht wird, dann müssen wir das effektiv in dieser Aufgabenteilung machen. Es gibt nämlich eine Übersicht, die zeigt, dass internationale Modelle, mit denen erfolgreich eine E-ID eingeführt wurde, auf der Trennung der Aufgaben zwischen Staat und Privaten basieren. Vollstaatliche Systeme wurden beispielsweise in Deutschland, in Österreich oder im UK eingesetzt. Sie haben dort eine Marktdurchdringung von weniger als 3 Prozent – weniger als 3 Prozent! Wesentlich erfolgreicher sind die E-ID-Systeme in den skandinavischen Ländern, wo die Marktdurchdringung bei 70 bis 90 Prozent liegt. Wir müssen ein System zur Verfügung haben, das dann auch gebraucht wird.

Ein letztes Wort, Frau Bruderer hat es zu Recht angesprochen: Wir müssen eine stringente Kontrolle sicherstellen können. Ich glaube, wir haben hier mit diesem Gesetz einen klaren Rahmen geschaffen, damit das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden kann. Die Datenherrschaft, Kollege Zanetti, bleibt weiterhin beim Staat. Es geht hier, ich wiederhole es noch einmal, lediglich um ein qualifiziertes Login.

Daher bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag Fetz abzulehnen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ständerat Noser hat vorhin seinen Pass mit der Hand hochgehalten und gesagt, er könne sich damit identifizieren. Das ist richtig; das ist das traditionelle Identifizierungsmittel, womit man eben seine Identität beweisen kann. Ruedi Noser kann beweisen, dass er Ruedi Noser ist. Aber im Internet kann er nicht den Pass zeigen, und darüber sprechen wir heute. Es geht darum, dass wir auch eine sichere elektronische Identität haben, mit der wir im Internet beweisen können, wer wir sind; dass Ruedi Noser also auch im Internet beweisen, nicht nur behaupten, sondern beweisen kann, dass er Ruedi Noser ist.

Die korrekte Identifikation im Internet wird immer wichtiger. Die Anzahl Geschäfte, die über elektronische Plattformen abgewickelt werden, nimmt stetig zu. Sie wissen das; Sie selber kaufen Tickets – vielleicht für ein Konzert – oder Billette für den öffentlichen Verkehr, oder Sie bestellen auch einmal Waren im Internet, bei



einem Online-Händler.

Nun, es gibt aber auch staatliche Dienstleistungen, ich möchte zwei Beispiele nennen, bei denen wir – und gerade auch andere Departemente – auf eine elektronische Identität angewiesen sind. Ein Beispiel ist die Umsetzung des elektronischen Patientendossiers: Ohne E-ID ist mit Insellösungen zu rechnen, die eine flächendeckende Einführung des E-Patientendossiers erheblich behindern dürften. Ein anderes Beispiel ist die von der Eidgenössischen Zollverwaltung geplante elektronische Zolldeklaration: Hier können sich Mitarbeiter eines Spediteurs eben mit einer E-ID identifizieren, und sie können Zolldeklarationen einfach online abwickeln. Das sind ja auch Forderungen, die ich in diesem Raum schon oft gehört habe.

Die Bevölkerung und die Wirtschaft sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung einfach und sicher nutzen können. Für die physische Welt, ich habe es bereits erwähnt, haben wir die konventionellen Identifizierungsmittel: den Schweizer Pass, die Identitätskarte oder auch den Ausländerausweis. Pass und ID sind auch Reisedokumente, die uns Mobilität erlauben. Ergänzend dazu soll nun die Identität einer natürlichen Person auch in der elektronischen Welt mittels einer E-ID nachgewiesen werden können. Eine E-ID nach diesem Gesetz wird es den Inhaberinnen und Inhabern auch ermöglichen, sich bei Online-Diensten sicher zu registrieren und sich später eben erneut anzumelden.

Herr Ständerat Vonlanthen hat es gesagt, es geht eigentlich um ein qualifiziertes Login. Es geht nicht um einen digitalen Pass, wie man das in den letzten Tagen in den Medien teilweise lesen konnte. Wenn man von Datenwirrwarr spricht, muss man also auch von Informationswirrwarr sprechen. Ich wusste manchmal selber nicht mehr, was jetzt Sache ist, wenn ich diese teilweise doch sehr abenteuerlichen Geschichten gelesen habe. Also, es geht nicht um einen digitalen Pass, es geht nicht um einen Ausweis, Herr Ständerat Germann. Es geht um ein Login, das besonders vertrauenswürdig sein soll. Und ich als Nutzerin kann mich darauf verlassen, dass ein rechtlicher Rahmen meine Interessen schützt.

Die E-ID vereinfacht also nicht nur die Nutzung von Internetdienstleistungen, sondern macht diese eben auch sicherer. Zudem können sich Internetnutzerinnen und -nutzer im Internet mit voller Kontrolle über die eigenen Daten – das ist wichtig: sie haben die Kontrolle – bewegen und bewusst entscheiden, was sie im Internet bekanntgeben. Das fördert eben auch den Wettbewerb zwischen den Online-Anbietern, denn je komplizierter das Registrierungsverfahren ausfällt, desto höher ist die Markteintrittsschwelle für einen Newcomer, der noch über keine registrierten Kundinnen und Kunden verfügt.

Der Nationalrat – es wurde gesagt – hat diese Angelegenheit auch kontrovers diskutiert. Er hat am 20. März darüber diskutiert, es war mein erstes Geschäft im Nationalrat, und Sie können sich vorstellen, dass das eine gehörige Feuertaufe war. Er hat aber jedenfalls diesem Gesetz mit 128 zu 48 Stimmen zugestimmt. Intensiv diskutiert wurde insbesondere die Frage der Aufgabenteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft. Zudem will der Nationalrat auch die Passbüros in den Ausstellungsprozess einbeziehen, und er hat die Verpflichtung eingeführt, wonach für alle Personen, die die Voraussetzungen erfüllen, eine E-ID ausgestellt werden muss.

Es wurde von verschiedenen Befürworterinnen und Befürwortern des Rückweisungsantrages gesagt, ja, man sage jetzt einfach, der Staat könne es nicht und deshalb wolle man es nicht. Das ist nicht das, was wir gesagt haben, sondern die Argumentation ist folgende: Wenn die E-ID und also eben auch dieses Login voll beim Staat wären, hätte dies gewisse Nachteile. Diese Variante wurde auch geprüft, sie wurde aber wieder verworfen, und letztlich hat sich, wie ich gesagt habe, auch der Nationalrat dagegen entschieden.

Ich möchte gerne noch darauf eingehen, warum der Bundesrat zu seinem heutigen Antrag gekommen ist. Herr Ständerat Vonlanthen hat es gesagt: In anderen Ländern haben die Erfahrungen gezeigt, dass rein staatliche Lösungen nicht optimal und nur wenig erfolgreich sind, weil sie von der Wirtschaft einfach nicht genutzt werden. Sie, Herr Berichterstatter, haben gesagt, dass man eine staatliche Anwendung drei, vier Mal pro Jahr nutzt. Es gibt aber praktisch jeden Tag Interaktionen mit der Wirtschaft, beispielsweise mit der Bank, weil Sie Ihr Bankkonto einsehen, einen Versicherungs- oder einen Hypothekarvertrag oder was auch immer abschliessen. Wenn man staatliche Identifizierungsmittel hat, dann sind sie oftmals nicht genug flexibel. Sie können sich nicht so schnell auf die sich ändernden Bedürfnisse und die neuen Technologien einstellen oder darauf reagieren. Aus diesem Grund werden sie von der Wirtschaft oft nicht eingesetzt und können so nur im staatlichen Bereich Wirkung entfalten; ein gutes Beispiel dafür ist Deutschland. Auch das Beispiel Schaffhausen zeigt es: Wenn ich es richtig im Kopf habe, dann ist das eine Anwendung für den Kanton. Damit können Sie aber keine Geschäfte mit verschiedenen Anbietern im Internet erledigen, wie ich das im Zusammenhang mit dem Online-Versandhandel oder mit der Bank gesagt habe. Damit schwindet die Bereitschaft der Nutzerinnen und Nutzer, die so ausgestaltete E-ID überhaupt zu gebrauchen. Internetkontakte der Bürgerinnen und Bürger finden eben in erster Linie im Wirtschaftsbereich statt.

Zudem führen Eigenentwicklungen durch den Staat in der Regel zu hohen ungedeckten Informatikkosten. Es ist einfach nicht die Kernkompetenz des Staates, eine solche E-ID zu entwickeln. Wenn sie scheitert,



dann liegt das Risiko voll beim Staat. Deshalb sieht das E-ID-Gesetz eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten vor. Dadurch haben wir die vertrauensbildende Kraft staatlicher Anerkennung und Aufsicht, die mit dem technologischen Know-how und der Flexibilität von privatwirtschaftlichen Akteurinnen und Akteuren verbunden werden soll.

Frau Fetz hat gesagt, man wolle nicht, dass die Daten in private Hände gelangen. Ich möchte hier deutlich sagen: Der Staat – und nur der Staat – führt die Register mit den Daten, die zur Identifikation notwendig sind. Die Privaten stellen aber die Karten zur Verfügung, die USB-Sticks oder auch E-ID-Applikationen, die wir heute vielleicht noch nicht

AB 2019 S 275 / BO 2019 E 275

kennen, weil sie noch nicht entwickelt sind. Die staatlichen Daten, die dort in irgendeiner Art und Weise hinterlegt sind, bleiben beim Staat. Der Staat gibt seine Kernaufgabe bei der Ausstellung einer E-ID damit eben nicht aus der Hand. Er wird weiterhin für die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und ihrer Identitätsmerkmale zuständig sein. Dies wird Sache der Identitätsstelle sein, die beim Fedpol angesiedelt werden soll.

Die E-ID ist im Kern also nichts anderes als ein gesetzlich geregelter Datensatz. Diese Daten werden vom Staat herausgegeben – und damit letztlich auch die E-ID. Die Privaten geben einzig das Zugangsmittel heraus. Das ist so, wie wenn Sie den Schlüssel haben, mit dem Sie eine Türe öffnen können, aber nichts hinter der Türe sehen, weil eben die Daten beim Staat sind. Das muss man hier schon zur Kenntnis nehmen.

Die privaten Anbieter materialisieren die vom Staat herausgegebene E-ID. Die konkreten technologischen Träger dieser staatlich geprüften und bestätigten digitalen Identität möchte der Bund weder selbst entwickeln noch ausstellen. Wie ich gesagt habe, sollen das andere Anbieter tun, die näher an den Nutzerinnen und Nutzern sind, die näher an den Technologien sind, die für die Nutzung der digitalen Angebote notwendig sind. Auf diese Weise wird ein Technologiewettbewerb notwendig. Das ganze Konzept ist deshalb auch technologieneutral ausgestaltet.

Wenn jetzt der Staat selbst eine E-ID herausgeben wollte, dann müsste er Dritte mit einem Leistungsauftrag verpflichten, oder er müsste es selber entwickeln, müsste sich aber für eine Technologie entscheiden. Er müsste beispielsweise sagen: Es ist ein USB-Stick. Dieser Entscheid würde einfach technologische Entwicklungen auf Jahre hinaus verzögern, weil Sie sich eben zu einem Zeitpunkt X entscheiden würden. Es gibt dann keine Flexibilität. Wenn man jetzt argumentiert – ich glaube, Frau Ständerätin Fetz hat das gesagt –, es gebe jetzt dieses Konsortium, das sei ein Monopol, was wäre denn, aber bitte, der Staat als Herausgeber? Ist es kein Monopol, wenn der Staat die E-ID herausgibt? Das ist eigentlich von daher keine schlüssige Argumentation, denn immerhin soll das Ziel ja sein, dass sich auf diesem Markt verschiedene Anbieter eben am Schluss auch konkurrenzieren und damit auch verschiedene technologische Anwendungen möglich sind.

Man würde bei einem staatlichen System Gefahr laufen, dass dieses rasch durch neue Technologien überholt würde und sich in der Praxis dann viele private Logins durchsetzen würden. Das wäre dann aber nicht reguliert, das hat Frau Bruderer richtig erkannt. Diesen gesetzlichen Rahmen hätten Sie dort dann sicherlich nicht. Die Sicherungen, die wir hier eingebaut haben, würden ins Leere laufen.

Die Lösung, die Ihnen der Bundesrat vorschlägt, nimmt die Bedenken auf, die geäußert wurden. Mit dem Anerkennungsregime kann der Bund den Technologiewettbewerb nutzen. Die E-ID-Anbieter können mit ihren neuen Technologien anerkannt werden, und damit können sie auf den rechtlichen Rahmen verpflichtet werden, den das Gesetz vorsieht – sie befinden sich ja nicht im luftleeren Raum, sondern werden streng reguliert.

Das Ganze, ich habe es schon angetönt, ist auch eine Kostenfrage. Wenn der Bund diese E-ID selbst herausgeben oder einen Leistungsauftrag vergeben würde, müsste er auch für die Kosten des gesamten E-ID-Systems aufkommen. Mit der vorgeschlagenen Lösung spielt der Staat auch bei der Zulassung und beim Betrieb eine wichtige Rolle. Er wird die Anbieterinnen und die von ihnen zur Verfügung gestellten Systeme in einem Anerkennungsverfahren genau unter die Lupe nehmen. Diese Anerkennung muss alle drei Jahre erneuert werden. Darüber hinaus werden die Identity Provider beaufsichtigt und regelmässig kontrolliert.

Hier komme ich zum Antrag Ihrer Kommission für Rechtsfragen, die die Idee in die Beratung eingebracht hat, eine unabhängige E-ID-Kommission zu schaffen, die vom Bundesrat eingesetzt wird und aus fünf bis sieben Mitgliedern bestehen und über ein eigenes Sekretariat verfügen soll. Die Eidcom stärkt nicht nur die Anerkennung und Aufsicht über die Identity Provider, sie verbessert sicherlich auch die Wahrnehmbarkeit der Rolle des Staates. Dieser Antrag ist in Zusammenarbeit Ihrer Kommission mit dem Bundesamt für Justiz entstanden, und ich unterstütze diese Änderung ausdrücklich, auch der Bundesrat unterstützt sie.

Ständerat Janiak hat hier von einer Brücke gesprochen; ich glaube, dass dies auch eine Handreichung ist gegenüber jenen, die sich jetzt kritisch geäußert haben. Damit sorgt das E-ID-Gesetz einerseits für eine



praxistaugliche und konsumentenfreundliche Lösung für die Verwaltung, für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft. Zum andern wird so die nötige Flexibilität für technologische Veränderungen gewahrt.

Der Gesetzentwurf – das möchte ich auch noch anfügen – berücksichtigt auch internationale Entwicklungen, er wäre also auch mit EU-Regelungen kompatibel.

Noch eine Bemerkung zum Datenschutz und zur Datensicherheit, beides wurde zu Recht auch in der Eintretensdebatte erwähnt und eingefordert: Ein wichtiges Anliegen des E-ID-Gesetzes ist der Datenschutz; bei der Handhabung und Verwendung der digitalen Identität werden die geltenden Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen eingehalten. Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte unterstützt das Gesetz ausdrücklich. Das E-ID-Gesetz verstärkt in einigen Punkten den Schutz gegenüber dem Datenschutzgesetz sogar.

Ich möchte hier exemplarisch ein paar wichtige Punkte nennen: Die Personenidentifikationsdaten dürfen Dritten, also z. B. Online-Diensten, nur mit ausdrücklicher Bewilligung der Kundinnen und Kunden weitergegeben werden. Sowohl dem Identity Provider als auch der Betreiberin von E-ID-verwendenden Diensten ist es untersagt, die Personenidentifizierungsdaten ausserhalb eines E-ID-Einsatzes weiterzugeben und insbesondere damit zu handeln. Die Hoheit über den Einsatz und die Freigabe der Daten liegt ausschliesslich in der Hand der betroffenen Person, und die Transaktionsdaten, d. h., was wann und wo zu welchem Preis gekauft wurde, gehen nicht zum Identity Provider. Dieser erfährt nur, dass eine Transaktion durchgeführt wurde, für die die Identifizierung nötig war. Das Gesetz sieht ferner spezifische Sicherheitsmassnahmen vor, die in Bezug auf die Gewährleistung der Datensicherheit über die geltenden rechtlichen Anforderungen hinausgehen. So wird etwa verlangt, dass die anerkannten Anbieter die Personenidentifizierungsdaten und die Daten zur Nutzung der E-ID getrennt voneinander halten. Diese Trennung stellt eine zusätzliche Sicherheitsmassnahme dar, damit eben Unbefugte nicht auf alle Daten von Inhabern einer E-ID zugreifen können. Weitere Sicherheitsmassnahmen werden dann in der Verordnung festgelegt. Hier wird auch der Stand der Technik Massstab der Dinge sein.

Der Bundesrat will mit dem Entwurf klare Regeln für einen staatlichen digitalen Identitätsnachweis erlassen. Mit der zunehmenden Anzahl Geschäfte, die virtuell abgewickelt werden, wird eine korrekte Identifikation im Internet immer wichtiger. Die E-ID soll die Nutzung von Internetdienstleistungen einfacher, aber auch sicherer machen.

Der Gesetzentwurf des Bundesrates schafft hier solide Rahmenbedingungen für die korrekte und sichere Anwendung einer E-ID. Er ermöglicht die Umsetzung innovativer E-ID-Lösungen, weil er eben auf dieser Rollen- und Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten basiert. Ich habe es eben ausgeführt: Die Datenschutz- und Datensicherheitsanforderungen für die Nutzerinnen und Nutzer sind streng, gehen sogar über jene des Datenschutzgesetzes hinaus.

Ich möchte Sie bitten, auf diese Vorlage einzutreten. Ich bitte Sie jetzt bereits, auch den Rückweisungsantrag Fetz abzulehnen. Wir würden tatsächlich sehr viel Zeit verlieren. Es ginge, wie Herr Vonlanthen das ausgeführt hat, sicher zwei Jahre, bis wir eine Botschaft hätten und diese wieder vernehmlassen hätten. Dann käme wieder der parlamentarische Prozess. Die Schweiz ist hier nicht an der Front. Wir haben bei diesen digitalen Nutzungen eher Rückstand. Es wäre schade, wenn wir viel Zeit dafür aufwenden müssten.

Ich bin aber bereit, den Einzelantrag Fetz zu Artikel 10 anzunehmen. Frau Fetz hat ja gesagt, sie habe vorausschauend gedacht, für den Fall, dass der Rückweisungsantrag, den sie gestellt hat, nicht durchkommen sollte. Ich denke, der

AB 2019 S 276 / BO 2019 E 276

Einzelantrag könnte eine weitere Brücke sein – um Ständerat Janiak zu zitieren –, um hier vielleicht noch etwas mehr Vertrauen zu schaffen und auch die kritischen Stimmen, die jetzt in der Eintretensdebatte geäussert wurden, ernst zu nehmen und diese kritischen Stimmen eben auch in der Gesetzesarbeit zu berücksichtigen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

Le président (Fournier Jean-René, président): Nous votons sur la proposition de renvoi Fetz.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Fetz ... 7 Stimmen

Dagegen ... 32 Stimmen

(3 Enthaltungen)



Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–9

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1–9

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Fetz

Titel

E-ID des Bundes

Abs. 1

Der Bundesrat kann eine Verwaltungseinheit damit beauftragen, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen.

Abs. 3

Um den Zugang zu einer E-ID für breite Bevölkerungskreise sicherzustellen, kann der Bund sich an Unternehmen beteiligen, welche zum Zweck haben, E-ID auszustellen.

Art. 10

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Fetz

Titre

E-ID de la Confédération

Al. 1

Le Conseil fédéral peut charger une unité administrative de gérer un système e-ID et d'établir des e-ID.

Al. 3

Afin de garantir l'accès à une e-ID à de larges couches de la population, la Confédération peut prendre des participations dans des entreprises spécialisées dans l'établissement d'e-ID.

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Ich mache es ganz kurz: Die Kommission konnte nicht über diesen Antrag diskutieren. Die Frau Bundesrätin hat bereits ihre Richtung angezeigt. Für mich ist das unproblematisch. Wenn man eben diese recht vage Formulierung, eine Kann-Formulierung, wählt, sodass hier diese Offenheit besteht und entsprechend auch referendumpolitisch etwas gewonnen werden kann, werde ich mich persönlich auch nicht dagegenstellen. Wir müssen uns einfach im Klaren sein – wir haben das ja jetzt des Langen und Breiten diskutiert –, dass die eigenen staatlichen Systeme viel Geld kosten werden. Die Frau Bundesrätin hat es ausgeführt: Die Eigenentwicklungen durch den Staat und ein staatlich betriebenes E-ID-System führen zu hohen Informatikkosten für die öffentliche Hand, und diese staatlichen E-ID könnten deshalb auch nicht kostenlos abgegeben werden. Zudem soll durch die Formulierung in Absatz 3 der allgemeine Zugang sichergestellt werden. Das ist eigentlich schon jetzt möglich. Auch die Möglichkeit, dass der Staat sich an Unternehmen beteiligt, ist de facto schon jetzt gegeben, weil eben SBB, Swisscom usw. ja in dieser Swiss Sign Group involviert sind. Also: Persönlich habe ich nichts dagegen; für die Kommission kann ich nicht sprechen.



Fetz Anita (S, BS): Ich kann es hier kurz machen; es ist ja eine Art Auffangartikel. Es könnte tatsächlich sein, dass die privaten Anbieter zwar so euphorisch darangehen, wie es der Kommissionspräsident vor sich sieht, und dann merken, dass das gar nicht so super zum Fliegen kommt, wie sie sich das vorgestellt hatten. Ich bin echt der Meinung, wir brauchen eine elektronische Identität. Wenn das privat aus irgendeinem Grund nicht funktionieren würde, dann müsste es mindestens die Möglichkeit geben, dass der Staat das übernimmt und dass er sich auch allenfalls beteiligen kann. Es ist ja denkbar, dass zum Beispiel amerikanische Firmen ein Interesse haben, Firmen zu übernehmen, die diese E-ID anbieten. Dann kann man allenfalls den Kernbereich auskaufen und entsprechend staatlich anbieten. Es ist also ein Auffangartikel für alle Fälle.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Bereits im Entwurf des Bundesrates lautet die Überschrift oder der Titel von Artikel 10 "Subsidiäres E-ID-System des Bundes". Sie hatten bereits eine Lösung, die in eine ähnliche Richtung geht. Ich habe Ihnen in Aussicht gestellt – auch um hier nochmals eine Brücke zu bauen und der Kritik, die in der Eintretensdebatte geäußert wurde, etwas entgegenzukommen –, dass der Bundesrat bereit ist, sich diesem Antrag Fetz anzuschliessen.

Titel, Abs. 1, 3 – Titre, al. 1, 3
Angenommen gemäss Antrag Fetz
Adopté selon la proposition Fetz

Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées

Art. 11

Antrag der Kommission
 Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
 Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 12

Antrag der Kommission
 Streichen

Art. 12

Proposition de la commission
 Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 13

Antrag der Kommission
Abs. 1

Identity Provider, die E-ID nach diesem Gesetz ausstellen wollen, brauchen eine Anerkennung der Eidgenössischen E-ID-Kommission (Eidcom). Die Eidcom erteilt die Anerkennung nach Anhörung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (Edöb).

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3

Die Anerkennung wird für drei Jahre erteilt.

AB 2019 S 277 / BO 2019 E 277

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 13***Proposition de la commission**Al. 1*

Tout fournisseur d'identité qui souhaite établir des e-ID au sens de la présente loi doit obtenir une reconnaissance de la Commission fédérale des e-ID (Eidcom). L'Eidcom octroie la reconnaissance après consultation du Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (PFPDT).

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3

La reconnaissance est octroyée pour une durée de trois ans.

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 14*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Der Identity Provider meldet der Eidcom die geplante ...

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 5

... übernommen, so ordnet die Eidcom an, dass ...

Art. 14*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Le fournisseur d'identité annonce à l'Eidcom la cessation programmée ...

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 5

... ne reprend les systèmes e-ID, l'Eidcom ordonne ...

Angenommen – Adopté

Art. 15*Antrag der Kommission**Abs. 1*

...

g. Er meldet der Eidcom sicherheitsrelevante ...

...

k. ... und legt sie dem Edöb vor.

l. Er meldet der Eidcom alle geplanten ...

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 15***Proposition de la commission**Al. 1*

...

g. il signale à l'Eidcom tous les incidents ...

...

k. ... et les soumet au PFPDT.

l. il signale à l'Eidcom toutes les modifications ...

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 16***Antrag der Mehrheit**Titel*

Datenweitergabe und Datennutzung

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Dritten darf er die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5, die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, und darauf basierende Nutzungsprofile weder bekannt geben noch darf er diese Daten zu anderen Zwecken als zur Umsetzung der in Artikel 15 genannten Pflichten nutzen.

Antrag der Minderheit

(Vonlanthen, Abate, Caroni, Hegglin Peter, Rieder, Schmid Martin)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 16*Proposition de la majorité**Titre*

Communication et utilisation des données

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Il ne peut communiquer à un tiers ni les données d'identification personnelle visées à l'article 5, ni les données générées par l'utilisation de l'e-ID, ni les profils basés sur ces dernières, ni ne peut utiliser ces données à des fins autres que la mise en oeuvre des obligations citées à l'article 15.

Proposition de la minorité

(Vonlanthen, Abate, Caroni, Hegglin Peter, Rieder, Schmid Martin)

Adhérer à la décision du Conseil national

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Hier will die Kommissionsmehrheit die Einschränkung der Datenweitergabe und Datennutzung explizit festlegen und nicht einfach auf das Datenschutzgesetz verweisen. Das ist die Idee; es wurde ja auch in der Eintretensdebatte verschiedentlich darauf hingewiesen. Ich gehe davon aus, dass der Minderheitssprecher hier die Argumente für den Minderheitsantrag zum Ausdruck bringen wird.

Caroni Andrea (RL, AR): Gerne übernehme ich diese Aufgabe von unserem honorigen Kommissionssprecher, der ja auch die Minderheit ursprünglich anführte. Sie sehen, es ist eine starke Minderheit – der Entscheid fiel mit 6 zu 6 Stimmen, was einen Stichentscheid erforderte. Es geht zwar um das zentrale Thema des Datenschutzes, aber inhaltlich sind wir hier auf Stufe Redaktionskommission.

Noch kurz als Ausführung, was hier gemeint ist: Die Mehrheit hat einen kleinen Ausschnitt aus der allgemeinen Datenschutzgesetzgebung hier noch wiederholt, nämlich das sogenannte Zweckbindungsgebot. Sie dürfen Daten nur zu den Zwecken einsetzen, zu denen Sie ermächtigt sind und zu denen Sie sie gesammelt haben.



Das will die Mehrheit hier reinschreiben. Als Minderheit anerkennen wir natürlich diese Bemühung zur Stärkung des Datenschutzes; allein, es besteht die Gefahr, dass er entweder gleich bleibt oder eher schlechter wird, dies aus dem einfachen Grund, dass das allgemeine Datenschutzrecht mit all seinen Prinzipien hier ja ohnehin gilt. Es umfasst viel mehr als nur diesen Grundsatz: Es umfasst den Grundsatz der Bearbeitung nach Treu und Glauben, den Rechtmässigkeitsgrundsatz, den Datensicherungsgrundsatz und so weiter.

Wenn man hier nun ein Elementlein nochmals zitiert, besteht halt die Gefahr, dass man sich fragt: Ja, was ist denn mit den anderen Grundsätzen des Datenschutzes? Sind die hier nicht so wichtig? Wie ist es in den anderen Gesetzen, wo man es auch nicht nochmals abschreibt? Ist es dort nicht so wichtig?

In Anerkennung des Bemühens der Mehrheit stelle ich namens der Minderheit fest: Wir tun dem Datenschutz nichts Gutes, wenn wir der Mehrheit folgen und dieses Elementlein hier wiederholen, im Gegenteil: Es besteht die Gefahr, dass wir das ganze System etwas abschwächen, denn das allgemeine Datenschutzrecht gilt so-wieso, zusätzlich zu diesem strengen Gesetz.

AB 2019 S 278 / BO 2019 E 278

Ich bitte Sie also, hier der Minderheit und damit auch dem Nationalrat zu folgen, dann ist auch gleich noch die Differenz erledigt.

Janiak Claude (S, BL): Kollege Caroni, man kann schon sagen, das sei jetzt eine rein redaktionelle Frage. Sie haben aber die Debatten gehört, die Bedenken, die bei diesem Gesetz bestehen. Ich möchte einfach an Sie appellieren, dass Sie auch referendumpolitisch denken. Meiner Meinung nach hat der Nationalrat den Datenschutz aufgeweicht, indem er die Datenbearbeitung in Bezug auf die E-ID ausdrücklich für zulässig erklärt hat.

Ich denke, dass wir dem Gesetz einen Dienst erweisen können, wenn wir hier dem Antrag der Mehrheit zustimmen. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir in einem Gesetz etwas wiederholen, was in einem anderen Gesetz steht. Das ist meines Erachtens kein grosser gesetzgeberischer Fehler. So könnte man zumindest gewissen Bedenken entgegenwirken. Ich bitte Sie, das zu bedenken.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Der Berichterstatter der Kommission und auch die beiden Sprecher, die sich für die Mehrheit bzw. für die Minderheit geäussert haben, haben das Wesentliche schon gesagt. Der Nationalrat möchte hier, wie Sie sehen, zulassen, dass Daten an Dritte weitergegeben werden können, wenn der Dritte für den Identity Provider in dessen Auftrag die Datenbearbeitung vornimmt.

Man muss einfach wissen: Das Datenschutzgesetz lässt dies zu, setzt aber klare Rahmenbedingungen. Der beauftragte Dritte unterliegt den gleichen Pflichten wie der Identity Provider. Insofern sehe ich diese Aufweichung nicht. Die Lösung des Nationalrates verweist ja ausdrücklich auf die entsprechenden Bestimmungen des Datenschutzgesetzes. In keinem Fall kann der Dritte die Daten kommerziell nutzen. Das Bundesamt für Justiz ist ja eigentlich auch zum Schluss gekommen, dass die vorgeschlagene Regelung deklaratorisch ist. Bereits Artikel 4 Absatz 3 des Datenschutzgesetzes hält nämlich fest: "Personendaten dürfen nur zu dem Zweck bearbeitet werden, der bei der Beschaffung angegeben wurde, aus den Umständen ersichtlich oder gesetzlich vorgesehen ist."

Von daher scheint mir die Ergänzung des Nationalrates sinnvoll. Sie könnte übernommen werden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 24 Stimmen
 Für den Antrag der Minderheit ... 15 Stimmen
 (1 Enthaltung)

Art. 17

Antrag der Kommission

... so verpflichtet die Eidcom die betreffenden Identity Provider ...

Art. 17

Proposition de la commission

... de grande diffusion, l'Eidcom oblige lesdits fournisseurs à rendre ...

Angenommen – Adopté



Art. 18

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 1bis

Betreffend gegenseitige Abgeltung gelten die Identity Provider als marktmächtig im Sinne von Artikel 2 des Preisüberwachungsgesetzes vom 20. Dezember 1985 (PüG) und die entsprechenden Preise gelten nicht als Ergebnis wirksamen Wettbewerbs im Sinne von Artikel 12 PüG.

Art. 18

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 1bis

Pour ce qui est de leur indemnisation réciproque, ils sont considérés comme puissants sur le marché au sens de l'article 2 de la loi fédérale du 20 décembre 1985 concernant la surveillance des prix (LSPR), et les prix qu'ils appliquent entre eux ne sont pas considérés comme la conséquence d'une concurrence efficace au sens de l'article 12 LSPR.

Angenommen – Adopté

Art. 19

Antrag der Kommission

Abs. 1

Wenn ein Identity Provider dieses Gesetz, seine Ausführungsbestimmungen oder Pflichten, die ihm die Eidcom auferlegt hat, missachtet, namentlich wenn er die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht mehr erfüllt, so ordnet die Eidcom die Massnahmen an ...

Abs. 2

Sie kann dem Identity Provider ...

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 19

Proposition de la commission

Al. 1

Si un fournisseur d'identité enfreint la présente loi, ses dispositions d'exécution ou les obligations que l'Eidcom lui a imposées, notamment s'il ne remplit plus les conditions de la reconnaissance, l'Eidcom ordonne les mesures ...

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national
 (la modification ne concerne que le texte allemand)

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 20–24

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



7. Abschnitt Titel

Antrag der Kommission

Eidgenössische E-ID-Kommission

Section 7 titre

Proposition de la commission

Commission fédérale des e-ID

Angenommen – Adopté

Art. 25

Antrag der Kommission

Titel

Organisation

Abs. 1

Der Bundesrat wählt die aus fünf bis sieben Mitgliedern bestehende Eidgenössische E-ID-Kommission (Eidcom); er bezeichnet die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten.

Abs. 2

Die Mitglieder müssen unabhängige Sachverständige sein. Sie dürfen nicht Organen von juristischen Personen oder Behörden angehören, die Tätigkeiten als Identity Provider ausüben, oder in einem Dienstleistungsverhältnis zu solchen juristischen Personen oder Behörden stehen.

Abs. 3

Die Eidcom ist dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) administrativ zugeordnet und verfügt über ein eigenes Sekretariat.

AB 2019 S 279 / BO 2019 E 279

Abs. 4

Sie untersteht in ihren Entscheiden keinen Weisungen des Bundesrates und des EJPD. Sie ist von den Verwaltungsbehörden unabhängig.

Abs. 5

Sie kann das Fedpol beim Vollzug dieses Gesetzes beiziehen und ihm Weisungen erteilen.

Abs. 6

Sie erlässt ein Reglement über ihre Organisation und Geschäftsführung, das der Genehmigung des Bundesrates bedarf.

Abs. 7

Die Kosten der Eidcom werden durch Verwaltungsgebühren gedeckt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 25

Proposition de la commission

Titre

Organisation

Al. 1

Le Conseil fédéral institue une Commission fédérale des e-ID (Eidcom) formée de cinq à sept membres; il en désigne le président et le vice-président.

Al. 2

Les membres doivent être des experts indépendants. Ils ne peuvent ni appartenir à des organes de personnes morales ou d'autorités qui exercent des activités de fournisseur d'identité, ni être sous contrat de prestations avec de telles personnes morales ou autorités.

Al. 3

L'Eidcom est rattachée administrativement au Département fédéral de justice et police (DFJP) et dispose de son propre secrétariat.

Al. 4

Elle n'est soumise à aucune directive du Conseil fédéral ou du DFJP lorsqu'elle prend des décisions. Elle est indépendante des autorités administratives.

Al. 5

Elle peut associer Fedpol à l'exécution de la présente loi et lui donner des instructions.





Al. 6

Elle élabore un règlement d'organisation et de fonctionnement et le soumet à l'approbation du Conseil fédéral.

Al. 7

Les coûts de l'Eidcom sont couverts par des émoluments. Le Conseil fédéral fixe les modalités.

Angenommen – Adopté

Art. 25a

Antrag der Kommission

Titel

Aufgaben

Abs. 1

Die Eidcom überwacht die Einhaltung dieses Gesetzes. Sie trifft die Entscheide und erlässt die Verfügungen, die für den Vollzug dieses Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen notwendig sind.

Abs. 2

Sie ist insbesondere zuständig für:

- a. die Anerkennung von Identity Providern, die Aufsicht über sie, die Anordnung von Massnahmen sowie den Entzug der Anerkennung;
- b. die Veröffentlichung einer Liste der Identity Provider und von deren E-ID-Systemen;
- c. den Entscheid im Streitfall über Fragen des Zugangs zu einer E-ID und der Interoperabilität.

Abs. 3

Sie beobachtet und überwacht die Entwicklung der Identity Provider und von deren E-ID-Systemen im Hinblick auf ein sicheres, vielfältiges und erschwingliches Angebot von elektronischen Identitätsdienstleistungen.

Abs. 4

Sie schlägt dem Bundesrat gegebenenfalls geeignete Massnahmen zur Sicherstellung der Versorgung mit elektronischen Identitätsdienstleistungen vor.

Abs. 5

Sie orientiert die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und erstattet dem Bundesrat jährlich einen Tätigkeitsbericht.

Art. 25a

Proposition de la commission

Titre

Tâches

Al. 1

L'Eidcom surveille le respect des dispositions de la présente loi. Elle prend les mesures et rend les décisions nécessaires à l'exécution de la présente loi et de ses dispositions d'exécution.

Al. 2

Elle est notamment compétente pour:

- a. reconnaître les fournisseurs d'identité, les surveiller, ordonner des mesures et retirer les reconnaissances;
- b. publier une liste des fournisseurs d'identité et de leurs systèmes e-ID;
- c. trancher les litiges sur des questions d'accès à une e-ID ou d'interopérabilité.

Al. 3

Elle observe et surveille l'évolution des fournisseurs d'identité et de leurs systèmes e-ID en vue d'assurer une offre sûre, diversifiée et abordable de prestations d'identification électronique.

Al. 4

Elle propose éventuellement au Conseil fédéral des mesures appropriées pour assurer l'offre de prestations d'identification électronique.

Al. 5

Elle informe le public sur son activité et présente un rapport d'activité annuel au Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Art. 25b

Antrag der Kommission

Titel

Aufgaben des Sekretariats



Abs. 1

Das Sekretariat bereitet die Geschäfte der Eidcom vor, führt die Verfahren durch und erlässt zusammen mit dem Präsidium die notwendigen verfahrensleitenden Verfügungen. Es stellt der Eidcom Antrag und vollzieht ihre Entscheide.

Abs. 2

Es gibt Stellungnahmen ab und berät Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID, Amtsstellen und Unternehmen bei Fragen zu diesem Gesetz.

Abs. 3

Es verkehrt mit Identity Providern, Behörden und Dritten direkt und erlässt selbstständig Verfügungen, soweit dies das Geschäftsreglement vorsieht.

Abs. 4

Es kann in den Betrieb eines Identity Providers eingreifen, sofern die Verhältnisse es erfordern; es informiert die Eidcom unverzüglich.

Abs. 5

Es vertritt die Eidcom vor eidgenössischen und kantonalen Gerichten.

Abs. 6

Die Eidcom kann dem Sekretariat weitere Aufgaben übertragen.

Art. 25b

Proposition de la commission

Titre

Tâches du secrétariat

Al. 1

Le secrétariat prépare les affaires de l'EID-COM, mène les procédures et prend avec la présidence les décisions de procédure. Il fait des propositions à l'Eidcom et exécute ses décisions.

AB 2019 S 280 / BO 2019 E 280

Al. 2

Il établit des préavis et conseille les titulaires d'une e-ID, les services officiels et les entreprises sur les questions se rapportant à la présente loi.

Al. 3

Il traite directement avec les fournisseurs d'identité, les autorités et les tiers et rend des décisions de manière autonome, dans les cas où le règlement lui délègue cette compétence.

Al. 4

Si la situation l'exige, il peut intervenir dans l'exploitation d'un fournisseur d'identité; il en informe sans délai l'Eidcom.

Al. 5

Il représente l'Eidcom devant les tribunaux fédéraux et cantonaux.

Al. 6

L'Eidcom peut déléguer d'autres tâches au secrétariat.

Angenommen – Adopté

Art. 25c

Antrag der Kommission

Titel

Personal des Sekretariats

Abs. 1

Der Bundesrat wählt die Direktorin oder den Direktor des Sekretariats, die Eidcom das übrige Personal des Sekretariats.

Abs. 2

Das Dienstverhältnis richtet sich nach der Personalgesetzgebung des Bundes.

**Art. 25c***Proposition de la commission**Titre*

Personnel du secrétariat

Al. 1

Le Conseil fédéral désigne le directeur du secrétariat, et l'Eidcom, le reste de son personnel.

Al. 2

Les rapports de service sont régis par la législation applicable au personnel de l'administration fédérale.

*Angenommen – Adopté***Art. 25d***Antrag der Kommission**Titel*

Amts- und Geschäftsgeheimnis

Text

Die Eidcom darf keine Amts- und Geschäftsgeheimnisse preisgeben.

Art. 25d*Proposition de la commission**Titre*

Secret de fonction et secrets d'affaires

Texte

L'Eidcom ne doit révéler aucun secret de fonction ni secret d'affaires.

*Angenommen – Adopté***Art. 26***Antrag der Kommission**Titel*

Bearbeitung von Personendaten

Abs. 1

Die Eidcom führt ...

Abs. 2

Sie darf zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Persönlichkeitsprofile und Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, über strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen bearbeiten.

Art. 26*Proposition de la commission**Titre*

Traitement de données personnelles

Al. 1

L'Eidcom gère un système ...

Al. 2

Dans le cadre de l'accomplissement de ses tâches légales, elle peut traiter des profils de la personnalité et des données personnelles, y compris des données sensibles concernant des poursuites et sanctions pénales.

*Angenommen – Adopté***Art. 27***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Fedpol und Eidcom erheben von den ...

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Art. 27

Proposition de la commission

Al. 1

Fedpol et l'Eidcom perçoivent des émoluments ...

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 28

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 29

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Eidcom anerkennt bis drei Jahre ...

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2bis

Die Eidcom berücksichtigt bei der Anerkennung nach Artikel 13 bis drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes das Ergebnis der Zertifizierung eines Herausgebers von Identifikationsmitteln gemäss Bundesgesetz vom 19. Juni 2015 über das elektronische Patientendossier.

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 29

Proposition de la commission

Al. 1

Dans les trois ans qui suivent l'entrée en vigueur de la présente loi et sur demande d'un fournisseur d'identité, l'Eidcom reconnaît ...

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2bis

Dans le cadre de la reconnaissance au sens de l'article 13, l'Eidcom tient compte, jusqu'à trois ans après l'entrée en vigueur de la présente loi, des certifications obtenues par les éditeurs de moyens d'identification selon la loi fédérale du 19 juin 2015 sur le dossier électronique du patient.

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 30, 31

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2019 S 281 / BO 2019 E 281

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté


Änderung anderer Erlasse
Modification d'autres actes
Ziff. 1–5
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1–5
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 18.049/2892)

Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen

Dagegen ... 4 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement
Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté



18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Art. 10

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 3

Festhalten

Antrag der Minderheit I

(Bregy, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit II

(Arslan, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Der Bundesrat beauftragt eine Verwaltungseinheit damit, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen.

Antrag der Minderheit

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Naef, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1bis

Stammen mehr als die 80 Prozent aller ausgestellten E-ID von demselben Identity Provider oder sind keine Anbieter in der Lage, die gesetzlich vorgeschriebenen Anforderungen zu erfüllen, muss der Bund ein eigenes E-ID-System entwickeln und anbieten.

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 10

Proposition de la majorité

Al. 1, 3

Maintenir



*Proposition de la minorité I*

(Bregy, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité II

(Arslan, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Le Conseil fédéral charge une unité administrative de gérer un système e-ID et d'établir des e-ID.

Proposition de la minorité

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Naef, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Al. 1bis

Si plus de 80 pour cent de l'ensemble des e-ID établies proviennent du même fournisseur d'identité ou si aucun fournisseur n'est en mesure de satisfaire aux exigences prescrites par la loi, la Confédération est tenue de développer et de mettre sur le marché son propre système e-ID.

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Ich erlaube mir an dieser Stelle, den Antrag unserer Minderheit I zu Artikel 10 Absatz 1 zu begründen, und werde gleichzeitig auch Ausführungen zu Artikel 10 Absatz 1bis und Artikel 10 Absatz 3 machen.

Der Ständerat hat ein System der Subsidiarität gewählt, welches dem Bundesrat die Möglichkeit gibt, Verwaltungseinheiten zu beauftragen, E-ID-Systeme zu betreiben und E-ID auszustellen. Aus Sicht der CVP-Fraktion ist dieser Weg der Subsidiarität, den der Ständerat gewählt hat, der richtige. Priorität haben weiterhin die privaten Unternehmen, es kann aber sein, dass auch der Staat sich an diesem System beteiligt. Die CVP-Fraktion unterstützt daher den Beschluss des Ständerates.

Was wir nicht unterstützen können, ist die Minderheit II (Arslan), die dieses Recht ausschliesslich dem Staat gewähren will. Für uns ist klar, wie bereits erwähnt: Priorität muss der Private haben; subsidiär soll der Staat tätig sein können. In der Formulierung des Ständerates, und das ist aus Sicht der CVP-Fraktion bedeutend, wird auf mehrfach interpretierbare Voraussetzungen verzichtet. Das heisst, kurzum: Der Staat kann auch ohne irgendwelche Voraussetzungen subsidiär tätig werden. Dies stärkt in diesem wichtigen Bereich die Rolle des Staates, ohne die Privaten zu schwächen. Es stärkt aber sicherlich auch – und darüber haben wir in der Kommission eine grosse Debatte geführt – das Vertrauen in dieses System der E-ID.

Wie bereits eingangs erwähnt: Bei den Minderheitsanträgen zu Artikel 10 Absatz 1 verhält es sich anders als bei den Minderheitsanträgen zu Artikel 10 Absatz 1bis und Absatz 3. Bei Absatz 1bis riecht es ein wenig nach einer Trotzreaktion darauf, dass man keine Mehrheit für ein rein staatliches System gefunden hat. Es kann nicht sein, dass Private dafür bestraft werden, dass sie erfolgreich sind und plötzlich mehr als 80 Prozent des Marktes beherrschen. Diese Diskussion ist von Misstrauen und eben nicht von Vertrauen geprägt.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, die Minderheit I (Bregy) zu Artikel 10 Absatz 1 zu unterstützen, dem Staat dieses subsidiäre Recht zu gewähren und im Übrigen die Minderheitsanträge zu Artikel 10 Absatz 1bis und Absatz 3 abzulehnen.

AB 2019 N 1410 / BO 2019 N 1410

Arslan Sibel (G, BS): Der Ständerat ist uns bei unserer Zielsetzung ein Stück weit entgegengekommen, wie auch die Minderheit I, indem er bzw. sie dem Bundesrat mit einer Kann-Vorschrift die Möglichkeit einräumt, eine Verwaltungsstelle damit zu beauftragen, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen. Wir haben aber damit keine absolute Sicherheit, dass dies auch wirklich geschieht oder dass hier letztendlich nicht doch primär Private zum Zug kommen. Die Grünen wollen auf Nummer sicher gehen und festhalten, dass der Bundesrat auf jeden Fall eine Verwaltungseinheit damit beauftragt; deshalb mein Minderheitsantrag II.

Es zeigt sich mittlerweile aufgrund von Umfragen auch, dass die Bevölkerung möchte, dass der Staat in der Lage ist, eine elektronische Identität zur Verfügung zu stellen, da dies als Kernaufgabe des Staates angesehen wird. Dafür zahlen die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes Steuern. Der Bedarf nach einer benutzbaren und vertrauenswürdigen elektronischen Identifizierung besteht. Und es geht um die Möglichkeit,



ein Wahlrecht zu haben. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben zu entscheiden, ob sie eine E-ID beim Bund oder bei privaten Anbietern beziehen wollen.

Die E-ID ist ein Pfeiler der digitalen Demokratie und wird eventuell auch für die Ausübung von Volksrechten zum Einsatz kommen. Auch wenn die Sicherheitsmassnahmen, die Vertraulichkeit und der Datenschutz festgehalten sind – hier sind unseres Erachtens die Kriterien noch nicht ganz erfüllt –, ist es wichtig, dass wir Klarheit schaffen und sagen: "Es gibt eine Verwaltungseinheit, die dieses E-ID-System betreibt." Unterstützung unseres Anliegens gibt es übrigens auf allen Ebenen, sei es auf bürgerlicher Seite, sei es aus der Wissenschaft oder bei den Kantonen und Gemeinden.

Im März habe ich einen Antrag ähnlichen Inhaltes wie die heutige Ständeratslösung gestellt. Er wurde letztlich jedoch verworfen. Für uns kommt es nicht infrage, dass ein Identity Provider faktisch eine Monopolstellung einnimmt. Dies würde in keiner Weise dem Volkswillen entsprechen, wie neue Umfragen beweisen. Ich bin auch nicht gegen den Einbezug von privaten Unternehmen, also nicht dagegen, dass man das auch anbietet. Eine gewisse Aufteilung macht Sinn, vor allem dort, wo bewährte technische Lösungen einbezogen werden. Aber es darf auch bei einer Aufgabenteilung nicht passieren, dass der Staat die Kontrolle über das Ganze, vor allem bezüglich Datenschutz und Sicherheit, verliert.

Die Grünen wollen eine vertrauenswürdige, staatliche E-ID. Der Bund muss selbst eine E-ID anbieten und den Schutz unserer Daten gewährleisten, um die Glaubwürdigkeit der E-ID zu garantieren. Dies ist eben nicht der Fall, wenn dieses Gesetz so verabschiedet wird, wie es vorliegt – wir werden es schlussendlich ablehnen müssen.

Die Einführung einer E-ID im Zeitalter der Digitalisierung ist richtig und wichtig. Sie muss aber datenschutzkonform sein, für die Bürgerinnen und Bürger Rechtssicherheit und Glaubwürdigkeit gewährleisten und in erster Linie den Bürgern und Bürgerinnen und nicht den privaten Unternehmen dienen.

Aus all diesen Gründen beantrage ich Ihnen, meinen Minderheitsantrag II zu unterstützen.

Marti Min Li (S, ZH): In einer repräsentativen Umfrage, die Sie sicher gelesen haben, haben 87 Prozent ausgesagt, dass sie den digitalen Pass vom Staat beziehen wollen und nicht von privaten Firmen. Nun sagen die E-ID-Befürworterinnen und -Befürworter, es sei ja kein Pass, sondern lediglich ein Login. Natürlich wird man mit der E-ID, mindestens in der Gegenwart, nicht sofort reisen können, aber man wird sich damit ausweisen können. Die Identität wird damit bestätigt, auch mit hohen Sicherheitsanforderungen. Es ist eben mehr als ein simples Login. Denn wäre es nur ein simples Login, müssten sich vor allem die Liberalen fragen: Braucht es dann für ein simples Login überhaupt ein Gesetz? Oder könnte man das einfach so machen?

Es braucht eben dieses Gesetz, weil es hier um eine staatlich anerkannte Identität, um eine staatlich anerkannte E-ID geht. Es geht um das Vertrauen, das dieses staatliche Gütesiegel geben soll. Weil es nicht so einfach ist, dieses Vertrauen zu schaffen, weil eben die Bevölkerung skeptisch ist, hat sich der Ständerat die Mühe genommen, die Bedenken und Kritiken ernst zu nehmen und Lösungen zu suchen. Das zeigt sich unter anderem in der Schaffung der Eidcom, über die wir nachher reden, und es zeigt sich in schärferen Datenschutzregelungen, indem in Artikel 10 wenigstens die Möglichkeit geschaffen werden soll, dass der Staat im Sinne einer Auffanglösung eine eigene E-ID herausgeben kann oder sich gemäss Absatz 3 an bestehenden E-ID-Lösungen beteiligen könnte. Dies ist schon allein als Auffanglösung sinnvoll. Es verpflichtet zu nichts, hält aber alle Optionen offen, auch für einen Worst Case.

Die Kommissionsberatung war indes ziemlich ernüchternd. Die Mehrheit hat sämtliche Anträge abgelehnt und war zu keinem Kompromiss bereit. Wenn ich die Resultate der Umfrage anschau und auch sehe, dass in der Bevölkerung die Skepsis gegenüber digitalem Datenmissbrauch steigt, würde ich nicht ausschliessen, dass das angedrohte Referendum auch erfolgreich sein könnte.

Die SP-Fraktion ist eigentlich immer noch grundsätzlich der Meinung, dass die Herausgabe einer E-ID eine hoheitliche Aufgabe ist, also eine Aufgabe, die im Interesse des Gemeinwohls liegt. Wir sind aber auch der Meinung, dass der Ständerat die Vorlage substanziell verbessert hat.

Wir möchten hier den Antrag der Minderheit II (Arslan) unterstützen, weil damit die Möglichkeit geschaffen wird, dass die Konsumenten und Konsumentinnen eine Auswahl haben, also eine Wahl treffen können. Wir werden aber, sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, den Beschluss des Ständerates unterstützen. Das ist für uns sowohl bei Absatz 1 wie auch bei Absatz 3 die absolute Minimalvariante.

Ich habe selbst noch einen Minderheitsantrag eingereicht, um eine Brücke zu bauen und zu sagen, diese staatliche Lösung soll es nur geben, wenn es wirklich ein Monopol durch einen Privaten gibt. Das ist eine Situation, die nicht ganz unrealistisch ist. Ich habe aber gemerkt, dass eine Mehrheit nicht auf diesen Kompromiss eingehen will. Da eine Brücke nicht viel Sinn macht, wenn man alleine darauf steht, ziehe ich meinen Minderheitsantrag zurück.



Mazzone Lisa (G, GE): Pour le groupe des Verts, le présent projet est essentiel pour avoir une identité électronique qui garantit à la population une identification sur Internet certifiée par l'Etat. Elle permet ainsi à une entité privée ou publique d'avoir la confirmation que l'identité d'une personne est certifiée en ligne. Cela lui permet de délivrer certaines prestations pour lesquelles la confirmation de l'identité du demandeur est pour l'instant tributaire d'un contact physique, notamment au guichet – on pense à l'acquisition d'une carte SIM, à l'ouverture d'un compte en banque, etc.

Par contre, pour les Verts, délivrer une identité devrait être une tâche régalienne. C'est une condition pour créer cette confiance particulière, en ce qui concerne cette identification particulière, qui est celle de l'identification électronique. C'est d'ailleurs ce qui la distingue des autres identifications que l'on connaît déjà et qui fleurissent sur la toile. Pour nous, il serait impensable d'aller chercher des passeports chez Google ou chez UBS, et il me semble que ce n'est pas ce qu'attendent les consommatrices et les consommateurs. C'est à l'Etat non seulement d'octroyer, mais aussi d'administrer les preuves sensibles de l'identité électronique. Cela devrait valoir pour les identités électroniques comme cela vaut pour les passeports.

Nous avons perdu sur ce point, mais, à défaut, il nous semble essentiel de pouvoir au moins permettre aux consommatrices et aux consommateurs de choisir un service public, de choisir cette identification fournie par l'administration, s'ils ne souhaitent pas que leurs données sensibles soient administrées par des acteurs privés, et ceci pas uniquement, comme c'est prévu dans le projet de loi, si aucune autre entreprise privée ne propose un service avec un niveau de garantie substantiel ou élevé.

C'est pour cela que le groupe des Verts suivra la minorité II (Arslan), qui voudrait que l'Etat mette à disposition une solution de ce type, afin que les consommatrices et les consommateurs se voient offrir un service de qualité avec une

AB 2019 N 1411 / BO 2019 N 1411

protection des données élevée et, surtout, un service dans lequel ils puissent avoir toute confiance.

Enfin, le groupe des Verts suivra également la minorité Marti Min Li qui voudrait empêcher une trop grande concentration par la désignation d'un seul fournisseur d'identité.

Glättli Balthasar (G, ZH): Wir haben jetzt gehört, was sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land eigentlich vorstellen, wenn sie von einer elektronischen Identität sprechen. Sie seien ganz klar der Meinung, dass es eine staatliche elektronische Identität sein müsse.

Man kann, wenn man für die Minderheit II (Arslan) argumentiert, aber auch dorthin schauen, wo die elektronische Identität wirklich Erfolg gehabt hat. Wo hat im Alltagseinsatz die elektronische Identität wirklich die Grundlage gelegt für eine Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens, der Beziehungen unter Wirtschaftssubjekten, unter Privaten und zum Staat? In Estland. Es ist kein Zufall, dass Estland nicht irgendeinen Pseudomarkt von Identitäten gemacht hat, sondern dass es das eben genau als staatliches Rückgrat für eine Digitalisierung geregelt hat, bei der die Privaten unheimlich viele andere Möglichkeiten haben, sich einzubringen. Es war gewissermassen der Startschuss für das Erfolgsmodell Estland, dass man gesagt hat, im Kern gehört eine staatliche elektronische Identität als Grundlage von Rechtsbeziehungen im Internet dazu.

Geben Sie sich einen Schub! Am Schluss haben wir in diesem Rat, hoffe ich, ein gemeinsames Ziel: die Digitalisierung in der Schweiz einen Schritt vorwärtszubringen und das Vertrauen der Menschen in der Schweiz in die Digitalisierung einen Schritt vorwärtszubringen. Wenn wir das erreichen wollen, dann müssen wir das Vertrauen auch dort sicherstellen, wo es um den Kernbereich der Identifizierung geht. Das heisst: Antrag der Minderheit II; das heisst: eine staatliche E-ID.

Es wurde jetzt immer wieder gesagt, es sei gar nicht so schlimm, es gehe nur um die Konkurrenz zwischen Google, Facebook oder unserem lieben Konsortium. Wenn es wirklich nur um ein Login geht, dann können wir uns diese Gesetzgebung auch sparen. Nur für eine Marketingaktion von ein paar staatlichen, halbstaatlichen oder nicht mehr ganz staatlichen Konzernen und Banken brauchen wir kein Gesetz.

Merlini Giovanni (RL, TI): Bei Artikel 10 Absatz 1 bittet Sie unsere Fraktion, der Mehrheit zu folgen und somit an der Fassung des Nationalrates und des Bundesrates festzuhalten. Demnach kann der Bund für den Fall, dass kein Identity Provider für die Ausstellung von E-ID der Sicherheitsniveaus "substanziell" oder "hoch" anerkannt ist, eine Verwaltungseinheit damit beauftragen, ein E-ID-System für diese Sicherheitsniveaus zu betreiben und E-ID auszustellen. Es geht dabei eben um eine subsidiäre Zuständigkeit des Bundes.

Im Gegensatz dazu will nun der Ständerat dem Bundesrat die Möglichkeit einräumen, eine parallele und bedingungslose Aufgabe betreffend die Betreibung eines E-ID-Systems und die Ausstellung einer E-ID an eine Verwaltungseinheit zu delegieren. Die vom Bundesrat gewollte und vom Nationalrat bestätigte Aufgabenteilung



würde somit aufgegeben. Wir erachten es als vorteilhaft, dass Private die Systeme entwickeln und Identity Provider werden können und das Fedpol hoheitliche Aufgaben im Zusammenhang mit den Personenidentifikationsdaten wahrnimmt. Es ist aus unserer Sicht höchst unerwünscht, dass der Bund in diese Rolle schlüpft und die Privaten, die bessere Lösungen anbieten können, konkurrenziert. In anderen Ländern hat die Erfahrung übrigens gezeigt, dass rein staatliche Lösungen nicht optimal und nur wenig erfolgreich sind, weil sie von der Wirtschaft einfach nicht genutzt werden. Staatliche Identifizierungsmittel sind nämlich oft nicht genügend flexibel und können sich nicht so schnell auf die sich ändernden Bedürfnisse und die neuen Technologien einstellen oder darauf reagieren. Letztlich hat uns der Staat in der Vergangenheit mit der Handhabung von IT-Systementwicklungen nicht überzeugen können, und seine Fehlleistungen haben den Steuerzahler auch ziemlich viel Geld gekostet.

Folgen Sie deswegen bitte der Mehrheit.

Marti Min Li (S, ZH): Sie haben vorhin gesagt, die Erfahrung habe gezeigt, dass rein staatliche Lösungen im Ausland nicht erfolgreich gewesen seien. Können Sie mir sagen, wo die Minderheitsanträge Arslan und Bregy eine private Lösung ausschliessen?

Merlini Giovanni (RL, TI): Nein, ich habe nicht behauptet, dass die Anträge private Lösungen verbieten möchten. Ich habe nur gesagt, dass diese Anträge einfach das Subsidiaritätsprinzip ausschalten – und das klappt eben nicht.

Flach Beat (GL, AG): Wir stecken mitten in der Digitalisierung und sprechen genau über den Knackpunkt, wie wir das umsetzen wollen. Wir befinden uns hier eigentlich im Kernbereich dessen, was die zukünftige elektronische Identität ausmacht. Es gibt auch einige Missverständnisse, die wir ausräumen sollten. Es wurde vorhin ausgeführt, dass bei einer Umfrage 87 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Meinung gewesen seien, dass eine E-ID vom Staat ausgestellt werden solle. Von Herrn Kollege Glättli wurde auch ausgeführt, wie Estland das macht und welches Ausmass dadurch die Durchdringung hat. Ich glaube, es ist an beidem etwas dran, aber es entspricht beides nicht ganz der Wahrheit oder der Realität.

Man kann den Menschen in unserem Land erklären, wie wir diese E-ID machen wollen, und ihnen aufzeigen, dass es nämlich der Staat ist, der den Giftschränk, in welchem die persönlichen Daten der Leute enthalten sind, unter Aufsicht hat und der kontrolliert, wer Zugriff auf diese Daten im Giftschränk hat. Das System, das wir hier gewählt haben, besteht nämlich aus einem privaten E-ID-Anbieter, der die Schnittstelle zur Nutzung der persönlichen digitalen Identität im Internet bildet und durch den Staat bzw. das EJPD zertifiziert und geprüft wird. Man hat keinen direkten Zugriff auf die Datenbank und Ähnliches. Nicht ein Privater stellt quasi den Pass aus, beschriftet diesen und kann prüfen, wo dieser überall eingesetzt wird. Wir haben das datenschutzrechtlich wirklich aufgetrennt und verfügen über ein System, das in sich den höchstmöglichen Schutz bietet. Das kann man den Leuten im Land erklären und aufzeigen, dass wir die Digitalisierung hier wirklich so verstanden haben, wie es Sinn macht und wie sie auch in Zukunft umgesetzt werden kann.

In Estland ist es so, dass es quasi eine Zwangs-ID digitaler Art gibt und dass die auch einige Fehler hat. In den ersten Jahren hatte diese E-ID sogar systematische Fehler, und das kommt wahrscheinlich zu einem grossen Teil daher, dass es eben der Staat war, der das gemacht hat. Übergeben wir die E-ID dem Staat und soll er sie machen, müssen wir wahrscheinlich den Vollzug an eine Unternehmung vergeben, eine öffentliche Ausschreibung machen und allenfalls dann in ein paar Jahren wieder eine neue Ausschreibung machen und eine neue Unternehmung beauftragen – Billag lässt grüssen.

Ich glaube nicht, dass das Sinn macht, und darum bitte ich Sie namens der grünliberalen Fraktion, hier jetzt dem Ständerat zu folgen, der einen pragmatischen Weg gewählt hat, indem er sagt, der Bundesrat kann eine Verwaltungseinheit damit beauftragen, ein E-ID-System zu betreiben, oder auch – in Artikel 10 Absatz 3 –, dass sich der Bund allenfalls an einer Unternehmung beteiligen kann. Dies ist immer subsidiär gemeint, für den Fall, dass das System und der Markt nicht funktionieren.

Ich bitte Sie deshalb, hier dem Ständerat zu folgen und einen pragmatischen Weg zu wählen, um die E-ID einzuführen, damit wir hier die Digitalisierung wirklich vorantreiben können.

Glättli Balthasar (G, ZH): Herr Flach, ich fühle mich durch Ihre Intervention etwas angesprochen. (*Zwischenruf Flach: Hoffentlich!*) Finden Sie nicht auch, dass ein Anbieter, der es bereits dann, wenn es darum geht, seine allgemeinen Geschäftsbedingungen zu ändern, fertigbringt, ein Skandälchen zu produzieren oder zumindest das Vertrauen in seine getreue Geschäftsführung infrage zu stellen, nicht das richtige Modell ist, nach dem wir uns richten müssen?



Flach Beat (GL, AG): Herr Glättli, ich glaube, das ist ein Punkt, über den man diskutieren kann. Ich hatte mal einen

AB 2019 N 1412 / BO 2019 N 1412

Vorstoss (14.440) eingereicht, um dafür zu sorgen, dass das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) bei AGB auch für Verträge unter Unternehmen, auch unter KMU, gilt. Das wurde hier dann leider abgelehnt. Aber an diesem System kann man arbeiten. Man kann das weiter betreiben. Wir haben heute auch die Situation, dass wir alle mit der EC-Karte bezahlen. Es gibt ein System, das funktioniert. Wenn Sie sich über die AGB dieser Unternehmung ärgern, dann helfen Sie mir, beim UWG Nägel mit Köpfen zu machen.

Guhl Bernhard (BD, AG): Herr Beat Flach hat das vorhin gut gesagt: Der Staat soll nur etwas machen, wenn die Privaten nicht in der Lage sind, es zu machen. Unter diesem Aspekt komme ich aber zum Schluss, dass man die Mehrheit unterstützen muss, denn da ist explizit erwähnt: Falls kein E-ID-Provider für die Ausstellung von E-ID der Sicherheitsniveaus "substanziell" oder "hoch" anerkannt ist, kann der Bundesrat eine Verwaltungseinheit damit beauftragen. Wenn Sie also dieser Argumentation folgen, müssen Sie mit der Mehrheit stimmen.

Ich bin auch dezidiert der Meinung, dass der Bund nicht alles selber machen muss. Er druckt ja heute auch die Identitätskarten nicht selbst, sondern vergibt das extern. Ebenso ist es bei der E-ID; die kann man extern ausstellen. Wie auch mein Vorredner Beat Flach gesagt hat: Die wesentlichen sicherheitstechnischen Aspekte, die Herausgabe der Identität usw., bleiben beim Fedpol.

Frau Min Li Marti hat noch eine Umfrage erwähnt und gesagt, dass da eine riesige Mehrheit quasi möchte, dass das beim Staat bleibt. Nun, wenn ich einen Bericht in einer Zeitschrift mache und dort schreibe: "Es ist sehr schlecht, wenn das Private machen, es ist viel besser, wenn das der Staat macht", und dann mache ich am Schluss noch eine Online-Umfrage: "Wie würden Sie das sehen?", dann ist ganz klar, wie das Resultat herauskommt. Auf solche Umfragen würde ich also nicht sehr viel geben.

Ich bitte Sie, hier wirklich an der Version unseres Rates festzuhalten und diese Aufgabe eben quasi nur dann dem Staat zu überlassen, wenn kein Privater in der Lage ist, sie auszuführen.

Reimann Lukas (V, SG): Ich habe sehr gestaunt, dass der Ständerat aufgrund einer Referendumsdrohung gleich das ganze Konzept dieser Vorlage über Bord geworfen hat. Ich kann Ihnen sagen, ich würde das Referendum sofort unterschreiben, weil es gar keine bessere Werbemassnahme für die E-ID geben kann als ein Referendum und eine Volksabstimmung. Denn wenn es ein Ja gäbe, dann wüsste zumindest jede Schweizerin und jeder Schweizer, was eine E-ID ist, wozu sie da ist. Das wäre beste Werbung für alle.

Ich staune auch, wie jetzt viele meiner Vorredner die E-ID schlechtgeredet haben und gesagt haben, sie könnte scheitern. Das mag sein. Die Chancen dazu sind sehr gross, wir sprechen hier fast nur noch vom Scheitern. Aber wenn sie scheitert, muss man auch anschauen, warum. Es heisst nicht automatisch, dass der Staat dann sofort eine E-ID machen muss. Es könnte auch heissen, dass sich längst private Anbieter durchgesetzt haben, die ohne staatliche Zertifizierung die Identität verifizieren. Es gibt Dutzende von Start-ups und Anbietern, die das probieren. Es heisst noch lange nicht, dass der Staat das dann gleich übernehmen sollte.

Das ursprüngliche Konzept des Nationalrates sah vor, dass Private eine E-ID anbieten können – aber geprüft, kontrolliert durch den Bund. Das macht Sinn: Private bieten sie an, der Staat überprüft. Mir hat es schon zu viel Staat, mit all diesen halbstaatlichen und ganz staatlichen Firmen, die da beteiligt sind. Wenn der Staat selber ein Akteur ist, ein Konkurrenzprodukt zu jenem der privaten Anbieter macht und dann noch sich selber und die Privaten überprüft, dann schaffen Sie ungleich lange Spiesse. Dann werden die Privaten wahrscheinlich letztendlich gar keine E-ID anbieten, sondern sagen, der Staat mache das ja schon.

Das wäre schlecht, das sehen Sie insbesondere, wenn Sie schauen, was die Informatikprojekte des Bundes in der Vergangenheit für Kosten verursacht haben. Es wäre auch darum schlecht, weil Sie, wenn Sie ins Ausland schauen, sehen, dass die Lösungen in Ländern, die nur staatliche Anbieter haben, oft veraltet, zu teuer, zu langsam sind. Die privaten Firmen können viel besser, viel schneller auf die technologischen Entwicklungen reagieren.

In diesem Sinne empfehlen wir, hier bei Artikel 10 der Mehrheit zu folgen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Erlauben Sie mir jetzt, da wir in die Differenzbereinigungsrunde eintreten, noch eine grundsätzliche Bemerkung: Ich werde bei vielen Anträgen konsequent dafür votieren, dem Ständerat zu folgen, weil es darum geht, die vertrauensbildende Kraft des Staates zu stärken. Auch dort, wo Fragen aufgetreten sind und die vertrauensbildende Kraft des Staates etwas stärker gefordert wurde, haben wir in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz und mit dem Ständerat versucht, genau das zu tun, um eben jetzt relativ schnell eine Lösung zu ermöglichen. Es wäre schön, wenn die Räte das Gesetz in dieser Session



verabschieden könnten.

Das andere sind die Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten, die auch am einen oder anderen Ort aufscheinen werden. Ich werde mich auch dort entsprechend äussern und diese Anliegen unterstützen; das einfach zum Grundsätzlichen.

Hier bei diesen Anträgen ist es so: Während Ihre Kommission beantragt, am Entwurf festzuhalten, möchte die Minderheit I (Bregy) dem Ständerat folgen. Die Minderheit II (Arslan) möchte den Bundesrat zwingend beauftragen, durch eine Verwaltungseinheit ein E-ID-System zu betreiben, sie E-ID ausstellen zu lassen.

Der Ständerat schlägt auch einen neuen Artikel 10 Absatz 3 vor. Mit dieser Ergänzung sollte es für den Bund möglich sein, sich im Interesse der Benutzerinnen und Benutzer für einen bestmöglichen Zugang zu einer E-ID am Identity Provider zu beteiligen.

Sie haben bereits beim Eintreten und bei der Detailberatung intensiv über die Rolle des Staates bzw. über das Zusammenspiel zwischen Staat und Privaten bei der Ausstellung der E-ID diskutiert. Der Ständerat schlägt hier nun einen Kompromiss vor, der dem Staat mehr Handlungsspielraum einräumt, gleichzeitig aber an der grundsätzlichen Aufteilung zwischen Staat und Privaten festhält. Der Bundesrat kann mit diesem Kompromiss gut leben. Der Bundesrat würde aber auch bei einer solchen Lösung – und da könnte ich Herrn Nationalrat Reimann beruhigen – nicht ohne Not ein staatliches System etablieren; Sie haben die Gründe ja auch erwähnt. Er hat aber einen grösseren Spielraum, um den Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Im Sinne der Differenzbereinigung bitte ich Sie deshalb, dem Ständerat zu folgen.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Zu den Anträgen bei Artikel 10: Hier geht es, wie wir bereits gehört haben, um die Rolle des Staates bei der E-ID. Die Minderheit II (Arslan) will Artikel 10 Absatz 1 dahingehend ändern, dass der Bund zwingend eine Verwaltungseinheit damit beauftragt, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen. Dies sei eine Kernaufgabe des Staates. Die Mehrheit will im Grundsatz an der Aufgabenteilung nichts ändern. Private könnten bessere und schnellere Lösungen anbieten als der Staat, der immer noch für die Kontrolle und Sicherheit der E-ID zuständig sei. Der von der Minderheit aufgenommene Antrag wurde mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Die Minderheit I (Bregy) will dem Ständerat folgen: Der Bund kann eine Verwaltungseinheit beauftragen, ein E-ID-System zu betreiben und E-ID auszustellen. Die Minderheit I erachtet diese Lockerung der Voraussetzungen, unter denen der Bund ein E-ID-System aufstellen kann, auch als Massnahme, Vertrauen zu schaffen. Wenn irgendetwas nicht funktioniert, könne der Staat subsidiär eingreifen. Die Mehrheit findet, diese Änderung sei unnötig. Der entsprechende Antrag wurde mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Die Mehrheit der Kommission hält an der Fassung des Bundesrates fest. Auch da wird eine staatliche Aktivität nicht ganz ausgeschlossen, dies aber nur in dem Fall, wo wirklich kein privater Identity Provider gefunden werden kann, der

AB 2019 N 1413 / BO 2019 N 1413

sämtliche Bedingungen erfüllt. Für die Mehrheit der Kommission ist diese Regelung ausreichend.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Zu Artikel 10 Absatz 1bis muss ich mich nicht mehr äussern, der Antrag wurde zurückgezogen.

Zu Artikel 10 Absatz 3: Hier geht es einmal mehr darum, der marktbeherrschenden Stellung eines E-ID-Anbieters vorzubeugen. Die Minderheit möchte gemäss Ständerat, dass diese Auffangbestimmung zum Zug kommt, wenn Swiss Sign zu einer marktbeherrschenden Stellung kommt. Die Mehrheit erachtet die Regelung als überflüssig, da der Bund bereits über Swisscom, Post und SBB am grossen Konsortium beteiligt ist. Der von der Minderheit aufgenommene Antrag wurde mit 17 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Aujourd'hui, comme pendant les premiers débats en mars de cette année, trois conceptions du rôle de l'Etat dans l'établissement de l'e-ID s'opposent, en particulier en ce qui concerne le périmètre qui doit être donné à l'Etat en la matière.

La première conception, celle qui ressort du projet du Conseil fédéral et qui est celle de la majorité de la commission, vise à permettre au Conseil fédéral de charger une unité administrative de gérer un système e-ID seulement si aucun fournisseur privé n'a obtenu la reconnaissance avec les garanties nécessaires pour des e-ID de niveau substantiel ou élevé. C'est bien évidemment la solution la plus libérale, celle aussi qui donne le plus de subsidiarité à l'intervention de l'Etat.

Vous l'avez entendu, la minorité I (Bregy) reprend la solution du Conseil des Etats, qui laisse aussi un caractère subsidiaire à l'intervention de l'Etat, mais qui enlève la condition d'absence de reconnaissance, et qui, finalement, donne une compétence relativement discrétionnaire au Conseil fédéral pour créer son propre système



e-ID. L'argument est de dire que la confiance des citoyens sera mieux préservée si l'Etat, plutôt que le privé, le fait.

Enfin, il y a la troisième variante, celle de la minorité II (Arslan). Nous en avons déjà beaucoup débattu au mois de mars dernier, et, dans cette proposition, la formulation n'est plus potestative, mais impérative: le Conseil fédéral est chargé de créer une unité gérant un système e-ID et établissant des e-ID. Cela part du principe qu'il s'agit, de l'avis de Madame Arslan, d'une tâche de l'Etat. C'est la solution la moins libérale.

Pour la commission, je ne vais pas reprendre ce que les porte-parole des groupes ont dit. L'opposition a été parfaitement claire. La majorité de la commission privilégie aujourd'hui le libéralisme, la capacité de nos entreprises de développer des solutions techniquement acceptables, à des coûts vraisemblablement inférieurs, et aussi d'entretenir ces systèmes, puisqu'en matière électronique, on sait à quelle vitesse les choses évoluent. Favoriser l'économie privée et laisser à l'Etat un rôle très subsidiaire, permet – toujours de l'avis de la majorité – d'en rester à quelque chose de souple – et ceci, d'ailleurs, sans même discuter de la capacité de l'administration de développer elle-même son propre système sans recourir à des privés.

La commission a dès lors décidé dans un premier vote, par 18 voix contre 7, de rejeter la proposition défendue par la minorité II (Arslan) au profit de la version du Conseil des Etats, qui est actuellement défendue par la minorité I (Bregy), puis, dans un deuxième vote, par 14 voix contre 11, d'en rester à la version initiale, celle du Conseil fédéral, et de rejeter la version du Conseil des Etats.

En ce qui concerne la proposition de la minorité Marti Min Lin à l'alinéa 1bis, il n'y a plus rien à en dire, son auteure l'ayant retirée.

A l'alinéa 3, le Conseil des Etats a essayé de ménager une fois de plus la chèvre et le chou en permettant expressément à la Confédération de prendre des participations dans des entreprises spécialisées dans l'établissement de l'e-ID. La commission, par 17 voix contre 8, vous propose d'en rester à notre décision et de ne pas accepter l'ajout de cet alinéa, notamment au motif que l'Etat a déjà des participations importantes dans les entreprises qui sont susceptibles de participer à la création de l'e-ID, que cela soit Swisscom, les CFF ou d'autres entités.

Abs. 1 – Al. 1

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19229)

Für den Antrag der Minderheit I ... 130 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 52 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19230)

Für den Antrag der Mehrheit ... 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 90 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1bis – Al. 1bis

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): La proposta della minoranza Marti Min Li è stata ritirata.

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19232)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 12

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 2

Festhalten





Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Flach, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Guhl, Marti Min Li, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Festhalten

Abs. 3

Wird für eine Informatikanwendung im Sinne von Artikel 2 Buchstabe b eine Identifizierung des Sicherheitsniveaus niedrig angewendet, muss für diese Anwendung auch ein Zugang ohne E-ID möglich sein. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen.

Antrag der Minderheit II

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 12

Proposition de la majorité

Al. 1, 2

Maintenir

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Flach, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Guhl, Marti Min Li, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Maintenir

Al. 3

Si une identification d'un niveau de garantie faible est utilisée pour une application informatique au sens de l'article 2 lettre b, l'accès à l'application doit également être possible sans e-ID. Le Conseil fédéral peut prévoir des exceptions.

AB 2019 N 1414 / BO 2019 N 1414

Proposition de la minorité II

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Flach Beat (GL, AG): Wir sind jetzt hier im 3. Abschnitt, und hier geht es um die Pflichten, Obliegenheiten und allenfalls auch um die Sorgfaltspflichten derjenigen, die eine E-ID haben und sie benutzen.

Meine Minderheit I will Artikel 12 Absatz 1 streichen, in dem steht, dass eine E-ID persönlich ist und Dritten nicht überlassen werden darf. Absatz 2 will ich stehenlassen. Dort wird festgehalten, dass die Inhaberin oder der Inhaber einer E-ID die nach den Umständen notwendigen und zumutbaren Massnahmen zu treffen hat, damit die E-ID nicht missbräuchlich verwendet wird. Das heisst, ich will, dass die Sorgfaltspflichten eingehalten werden; es kann nicht sein, dass man einfach quasi schludrig mit der E-ID umgeht, sondern es ist selbstverständlich so, dass ich als Inhaber die Sorgfaltspflichten einzuhalten und die Zugänge usw. zu kontrollieren und zu schützen habe. Aber die Postulierung des Nicht-überlassen-Dürfens der E-ID in Absatz 1 hat entweder die Folge, dass ich mich im persönlichen Bereich, in der Familie beispielsweise, strafbar mache, wenn ich meine E-ID meiner Ehefrau anvertraue, um irgendeine Besorgung oder irgendein Geschäft zu erledigen, oder aber, dass es toter Buchstabe ist. Auf jeden Fall macht Absatz 1 keinen Sinn, Absatz 2 jedoch schon, indem eben dort konstatiert wird, dass die Pflicht zur Sorgfalt betreffend die Herausgabe oder den Schutz der E-ID selbstverständlich beim Nutzer liegt und ich als Nutzer entsprechend natürlich auch schadenersatzpflichtig werde,



wenn ich, was weiss ich, die E-ID quasi herumliegen lasse und einfach Dritten zugänglich mache, die damit Schindluder treiben oder aber in meinem Namen Handlungen vollziehen, die ich gar nicht autorisiert habe. Die Minderheit I ist auf dieser Fahne auch noch bei Absatz 3 aufgeführt. Dort wird aber – ich habe darum gebeten – eine separate Abstimmung durchgeführt, weil Absatz 3 keinen Bezug auf die Sorgfaltspflichten nimmt. Dort geht es darum, dass die Anbieter für den Fall, dass für Informatikanwendungen nach Artikel 2 Buchstabe b eine Identifizierung des Sicherheitsniveaus "niedrig" angewendet wird, die Verpflichtung haben, diese Anwendungen auch ohne E-ID zugänglich zu machen. Es ist wichtig, dass wir das hier einbauen, dass wir für die niedrigste Sicherheitsstufe bei der Benutzung der E-ID diese Verpflichtung einführen, damit wir Menschen, die vielleicht die Digitalisierung nicht so faszinierend finden wie ich, auch die Möglichkeit geben, die entsprechenden Dienstleistungen zu nutzen, halt eben mit einem Brief oder auf eine andere Art und Weise. Das können die Anbieter dann selbst bestimmen. Es schränkt nicht ein, solche Möglichkeiten gibt es wahrscheinlich sowieso. Mir ist kein Fall bekannt, in dem das auf der wie gesagt tiefsten Stufe der Nutzung der E-ID nicht möglich sein sollte.

Ich bitte Sie deshalb, diesen beiden Minderheiten in den zwei Abstimmungen zuzustimmen.

Arslan Sibel (G, BS): Ich bin froh, dass der Ständerat Klarheit geschaffen hat und sagt, dass man diesen Artikel gänzlich streichen sollte. Um was geht es in diesem Artikel? Der Artikel sagt, dass eine E-ID persönlich ist und Dritten nicht überlassen werden darf. Der Inhaber oder die Inhaberin einer E-ID hat die nach den Umständen notwendigen und zumutbaren Massnahmen zu treffen, damit die E-ID nicht missbräuchlich verwendet wird.

Es geht hier um die Sorgfaltspflichten der Inhaberinnen und Inhaber. Mit diesem Artikel würden wir deren Pflichten in unzumutbarer Weise erweitern. Der schwächere Vertragspartner wäre aufgrund seines mangelnden Wissens oder der fehlenden Erfahrung weniger geschützt. Es ist nicht notwendig, dass wir den Benutzern und Benutzerinnen weitere Pflichten auferlegen. Es wäre deshalb wichtig, dass wir festhalten, dass die Haftungsbestimmungen gemäss Artikel 28 mit dem Verweis auf das Obligationenrecht ausreichend sind.

Wir alle wissen sehr genau, dass eine E-ID nicht Dritten überlassen werden darf. Es ist gleich wie in anderen Bereichen. Wir haben in der Debatte zum Gesetzentwurf gesagt und haben es auch klar gehört, dass es sinngemäss in anderen Gesetzen auch so gemacht wird: mit einem Verweis auf das OR. Es ist wichtig, dass wir nicht Wiederholungen und Konkretisierungen ins Gesetz schreiben. Es erübrigt sich. Mir ist nicht klar, warum wir gerade im vorliegenden Gesetz eine Konkretisierung vornehmen sollten. Das OR sagt nämlich klar, dass man solche Sachen nicht anderen Personen überlassen darf und dass die Sorgfaltspflichten erfüllt werden müssen.

Es wäre völlig verfehlt, die Konsumentinnen und Konsumenten viel strenger zu beurteilen als die E-ID-Aussteller oder -Betreiber, denn Letztere haben einen Wissens- und Erfahrungsvorsprung, sie sind stärker, und sie haben auch mehr Support mit diesem Gesetz, wenn wir diesen Artikel so drinlassen. Fragen Sie einen Experten in diesem Bereich, fragen Sie zum Beispiel den Datenschutzbeauftragten, was er von diesem Artikel hält. Es ist wichtig, dass wir an unseren Grundsätzen im OR festhalten. Detaillierungen zu diesem Artikel können in der Verordnung niedergeschrieben werden. Das können wir diesem Artikel auch entnehmen, wenn wir Absatz 3 anschauen. Ein Gesetz sollte so schlank wie möglich sein.

Deshalb bitte ich Sie, meinem Minderheitsantrag und schliesslich auch dem Ständerat zu folgen und diesen Artikel ganz zu streichen.

Mazzone Lisa (G, GE): Nous sommes à l'article 12, dans lequel il s'agit d'inscrire le devoir de diligence pour les consommatrices et les consommateurs.

Le groupe des Verts soutient la proposition de la minorité II (Arslan), qui reprend la position du Conseil des Etats, à savoir de biffer entièrement cet article. A défaut, nous soutiendrons la proposition de la minorité I (Flach), qui ne vise à biffer que le premier alinéa.

Pourquoi défendons-nous cette position? Il s'agit d'une question de protection des consommatrices et des consommateurs. Alors qu'avec une carte d'identité ou un passeport il n'existe pas de devoir de diligence particulier pour les citoyennes et les citoyens – il n'y a par exemple pas de poursuites si on perd ses papiers d'identité –, on voudrait ajouter à cet article un devoir de diligence supplémentaire qui incomberait aux consommatrices et aux consommateurs. Il s'agirait donc d'un devoir auquel les citoyennes et les citoyens seraient soumis. Le message évoque notamment parmi les mesures à prendre celle d'installer un antivirus sur son smartphone. Ce serait une mesure disproportionnée, qui pourrait aussi s'avérer inutile face à des personnes particulièrement malintentionnées.

Pour cette raison, nous vous invitons à soutenir la proposition de la minorité II (Arslan) et, à défaut, la proposition de la minorité I (Flach).



Glättli Balthasar (G, ZH): In aller Kürze: Es geht nicht darum, die Ansprüche, die man gemäss OR an alle Personen stellen muss, hier infrage zu stellen, sondern zu sagen, dass es kein Spezialgesetz braucht. Entsprechend empfehle ich Ihnen, der Minderheit II (Arslan) zu folgen. Natürlich darf man seine ID nicht irgendjemandem überlassen, aber das muss nicht speziell in diesem Gesetz geregelt werden, das ist sowieso klar. Es kann zudem nicht sein, dass diese berühmten privaten Anbieter, die sich jetzt durchzusetzen scheinen, quasi einen Teil des Risikos am Schluss auf die Anwenderinnen und Anwender abwälzen können. Ich denke, wir müssen darauf verzichten, einerseits im Sinne der Legistik – nach der man Gesetzesbestimmungen korrekterweise nicht wiederholt, sondern in diesem Fall das OR einfach gilt – und andererseits in dem Sinne, dass wir eben ganz bewusst auch keine Sonderregelung schaffen oder Sonderanforderungen stellen.

Merlini Giovanni (RL, TI): Bei Artikel 12 Absätze 1 und 2 beantragen wir Ihnen ebenfalls, an der Fassung des Nationalrates festzuhalten, und wir beantragen, Absatz 3 zu streichen.

Die Absätze 1 und 2 verbiefen wichtige, ja elementare Sorgfaltspflichten, die jeder Inhaber einer E-ID zu beachten hat. Eine E-ID ist nämlich persönlich und darf Dritten nicht

AB 2019 N 1415 / BO 2019 N 1415

überlassen werden. Die Inhaber einer E-ID haben die nach den Umständen notwendigen und zumutbaren Massnahmen zu treffen, damit die E-ID nicht missbräuchlich verwendet werden kann. Diese Sorgfaltspflichten muss man verantwortungsbewussten Individuen auch zumuten können, liegen sie doch in deren ureigenem Interesse. Jeder hat ein grosses Interesse daran, dass seine E-ID nicht an Dritte weitergegeben wird und nicht Dritte mit deliktischen Absichten unter seinem Namen einkaufen und sonstige Geschäfte tätigen können. Auf die Delegationsnorm zugunsten des Bundesrates kann jedoch verzichtet werden, da sie sich bei einem Referendum als ein Stolperstein erweisen könnte, wenn man nicht von vornherein weiss, wie und mit welcher Strenge der Bundesrat die Sorgfaltspflichten der Inhaber einer E-ID in der Verordnung regeln wird. Ich bitte Sie also, auch hier die Mehrheit zu unterstützen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Es wurde ausgeführt, der Ständerat möchte Artikel 12 streichen. Das würde allerdings nicht bedeuten, wie das auch ausgeführt wurde, dass keine Sorgfaltspflichten für die Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID bestehen würden. Wenn jemand einen Schaden verursacht, weil er nicht die nötige Sorgfalt angewendet hat, muss er grundsätzlich auch dafür haften.

Die Minderheit I (Flach) möchte im Gesetz neu explizit festhalten, dass bei Internetangeboten, bei denen eine E-ID des Sicherheitsniveaus "niedrig" zum Einsatz kommt, der Bezug einer Dienstleistung auch ohne Einsatz einer E-ID möglich sein muss. Diese neue Version von Artikel 12 Absatz 3 würde die Delegationsnorm an den Bundesrat ersetzen, welche vorsieht, die Sorgfaltspflichten seien auf Verordnungsstufe zu konkretisieren. Hier muss man vielleicht erwähnen, dass diese Forderung der Minderheit I mit den Sorgfaltspflichten eigentlich nichts zu tun hat. Ich komme nochmals darauf zurück.

Zuerst aber zu den Sorgfaltspflichten: Der Artikel zu den Rechten und Pflichten der Inhaber hat primär einen deklaratorischen Charakter und sorgt für Transparenz. Worum geht es hier? Die Nutzerinnen und Nutzer einer E-ID haften für Schäden, die sie mit der E-ID anrichten. Anwendbar ist hier – auch das wurde von den Fraktionssprechern ausgeführt – das Obligationenrecht. Darauf weist Artikel 28 ausdrücklich hin. Zum Tragen kommt die Verschuldenshaftung, das heisst, haftbar wird nur, wer in Verletzung von Sorgfaltspflichten Schaden verursacht.

Ich habe es bereits erwähnt: Wenn Sie Artikel 12 streichen, bleiben die Sorgfaltspflichten gemäss OR grundsätzlich bestehen. Hingegen könnte bei einem allfälligen Schaden die Widerrechtlichkeit als Voraussetzung für die Haftung fehlen. Auch hier wäre ein Kompromiss zwischen Ständerat und Nationalrat denkbar. Konkret könnte man Absatz 1 und Absatz 3 streichen, d. h., man würde darauf verzichten, im Gesetz explizit festzuhalten, dass die E-ID nicht Dritten überlassen werden darf. Und man könnte auch auf die Delegationsnorm an den Bundesrat verzichten, wonach dieser die Sorgfaltspflichten der Inhaber einer E-ID regeln soll. Wie gesagt: Das OR regelt die Sorgfaltspflichten bereits heute.

Hingegen könnte man Absatz 2 stehenlassen. Dieser umschreibt die Sorgfaltspflichten in abstrakter Weise. Konkret geht es also darum, dass die Inhaber einer E-ID alles Notwendige und Zumutbare unternehmen müssen, damit die E-ID nicht missbraucht werden kann. Dieser Absatz schafft Klarheit, bringt aber keine neuen Pflichten.

Nun komme ich zurück zum Antrag für einen neuformulierten Absatz 3, wie ihn die Minderheit I beantragt. Ich möchte das ausdrücklich unterstützen. Die Platzierung dieser Forderung im Gesetz ist vielleicht etwas verwirrend, weil sie – wie erwähnt – mit der Sorgfaltspflicht eigentlich nichts zu tun hat. Doch weil die Forderung



erst relativ spät aufgetaucht ist, musste man eine geeignete Stelle im Gesetz finden, in die man sie überhaupt noch einfügen konnte.

Zum Kern der Forderung: Hier geht es darum, dass die Konsumentinnen und Konsumenten bei einfachen Anwendungen eine Alternative zur E-ID haben sollen. Es geht hier typischerweise um Online-Shopping. In den Diskussionen rund um die E-ID taucht ja immer wieder die Angst auf, dass man eine lange Datenspur hinterlassen könnte, wenn man überall die E-ID verwendet. Und auch wenn das Gesetz entsprechende und gute Sicherungen enthält, kann ich nachvollziehen, dass hier bei Einzelnen ein ungutes Gefühl entstehen kann. Stellt man sicher, dass Konsumentinnen und Konsumenten bei solch alltäglichen Anwendungen, bei denen eine E-ID auf tiefer Sicherheitsstufe zum Einsatz käme, ein alternatives Login wählen können, wäre das eine vertrauenssteigernde Massnahme. Es wäre vermutlich auch kundenfreundlicher. Ohnehin ist davon auszugehen, dass die meisten Unternehmen eine Wahlmöglichkeit bieten. Schon heute ist es ja möglich, als Gast oder als registrierte Kundin ein Geschäft abzuwickeln; heute gibt es oft schon zwei Kanäle.

Ich versuche, das Gesagte etwas übersichtlicher zusammenzufassen: Im Sinne eines Kompromisses bitte ich Sie, der Minderheit I (Flach) zu folgen, also Absatz 1 zu streichen, Absatz 2 stehenzulassen und bei Absatz 3 – das scheint mir wichtig – der neuen Fassung zuzustimmen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo popolare democratico e il gruppo dell'UDC sostengono le proposte della maggioranza. Il gruppo borghese democratico sostiene le proposte della minoranza I (Flach).

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 12 Absätze 1 und 2 geht es um die Sorgfaltspflichten im Umgang mit der E-ID und die daraus resultierende Haftung. Die Minderheit II (Arslan) will Artikel 12 Absätze 1 und 2 gemäss Ständerat streichen. Die Haftung sei in Artikel 28 mit Verweis auf das OR bereits ausreichend geregelt. Die Pflichten der Nutzerinnen und Nutzer würden hier erweitert. Die Kommission lehnte diesen Antrag mit 17 zu 8 Stimmen ab. Die Minderheit I (Flach) versteht ihren Antrag als Kompromiss zwischen der Fassung des Bundesrates und derjenigen des Ständerates. Sie will nur auf Absatz 1 verzichten und nicht mehr erwähnen, dass die E-ID persönlich ist und Dritten nicht überlassen werden darf. Absatz 2 könne man belassen, da es sich hier lediglich um einen Grundsatz handle, dem bereits nachgelebt werde. Es gebe so immer noch privatrechtliche Freiheiten. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 15 zu 10 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit will an der Fassung des Bundesrates festhalten. Sie ist der Meinung, dass es im ureigenen Interesse der Nutzerinnen und Nutzer einer E-ID liegt, dass diese persönlich ist und von niemandem im virtuellen Raum genutzt werden kann.

Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen zu folgen.

Zu Artikel 12 Absatz 3: Die Minderheit I (Flach) will der Angst vorbeugen, dass künftig im Internet nichts mehr bestellt werden kann, ohne dass eine Datenspur hinterlassen wird. Die Mehrheit unserer Kommission ist der Ansicht, dass ein neuer Absatz 3 gemäss Minderheit I in der Praxis nicht wirklich etwas verändert und deshalb unnötig ist. Zudem erachtet die Kommissionsmehrheit wie auch der Ständerat Absatz 3, eine Delegationsnorm an den Bundesrat, als unnötig und will ihn streichen. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 15 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Nous avons déjà discuté longuement de la question de la diligence et de la responsabilité du titulaire d'une identification électronique. Aujourd'hui, la question se pose de nouveau de savoir si, dans une loi relativement technique comme celle dont nous discutons, il convient de garder un certain nombre de dispositions peut-être un peu superfétatoires.

L'article 12 alinéa 1 rappelle en effet que l'e-ID est personnelle et qu'elle ne doit pas être laissée à la disposition de tiers. La majorité de la commission vous propose de conserver ce rappel, partant du principe que l'e-ID est quelque chose de malgré tout relativement nouveau. Les discussions que nous avons eues au sujet de la différence entre le fournisseur de l'identité et l'organe établissant le document en atteste. De même, quelle diligence faut-il exiger? Comme cela a été dit en début de débat par Madame Min Li Marti, je crois, si on envisage qu'une fois ou l'autre l'e-ID puisse

AB 2019 N 1416 / BO 2019 N 1416

aussi servir de carte d'identité, n'est-il pas bon de rappeler que, en définitive, l'e-ID est personnelle et ne doit pas être laissée à la disposition d'un tiers, comme c'est aujourd'hui le cas pour un permis de conduire ou comme cela peut être le cas d'autres autorisations administratives? La majorité de la commission estime que c'est nécessaire. Par contre, la minorité I (Flach) vous propose de biffer cet alinéa, de manière à parvenir,



peut-être, à un compromis avec le Conseil des Etats.

A l'alinéa 2, il est aussi question de principes, à savoir du principe de responsabilité et du principe rappelant ce que l'on peut exiger du titulaire d'une e-ID. Là aussi, on peut simplement renvoyer, comme le propose la minorité II (Arslan) et le Conseil des Etats, à une interprétation consistant à dire que le Code des obligations discute de la question de la responsabilité civile, qu'elle soit pour faute ou qu'elle soit contractuelle; que le Code civil parle des droits de la personnalité et de comment les préserver; et puis que la loi sur la protection des données nous donne aussi un certain nombre de pistes sur ces obligations et principes de responsabilité. En ce qui concerne l'alinéa 3, la proposition de la minorité I (Flach) prévoit que, lorsque seule une identification faible est nécessaire, il soit possible de ne pas utiliser l'e-ID, mais de continuer, par exemple, de payer avec une carte de crédit, une carte de débit, voire sur facture.

Par contre, pour le Conseil des Etats, qui n'avait vraisemblablement pas connaissance de la proposition, cette dernière est superflète.

Quant à la majorité de la commission, elle propose d'en rester à ce dont nous avons discuté au mois de mars, à savoir que le Conseil fédéral détermine, dans son ordonnance, les devoirs de diligence des titulaires d'une e-ID.

En ce qui concerne les votes au sein de la commission, la proposition défendue par la minorité I (Flach) a été rejetée par 15 voix contre 10, et celle de la minorité II (Arslan) par 17 voix contre 8.

Abs. 1, 2 – Al. 1, 2

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): Il Consiglio federale sostiene la proposta della minoranza I (Flach).

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19233)

Für den Antrag der Mehrheit ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 68 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19234)

Für den Antrag der Mehrheit ... 136 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 55 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

La présidente (Carobbio Guscetti Marina, présidente): La proposta della maggioranza e della minoranza II (Arslan) sono identiche. Il Consiglio federale sostiene la proposta della minoranza I (Flach).

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19235)

Für den Antrag der Mehrheit/Minderheit II ... 133 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 57 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 13 Abs. 1, 3

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 13 al. 1, 3***Proposition de la majorité*

Maintenir

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Arslan Sibel (G, BS): Auch bei dieser Bestimmung hat der Ständerat einen wichtigen Grundsatzentscheid gefällt, den ich vollumfänglich unterstütze. Der Ständerat möchte im Sinne der Kontrolle und Unabhängigkeit eine unabhängige eidgenössische Kommission einführen, um auch Distanz zu den Kontrollorganen zu schaffen. Details dazu finden Sie in Artikel 25 dieses Gesetzes. Schliesslich ist es ja nicht üblich, dass diejenigen, die das Ganze umsetzen, sich gegenseitig kontrollieren oder sich selber kontrollieren. Insofern ist dies eine ganz neue Regelung, die wir hier im Detail in der bisherigen Debatte im Plenum nicht diskutiert haben. Aber die entsprechenden Anpassungen in verschiedenen folgenden Artikeln scheinen uns relevant und wichtig.

Es wurde auch seitens des Konsumentenschutzes und von Personen, die gegenüber diesem Gesetz kritisch eingestellt sind, dargelegt, dass sie mit dieser Regelung gut leben können. Im Übrigen sind solche unabhängigen Kommissionen keineswegs unüblich; ich denke an die Postcom und die Elcom. Dass eine solche Kommission einen gewissen finanziellen Aufwand bewirkt, liegt auf der Hand. Aber dieser lohnt sich, wenn die Absicht besteht, die Aufsicht professionell und unabhängig zu gestalten.

Deshalb beantrage ich, dem Ständerat und seiner Idee, eine unabhängige Kommission einzusetzen, zu folgen und unserem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Mazzone Lisa (G, GE): J'approuve les propos de ma collègue Sibel Arslan au sujet de cette proposition de minorité. Je crois que ce que nous avons pu voir dans cette loi, c'est que la confiance faite aux fournisseurs d'identité électronique par le système qui a été retenu est ébranlée. Il me semble que la version du Conseil des Etats est précisément la formulation de compromis qui permet de restaurer et de garantir cette confiance, en instituant la Commission fédérale des e-ID, qui a pour tâche de surveiller les fournisseurs d'identité. Cette commission indépendante pourra assurer qu'ils ont bien rempli leurs obligations. Il s'agira donc de garantir la plus grande transparence possible et une meilleure protection des consommatrices et des consommateurs.

L'objectif est que l'offre qui sera présentée par les opérateurs soit sûre, diversifiée et, aussi, abordable en matière d'identification électronique. En fait, en décidant d'instituer la commission précitée, nous reprenons la main sur une tâche qui met en jeu des données sensibles, sur une tâche qui devrait en principe être régalienne. Nous reprenons la main sur sa surveillance. Il me semble que c'est vraiment un pont qui permettrait de restaurer la crédibilité et la confiance envers l'identité électronique.

C'est pourquoi nous soutenons cette proposition innovante du Conseil des Etats, reprise par la minorité Arslan.

Glättli Balthasar (G, ZH): Sie wissen es ja, es ist ein offenes Geheimnis: Es gibt in der Zivilgesellschaft Kräfte und Gruppen, die fähig sind, ein Referendum zu lancieren, die fähig sind, Unterschriften zu sammeln, und die, denke ich, auch fähig sein werden, eine Kampagne zu machen, und die Chancen haben, zu gewinnen.

Die Hauptauseinandersetzung in diesem Geschäft haben wir am Anfang bei Artikel 10 geführt und aus Sicht der Grünen

AB 2019 N 1417 / BO 2019 N 1417

verloren. In dem Sinn appelliere ich jetzt an Sie, die Sie gewonnen haben: Der Ständerat war sich bewusst, dass das ein heikles Dossier ist. Der Ständerat hat etwas gemacht, was relativ unüblich ist: Er hat sehr vertieft nach einer Lösung gesucht, wie er mehr Vertrauen in dieses System hineinbringen könnte. Indem er eine unabhängige Aufsichtskommission – eben die Eidcom – einsetzen will, hat er eine Lösung gefunden, die wir auch in anderen Bereichen kennen. Es geht um dieses Konzept hier.

Ich muss Ihnen sagen: Wenn Sie alle, die meinen, es brauche dieses Marktmodell – das ich nicht das richtige finde –, jetzt wirklich daran glauben, es brauche ein Modell, nach dem der Staat allenfalls gar nicht selbst eine E-ID herausgibt, und wenn Sie in diesem Abstimmungskampf bessere Karten haben wollen, dann sind Sie sehr gut beraten, jetzt dem Ständerat zuzustimmen. Ich sage das jetzt ein wenig gegen meine politischen Interessen. Ich könnte sagen: Je schwächer das Gesetz ist, desto schlechter wird es abschneiden, falls es ein Referendum gibt. Ich glaube aber, wir müssen in der Politik immer das Ziel haben, im Kleinen eine Verbesserung zu versuchen, auch wenn wir im Grossen verlieren.





In diesem Geist versuche ich Sie jetzt doch nochmals dazu anzuregen, dass Sie das überdenken und hier dem Ständerat, der da sicher nichts Radikales, sondern eben etwas sehr Bewährtes gemacht hat, und damit der Minderheit Arslan folgen.

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Wir haben in der Kommission und heute hier im Rat oftmals von Vertrauen gesprochen, von Vertrauen in ein E-ID-System, das offensichtlich in gewissen Kreisen für Verunsicherung sorgt. Wir haben heute in diesem Parlament Entscheide getroffen, die vielleicht dem Vertrauen dem ersten Anschein nach entgegenwirken. Umso wichtiger ist es nun, hier ganz klar eine unabhängige Aufsichtsbehörde einzurichten. Ich bin grundsätzlich nicht dafür bekannt, dass ich neue Behörden möchte. Aber es gibt von Zeit zu Zeit Momente, wo solche richtig und wichtig sind. Die Eidcom mit unabhängiger Anerkennungs- und Aufsichtsfunktion ist hier das einzig Richtige. Der Ständerat hat das erkannt. Der Ständerat hat erkannt, dass es bei diesem Gesetz primär um Vertrauen geht. In diesem Moment haben wir die Möglichkeit, dieses Vertrauen zu schaffen. Ob die Mehrkosten schlussendlich wirklich so sind, wie von der Verwaltung beziffert, dazu setze ich einmal ein grosses Fragezeichen. Denn schlussendlich bleibt die Aufgabe, ob beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes oder bei der Eidcom, eigentlich die gleiche.

Wir haben die Chance, hier nach all den Entscheiden, die wir heute gefällt haben, Vertrauen zu schaffen und, wie es die Bundesrätin klar zum Ausdruck gebracht hat, Differenzen aus dem Weg zu räumen und dem Gesetz schnell zum Durchbruch zu verhelfen.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Unterstützung.

Markwalder Christa (RL, BE): Zunächst gebe ich Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Meine Arbeitgeberin Zurich Versicherung ist Teil des Konsortiums Swiss Sign.

In den Artikeln 13ff. geht es um die Anbieter von Identitätsdienstleistungen. Der Bundesrat sah vor, dass Identity Provider eine Anerkennung des Informatiksteuerungsorgans des Bundes benötigen, währenddessen der Ständerat mit der Eidcom ein eigenes Aufsichtsorgan schaffen will.

Unsere Fraktion spricht sich für die Version des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit aus, wonach keine neue Aufsichtsbehörde geschaffen werden soll. Eine solche Behörde zu schaffen bringt nämlich unserer Ansicht nach keinen Mehrwert gegenüber dem Informatiksteuerungsorgan des Bundes, braucht aber neue finanzielle Ressourcen und birgt auch das Potenzial für mehr Bürokratie in sich. Zudem ist es nicht schlüssig: Auf der einen Seite wird ein unabhängiger Regulator analog einer Elcom oder Postcom gefordert, weil offensichtlich der Bundesverwaltung das nötige Vertrauen für die Aufgabe der Anerkennung von privaten Identity Providern nicht entgegengebracht wird. Auf der anderen Seite wollen dieselben Leute, dass der Staat, sprich die Bundesverwaltung, eine viel stärkere Stellung bei der Herausgabe der elektronischen Identität erhält. Das ist gemäss unserer liberalen Logik ein Widerspruch. Auch für die Stiftung Konsumentenschutz ist die Schaffung einer Eidcom übrigens kein Casus Belli, um ein allfälliges Referendum gegen das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste zu unterstützen.

Wir von der FDP-Liberalen Fraktion unterstützen den Antrag der Kommissionsmehrheit, wonach nicht ein neues Aufsichtsorgan geschaffen, sondern die Aufgabe der Anerkennung von Identity Providern beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes angegliedert werden soll. Dies ist aus unserer Sicht sach- und stufengerecht.

Wir haben ein grosses Interesse daran, dass das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste möglichst bald in Kraft treten kann, damit die Schweiz sich auch im digitalen Bereich innovativ fortentwickeln kann. Ein allfälliges Referendum zu diesem Gesetz fürchten wir nicht. Doch es würde einige Monate Zeitverzögerung zur Folge haben, was im digitalen Innovationszeitalter von Bedeutung ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Marti Min Li (S, ZH): Frau Kollegin Markwalder, Sie haben vorhin gesagt, dass ein Referendum eine Zeitverzögerung mit sich bringen würde, die unerwünscht sei. Können Sie mir erklären, warum Sie dann jegliche Anträge ablehnen, die ein mögliches Referendum verhindern könnten?

Markwalder Christa (RL, BE): Es geht für uns nicht darum, dass wir ein Referendum fürchten. Ich denke, man kann der Bevölkerung sehr gut erklären, dass dieses Gesetz die notwendige Grundlage bildet, damit die Schweiz sich auch digital innovativ weiterentwickeln kann, und dass wir eine solide und intelligente Aufteilung der Aufgaben zwischen Staat und Privaten vorgenommen haben. Deshalb können wir durchaus auch in eine Referendumsabstimmung gehen.

Im Übrigen richten wir unsere Entscheide nach unseren Überzeugungen, und hier sind wir eben der Überzeugung, dass ein zusätzlicher unabhängiger Regulator fehl am Platz ist, weil wir – offenbar im Gegensatz zu Ihnen – Vertrauen ins Informatiksteuerungsorgan des Bundes haben.



Birrer-Heimo Prisca (S, LU): Kollegin Markwalder, wenn Sie schon die Haltung der Stiftung für Konsumentenschutz bezüglich der Stellung beziehungsweise der Wichtigkeit der Eidcom erwähnen: Wie Sie auch gesagt haben, ist der Casus Belli vorhin bei Artikel 12 Absatz 3 geschaffen worden. Können Sie bestätigen, dass man nicht einmal bei Angeboten mit tiefem Sicherheitsniveau eine Alternative hätte und allem ausgeliefert wäre? Das war der Casus Belli, das haben Sie auch mitbekommen. Können Sie das bitte auch bestätigen, wenn Sie das andere schon tun?

Markwalder Christa (RL, BE): Das kann ich Ihnen bestätigen, Frau Kollegin Birrer-Heimo. Ich finde auch, dass wir sowieso in diesem Bereich weiterhin analoge Angebote haben werden. Es ist ja nicht so, dass die E-ID für alle Sicherheitsniveaus und alle Anwendungen erforderlich sein wird. Die Frage ist doch einfach: Braucht es diese explizite gesetzliche Grundlage, oder braucht es sie nicht? Wir sind eben der Überzeugung, es braucht sie nicht.

Reimann Lukas (V, SG): Der Nationalrat hat schon zweimal eine Plafonierung der neuen Stellen beim Bund verlangt. Man möchte keine neuen Beamten, keine neuen Ausgaben beim Bund. Dann kommt die nächste Vorlage, und schon möchte man wieder eine neue Stelle schaffen. Das ist ein Widerspruch. Aus unserer Sicht braucht es keine neuen Kontroll- und Überwachungsorgane des Bundes. Die überwachen die Bürgerinnen und Bürger dann noch viel mehr, als sie sollten, und sie kosten auch mehr. Das Informatiksteuerungsorgan des Bundes ist hier stufen- und sachgerecht. Es ist richtig, dass man das überprüft, und zwar auch hart überprüft. Aber dazu braucht es keine neuen Einheiten und keine neuen

AB 2019 N 1418 / BO 2019 N 1418

Stellen, da gibt es bereits genügend Fachleute und genügend Kompetenz innerhalb der Bundesorgane. Deshalb stimmen wir mit der Mehrheit. Die SVP-Fraktion lehnt hier die Anträge sämtlicher Minderheiten ab.

Flach Beat (GL, AG): Ich bitte Sie namens der grünliberalen Fraktion, hier der Minderheit zuzustimmen und damit dieses neue Gremium, die Eidcom, zu unterstützen. Es geht hier, und das wurde schon gesagt, zu einem grossen Teil um Vertrauen. Es geht um das Vertrauen in die E-ID, die wir in Zukunft herausgeben werden, die wir wahrscheinlich alle nutzen werden. Die Problematik in Bezug auf das Vertrauen ist eklatant und liegt auf dem Tisch.

Wir werden diese E-ID in Zukunft auch weiterentwickeln. Es macht deshalb Sinn und ist wichtig, dass wir das Vertrauen stärken. Auch wenn es tatsächlich stimmt – da gebe ich Frau Markwalder und Herrn Reimann Recht –, dass wir damit eine zusätzliche Verwaltungsstelle einrichten, ist es doch so, dass wir mit dieser E-ID in eine völlig neue Sphäre eintauchen. Wir müssen hier eine neue Sphäre der Kommunikation staatlich regulieren, wo eben auch ein gewisses Missbrauchspotenzial oder ein Potenzial an Vertrauensverlust vorliegt. Darum macht es Sinn, hier dem Ständerat zu folgen, der eben auch den Konsumentenschützern entgegengekommen ist und sich hier wirklich vertieft Gedanken gemacht hat, wie wir das lösen können.

Für die Wirtschaft ist das "handlebar", ist das überhaupt kein Problem. Für die Nutzerinnen und Nutzer der E-ID ist es ein zusätzliches Sicherheitskriterium. Ich denke, für die Verwaltung ist es ebenfalls ein neues Instrument, das wir hier nutzen können, um diese Qualität, die wir im ganzen System aufrechterhalten wollen, durch eine Anerkennung und Prüfung zu gewährleisten.

Ich bitte Sie, hier der Minderheit zuzustimmen.

Guhl Bernhard (BD, AG): Diese Minderheit hier möchte eine ständige Kommission schaffen, welche die Anerkennung der E-ID-Anbieter vornehmen würde. Diese Anerkennung muss alle drei Jahre erfolgen. Wenn alles rund läuft, wenn der Identity Provider seinen Job gut macht und es nichts zu beanstanden gibt, kommt die Kommission alle drei Jahre zusammen und wird dann die Anerkennung erneuern. Dafür soll eine ständige Kommission mit einem Sekretariat geschaffen werden, mit gewählten Leuten, welche Sitzungsgelder beziehen usw.

Gemäss der Lösung des Bundesrates und der Mehrheit soll die Aufgabe, die Anerkennung vorzunehmen, beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes liegen. Diese Abteilung hat das wirklich im Griff, sie kann das machen. Wir haben die gesetzlichen Regeln hier relativ klar definiert. Es braucht hier effektiv keine separate Kommission. Ich bitte die Frau Bundesrätin, hier noch Zahlen zu nennen, was diese separate Eidcom letztendlich effektiv kosten würde. Diese Zahl sollte hier wirklich offengelegt werden. Es kann nicht sein, dass man, nur weil ein bisschen Gegenwind gegen ein Gesetz bläst, für jede Aufgabe eine neue Kommission schafft.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo socialista sostiene la proposta della minoran-



za Arslan.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Dem Anerkennungsverfahren kommt eine zentrale Funktion zu, das wurde jetzt auch aus den verschiedenen Voten deutlich. Dabei wird geprüft, ob ein Identity Provider die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, und insbesondere auch, ob die nötige Sicherheit gewährleistet werden kann. Damit mit der technologischen Entwicklung Schritt gehalten werden kann, muss die Anerkennung alle drei Jahre erneuert werden. Der Entwurf des Bundesrates sieht vor, dass das Informatiksteuerungsorgan des Bundes die Funktion der Anerkennungsstelle übernimmt und auch die Aufsicht über die Identity Provider wahrnimmt. Um die Anerkennung vornehmen zu können und die Aufsicht auszuüben, ist grosses technisches Fachwissen nötig. Gleichzeitig ist es aber auch nötig, dass diese Stelle eine starke Position hat und auch von aussen so wahrgenommen wird. Anerkennungsverfahren und Aufsicht tragen wesentlich dazu bei, dass der E-ID vertraut wird. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass diese Funktion gestärkt werden soll, indem dafür eine Kommission eingesetzt wird. Der Ständerat hat hier ein tragfähiges Konzept verabschiedet und ins Gesetz eingepasst. Die operativen Aufgaben, welche der Entwurf des Bundesrates dem Informatiksteuerungsorgan des Bundes überträgt, würden nach dem ständerätlichen Konzept durch ein Kommissionssekretariat erledigt. Die Schaffung einer eidgenössischen E-ID-Kommission würde aus Sicht des Bundesrates insbesondere die Wahrnehmbarkeit der Rolle des Staates verbessern und damit auch das Vertrauen in die E-ID stärken. Die damit verbundenen Kosten sind verkraftbar und verhältnismässig. Herr Nationalrat Guhl hat die Frage gestellt: Es dürfte sich etwa um fünf Stellen handeln, und dann geht es natürlich auch noch um die Entschädigung der Kommissionsmitglieder.

Wenn Sie in diese Richtung gehen wollen, bitte ich Sie, dem Ständerat und der Minderheit zu folgen und der Schaffung der Eidcom zuzustimmen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: La question qui se pose ici est celle de savoir qui, en définitive, reconnaît les fournisseurs d'identité électronique qui souhaitent établir des e-ID, et qui reconduit ces reconnaissances tous les trois ans.

Vous l'avez entendu, deux options s'opposent. La première, celle préconisée par le Conseil fédéral, vise à confier cette tâche à l'Unité de pilotage informatique de la Confédération. La seconde, celle soutenue par le Conseil des Etats, consiste à créer une Commission fédérale des e-ID.

La commission a décidé, par 12 voix contre 11, de soutenir la proposition initiale prévue dans le projet du Conseil fédéral.

En effet, elle a tout d'abord rappelé que si nous avons souhaité, et cela paraît légitime, confier l'établissement des e-ID au secteur privé, il est normal qu'en contrepartie l'Etat, cela fait partie de ses tâches, et en l'occurrence la Confédération, s'occupe du contrôle et de la reconnaissance. Le deuxième argument qui a plaidé pour en rester à la variante s'appuyant sur l'Unité de pilotage informatique, c'est que vraisemblablement le système sera plus simple, qu'il y aura moins d'engagements de personnes et que nous éviterons la création d'un nouvel organe. Et qui dit moins d'engagements de personnes signifie aussi coûts moins élevés, lesdits coûts étant aujourd'hui inconnus. Et, surtout, comme cela a été dit, cet organe ne devra se prononcer qu'une fois tous les trois ans ou lorsqu'un nouvel acteur voudra intervenir sur le marché. Je dois dire encore que l'expérience faite avec certaines commissions, qui s'auto-alimentent facilement, plaide aussi pour qu'on en reste à une version administrative.

Pour la minorité, vous l'avez entendu, le caractère indépendant de la commission – la confiance des citoyens serait vraisemblablement plus grande dans une commission indépendante plutôt que dans l'administration – et le caractère inédit de l'e-ID devraient permettre de tranquilliser nos concitoyens et d'apaiser un certain nombre d'inquiétudes liées à l'idée même de l'e-ID.

Je vous remercie toutefois, comme je l'ai dit, de soutenir la position de la majorité de la commission.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 13: Hier wird eine unabhängige Anerkennungs- und Aufsichtskommission gefordert; dies verlangen die Minderheit Arslan und der Ständerat. Die E-ID-Anbieter sollen nicht eine Anerkennung des Informatiksteuerungsorgans des Bundes erhalten, sondern diejenige einer von der Verwaltung unabhängigen Aufsichtskommission, der Eidcom. Die Verwaltung solle sich nicht selber beaufsichtigen; zudem würde so auch Vertrauen geschaffen. Es gehe auch nicht um eine Ausdehnung der Zuständigkeiten, sondern um eine Ausgliederung der Zuständigkeiten und um die Schaffung eines unabhängigen Organs.

Die Mehrheit der Kommission hält an der Fassung des Bundesrates fest. Sie befürchtet zusätzliche Kosten und unnötigen Aufwand wegen Problemen, die sich gar nicht stellten.



AB 2019 N 1419 / BO 2019 N 1419

Der von der Minderheit aufgenommene Antrag wurde mit 12 zu 11 Stimmen abgelehnt.
 Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il voto vale anche per gli articoli 14 capoversi 2 e 5, 15 capoverso 1 lettere g, k e l, 17, 19 capoversi 1 e 2, il titolo della sezione 7, gli articoli 25, 25a a 25d, 26, 27 capoverso 1 e 29 capoversi 1 e 2bis.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19236)

Für den Antrag der Mehrheit ... 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 14 Abs. 2, 5; 15 Abs. 1 Bst. g, k, l*Antrag der Mehrheit*

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 14 al. 2, 5; 15 al. 1 let. g, k, l*Proposition de la majorité*

Maintenir

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Abbiamo già votato sulla proposta della minoranza Arslan all'articolo 13.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 16***Antrag der Mehrheit**Abs. 2*

Festhalten

Abs. 3

Die E-ID-Registrierungsnummer darf er nur an Behörden oder andere Stellen bekannt geben, die öffentliche Aufgaben erfüllen.

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Wasserfallen Flavia)

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 16*Proposition de la majorité**Al. 2*

Maintenir



Al. 3

Il ne peut communiquer le numéro d'enregistrement de l'e-ID qu'aux autorités ou autres organismes qui accomplissent des tâches publiques.

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Fehlmann Rielle, Marti Min Li, Naef, Wasserfallen Flavia)

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Arslan Sibel (G, BS): Hier kommt der letzte Minderheitsantrag, und zwar geht es darum, dass in der nationalrätlichen Gesetzesfassung eine empfindliche Lücke besteht, die es zu schliessen gilt. Die vorhandenen Personenidentifizierungsdaten dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden als zur Umsetzung der in Artikel 15 genannten Pflichten. Das verlangt der Ständerat in Artikel 16 Absatz 2; wir haben auch in der letzten Debatte darauf hingewiesen. Eine weiter gehende Nutzung wäre nicht im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten, schon gar nicht ohne deren Zustimmung.

Um ein vertrauenswürdigen E-ID-System aufzubauen, wäre es wichtig, dass dies im Gesetz festgeschrieben ist. Bei der Schaffung eines neuen Gesetzes muss die Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein, gerade im Zeitalter der Digitalisierung und wenn es um unsere Daten geht, welche heute Gold wert sind. Die Benutzerinnen und Benutzer sollen diesen Schutz geniessen, und wir haben auch als Gesetzgeber die Pflicht, dafür besorgt zu sein, wenn wir schon am Ausarbeiten dieses neuen Gesetzes sind. Ein Outsourcing wäre somit nicht möglich. Eine Zweckbindung, wie sie der Ständerat vorschlägt, ist meines Erachtens unumgänglich und zwingend.

Deshalb beantrage ich Ihnen, dem Ständerat zu folgen und meinen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Mazzone Lisa (G, GE): Le groupe des Verts soutiendra évidemment la proposition de la minorité Arslan qui est une reprise de la décision mesurée du Conseil des Etats. Il s'agit d'une formulation plus restrictive concernant la protection des données, qui permet de la limiter au cadre stricte des obligations établies dans la loi.

Il convient de rappeler que la loi sur la protection des données ne suffit pas pour garantir qu'il n'y ait pas d'utilisation de ces données à des fins commerciales ou de marketing. Elle ne l'empêche pas, dans la mesure où si cela serait écrit dans les conditions générales. Outre le fait que nombre de clientes et clients lisent ces conditions en diagonale, il est aussi préoccupant de constater que ces conditions générales peuvent être modifiées du jour au lendemain. On l'a vu dernièrement dans le cas de Suisse ID, qui a envoyé un e-mail à ses clientes et à ses clients en leur indiquant que les conditions générales étaient modifiées séance tenante, sans toutefois leur préciser sur quels points elles l'étaient. Ainsi, quiconque continue d'utiliser le service les accepte implicitement.

La formulation du Conseil des Etats explicite et garantit ainsi qu'il n'y ait pas d'utilisation des données autre que celle des obligations de l'article 15. En particulier, la période de six mois de conservation des données ne doit pas ouvrir la voie à l'utilisation interne de ces données. C'est aussi la position qui est défendue par plusieurs cantons latins – les cantons de Genève, de Vaud, de Neuchâtel et du Tessin –, qui vous invitent à suivre cette minorité. Je vous remercie de les suivre.

Markwalder Christa (RL, BE): Bei Artikel 16 geht es um die enge Definition, wann die Weitergabe der Daten seitens der Identity Provider erlaubt ist. Der Nationalrat hatte dabei explizit den Vorbehalt des Datenschutzgesetzes eingefügt, wohl wissend, dass dieses gegenüber dieser Lex specialis ohnehin gilt. Zudem hat die Kommissionsmehrheit mit Absatz 3 nun noch striktere Einschränkungen vorgenommen, wonach ein Identity Provider die E-ID-Registrierungsnummer nur Behörden oder anderen Stellen bekanntgeben darf, die öffentliche Aufgaben erfüllen.

Die FDP-Liberale Fraktion empfiehlt Ihnen, der Kommissionsmehrheit zu folgen und nicht der missverständlichen und unpraktikablen Formulierung der Kommissionsminderheit und des Ständerates. Diese würde nämlich die Datenweitergabe auch innerhalb eines Konzerns oder an Hilfspersonen faktisch verbieten, was den Konsumentinnen und Konsumenten nicht zugutekäme, wenn zum Beispiel die Daten nicht an ausgelagerte Kundendienste weitergegeben werden könnten. Gerade wenn man einen funktionierenden Wettbewerb unter Identity Providern will – und das war immer das Ziel unserer Fraktion – und auch kleinen Anbietern eine Chance gibt, ist es wichtig, dass diese Daten Dritten zu vorgegebenen Zwecken weitergeben können. Denn gerade kleinere Anbieter sind darauf angewiesen, gewisse Dienste auslagern oder Server extern hosten lassen zu können. Dritte, die Daten für



AB 2019 N 1420 / BO 2019 N 1420

die Identity Provider bearbeiten oder Server betreiben, müssen überdies dieselben strengen Voraussetzungen erfüllen wie die Identity Provider selber.

Mit der Version des Ständerates und der Kommissionsminderheit würde die Arbeitsteilung innerhalb eines Konzerns oder auch die Kundenunterstützung durch Dritte verunmöglicht. Die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für den individuellen Datenschutz sind im Gesetz enthalten. Die Daten dürfen demnach nicht zweckentfremdet und nur für die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Zwecke benützt werden. Eine Weitergabe von Daten innerhalb eines Konzerns soll deshalb im Rahmen der geltenden Datenschutzgesetzgebung erlaubt bleiben. Die zweite Etappe der DSG-Revision wurde ja von der Staatspolitischen Kommission zu Ende beraten und wird ins Plenum kommen. Selbstverständlich gelten dann in Zukunft die revidierten Bestimmungen des Datenschutzgesetzes.

Im Sinne einer praxisfreundlichen Umsetzung von Artikel 16, die sowohl den strengen datenschutzrechtlichen Anforderungen als auch den Bedürfnissen von uns Konsumentinnen und Konsumenten gerecht wird, bitte ich Sie im Namen der FDP-Liberalen Fraktion um Zustimmung zur Kommissionsmehrheit.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il gruppo dell'UDC sostiene le proposte della maggioranza. Il gruppo socialista sostiene la proposta della minoranza Arslan.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Mit Artikel 16 Absatz 2 wird sichergestellt, dass der Identity Provider die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5 sowie die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, und darauf basierende Nutzungsprofile Dritten nicht bekanntgeben darf. Zudem hat der Nationalrat beschlossen, die Datenbearbeitung durch Dritte nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz nicht auszuschliessen. Dies wollte auch der Bundesrat mit Artikel 16 nicht ausschliessen.

Der Ständerat möchte, dass der Identity Provider diese Daten nicht für andere Zwecke als zur Umsetzung der in Artikel 15 genannten Pflichten verwendet. Die Datenbearbeitung durch Dritte wäre ausgeschlossen.

Ihre Kommission beantragt zudem, dass die E-ID-Registrierungsnummer nur Behörden und anderen Stellen bekanntgegeben werden darf, die öffentliche Aufgaben erfüllen.

Das Bundesgesetz über den Datenschutz lässt es grundsätzlich zu, dass Daten an Dritte weitergegeben werden, wenn der Dritte für den Identity Provider in dessen Auftrag die Datenbearbeitung vornimmt. Es setzt aber klare Rahmenbedingungen. Der beauftragte Dritte unterliegt den gleichen Pflichten wie der Identity Provider, und der Dritte kann in keinem Fall die Daten kommerziell nutzen. Der besondere Hinweis des Ständerates auf den Zweck der Bearbeitung wiederholt deshalb nur geltendes Datenschutzrecht und ist nicht nötig.

Ich bitte Sie deshalb, dem Bundesrat und der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 16, wir haben es schon mehrfach gehört: Es geht hier darum, wem die Personenidentifizierungsdaten zugänglich gemacht werden sollen. Die Minderheit Arslan will wie auch der Ständerat eine sehr restriktive Handhabung dieser Daten. Die Möglichkeit der Drittbearbeitung gemäss Datenschutzgesetz hat der Ständerat gestrichen. Es wäre also nicht mehr möglich, dass ein Identity Provider gewisse Tätigkeiten an ein Informatikunternehmen outsourct.

Die Mehrheit der Kommission hält am Entscheid des Nationalrates fest. Die Datenbearbeitung durch Dritte soll nach dem Datenschutzgesetz erfolgen. Es soll nicht die Gefahr bestehen, dass aufgrund von enormen Hürden die Nutzung der E-ID verunmöglicht wird.

Die Kommission hat den von der Minderheit aufgenommenen Antrag mit 16 zu 6 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: La majorité de la commission est soucieuse du traitement et de la protection des données. C'est d'ailleurs pour cette raison que, lors du premier débat, elle vous a proposé de rajouter le renvoi à la loi fédérale sur la protection des données et que, aujourd'hui, elle vous propose de rajouter un alinéa 3 à l'article 16, qui prévoit que la communication du numéro d'enregistrement de l'e-ID ne peut se faire qu'à des autorités ou autres organismes qui accomplissent des tâches publiques.

La majorité de votre commission est aussi d'avis qu'il ne convient toutefois pas de se montrer plus restrictif, dans la mesure où nous avons voulu, peut-être contre l'avis de certains, avoir une e-ID privée, et où nous voulons que, dans le cadre de l'e-ID, la concurrence fonctionne. Dès lors, toujours pour la majorité de la commission, il est nécessaire, pour que la concurrence fonctionne, que les petites sociétés qui souhaiteraient être actives dans ce domaine et qui peuvent fournir les garanties nécessaires, puissent recourir à des services externes d'hébergement ou d'externalisation d'un certain nombre de données, le tout, bien évidemment, dans



le respect de notre loi et de la loi sur la protection des données.

C'est pour cette raison que, par 16 voix contre 6, la Commission des affaires juridiques vous propose de soutenir l'avis de sa majorité. Vous l'avez entendu, une minorité souhaite être plus restrictive en la matière.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19237)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 17

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 17

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Abbiamo già votato sulla proposta della minoranza Arslan all'articolo 13.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 18 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 18 al. 1bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 19 Abs. 1, 2; 7. Abschnitt Titel; Art. 25; 25a-25d; 26; 27 Abs. 1; 29 Abs. 1, 2bis

Antrag der Mehrheit

Festhalten

AB 2019 N 1421 / BO 2019 N 1421

Antrag der Minderheit

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Zweite Sitzung • 10.09.19 • 08h00 • 18.049
Conseil national • Session d'automne 2019 • Deuxième séance • 10.09.19 • 08h00 • 18.049

**Art. 19 al. 1, 2; section 7 titre; art. 25; 25a-25d; 26; 27 al. 1; 29 al. 1, 2bis**

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Arslan, Aebischer Matthias, Bregy, Fehlmann Rielle, Flach, Gmür-Schönenberger, Marti Min Li, Naef, Rytz Regula, Vogler, Wasserfallen Flavia)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Abbiamo già votato sulla proposta della minoranza Arslan all'articolo 13.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Die Kommission für Rechtsfragen hat gestern die Beschlüsse des Nationalrates vom 10. September im Rahmen der Differenzbereinigung für das vorliegende Geschäft beraten. Im Wesentlichen bleiben nach der Nationalratsdebatte noch vier Differenzen zum Nationalrat:

1. Rolle des Staates, Artikel 10;
2. Position der Nutzerinnen und Nutzer, Artikel 12;
3. Schaffung und Aufgaben der Eidcom, Artikel 13 und folgende; es gibt eine ganze Reihe von Bestimmungen, die damit zusammenhängen;
4. Datenweitergabe und Datennutzung, Artikel 16.

Die Kommission möchte einerseits erreichen, dass das E-ID-Gesetz noch in dieser Session verabschiedet werden kann. Andererseits ist es auch ein Anliegen, einen mehrheitsfähigen Entwurf zu erarbeiten. Darüber hinaus möchten wir auch ein mögliches Referendum im Auge behalten. Das Gesetz beziehungsweise die E-ID sollen vertrauenswürdig sein und in einer allfälligen Volksabstimmung bestehen können. Deshalb unterbreiten wir Ihnen bei einzelnen Punkten einen Kompromissvorschlag, halten aber bei den zentralen Anliegen an der vom Ständerat am 4. Juni 2019 beschlossenen Fassung fest.

Art. 10 Abs. 1, 3

Antrag der Kommission
 Festhalten

Art. 10 al. 1, 3

Proposition de la commission
 Maintenir

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Eine deutliche Mehrheit von National- und Ständerat will keine Pflicht für den Bund, selber ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen. Gleichzeitig soll es aber für den Bund eine Möglichkeit geben, unter bestimmten Voraussetzungen selber entsprechende Dienstleistungen anbieten zu können.

AB 2019 S 674 / BO 2019 E 674

Umstritten ist die Frage, ob und, falls ja, unter welchen Bedingungen dies der Fall sein soll. In der Fassung des





Nationalrates sind die Voraussetzungen relativ strikt formuliert. Der Ständerat will dem Bundesrat dagegen einen weiten Ermessensspielraum belassen. Zudem soll dem Bund auch die Möglichkeit eingeräumt werden, sich an entsprechenden Unternehmen zu beteiligen, um den Zugang zu E-ID für breite Bevölkerungskreise sicherzustellen.

Ihre Kommission hat einstimmig beschlossen, an der am 4. Juni beschlossenen Haltung festzuhalten.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich äussere mich jetzt einmal kurz. Der Berichterstatter wird Ihnen dann die verschiedenen Fragen erläutern. Ich möchte Ihnen einfach sagen, dass der Bundesrat sich in allen Positionen der Haltung Ihrer Kommission anschliesst und empfiehlt, dieser zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 12

Antrag der Kommission

Abs. 1

Streichen

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2bis

Wird für eine Informatikanwendung im Sinne von Artikel 2 Buchstabe b eine Identifizierung des Sicherheitsniveaus niedrig angewendet, muss für diese Anwendung auch ein Zugang ohne E-ID möglich sein. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen.

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 12

Proposition de la commission

Al. 1

Biffer

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2bis

Si une identification du niveau de garantie faible est utilisée pour une application informatique au sens de l'article 2 lettre b, un accès sans e-ID doit aussi être possible pour cette application. Le Conseil fédéral peut prévoir des exceptions.

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Wir sind bei Artikel 12. Hier geht es um die Position der Nutzerinnen und Nutzer, also um ihre Rechte und Pflichten. Der Nationalrat möchte explizit verbieten, dass Nutzerinnen und Nutzer ihre E-ID weitergeben können. Er sieht ferner eine Sorgfaltspflicht vor, welche von den Nutzenden verlangt, dass sie die nach den Umständen zumutbare Sorgfalt zur Vermeidung von Missbräuchen ihrer E-ID anwenden. Der Ständerat hat in der ersten Lesung beide Bestimmungen gestrichen.

Die Kommission beantragt Ihnen im Sinne eines Kompromisses nun einstimmig Folgendes: Absatz 1, d. h. das Verbot der Weitergabe der E-ID, soll gestrichen bleiben. Er ist rigide formuliert und eigentlich nicht nötig. Absatz 2 bleibt hingegen bestehen. Er beschränkt sich auf die nach den Umständen zumutbare Sorgfalt. Auf diese Weise wird auch die Widerrechtlichkeit, die nach Artikel 41 OR für die Haftung gefordert ist, auf vernünftige Weise konkretisiert. Das schafft Rechtssicherheit.

Als Gegenstück soll nun aber ein neuer Absatz 2bis eingeführt werden. Hier geht es darum, dass die Konsumentinnen und Konsumenten bei Anwendungen, bei denen eine E-ID der Stufe "niedrig" eingesetzt wird, eine Alternative zur E-ID haben. Betroffen ist hier im Wesentlichen einfaches Online-Shopping. In den Diskussionen rund um die E-ID taucht immer wieder die Angst auf, dass man eine lange Datenspur hinterlässt, wenn man überall die E-ID verwendet. Auch wenn das Gesetz gute Sicherungen enthält – und ich verweise hier speziell auf den vom Nationalrat neu eingeführten Artikel 16 Absatz 3 –, ist durchaus nachvollziehbar, dass da bei Einzelnen ein ungutes Gefühl zurückbleiben kann. Durch diese Wahlmöglichkeit wird auch niemand gezwungen, irgendwelche Sorgfaltspflichten zu übernehmen.



Betrachtet man das Ganze aus der Optik des Vertrauens, ist es sinnvoll, diese vertrauenssteigernde Massnahme im Gesetz zu verankern. Es ist ohnehin davon auszugehen, dass die meisten Unternehmen eine Wahlmöglichkeit bieten werden. Auch heute besteht bei einem Online-Kauf in der Regel die Möglichkeit, sich zu registrieren oder als nichtregistrierter Gast Geschäfte abzuwickeln. Das wird so bleiben.

Ich bitte Sie daher, hier Ihrer Kommission zu folgen und diesem Kompromiss zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 13 Abs. 1, 3

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 13 al. 1, 3

Proposition de la commission

Maintenir

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Zur E-ID-Kommission: Anerkennung der und Aufsicht über die Identity Provider sind ganz zentrale Funktionen im E-ID-Gesetz. Beide tragen wesentlich dazu bei, dass der E-ID vertraut werden kann. Die eidgenössische E-ID-Kommission würde dabei insbesondere auch die Wahrnehmbarkeit der Rolle des Staates verbessern. Der Ständerat hat die Eidcom ja in der letzten Beratung neu eingeführt.

Hinzu kommt noch Folgendes: Sollte der Bund in die Lage kommen, in Anwendung von Artikel 10 selbst eine E-ID herauszugeben, würde die Eidcom eine unabhängige Aufsicht sicherstellen. Es wäre seltsam, wenn sich der Bund selber beaufsichtigen müsste.

Die Kommission für Rechtsfragen beantragt deshalb einstimmig, an der Schaffung einer unabhängigen Kommission, der Eidcom also, festzuhalten.

Angenommen – Adopté

Art. 14 Abs. 2, 5; 15 Abs. 1 Bst. g, k, l

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 14 al. 2, 5; 15 al. 1 let. g, k, l

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 16

Antrag der Kommission

Abs. 2

Dritten darf er die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5, die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, und darauf basierende Nutzungsprofile weder bekannt geben, noch diese Daten zu anderen Zwecken als zur Umsetzung der in Artikel 15 genannten Pflichten nutzen. Die Datenbearbeitung durch Dritte nach Artikel 10a des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG) bleibt vorbehalten.

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 16

Proposition de la commission

Al. 2

Il ne peut communiquer à un tiers ni les données d'identification personnelle visées à l'article 5, ni les données générées par l'utilisation de l'e-ID, ni les profils basés sur ces dernières, ni ne peut utiliser ces données à des fins autres que la mise en oeuvre des obligations citées à l'article 15. Le traitement de données par un tiers au sens de l'article 10a de la



AB 2019 S 675 / BO 2019 E 675

loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données est réservé.

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Wir kommen hier zur letzten Position: Datenweitergabe und Datennutzung. Der Nationalrat hat mit 132 zu 50 Stimmen an seinem Beschluss festgehalten, der die Datenbearbeitung durch Dritte nach dem Datenschutzgesetz explizit zulässt. Eine Minderheit unterstützt den Ständerat, der den Zweck der Datenbearbeitung präzisiert hat. Auch wenn die besondere Zweckbindung, welche der Ständerat aufnehmen will, nicht zwingend nötig ist, kann sie doch das Vertrauen in die E-ID steigern und bestehende Ängste mildern.

Problematisch ist dagegen, wenn der durch den Nationalrat eingefügte Vorbehalt zugunsten der Bearbeitung durch Dritte gestrichen wird. Worum geht es hier? In der Praxis werden Datenbearbeitungen oft arbeitsteilig mit Dritten vorgenommen. Die Arbeitsteilung kann der Übertragung der Datenbearbeitung an einen Spezialisten oder der Erhöhung der Datensicherheit dienen. Sie kann das Programmieren, das Bereitstellen von Datenetzen oder Servern, die Datenerfassung, die Datenkontrolle oder auch nur das Speichern, das Hosting, der Daten betreffen. Denkbar ist beispielsweise, dass ein Kanton, der eine E-ID anbieten möchte, die entsprechende Informatik durch eine rechtlich verselbstständigte Informatikeinheit betreiben möchte. Dies ist gemeint, wenn wir hier von Datenbearbeitung durch Dritte sprechen. Ohne Vorbehalt wäre das nicht möglich.

Der Vorbehalt ist aber kein Freipass für die Weitergabe von Daten an Dritte. Das geltende Datenschutzgesetz regelt diese spezielle Konstellation in Artikel 10a ausdrücklich und detailliert. Eine solche Bearbeitung durch Dritte ist nur dann möglich, wenn die Daten ausschliesslich so bearbeitet werden, wie es der Auftraggeber selbst tun dürfte. Der Auftraggeber muss sich insbesondere vergewissern, dass der Dritte die Datensicherheit gewährleistet. Er muss bei der Auswahl, der Instruktion und der Überwachung des Dritten die gleiche Sorgfalt walten lassen wie ein Arbeitgeber in Bezug auf seine Angestellten. Der Auftraggeber bleibt als Inhaber der Daten weiterhin verantwortlich, und der Dritte unterliegt allen Bestimmungen des E-ID-Gesetzes. Nur in diesem eingeschränkten Sinne würde der Vorbehalt die Datenbearbeitung durch Dritte zulassen.

Die Kommission für Rechtsfragen hat nun einstimmig beschlossen, Ihnen einen Antrag zu unterbreiten, der die explizite Zweckbindung des Ständerates aufnimmt, aber den Vorbehalt der nationalrätlichen Fassung beibehält. Damit aber klar bleibt, dass die Datenbearbeitung durch Dritte nur unter strengen Voraussetzungen möglich sein soll, wird explizit auf Artikel 10a des Datenschutzgesetzes Bezug genommen.

Ich bitte Sie, hier Ihrer Kommission zu folgen und auch diesem Kompromiss zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 17; 19 Abs. 1, 2; 7. Abschnitt Titel; Art. 25; 25a-25d; 26; 27 Abs. 1; 29 Abs. 1, 2bis

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 17; 19 al. 1, 2; Section 7 titre; art. 25, 25a-25d; 26; 27 al. 1; 29 al. 1, 2bis

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté



18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Art. 10

Antrag der Mehrheit

Titel

Subsidiäres E-ID-System des Bundes

Abs. 1

Falls die Zwecke gemäss Artikel 1 Absatz 2 nicht erfüllt werden, kann

- a. der Bundesrat eine Verwaltungseinheit damit beauftragen, ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen, oder
- b. der Bund sich an entsprechenden Unternehmen beteiligen.

Abs. 3

Streichen

Antrag der Minderheit

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Wasserfallen Flavia)

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 10

Proposition de la majorité

Titre

Système e-ID subsidiaire de la Confédération

Al. 1

Si les objectifs visés à l'article 1 alinéa 2 ne peuvent être atteints,

- a. le Conseil fédéral peut charger une unité administrative de gérer un système e-ID et d'établir ce type d'e-ID, ou
- b. la Confédération peut prendre des participations dans de telles entreprises.

Al. 3

Biffer

*Proposition de la minorité*

(Marti Min Li, Aebischer Matthias, Arslan, Fehlmann Rielle, Mazzone, Wasserfallen Flavia)

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Marti Min Li (S, ZH): Ich kann hier schon anerkennen, dass wir uns langsam einer Lösung nähern. Aber der Antrag der Mehrheit geht uns nicht weit genug. Die Minderheit möchte der Fassung des Ständerates folgen, weil diese in Artikel 10 keine Einschränkung fordert, wie dies der Antrag der Mehrheit will. Für uns ist es schon ein grosser Schritt, die Fassung des Ständerates zu unterstützen. Wir haben uns in den vorherigen Debatten immer dafür eingesetzt, dass die Herausgabe einer Identität eine hoheitliche Aufgabe sein sollte. Wenn wir uns jetzt hier dem Ständerat anschliessen, der eine Kann-Formulierung will, ist das für uns schon ein Kompromiss. Man hätte die ganze Sache auch beschleunigen können, wenn sich die ganze Kommission ohne Differenzen dem Ständerat angeschlossen hätte.

Ich möchte hier aber noch etwas Grundsätzliches sagen. Wir haben in dieser ganzen Debatte rund um die E-ID von der Mitte bis rechts gehört, dass der Staat eigentlich unfähig sei und dass jegliche Innovationskraft nur von Privaten ausgehe. Das hat sehr viel mit Vorurteilen zu tun und vielleicht auch mit falschen Einschätzungen. Man vergisst sehr leicht, dass sehr vieles, was in der Privatwirtschaft als Innovation erschaffen wurde oder wird, eben nur durch staatliche Fördermittel oder staatliche Unterstützung überhaupt entstehen konnte. Wenn Sie ein i-Phone in die Hand nehmen – die Schlüsseltechnologie in diesem i-Phone ist eigentlich durch staatliche Förderung ermöglicht worden. Es ist auch nicht so, dass sämtliche IT-Projekte der Privatwirtschaft immer total gut funktionieren und nie Kostenüberschreitungen haben. Es ist also nicht so, dass der Staat immer versagt und die Privaten es immer können.

Wenn wir diese E-ID nicht nur fürs Online-Banking oder zum Weineinkaufen brauchen wollen, sondern uns wirklich überlegen wollen, welches Potenzial sie hat, gerade für die Dienstleistungen, die der Staat den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt, und wenn wir darüber diskutieren, dass wir neidisch in andere Länder reisen und dort sagen, ach Gott, in Estland ist die Verwaltung so viel innovativer, dann können wir uns nicht damit zufriedengeben, den Staat hier einfach schlechtzureden und einfach zu sagen, der Staat ist technisch nicht auf der Höhe der Zeit. Der Staat muss technisch auf der Höhe der Zeit sein. Der Service public, auf den wir in diesem Land zu Recht stolz sind, sollte nicht bei den Technologien des 19. oder 20. Jahrhunderts stehen bleiben, sondern eben auch fürs 21. Jahrhundert funktionieren.

Wir haben es schon in der letzten Debatte gesagt: Es gibt Gruppen, die ein Referendum erwägen. Der Ständerat hat sich in seiner Beratung grosse Mühe gegeben, Bedenken aufzunehmen, die von breiten Teilen der Bevölkerung geteilt werden.

Wir bitten Sie daher, bei Artikel 10 Absätze 1 und 3 der Fassung des Ständerates zuzustimmen.

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Die CVP-Fraktion hat es bei der letzten Debatte klar gesagt: Dieser Artikel soll die Subsidiarität des Staates zum Ausdruck bringen. Der Staat soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn es keine genügend oder gut qualifizierten Privaten gibt. Mit der neuen Formulierung, die die Kommission nun gewählt hat, wird genau dieser Subsidiarität noch einmal Nachdruck verliehen. Es ist eine Lösung, wie wir sie gewollt haben: Die Priorität liegt bei der Privatwirtschaft. Wir sind überzeugt, dass dadurch viel mehr Innovation, aber vor allem viel weniger Staatsdenken in dieses System der E-ID kommt. Und wir sind überzeugt, dass dieses System so, wie es nun aufgelegt ist, keinen Grund für ein Referendum gibt und das nötige Vertrauen durchaus schafft.

Aus diesem Grund bitte ich Sie im Namen der CVP-Fraktion, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

AB 2019 N 1597 / BO 2019 N 1597

Flach Beat (GL, AG): Wir sind jetzt wirklich auf der Zielgeraden bei der E-Identitätskarte, der digitalen Ausgabe unseres Ausweises. Hier, bei dieser zweitletzten Differenz, geht es darum, wann der Bund einspringt und selber eine E-ID herausgeben kann. Das ist gemäss der Mehrheit dann der Fall, wenn die Zwecke gemäss Artikel 1 Absatz 2, d. h. die Förderung eines elektronischen Geschäftsverkehrs unter Privaten und mit Behörden, der einfach und zuverlässig und sicher funktioniert, nicht erfüllt werden sollten. In diesen Fällen kann der Bund nach dieser Bestimmung eine eigene E-ID herausgeben respektive sich an einem entsprechenden Unternehmen beteiligen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag der Mehrheit zuzustimmen, denn er nimmt eigentlich all die Fragen und auch die Befürchtungen auf, die vonseiten der Minderheit in den vorherigen Fassungen aufgeworfen worden sind, mit einer Ausnahme: Der Staat soll grundsätzlich keine E-ID herausgeben, sondern die Herstellung Privaten





überlassen; das ist unseres Erachtens auch richtig so. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Arslan Sibel (G, BS): Unsere Position hat sich insofern nicht geändert, als wir von Anfang an immer wieder gesagt haben, dass wir eine staatliche E-ID wollen. Nun hat der Ständerat einen Beschluss gefasst und gesagt: Der Staat kann eine E-ID ausstellen, diese Möglichkeit gibt es. Heute haben wir nun eine neue Version, die die Mehrheit der Kommission des Nationalrates beantragt. Gemäss diesem neuen Kompromiss soll es weiterhin möglich sein, dass der Staat eine E-ID ausstellen kann, aber nur unter ganz klaren Voraussetzungen und Bedingungen.

Das Gesetz ist darauf aufgebaut worden, dass die staatliche E-ID eben subsidiär zum Zug kommen sollte, und genau das kritisieren wir, indem wir sagen, der Staat müsse die Möglichkeit haben, eine E-ID auszustellen, damit die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger ein Wahlrecht haben. Wenn wir es so verabschieden, haben wir mit diesem Gesetz überhaupt keine Wahlmöglichkeit mehr, und das Vertrauen, dass mit diesen Daten nichts Unrechtes passiert, würde immer wieder infrage gestellt werden. Die Rechtssicherheit und Glaubwürdigkeit ist für uns sehr wichtig. Auch wenn wir diesen neuen Antrag der Mehrheit der Kommission anschauen, gibt es klare Kriterien. So heisst es z. B., wenn der Zweck von Artikel 1 Absatz 2 nicht erfüllt sei, könne sich der Bund an entsprechenden Unternehmen beteiligen.

Herr Bregy, Sie sind ganz ehrlich, wenn Sie hier sagen, Sie wollten die Priorität bei den Privaten haben. Priorität muss der Private insofern haben, als wir hier ein Gesetz für die Privaten verabschieden – und das wollen wir nicht. Mit diesem Beschluss des Ständerates kann der Bund eine E-ID aber ohne weitgehende Kriterien ausstellen, und das wäre eigentlich ein Kompromiss.

Ich möchte auch nicht, dass hier, wenn die Unternehmen wirklich scheitern, der Staat wieder eine Schutz- oder Fallschirmfunktion wahrnimmt, sondern es sollte gleichzeitig die Möglichkeit geben, dass man den Bürgern und Bürgerinnen sagt: Ihr könnt entweder beim Staat eine E-ID ausstellen lassen oder bei Unternehmen. Und wenn diese besser sind, müssen Sie sich überhaupt keine Sorgen machen; sollten sie nicht gleich gut oder besser sein, können die Bürger entscheiden.

Insofern werden wir dem ständerätlichen Beschluss und der Minderheit der Kommission folgen und empfehlen Ihnen, dies auch zu tun.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Vi informo che il gruppo liberale-radicale e il gruppo borghese democratico sostengono la proposta della maggioranza.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte Sie bitten, der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen. Wir haben jetzt die Sprecherin der Minderheit gehört. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass eine deutliche Mehrheit von National- und Ständerat keine Pflicht für den Bund will, selber ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen. Gleichzeitig soll es für den Bund aber eine Möglichkeit geben, unter bestimmten Voraussetzungen entsprechende Dienstleistungen anbieten zu können. Nachdem dieser Grundsatz entschieden wurde, stehen wir jetzt in dieser Differenzbereinigung bei der Frage, unter welchen Rahmenbedingungen – es geht um die Gestaltung der Rahmenbedingungen – der Staat selbst eine E-ID anbieten oder eine solche ausstellen würde.

Ich möchte Sie bitten, der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen Ihres Rates zu folgen. Es geht hier um einen Kompromiss. Ich staune jetzt etwas über diese Debatte, denn inhaltlich sind Sie ganz nahe beim Ständerat. Es ist nicht so, dass Sie sich entfernt haben, Sie sind aber mit Ihrer Version, die zwischen dem Ständerat und dem Nationalrat eine Brücke baut, präziser. Sie machen keine inhaltlichen Abstriche, aber Sie formulieren die Voraussetzungen, unter denen eben eine staatliche E-ID angeboten werden könnte.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass diese subsidiäre Rolle des Staates schon in der ursprünglichen Fassung des Bundesrates enthalten war. Ich habe es das letzte Mal in Ihrem Rat gesagt und wiederhole es: Der Staat würde hier nicht ohne Not tätig werden; es gäbe eine gebührende Zurückhaltung.

Ich möchte Sie bitten, hier der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen Ihres Rates zu folgen.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 10 Absatz 1 geht es einmal mehr um die Rolle des Bundes bei der E-ID. Die Minderheit Marti Min Li verlangt – gemäss Ständerat –, dass der Bundesrat eine Verwaltungseinheit beauftragen kann, ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen. Die Mehrheit bemängelt, dass Artikel 10 Absatz 1 zu wenig klar sei und keine Kriterien formuliere, wann und unter welchen Voraussetzungen der Bund aktiv werden solle oder könne. Der Ermessensspielraum des Bundesrates sei damit sehr gross. Die Mehrheit der Kommission möchte präzisieren, unter welchen Umständen und Voraussetzungen der Bund eine Verwaltungseinheit beauftragen kann, ein E-ID-System zu betreiben und eine solche E-ID auszustellen.



Die Mehrheit unserer Kommission fordert – der Entscheid fiel mit 16 zu 6 Stimmen – eine genauere Formulierung im Gesetzestext. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Guhl Bernhard (BD, AG): Sehr geehrte Kollegin Gmür-Schönenberger, Frau Arslan hat in ihrem Votum vorhin erwähnt, dass die ständerätliche Lösung quasi ermöglichen würde, dass der Bund parallel zu einem privaten E-ID-System ein eigenes E-ID-System aufbaut, damit man den Leuten mehr Sicherheit geben könnte. Ist die ständerätliche Lösung so zu interpretieren, dass der Bund einfach frei ein E-ID-System aufbauen könnte, auch wenn bereits ein privates existiert?

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Es ist ganz klar der Wille, dass der Bund eben nur subsidiär unter bestimmten Voraussetzungen zum Einsatz kommt. Mit diesem Mehrheitsantrag ist noch eine Präzisierung im Gesetzestext vorgesehen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Vous l'avez entendu, nous discutons une fois encore du rôle et de la place de l'Etat dans l'établissement de l'identité électronique. Aujourd'hui, il ne s'agit plus de discuter du fait de savoir si ce sera le secteur public ou le secteur privé qui sera chargé de cette tâche. Le principe de la prestation du service par le secteur privé a en effet été confirmé par les deux conseils.

Il y a par contre toujours deux conceptions divergentes entre notre conseil et le Conseil des Etats. Notre conseil souhaite une subsidiarité avec des conditions pour un éventuel mandat à l'administration. Le Conseil des Etats souhaite donner plus de compétence au Conseil fédéral afin que celui-ci puisse, s'il l'estime opportun, créer une e-ID ou charger un service de créer une e-ID.

Hier après-midi, votre Commission des affaires juridiques, soucieuse de suivre la logique de confier au secteur privé l'établissement des e-ID, a néanmoins cherché un compromis en se rapprochant le plus possible de ce que souhaite le Conseil des Etats. C'est dès lors pour cette raison qu'elle

AB 2019 N 1598 / BO 2019 N 1598

propose que le Conseil fédéral puisse charger une entité de créer une e-ID, toutefois en restreignant sa marge de manoeuvre en la limitant à l'impossibilité d'atteindre les buts de la loi, inscrits à l'article 1 alinéa 2.

Vous l'avez aussi entendu, une minorité vous propose d'adhérer à la version du Conseil des Etats.

Votre commission a d'abord rejeté une proposition de maintenir la décision de notre conseil, puis elle a, par 16 voix contre 6, soutenu le compromis. Je vous remercie d'en faire de même.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19331)

Für den Antrag der Mehrheit ... 125 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 12 Abs. 1, 2bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 12 al. 1, 2bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Nous souhaitons effectivement prendre la parole pour vous faire part des réflexions de la commission, qui l'ont conduite hier après-midi à se rallier à la décision du Conseil des Etats.

Il nous est finalement apparu que l'article 12 alinéa 1 est, dans sa quasi-totalité, inclus dans l'alinéa 2. L'alinéa 1 est une disposition relativement passive qui, je le rappelle, précise que "l'e-ID est personnelle et ne doit pas être laissée à la disposition d'un tiers". Par contre, l'alinéa 2 contient une formulation plus active, à savoir qu'il appartient au titulaire d'une e-ID de prendre les mesures pour éviter toute utilisation abusive de son e-ID. Concrètement, cela signifie que vraisemblablement les dispositions passives sont contenues dans les dispositions actives et que nous pouvons renoncer à l'alinéa 1 de manière à éviter de conserver une divergence dans ce projet de loi.

En ce qui concerne l'alinéa 2bis, nous avons souhaité là aussi nous rallier à la décision du Conseil des Etats. Nous en avons toutefois déjà passablement discuté lors de notre dernière séance et je n'y reviendrai pas.





Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 12 geht es ja um die Haftung und die Sorgfaltspflichten. Es gibt da keine Differenz mehr zum Ständerat.

Es ist uns ein Anliegen, dass Artikel 12 Absatz 1 jetzt gestrichen wird, aber dennoch festgehalten wird, dass eine E-ID persönlich ist und nicht Dritten überlassen werden darf. Dies ist – wir sind klar zu dieser Ansicht gekommen – in Artikel 12 Absatz 2 enthalten.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte mich hier gerne noch kurz zu dieser Differenzbereinigung äussern. Denn Anerkennung und Aufsicht über die Identity Provider sind ja eine zentrale Funktion im E-ID-Gesetz, und beide tragen wesentlich dazu bei, dass der E-ID vertraut werden kann. Die eidgenössische E-ID-Kommission (Eidcom) würde dabei insbesondere auch die Wahrnehmbarkeit der Rolle des Staates verbessern. In diesem Sinne hat der Ständerat diese Bestimmung ja in das Gesetz eingefügt.

Hinzu kommt noch Folgendes, und ich möchte Sie bitten, dies auch zu bedenken: Sollte der Bund in die Lage kommen, in Anwendung von Artikel 10, den Sie jetzt bereinigt haben, selbst eine E-ID herauszugeben, würde die Eidcom eine unabhängige Aufsicht sicherstellen, denn es wäre seltsam, wenn sich der Bund selbst beaufsichtigen würde.

Ich bitte Sie deshalb, im Sinne der Differenzbereinigung dem Ständerat und der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen. Ich danke Ihnen.

Schwander Pirmin (V, SZ): Frau Bundesrätin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Meine Frage: Wäre das ISB überhaupt in der Lage, quantitativ und qualitativ, diese Aufgabe zu erledigen?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Schwander, ich möchte nicht die Qualität des Informatiksteuerungsorgans des Bundes, des ISB, beurteilen, aber ich kann Ihnen sagen, dass, quantitativ gesehen, auch das ISB genauso wie diese Eidcom selbstverständlich die entsprechenden Ressourcen benötigen würde. Das wäre eine staatliche Lösung.

Ich habe es ausgeführt: Ich glaube, es war vielleicht ein Mangel, wenn ich das so sagen darf, oder etwas, was man bei der Erarbeitung dieses Gesetzes wenig berücksichtigt hat: Wenn die subsidiäre Rolle des Staates zum Tragen käme, wenn also tatsächlich der Staat selbst eine E-ID ausstellen würde, würde dieser sich dann mit dem ISB selbst beaufsichtigen.

Wenn Sie von der Qualität sprechen, kann ich zumindest sagen, dass eine Eidcom mit Experten von aussen zusammengestellt werden könnte, beispielsweise aus der Lehre von der ETH Zürich oder auch aus der Wirtschaft. Ich glaube, das könnte auch ein Gewinn sein. Wichtig ist, dass diese Leute etwas von der Sache verstehen. Das ist entscheidend, damit diese Rolle auch angemessen erfüllt werden kann und so, dass das Vertrauen tatsächlich gesteigert wird.

Angenommen – Adopté

Art. 13 Abs. 1, 3; 14 Abs. 2, 5; 15 Abs. 1 Bst. g, k, l; 17; 19 Abs. 1; 7. Abschnitt Titel; Art. 25; 25a-25d; 26; 27 Abs. 1; 29 Abs. 1, 2bis

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Guhl, Geissbühler, Haab, Reimann Lukas, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Festhalten

Art. 13 Abs. 1, 3; 14 al. 2, 5; 15 al. 1 let. g, k, l; 17; 19 al. 1; section 7 titre; art. 25; 25a-25d; 26; 27 al. 1; 29 al. 1, 2bis

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Guhl, Geissbühler, Haab, Reimann Lukas, Tuena, Walliser, Zanetti Claudio)

Maintenir

Guhl Bernhard (BD, AG): Die Diskussion um diesen Artikel wurde jetzt bereits etwas vorweggenommen. Ich vertrete hier die Minderheit, welche eigentlich bei der ursprünglichen Lösung gemäss Botschaft zu diesem Ge-



setz bleiben möchte, dass die Kompetenz zur Überwachung bzw. Ausstellung beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) bleibt.

Vorweg: Auch wenn ich bei diesem Artikel die Minderheit vertrete, so ist es mir ein Anliegen, hier zu sagen, dass es wichtig ist, dass wir diese Vorlage nun verabschieden, dass es wichtig ist, dass wir diese E-ID schnell einführen können, denn das entspricht den Bedürfnissen der Wirtschaft, den Bedürfnissen nach der Digitalisierung. Dennoch muss es erlaubt sein, die Gründung einer weiteren Expertenkommission – nebst z. B. der Postcom oder Elcom – für eine Aufgabe, welche auch das ISB übernehmen kann, zu hinterfragen.

In der letzten Runde entsprach dieses Anliegen in diesem Rat dem Antrag der Mehrheit, weshalb die Diskussion nicht sehr detailliert geführt wurde. Es war in mehreren Voten mehrheitlich davon die Rede, dass man quasi mit dem Referendum drohe, wenn diese Eidcom nicht geschaffen werden sollte. Was die Eidcom genau macht, wurde in diesem Rat nicht detailliert diskutiert. Der Ständerat hat in seiner ersten Lesung die Eidcom eingeführt. Diese neu zu gründende Kommission war aber nicht Teil der Vernehmlassungsvorlage und auch nicht in der Botschaft enthalten; damals war noch die Rede davon, dass diese Aufgabe eben das ISB übernimmt.

AB 2019 N 1599 / BO 2019 N 1599

Da es keine Erläuterungen dazu gibt, welche Aufgaben und Kompetenzen die Eidcom hat, möchte ich das hier noch kurz erläutern: Gemäss aktueller Gesetzesvorlage ist das in Artikel 13 die Anerkennung der Identity Provider; gemäss Artikel 14 Absätze 2 und 5 ist die Kommission die Meldestelle, falls der Identity Provider seine Geschäftstätigkeit aufgibt; und gemäss Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe g ist diese Kommission die Meldestelle für Vorkommnisse und auch für Meldungen bei Änderungen der Geschäftstätigkeit. In Artikel 19 Absatz 2 ist noch geregelt, dass die Eidcom dem Identity Provider die Anerkennung entziehen kann, wenn er ihre Vorgaben nicht erfüllt.

Im 7. Abschnitt ist es dann etwas detaillierter, und darüber haben wir im Rat auch noch nicht detailliert diskutiert. In Artikel 25 Absatz 5 ist zum Beispiel festgehalten, dass die Eidcom dem Fedpol gegenüber gar Weisungen erteilen kann, oder in Artikel 25a Absatz 1 steht summarisch, dass die Eidcom die Einhaltung dieses Gesetzes überwache.

Nun, dieses Gesetz ist bezüglich Technologie sehr bewusst offen formuliert. Es sind wenige Details festgehalten, um der Technologie möglichst freien Spielraum zu lassen, um Lösungen nicht zu verhindern. Aber das bietet eben auch viel Streitpotenzial zwischen dem Identity Provider und der Eidcom. Hinterfragen kann man zum Beispiel auch die Regelung in Artikel 25b Absatz 4, dass alleine das Sekretariat der Eidcom dem Betreiber des Identity Providers in den Betrieb eingreifen könne, sofern die Verhältnisse es erfordern würden. Das ist schon sehr starker Tobak, was hier im Gesetz definiert ist.

Wenn es in der Botschaft Erläuterungen zu diesen Bestimmungen gegeben hätte, dann wäre es etwas einfacher, und man hätte mehr Klarheit über die genauen Kompetenzen der Kommission. Aber hier bietet sich doch einiges Streitpotenzial.

Im Ständerat wurde noch argumentiert, man müsse eine solche externe Kommission schaffen, weil der Bundesrat gemäss Artikel 10, gemäss dem Subsidiaritätsprinzip, unter Voraussetzungen eben ein eigenes System aufbauen kann und sich selbst überwachen würde – die Frau Bundesrätin hat das vorhin bereits erwähnt. Das ist schon so, aber wenn man die Botschaft liest, dann ist auf der einen Seite das Informatiksteuerungsorgan des Bundes eben quasi die überwachende Organisation. Dieses ist dem EFD angegliedert. Auf der anderen Seite – gemäss Botschaft, Seite 3954 – käme für den Betrieb eines solchen E-ID-Systems auch das Informatik-Service-Center des EJPD infrage, also ein Amt in einem anderen Departement. Das Misstrauen gegenüber der Bundesverwaltung muss schon sehr gross sein, wenn man unseren Ämtern nicht mehr vertraut.

Ein weiteres Argument für die bisherige Lösung gemäss Botschaft ist, dass eine solche separat zu schaffende Kommission bestimmt mehr Kosten verursachen und die ganze Lösung verteuern wird.

Ich bitte Sie, hier mit der Minderheit zu stimmen.

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Geschätzter Herr Kollege Guhl, man kann sich nicht nur die Frage stellen, man muss sich die Frage stellen, ob es wirklich eine neue Kommission braucht. Die Kommission für Rechtsfragen hat sich diese Frage gestellt und ist klar zum Ergebnis gekommen: Ja, es braucht eine neue Kommission, weil genau diese neue Kommission sicherstellt, dass eine unabhängige Kontrolle der Betreiber garantiert ist – eine unabhängige Kontrolle, die das Vertrauen in die E-ID klarerweise stärkt; eine unabhängige Kontrollinstanz, die auch dann, wenn der Staat subsidiär tätig sein sollte, hilft, dass die Kontrolle gewährleistet ist. Wie gesagt, man sollte sich immer die Frage stellen, ob es wirklich neue Kommissionen braucht. An dieser Stelle braucht es sie.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Siebente Sitzung • 17.09.19 • 08h00 • 18.049
Conseil national • Session d'automne 2019 • Septième séance • 17.09.19 • 08h00 • 18.049



In diesem Sinn danke ich Ihnen, wenn Sie sich unserer Meinung anschliessen.

Arslan Sibel (G, BS): Der Ständerat hat mit seinem Beschluss die Eidcom eingeführt. Wir haben darüber auch das letzte Mal gesprochen. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass es Sinn machen würde, eine solche Kommission einzuführen, damit nicht diejenigen, die das Ganze schaffen, sich selber kontrollieren.

Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Kommissionen etwas kosten. Ich kann Ihnen versichern, dass ich kein Fan von solchen neuen Kommissionen bin. Ich denke aber trotzdem, dass es, wenn es um unsere Daten geht, wenn es darum geht, dass die Glaubwürdigkeit der E-ID gewährleistet werden soll, wichtig ist, dass eine externe, auf diese Thematik konzentrierte Aufsichtskommission geschaffen wird. Hier wäre eine gewisse Distanz des Kontrollorgans zu schaffen. Mit einer entsprechenden Kommission könnten wir sowohl die Kontrolle sicherstellen als auch die Unabhängigkeit bewahren.

Deshalb beantrage ich Ihnen, der Mehrheit der Kommission zu folgen und hier eine Vertrauensbasis für dieses Gesetz zu schaffen.

Herr Guhl, ich verstehe, dass Sie die Interessen der Wirtschaft vertreten wollen. Hier schaffen wir meiner Meinung nach ja ein Gesetz für die Wirtschaft, damit sie mit dieser E-ID arbeiten kann. Das finde ich eigentlich sehr schwierig, geht es doch um unsere Daten und um die Identitäten, die wir in einem digitalen Zeitalter schaffen. Dass Sie gerade hier nicht gewillt sind, zuzulassen, dass das genau richtig, mit einer gewissen Distanz kontrolliert wird, erachte ich als sehr fragwürdig.

Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Flach Beat (GL, AG): Wir befinden uns hier vermutlich bei der letzten Differenz bezüglich des Bundesgesetzes über elektronische Identifizierungsdienste. Die Grünliberalen bitten Sie, hier der Mehrheit zu folgen. Allerdings möchte ich festhalten, dass die Minderheit Guhl natürlich einige wichtige Fragen aufgeworfen hat, über die wir uns noch ausführlicher unterhalten werden, sobald die Verordnung vorliegt. Ich bin froh, wenn wir diese dann in der Kommission anschauen werden.

Ursprünglich war auch in der Botschaft vorgesehen, dass eine bundesinterne Stelle die Herausgeber der E-ID überprüft und quasi zertifiziert. Im Rahmen der Diskussion wurde geäußert, dass der Bund sich zum einen selber kontrollieren und zertifizieren würde, falls er tatsächlich einspringen und eine eigene E-ID gemäss Artikel 1 Absatz 2 des Gesetzes herausgeben müsste, was grundsätzlich ein Problem hinsichtlich der Gewaltenteilung und der Governance darstelle. Zum andern weist eine Eidcom, die dann eben ausserhalb der Verwaltung angesiedelt ist, keinen direkten Konnex auf, sondern ist in diesem Sinn frei, nach dem Gesetz und dann nach der von mir erwähnten Verordnung zu handeln. Dann sind gewisse Bestimmungen, die jetzt im Gesetz stehen, wie beispielsweise, dass das Sekretariat dieser Eidcom gewisse Massnahmen vornehmen kann, etwas holprig, sage ich mal. Aber das kann man in der Verordnung regeln.

Die Grünliberalen sind nicht vollends von dieser neuen Eidcom begeistert, aber ich habe das in der letzten Debatte schon gesagt: Wir bewegen uns in einer neuen Sphäre der persönlichen Identifizierung im Internet. Es tut not, dass wir dafür eine Basis schaffen, die wirklich ein breites Vertrauen in der Bevölkerung und bei den Nutzenden erzeugen kann. Das können wir mit der Lösung, die der Ständerat mit der Eidcom hier vorgegeben hat, auch wenn sie uns etwas kostet. Letztlich sind es vor allen Dingen Vertrauen und Sicherheit, die wir uns damit erkaufen können, und damit auch die Zuverlässigkeit der E-ID in der Zukunft.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Marti Min Li (S, ZH): Was mich hier ein wenig irritiert, ist, dass Kollege Guhl, der ausführt, dass die Wirtschaft diese E-ID unbedingt möchte, und der quasi die Interessen der Wirtschaft vertritt, hier nur so wenig zu tun bereit ist, damit diese E-ID dann auch wirklich funktioniert und eine breite Nutzung erfahren wird. Die E-ID ist nicht einfach ein simples Login. Wenn es nur ein Login wäre, würde dafür kein Gesetz benötigt. Sie ist ein digitaler Identitätsausweis, mit dem man zwar nicht reisen, aber sonst relativ vieles machen kann, wie man es heute auch mit einer Karte aus Plastik macht. Es ist also zentral, dass die Nutzerinnen und Nutzer dieser E-ID

AB 2019 N 1600 / BO 2019 N 1600

vertrauen, sonst werden sie sie nicht oder nur eingeschränkt benutzen.

Wenn wir jetzt eine Eidcom, also eine unabhängige Aufsichts- und Bewilligungskommission, schaffen, dann stärken wir dieses Vertrauen. Das ist im Sinne der Sache. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es bereits ausgeführt: Wenn dereinst der Fall eintreten würde, dass es ein subsidiäres E-ID-System des Bundes geben würde, dann wäre es aus grundsätzlichen Überlegungen sinnvoll, wenn der Bund sich nicht selber beaufsichtigt. Natürlich braucht diese Eidcom auch Ressourcen, aber es ist ja nicht so, dass das Informatiksteuerungsorgan des Bundes, das ursprünglich für diese Aufgaben vorgesehen war, keine Ressourcen brauchen





würde. Es ist ja nicht so, dass sie das einfach so nebenbei machen würden, sie hätten genauso zusätzliche Ressourcen gebraucht wie jetzt diese Eidcom.

Ich bitte Sie daher, der Mehrheit der Kommission zu folgen und diesen Anträgen zuzustimmen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Vi informo che il gruppo liberale-radicale sostiene la proposta della maggioranza. Passo la parola alla signora consigliera federale.

Keller-Sutter Karin, consigliera federale: Mi scuso perché mi sono sbagliata, ho già parlato per l'articolo 13. Il Consiglio federale sostiene la proposta della maggioranza.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Non c'è nessun problema.

Gmür-Schönenberger Andrea (C, LU), für die Kommission: Hier geht es um die unabhängige Anerkennungs- und Aufsichtskommission. Die Minderheit Guhl will an der Fassung des Nationalrates festhalten. Die E-ID-Anbieter sollen, wie ursprünglich vom Bundesrat vorgeschlagen, eine Anerkennung des Informatiksteuerungsorgans des Bundes erhalten. Die Minderheit befürchtet, dass eine E-ID-Kommission sowohl kostenmässig als auch vom Aufwand her viel zu aufwendig würde. Die Mehrheit will dem Ständerat folgen. Eine unabhängige externe Kommission schaffe Vertrauen und Sicherheit in einem generell sehr sensiblen Bereich. Nachdem beschlossen wurde, dass der Bund subsidiär eine E-ID herausgeben kann, sei es umso wichtiger, dass eine externe Kontrollstelle die Aufsicht übernehme. Es könne nicht sein, dass sich die Verwaltung selber beaufsichtige. Zudem würden auch dort zusätzliche Arbeit und somit zusätzliche Kosten anfallen. Es gehe auch nicht um eine Ausdehnung der Zuständigkeiten, sondern es sei eine Ausgliederung derselben und eben die Schaffung eines unabhängigen Organs.

Unsere Kommission war sich im Übrigen einig darüber, dass der Aufwand einer solchen externen Kommission möglichst gering gehalten werden soll. Die Kommission hat sich mit 12 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Fassung des Ständerates entschieden.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Bauer Philippe (RL, NE), pour la commission: Si j'osais une comparaison sportive, je vous dirais que, dans le match qui oppose l'UPIC à l'Eidcom, l'UPIC gagnait devant notre conseil à l'issue de la première mi-temps, mais que finalement, à la fin du match ou durant les prolongations, l'Eidcom triomphe.

La majorité de votre commission s'est en effet ralliée à la version du Conseil des Etats, celui-ci voulant que soit créée une commission particulière pour la surveillance de l'établissement des e-ID. La majorité de la commission justifie ce retournement de situation par le fait qu'elle est convaincue qu'il convient de donner un sentiment de sécurité aux utilisateurs de l'identité électronique et que ce sentiment sera renforcé par la création d'une entité autonome extérieure à l'administration.

Le fait aussi que nous ayons étendu quelque peu la compétence du Conseil fédéral pour créer éventuellement une e-ID administrative ou de droit public – ce que nous avons voté à l'article 10 il y a quelques instants – justifie aussi, de l'avis de la commission, la création d'une entité indépendante. Il paraît en effet difficile de laisser à l'administration le soin de s'autocontrôler.

Un autre argument a aussi plaidé en faveur du ralliement à la solution du Conseil des Etats, à savoir la nécessité de boucler rapidement l'examen de ce dossier de manière à ce que l'e-ID puisse entrer en vigueur avec les avantages qu'elle devrait apporter à tout un chacun.

Vous l'avez entendu, une minorité Guhl n'est pas absolument convaincue quant au mandat confié à l'Eidcom. Elle estime aussi que les coûts seront vraisemblablement trop élevés et elle n'apprécie pas la méfiance à l'égard des organes de l'administration.

Néanmoins, par 12 voix contre 7 et 2 abstentions, votre commission vous invite à adhérer à la version du Conseil des Etats et, donc, de donner la victoire finale à l'Eidcom.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19333)

Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 16 Abs. 2; 19 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Siebente Sitzung • 17.09.19 • 08h00 • 18.049
Conseil national • Session d'automne 2019 • Septième séance • 17.09.19 • 08h00 • 18.049

**Art. 16 al. 2; 19 al. 2**

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté





18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Art. 10 Titel, Abs. 1, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 10 titre, al. 1, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Vonlanthen Beat (C, FR), für die Kommission: Die Kommission für Rechtsfragen hat an einer kurzen Sitzung am 19. September die Beschlüsse des Nationalrates vom 17. September zur Kenntnis genommen. Der Nationalrat hat mit einer Ausnahme die Beschlüsse des Ständerates akzeptiert. Nur bei Artikel 10 betreffend das subsidiäre E-ID-System des Bundes wollte er unserer Formulierung nicht folgen, sondern hat eine Kompromisslösung zwischen der nationalrätlichen – das heisst der bundesrätlichen – Formulierung und der Formulierung des Ständerates verabschiedet. Der Entscheid fiel mit 125 zu 52 Stimmen deutlich aus. Der Kompromissvorschlag enthält die folgenden Elemente: Erstens wird die Artikelüberschrift präzisiert. Wie der Bundesrat vorschlägt, soll es sich um ein subsidiäres E-ID-System des Bundes handeln. Zweitens wird als Bedingung für die Errichtung eines subsidiären Bundessystems ausdrücklich aufgenommen, dass der Bundesrat eine eigene Lösung realisieren beziehungsweise der Bund sich an einem Unternehmen beteiligen kann, wenn die Zwecke gemäss Artikel 1 Absatz 2 nicht erfüllt sind.

Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates schlägt Ihnen nun einstimmig vor, diese neue Formulierung zu akzeptieren und damit die letzte Differenz zu bereinigen. Als Gründe für diesen Entscheid unterstreicht die Kommission für Rechtsfragen namentlich Folgendes:

1. Zwischen der ständerätlichen und der neuen nationalrätlichen Fassung besteht eigentlich kein Unterschied, auf jeden Fall kein grosser, weil der Bundesrat so oder so die Möglichkeit des Betriebs eines Bundessystems beziehungsweise der Beteiligung an einem Unternehmen erst nach eingehender Abklärung, also namentlich bei Nichterfüllung der Zwecke, realisiert.
2. Die subsidiäre Regelung wird nun besser konkretisiert. Es wird also grössere Rechtssicherheit geschaffen. Namens der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates empfehle ich Ihnen also, diese letzte Differenz auszuräumen und den nationalrätlichen Beschluss zu Artikel 10 zu akzeptieren.



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Ständerat • Herbstsession 2019 • Neunte Sitzung • 23.09.19 • 15h15 • 18.049
Conseil des Etats • Session d'automne 2019 • Neuvième séance • 23.09.19 • 15h15 • 18.049



Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich danke Ihrer Kommission für Rechtsfragen dafür, dass sie sich hier auf den Nationalrat zubewegt. Ich denke, der Nationalrat hat in der letzten Runde einige Zugeständnisse gemacht und auch Kompromisse mit Ihnen gesucht. Es ist so, dass doch einiges, was in der ständerätlichen Fassung beschlossen wurde, dann im Nationalrat aufgenommen wurde.

Sie, Herr Ständerat Vonlanthen, haben zu Recht gesagt, dass das jetzt die letzte Differenz ist. Zwischen dem Ständerat und dem Nationalrat bestehen hier eigentlich kaum inhaltliche Differenzen; materiell sind Sie sich einig. Die subsidiäre Rolle des Staates bleibt erhalten. Etwas anderes ist, dass die Voraussetzungen mit Anrufung des Zweckartikels noch etwas präziser umfasst werden. Ich meine, das ist eine gute Lösung.

Ich danke Ihnen, wenn Sie sich hier Ihrer Kommission und damit dem Nationalrat anschliessen. Der Bundesrat unterstützt diesen Kompromiss.

Angenommen – Adopté

Le président (Fournier Jean-René, président): L'objet est ainsi prêt pour le vote final.

AB 2019 S 821 / BO 2019 E 821





18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/19618)

Für Annahme des Entwurfes ... 144 Stimmen

Dagegen ... 51 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2019 N 1994 / BO 2019 N 1994



18.049

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Loi sur les services d'identification électronique

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 23.09.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste Loi fédérale sur les services d'identification électronique

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.049/3190)

Für Annahme des Entwurfes ... 35 Stimmen

Dagegen ... 2 Stimmen

(8 Enthaltungen)

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Proposta di rinvio

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 16:29:45

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	=	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Ferri Yvonne	-	S	AG	Knecht	0	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	=	RL	ZH	Köppel	0	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	+	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	+	C	GE	Frei	-	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	+	RL	LU
Bigler	+	RL	ZH	Glanzmann	0	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Tongi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	0	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	0	RL	VD	Hess Erich	0	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	0	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	61	6	28	28	7	131
- Nein / non / no	12	41						53
= Enth. / abst. / ast.					2			2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			6	1	2	2		11
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (non rinviare)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Marti Min Li (rinvio al CF)

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 1 cpv. 1 lett. d (vale anche per l'art. 12)

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 16:59:53

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	0	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	-	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	+	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	C	GE	Frei	-	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	0	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	-	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	0	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	-	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	0	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysi	0	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	0	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	0	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	-	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	62		27	27	6	123
- Nein / non / no	11	39		7				57
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	2	5		5	3	1	17
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Arslan (stralciare)

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 6 cpv. 1

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 17:26:11

Addor	-	V	VS	Eymann	-	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG
Aebi Andreas	-	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	-	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	-	V	SG	Rickli Natalie	=	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Feller	-	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	-	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	-	V	AG	Rime	-	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	-	RL	ZH	Köppel	0	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	-	V	BE	Flach	-	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	-	V	UR	Flückiger Sylvia	-	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	-	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	-	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	-	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	-	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	-	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	-	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	-	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	-	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	-	V	AG	Matter	-	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	-	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	-	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	0	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	-	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	-	GL	ZH	Sollberger	-	V	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	-	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	-	V	SG	Stahl	-	V	ZH
Bühler	-	V	BE	Grin	-	V	VD	Müller Walter	-	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	-	V	ZH
Burgherr	-	V	AG	Grunder	0	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	C	BE
Burkart	-	RL	AG	Grüter	-	V	LU	Müri	-	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Tongi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	-	C	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	-	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	-	RL	TI	Gutjahr	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tuena	-	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysi	0	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	-	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	-	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	-	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	-	V	TG	Page	0	V	FR	von Siebenthal	-	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	-	V	ZH	Pantani	-	V	TI	Walliser	-	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	-	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	-	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
Derder	-	RL	VD	Hess Erich	-	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	-	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	-	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	-	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	-	GL	ZH
Egger Mike	-	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	-	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	-	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	-	V	SO	Quadri	-	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	-	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	-	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	-	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	3		11	27	5	47
- Nein / non / no	12	37	58	7	17	2		133
= Enth. / abst. / ast.			1					1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	5		4	1	2	16
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (secondo CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Flach


NATIONALRAT
 Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
 Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 6 cpv. 2 lett. c

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 17:27:25

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Ferri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenger Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	0	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	0	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	0	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	63	7	28	29	7	135
- Nein / non / no	12	37						49
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	4		4	1		13
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (secondo CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Arslan

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 10 cpv. 1

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 17:46:15

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	-	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	0	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	-	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	64	7	27	26	6	131
- Nein / non / no	11	40			1	2		54
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	1	3		4	2	1	12
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (secondo CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Marti Min Li


NATIONALRAT
 Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
 Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 10 cpv. 3

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 17:47:18

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	-	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	-	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	64	7	27	27	6	132
- Nein / non / no	11	40			1	2		54
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	1	3		4	1	1	11
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Marti Min Li

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 12 cpv. 4

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 17:51:44

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	0	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	0	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	=	RL	NE	Friedl	0	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	0	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	0	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	0	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	0	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	0	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			63	7	27	29	6	132
- Nein / non / no	11	32						43
= Enth. / abst. / ast.		1			1			2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	9	4		4	1	1	20
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Il Arslan


NATIONALRAT
 Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
 Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 15 cpv. 1 lett. b

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 17:57:21

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	+	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	0	S	BE	Fehlmann Riele	+	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	+	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	+	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	+	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	+	S	ZH	Fridez	+	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	+	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	+	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	-	RL	GE	Marti Min Li	+	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	+	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	+	S	BL	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	+	G	ZH	Mazzone	+	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	+	S	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	+	S	GR
Brélaz	+	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	+	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	+	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	+	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	+	S	ZH	Töngi	+	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	+	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	+	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	+	S	SG	Nordmann	+	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	+	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	+	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	+	S	SO	Pardini	0	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	0	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	+	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	+	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	+	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	+	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	11	38	64	6	26	29	7	181
- Nein / non / no					1			1
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	4	3	1	5	1		15
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della commissione
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta del Consiglio federale

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 15 cpv. 1 lett. cbis (vale anche per il cpv. 3)

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 18:33:17

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	-	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	-	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Ferri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	-	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	-	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	-	GL	AG	Kutter	-	C	ZH	Roduit	-	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	-	BD	GL	Romano	-	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	-	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	0	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	-	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	-	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	-	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	-	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	-	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	+	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	-	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	=	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	-	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	-	C	VS	Gmür-Schönenberger	-	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	-	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	-	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	-	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	-	C	FR	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller-Altermatt	-	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	-	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	-	BD	GR	Gschwind	-	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	-	C	GR	Gugger	-	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	-	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	-	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	-	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	-	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	-	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	-	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	0	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	-	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	-	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	=	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	-	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	-	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	0	S	AG
Egger Thomas	-	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	-	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	-	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	-	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	-	V	SG	Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			59		24			83
- Nein / non / no	11	39	4	6	2	29	7	98
= Enth. / abst. / ast.					2			2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	4	1	4	1		14
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Gmür-Schönenberger (ripresa da Guhl)

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 15 cpv. 1 lett. j

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 18:34:30

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	0	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	0	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	63	6	28	29	7	134
- Nein / non / no	11	38						49
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	4	1	4	1		14
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (secondo CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Arslan

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 15 cpv. 1 lett. m

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 18:35:32

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	0	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	-	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	-	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	-	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	0	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			63	6	28	26	7	130
- Nein / non / no	11	39				3		53
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	4	1	4	1		14
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Marti Min Li

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 15 cpv. 1 lett. n

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 18:36:30

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Ferri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	0	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	0	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	63	6	28	29	7	134
- Nein / non / no	11	38						49
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	4	1	4	1		14
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Arslan

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 22a

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 18:40:52

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	0	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	+	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	0	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	0	C	BL
Bourgeois	0	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	0	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	0	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	+	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	0	S	ZH	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	0	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	0	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	0	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	0	V	SO
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	0	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		2	56	6	25	28	7	124
- Nein / non / no	11	37						48
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	11	1	7	2		25
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Mazzone

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 28 cpv. 3

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 18:49:44

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Feri Yvonne	-	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	+	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	+	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	0	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	0	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	0	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	0	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	62	5	28	29	7	132
- Nein / non / no	10	39						49
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	2	5	2	4	1		16
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Arslan

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz Eüber elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Votazione sul complesso

Abstimmung vom / Vote du: 20.03.2019 18:52:28

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fässler Daniel	+	C	AI	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fehlmann Riele	-	S	GE	Keller-Inhelder	+	V	SG	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feller	+	RL	VD	Kiener Nellen	-	S	BE	Riklin Kathy	+	C	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Ferri Yvonne	0	S	AG	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Ammann	+	C	SG	Fiala	=	RL	ZH	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE	Flach	+	GL	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Fluri	0	RL	SO	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frehner	+	V	BS	Lüscher	+	RL	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzzone	+	C	GE	Frei	0	S	ZH	Maire Jacques-André	-	S	NE	Ruppen	=	V	VS
Barile	-	S	ZH	Fridez	-	S	JU	Marchand-Balet	+	C	VS	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bauer	+	RL	NE	Friedl	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Salzmann	+	V	BE
Béglé	+	C	VD	Genecand	+	RL	GE	Marti Min Li	-	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Bendahan	-	S	VD	Giezendanner	0	V	AG	Marti Samira	-	S	BL	Schenker Silvia	-	S	BS
Bertschy	0	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Martullo	+	V	GR	Schilliger	0	RL	LU
Bigler	0	RL	ZH	Glanzmann	+	C	LU	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glärner	+	V	AG	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glättli	-	G	ZH	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Glauser	+	V	VD	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür Alois	+	C	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Molina	0	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Golay	0	V	GE	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Gössi	0	RL	SZ	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf Maya	-	G	BL	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Thomas	+	V	SG	Stahl	+	V	ZH
Bühler	+	V	BE	Grin	+	V	VD	Müller Walter	+	RL	SG	Stamm	E	V	AG
Bulliard	+	C	FR	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Steinemann	+	V	ZH
Burgherr	+	V	AG	Grunder	+	BD	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	+	C	BE
Burkart	+	RL	AG	Grüter	+	V	LU	Müri	0	V	LU	Thorens Goumaz	-	G	VD
Campell	+	BD	GR	Gschwind	+	C	JU	Naef	-	S	ZH	Töngi	0	G	LU
Candinas	+	C	GR	Gugger	+	C	ZH	Nantermod	=	RL	VS	Tornare	-	S	GE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guhl	+	BD	AG	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tuena	+	V	ZH
Chevalley	+	GL	VD	Gysi	-	S	SG	Nordmann	-	S	VD	Vitali	E	RL	LU
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogler	+	C	OW
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	von Siebenthal	+	V	BE
de Buman	+	C	FR	Heer	0	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walliser	+	V	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Weibel	+	GL	ZH
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wermuth	-	S	AG
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wüthrich	-	S	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG	Zuberbühler	=	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si		1	60	5	26	29	7	128
- Nein / non / no	10	38						48
= Enth. / abst. / ast.			2		2			4
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1			2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	3	5	2	4	1		17
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Accettare il progetto
Bedeutung Nein / Signification du non: Respingere il progetto

**STÄNDERAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL DES ETATS**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste
 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique
 Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)
 Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica
 Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica (Legge sull'eID, LSIE)

Gegenstand / Objet du vote: Vote sur l'ensemble**Abstimmung vom / Vote du:** 04.06.2019 11:41:29

Abate	Fabio	+	TI
Baumann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Caroni	Andrea	+	AR
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	+	GE
Dittli	Josef	+	UR
Eberle	Roland	0	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Fetz	Anita	-	BS
Föhn	Peter	+	SZ
Fournier	Jean-René	P	VS
Français	Olivier	+	VD
Germann	Hannes	=	SH
Graber	Konrad	0	LU
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	+	JU
Hefti	Thomas	+	GL

Hegglin	Peter	+	ZG
Hösli	Werner	+	GL
Janiak	Claude	+	BL
Jositsch	Daniel	+	ZH
Kuprecht	Alex	+	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	0	BE
Maury Pasquier	Liliane	E	GE
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Müller	Philipp	0	AG
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Rieder	Beat	+	VS
Savary	Géraldine	=	VD
Schmid	Martin	+	GR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stöckli	Hans	-	BE
Vonlanthen	Beat	+	FR
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	0	SG
Zanetti	Roberto	-	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	33
- Nein / non / no	4
= Enth. / abst. / ast.	2
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter la loi fédérale
 Bedeutung Nein / Signification du non: Rejet

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 10 cpv. 1

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 09:52:02

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	0	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	=	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frei	+	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	0	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	=	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	+	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	0	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	-	G	BL	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	0	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	0	C	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streff	+	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	-	G	LU
Campell	+	BD	GR	Gugger	+	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	-	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	-	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	=	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	0	V	BE	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	0	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	=	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			59	6	32	27	6	130
- Nein / non / no	12	40						52
= Enth. / abst. / ast.			5					5
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	4	2	1	2	1	11
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della minoranza I Bregy (secondo CS)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza II Arslan

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 10 cpv. 1

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 09:52:58

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	-	C	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	-	C	SG
Ammann	-	C	SG	Flach	-	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	-	C	ZH	Roduit	-	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Romano	-	C	TI
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	-	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frei	-	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzzone	-	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	-	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	-	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	-	RL	ZH
Béglé	-	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	-	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	-	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	-	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	-	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	-	C	VS	Golay	+	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	0	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	-	G	BL	Moser	-	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Leo	-	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	0	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	-	C	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	-	C	SO	Streiff	-	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	-	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	-	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	-	G	LU
Campell	+	BD	GR	Gugger	-	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	-	S	GE
Candinas	-	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	-	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	-	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Vogler	-	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	-	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	0	V	BE	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	-	GL	ZH
Dobler	-	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	0	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	-	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	-	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	0	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	-	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			64		30	1	6	101
- Nein / non / no	12	40	1	8	2	27		90
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	3		1	1	1	7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (mantenere, secondo CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza I Bregy (secondo CS)

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 10 cpv. 3

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 09:54:07

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Ammann	+	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arsilan	-	G	BS
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barazzone	+	C	GE
Barile	-	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	-	GL	ZH
Béglé	+	C	VD
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Bigler	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Bregy	+	C	VS
Brélaz	-	G	VD
Brunner Hansjörg	+	RL	TG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	+	C	FR
Burgherr	+	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	+	C	GR
Carobbio Guscetti	P	S	TI
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	+	V	NE
Crottaz	-	S	VD
de Buman	+	C	FR
de Courten	=	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
Derder	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ
Dobler	+	RL	SG
Egger Mike	+	V	SG
Egger Thomas	+	C	VS
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	-	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Frei	-	GL	ZH
Fridez	-	S	JU
Friedl	-	S	SG
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	C	LU
Glärner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	+	C	SZ
Gmür-Schönenberger	+	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	-	G	BL
Graf-Litscher	-	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	+	C	JU
Gugger	+	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	+	V	TG
Gysi	-	S	SG
Haab	+	V	ZH
Hadorn	-	S	SO
Hardegger	-	S	ZH
Hausammann	+	V	TG
Heer	+	V	ZH
Heim	-	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	0	V	BE
Hess Lorenz	0	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	+	C	AG
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	-	S	BS
Jauslin	+	RL	AG

Kälin	-	G	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	-	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Kutter	+	C	ZH
Landolt	+	BD	GL
Lohr	+	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	-	S	NE
Marchand-Balet	+	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter	+	V	ZH
Mazzone	-	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	-	S	ZH
Molina	-	S	ZH
Moret	0	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	+	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	+	RL	SG
Müller-Altermatt	+	C	SO
Munz	-	S	SH
Müri	+	V	LU
Naef	-	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	+	C	SG
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	-	S	BE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	0	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	-	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	+	C	TI
Reimann Lukas	+	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	-	S	VS
Riklin Kathy	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	+	C	SG
Rochat Fernandez	-	S	VD
Roduit	+	C	VS
Romano	+	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	-	G	BE
Salzmann	+	V	BE
Sauter	+	RL	ZH
Schenker Silvia	-	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schläpfer	+	V	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	C	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Semadeni	-	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	+	V	BL
Sommaruga Carlo	-	S	GE
Stamm	0	V	AG
Steinemann	+	V	ZH
Streiff	+	C	BE
Thorens Goumaz	0	G	VD
Töngi	-	G	LU
Tornare	-	S	GE
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	+	C	OW
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	+	RL	VD
Weibel	-	GL	ZH
Wermuth	-	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Wüthrich	-	S	BE
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			65		32	28	6	131
- Nein / non / no	11	41		8				60
= Enth. / abst. / ast.			1					1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1		2		1	1	1	6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (mantenere)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza (Marti Min Li (secondo CS))

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 12 cpv. 1 e 2

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 10:20:14

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	0	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	-	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	-	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frei	-	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	-	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	0	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	-	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	-	G	BL	Moser	-	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller Walter	0	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	+	C	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streiff	-	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	-	G	LU
Campell	-	BD	GR	Gugger	-	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	-	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	-	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	-	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	-	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	0	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wehrli	0	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	-	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	-	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			65		31	26		122
- Nein / non / no	12	41		8		2	5	68
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			3		2	1	2	8
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (mantenere)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza I Flach

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 12 cpv. 1 e 2

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 10:21:14

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	0	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frei	+	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneiter	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	+	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	-	G	BL	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	0	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	+	C	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streiff	-	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	-	G	LU
Campell	+	BD	GR	Gugger	-	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	-	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	-	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	0	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wehrli	0	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			66	8	31	26	5	136
- Nein / non / no	12	41				2		55
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2		2	1	2	7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (mantenere)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Il Arslan (stralciare, secondo CS)

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 12 cpv. 3

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 10:22:36

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	+	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	0	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	-	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	-	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	+	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frei	-	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	+	G	BE
Bauer	-	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	=	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	-	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	+	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	+	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	-	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	+	G	BL	Moser	-	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller Walter	0	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	+	C	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streff	+	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	+	G	LU
Campell	-	BD	GR	Gugger	+	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	+	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	-	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	+	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	-	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	0	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	0	C	ZG	Wehrli	0	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	-	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	-	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	9	1	66		29	28		133
- Nein / non / no	3	40		8	1		5	57
= Enth. / abst. / ast.					1			1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2		2	1	2	7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza e della minoranza II Arslan (stralciare)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza I Flach

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 13 (vale anche per l'art. 14 cpv. 2 e 5, art. 15 cpv. 1 lett. g, k e l, art. 17, art 19 cpv. 1 e 2, sezione 7, art. 25, 25a, 25b, 25c, 25d, 26, art. 27 cpv. 1, art. 29 cpv. 1 e 2 bis)

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 10:50:21

Addor	+	V	VS
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Amaudruz	+	V	GE
Ammann	0	C	SG
Amstutz	+	V	BE
Arnold	+	V	UR
Arslan	-	G	BS
Badran Jacqueline	0	S	ZH
Barazzzone	-	C	GE
Barile	-	S	ZH
Bauer	+	RL	NE
Bäumle	-	GL	ZH
Béglé	-	C	VD
Bendahan	-	S	VD
Bertschy	-	GL	BE
Bigler	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU
Borloz	+	RL	VD
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	+	V	GR
Bregy	-	C	VS
Brélaz	-	G	VD
Brunner Hansjörg	+	RL	TG
Büchel Roland	+	V	SG
Buffat	+	V	VD
Bühler	+	V	BE
Bulliard	-	C	FR
Burgherr	+	V	AG
Burkart	+	RL	AG
Campell	+	BD	GR
Candinas	-	C	GR
Carobbio Guscetti	P	S	TI
Cattaneo	+	RL	TI
Chevalley	0	GL	VD
Chiesa	+	V	TI
Clottu	+	V	NE
Crottaz	-	S	VD
de Buman	-	C	FR
de Courten	+	V	BL
de la Reussille	-	G	NE
Derder	+	RL	VD
Detting	+	V	SZ
Dobler	-	RL	SG
Egger Mike	+	V	SG
Egger Thomas	-	C	VS
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	0	RL	AG
Estermann	+	V	LU

Eymann	+	RL	BS
Fehlmann Rielle	-	S	GE
Feller	+	RL	VD
Feri Yvonne	-	S	AG
Fiala	+	RL	ZH
Flach	-	GL	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG
Fluri	+	RL	SO
Frehner	+	V	BS
Frei	-	GL	ZH
Fridez	-	S	JU
Friedl	-	S	SG
Geissbühler	+	V	BE
Genecand	+	RL	GE
Giezendanner	+	V	AG
Girod	0	G	ZH
Glanzmann	-	C	LU
Glärner	+	V	AG
Glättli	-	G	ZH
Glauser	+	V	VD
Gmür Alois	-	C	SZ
Gmür-Schönenberger	-	C	LU
Golay	+	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graf Maya	-	G	BL
Graf-Litscher	-	S	TG
Grin	+	V	VD
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grunder	+	BD	BE
Grüter	+	V	LU
Gschwind	-	C	JU
Gugger	-	C	ZH
Guhl	+	BD	AG
Gutjahr	+	V	TG
Gysi	-	S	SG
Haab	+	V	ZH
Hadorn	-	S	SO
Hardegger	-	S	ZH
Hausammann	+	V	TG
Heer	0	V	ZH
Heim	-	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Erich	+	V	BE
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Humbel	-	C	AG
Hurter Thomas	+	V	SH
Imark	+	V	SO
Jans	0	S	BS
Jauslin	+	RL	AG

Kälin	-	G	AG
Keller Peter	+	V	NW
Keller-Inhelder	+	V	SG
Kiener Nellen	-	S	BE
Knecht	+	V	AG
Köppel	+	V	ZH
Kutter	-	C	ZH
Landolt	+	BD	GL
Lohr	-	C	TG
Lüscher	+	RL	GE
Maire Jacques-André	-	S	NE
Marchand-Balet	-	C	VS
Markwalder	+	RL	BE
Marra	-	S	VD
Marti Min Li	-	S	ZH
Marti Samira	-	S	BL
Martullo	+	V	GR
Masshardt	-	S	BE
Matter	+	V	ZH
Mazzone	-	G	GE
Merlini	+	RL	TI
Meyer Mattea	-	S	ZH
Molina	-	S	ZH
Moret	=	RL	VD
Moser	-	GL	ZH
Müller Leo	-	C	LU
Müller Thomas	+	V	SG
Müller Walter	0	RL	SG
Müller-Altermatt	-	C	SO
Munz	-	S	SH
Mün	+	V	LU
Naef	-	S	ZH
Nantermod	+	RL	VS
Nicolet	+	V	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Nussbaumer	-	S	BL
Paganini	-	C	SG
Page	+	V	FR
Pantani	+	V	TI
Pardini	-	S	BE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	-	C	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	-	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadri	+	V	TI
Regazzi	-	C	TI
Reimann Lukas	+	V	SG

Reimann Maximilian	+	V	AG
Reynard	-	S	VS
Riklin Kathy	-	C	ZH
Rime	+	V	FR
Ritter	-	C	SG
Rochat Fernandez	-	S	VD
Roduit	-	C	VS
Romano	-	C	TI
Rösti	+	V	BE
Ruppen	+	V	VS
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	-	G	BE
Salzmänn	+	V	BE
Sauter	-	RL	ZH
Schenker Silvia	-	S	BS
Schilliger	+	RL	LU
Schläpfer	+	V	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	-	C	BL
Schwander	+	V	SZ
Seiler Graf	-	S	ZH
Semadeni	0	S	GR
Siegenthaler	+	BD	BE
Sollberger	+	V	BL
Sommaruga Carlo	-	S	GE
Stamm	+	V	AG
Steinemann	+	V	ZH
Streiff	-	C	BE
Thorens Goumaz	-	G	VD
Töngi	-	G	LU
Tornare	-	S	GE
Trede	-	G	BE
Tuena	+	V	ZH
Vitali	+	RL	LU
Vogler	-	C	OW
Vogt	+	V	ZH
von Siebenthal	+	V	BE
Walliser	+	V	ZH
Walti Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Wehrli	0	RL	VD
Weibel	-	GL	ZH
Wermuth	0	S	AG
Wobmann	+	V	SO
Wüthrich	-	S	BE
Zanetti Claudio	+	V	ZH
Zuberbühler	+	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			67		27		7	101
- Nein / non / no	11	37		7	2	28		85
= Enth. / abst. / ast.					1			1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	4	1	1	3	1		11
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (mantenere, secondo CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Arlsan (secondo CS)

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 16 cpv. 2

Abstimmung vom / Vote du: 10.09.2019 11:04:22

Addor	0	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	0	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frei	+	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	0	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	0	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	0	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	+	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	+	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	-	G	BL	Moser	0	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	0	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	0	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	+	C	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streiff	-	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Burkart	0	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	-	G	LU
Campell	+	BD	GR	Gugger	-	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	-	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	-	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	0	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	0	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wehrli	0	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	0	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	0	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			65	5	29	26	7	132
- Nein / non / no	11	37				2		50
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	4	3	3	4	1		16
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (mantenere)
Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Arslan (secondo CS)

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 10 cpv. 1 e 3

Abstimmung vom / Vote du: 17.09.2019 08:18:55

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	0	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	0	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Fiala	-	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	0	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	0	S	ZH	Frei	+	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	0	V	VS
Barazzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	0	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	0	C	VD	Giezendanner	0	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	-	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	0	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	+	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	0	RL	VD	Siegenthaler	0	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	-	G	BL	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	+	C	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streiff	+	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	0	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	0	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	-	G	LU
Campell	+	BD	GR	Gugger	+	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	-	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	-	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	0	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	0	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	E	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	-	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	E	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	0	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			58	8	29	26	4	125
- Nein / non / no	11	38			3			52
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			2					2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	8		1	3	3	19
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Marti Min Li (secondo CS)


NATIONALRAT
 Abstimmungsprotokoll

CONSEIL NATIONAL
 Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 13 (vale ancher per art. 13 cpv. 3, art. 14 cpv. 2 e 5, art. 15 cpv. 1 lett. g, k e l, art. 17, art. 19 cpv. 1 e 2, sezione 7 art. 25, art. 25a, art. 25b, art. 25c, art. 25d, art. 26, art. 27 cpv. 1 e art. 29 cpv. 1 e 2bis)

Abstimmung vom / Vote du: 17.09.2019 08:44:43

Addor	-	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	+	G	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG
Aebi Andreas	-	V	BE	Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	-	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	-	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	0	V	ZG	Feri Yvonne	+	S	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Rime	-	V	FR
Amaudruz	-	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	-	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	-	V	ZH	Rochat Fernandez	+	S	VD
Amstutz	0	V	BE	Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	-	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	-	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	+	G	BS	Frehner	-	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	0	V	BE
Badran Jacqueline	0	S	ZH	Frei	+	GL	ZH	Lüscher	-	RL	GE	Ruppen	-	V	VS
Barazzzone	+	C	GE	Fridez	+	S	JU	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	0	V	ZH
Barile	+	S	ZH	Friedl	+	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	+	G	BE
Bauer	-	RL	NE	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmänn	-	V	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	+	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	-	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bendahan	+	S	VD	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schilliger	-	RL	LU
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	-	V	GR	Schläpfer	-	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	-	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borloz	-	RL	VD	Glauser	-	V	VD	Mazzone	+	G	GE	Schneider-Schneiter	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	-	V	SZ
Brand	-	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	+	S	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	-	V	GE	Molina	+	S	ZH	Semadeni	+	S	GR
Brélaz	+	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	=	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	+	G	BL	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	-	V	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Buffat	-	V	VD	Grin	-	V	VD	Müller Thomas	-	V	SG	Stamm	-	V	AG
Bühler	-	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Steinemann	-	V	ZH
Builliard	+	C	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streiff	+	C	BE
Burgherr	-	V	AG	Grüter	0	V	LU	Munz	+	S	SH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Burkart	-	RL	AG	Gschwind	0	C	JU	Mün	-	V	LU	Töngi	+	G	LU
Campell	-	BD	GR	Gugger	+	C	ZH	Naef	+	S	ZH	Tornare	+	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	-	BD	AG	Nantermod	-	RL	VS	Trede	+	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	-	V	TG	Nicolet	-	V	VD	Tuena	-	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	+	S	SG	Nidegger	-	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	0	V	TI	Hadorn	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Vogt	-	V	ZH
Clottu	-	V	NE	Hardegger	+	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	0	V	BE
Crottaz	+	S	VD	Hausammann	-	V	TG	Page	-	V	FR	Walliser	-	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	E	V	ZH	Pantani	-	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	0	V	BL	Heim	+	S	SO	Pardini	+	S	BE	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Herzog	-	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	-	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wehrli	+	RL	VD
Detting	-	V	SZ	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pieren	-	V	BE	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	+	S	FR	Wermuth	+	S	AG
Egger Mike	-	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	-	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	-	V	SH	Quadranti	-	BD	ZH	Wüthrich	+	S	BE
Egloff	E	V	ZH	Imark	-	V	SO	Quadri	-	V	TI	Zanetti Claudio	-	V	ZH
Eichenberger	-	RL	AG	Jans	+	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	-	V	AR
Estermann	-	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	0	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	12	40		8	25	28		113
- Nein / non / no			57		8		4	69
= Enth. / abst. / ast.							1	1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			2					2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	9			1	2	13
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (secondo CS)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Guhl (mantenere)

**NATIONALRAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL NATIONAL**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
Loi sur les services d'identification électronique: Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

Gegenstand / Objet du vote:

Votazione finale

Abstimmung vom / Vote du: 27.09.2019 09:24:12

Addor	+	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	-	G	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebi Andreas	+	V	BE	Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Feller	+	RL	VD	Keller-Inhelder	+	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Feri Yvonne	-	S	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Rime	+	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	+	V	ZH	Rochat Fernandez	-	S	VD
Amstutz	+	V	BE	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	+	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	-	G	BS	Frehner	+	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Frei	+	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	+	V	VS
Barazzone	+	C	GE	Fridez	-	S	JU	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Barile	-	S	ZH	Friedl	-	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	-	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	+	V	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Genecand	+	RL	GE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schenker Silvia	-	S	BS
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	+	V	VD	Mazzone	-	G	GE	Schneider-Schneider	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	+	V	GE	Molina	-	S	ZH	Semadeni	-	S	GR
Brélaz	-	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	-	G	BL	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Buffat	+	V	VD	Grin	+	V	VD	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bühler	+	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Steinemann	+	V	ZH
Bulliard	+	C	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streiff	+	C	BE
Burgherr	+	V	AG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Thorens Goumaz	-	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Müri	+	V	LU	Töngi	-	G	LU
Campell	+	BD	GR	Gugger	+	C	ZH	Naef	-	S	ZH	Tornare	-	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	-	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Gutjahr	+	V	TG	Nicolet	+	V	VD	Tuena	+	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	-	S	SG	Nidegger	+	V	GE	Vitali	+	RL	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	+	V	TI	Hadorn	-	S	SO	Nussbaumer	-	S	BL	Vogt	+	V	ZH
Clottu	+	V	NE	Hardegger	-	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hausammann	+	V	TG	Page	+	V	FR	Walliser	+	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	E	V	BL	Heim	-	S	SO	Pardini	-	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Herzog	+	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	+	V	BE	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	-	S	FR	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	+	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	+	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wüthrich	-	S	BE
Egloff	+	V	ZH	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Zanetti Claudio	+	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	-	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	+	V	AR
Estermann	+	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	+	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si			67	8	33	29	7	144
- Nein / non / no	12	39						51
= Enth. / abst. / ast.		2						2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1					1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto								0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Accettare il progetto
Bedeutung Nein / Signification du non: Respingere il progetto

**Geschäft / Objet:**

18.049-1 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste
 Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)
 Loi sur les services d'identification électronique
 Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)
 Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica
 Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica (Legge sull'eID, LSIE)

Gegenstand / Objet du vote: Vote final**Abstimmung vom / Vote du:** 27.09.2019 09:48:14

Abate	Fabio	+	TI
Baumann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	=	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Caroni	Andrea	+	AR
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	=	GE
Dittli	Josef	+	UR
Eberle	Roland	+	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Fetz	Anita	-	BS
Föhn	Peter	+	SZ
Fournier	Jean-René	P	VS
Français	Olivier	+	VD
Germann	Hannes	+	SH
Graber	Konrad	+	LU
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	+	JU
Hefti	Thomas	+	GL

Hegglin	Peter	+	ZG
Hösli	Werner	+	GL
Janiak	Claude	+	BL
Jositsch	Daniel	=	ZH
Kuprecht	Alex	+	SZ
Levrat	Christian	=	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	+	BE
Maury Pasquier	Liliane	=	GE
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Müller	Philipp	+	AG
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Rieder	Beat	+	VS
Savary	Géraldine	=	VD
Schmid	Martin	+	GR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stöckli	Hans	=	BE
Vonlanthen	Beat	+	FR
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	=	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	35
- Nein / non / no	2
= Enth. / abst. / ast.	8
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Adopter la loi fédérale

Bedeutung Nein / Signification du non:

Rejet



Ablauf der Referendumsfrist: 16. Januar 2020

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)

vom 27. September 2019

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 95 Absatz 1, 96 Absatz 1 und 97 Absatz 1
der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 1. Juni 2018²,
beschliesst:*

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand und Zweck

¹ Dieses Gesetz regelt:

- a. Inhalt, Ausstellung, Verwendung, Sperrung und Widerruf von nach diesem Gesetz anerkannten elektronischen Einheiten, die zur Identifizierung natürlicher Personen verwendet werden (E-ID);
- b. die Anerkennung der Anbieterinnen von elektronischen Identitätsdienstleistungen (Identity-Provider, IdP) sowie die Aufsicht über sie;
- c. die staatliche Identifizierung der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID und die Lieferung von Personenidentifizierungsdaten an die IdP;
- d. die Rechte und Pflichten der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID;
- e. die Rechte und Pflichten der Betreiberinnen von E-ID-verwendenden Diensten.

² Es hat zum Zweck:

- a. die sichere Identifizierung im elektronischen Geschäftsverkehr unter Privaten und mit Behörden zu fördern;

SR ...

¹ SR **101**

² BBl **2018** 3915

- b. den Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen, über die Daten bearbeitet werden, zu gewährleisten; und
- c. die Standardisierung und die Interoperabilität der E-ID sicherzustellen.

³ Das Gesetz und die darauf gestützten Verordnungen beachten den Grundsatz der Technologieneutralität.

Art. 2 Begriffe

In diesem Gesetz bedeuten:

- a. *E-ID-System*: elektronisches System, das von einem IdP für die Ausstellung, Verwaltung und Anwendung von E-ID betrieben wird;
- b. *E-ID-verwendender Dienst*: eine Informatikanwendung, gegenüber der sich E-ID-Inhaberinnen und -Inhaber über ein E-ID-System identifizieren.

2. Abschnitt:

Ausstellung, Arten und Inhalt sowie Sperrung und Widerruf von E-ID

Art. 3 Persönliche Voraussetzungen

¹ Folgende Personen können eine E-ID beantragen:

- a. Schweizerinnen und Schweizer, die zum Zeitpunkt der Ausstellung der E-ID über einen gültigen Schweizer Ausweis nach dem Ausweisgesetz vom 22. Juni 2001³ verfügen;
- b. Ausländerinnen und Ausländer:
 - 1. die zum Zeitpunkt der Ausstellung der E-ID im Besitz eines gültigen, nach Artikel 13 Absatz 1 des Ausländer- und Integrationsgesetzes vom 16. Dezember 2005⁴ anerkannten Ausweispapiers sind oder über eine gültige Legitimationskarte nach der Gaststaatgesetzgebung verfügen, oder
 - 2. deren Identität zum Zeitpunkt der Ausstellung der E-ID in einem besonderen Identifizierungsverfahren verlässlich festgestellt werden konnte.

² Der Bundesrat legt die Verfahren fest für die Überprüfung der Ausweise von Schweizerinnen und Schweizern und für die Überprüfung der Ausweise sowie der Identität von Ausländerinnen und Ausländern.

Art. 4 Sicherheitsniveaus

¹ E-ID werden für die Sicherheitsniveaus niedrig, substanziell und hoch ausgestellt. Diese bieten folgenden Schutz:

³ SR 143.1

⁴ SR 142.20

- a. *niedrig*: Minderung der Gefahr von Identitätsmissbrauch und Identitätsveränderung;
- b. *substanziell*: hoher Schutz gegen Identitätsmissbrauch und Identitätsveränderung;
- c. *hoch*: höchstmöglicher Schutz gegen Identitätsmissbrauch und Identitätsveränderung.

² Die verschiedenen Sicherheitsniveaus unterscheiden sich durch:

- a. den Prozess, wie die E-ID ausgestellt wird, und die Regeln für deren Anwendung;
- b. den Betrieb des E-ID-Systems, insbesondere die Aktualisierung der Personenidentifizierungsdaten.

³ Eine für ein bestimmtes Sicherheitsniveau ausgestellte E-ID kann auch auf einem tieferen Sicherheitsniveau eingesetzt werden.

⁴ Der Bundesrat regelt die verschiedenen Sicherheitsniveaus, insbesondere die Mindestanforderungen an die Identifizierung; er berücksichtigt dabei den jeweiligen Stand der Technik.

Art. 5 Personenidentifizierungsdaten

¹ Für das Sicherheitsniveau niedrig enthält die E-ID die folgenden Personenidentifizierungsdaten:

- a. E-ID-Registrierungsnummer;
- b. amtlicher Name;
- c. Vornamen;
- d. Geburtsdatum.

² Für das Sicherheitsniveau substanziell enthält die E-ID zusätzlich folgende Personenidentifizierungsdaten:

- a. Geschlecht;
- b. Geburtsort;
- c. Staatsangehörigkeit.

³ Für das Sicherheitsniveau hoch enthält die E-ID zusätzlich das Gesichtsbild aus dem Informationssystem nach Artikel 24.

⁴ Soweit dies für die Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist, kann das Bundesamt für Polizei (fedpol) die Personenidentifizierungsdaten mit zusätzlichen Informationen über die letzte Aktualisierung der Daten im Informationssystem nach Artikel 24 versehen.

Art. 6 Ausstellungsprozess

¹ Wer eine E-ID will, beantragt deren Ausstellung über einen IdP bei fedpol. Die initiale Überprüfung der beanspruchten Identität kann in einer für die Ausstellung

von Ausweisen verantwortlichen Stelle nach Artikel 4 des Ausweisgesetzes vom 22. Juni 2001⁵ erfolgen.

² Fedpol übermittelt dem IdP die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5, sofern die antragstellende Person:

- a. die persönlichen Voraussetzungen nach Artikel 3 erfüllt;
- b. entsprechend dem beantragten Sicherheitsniveau identifiziert wurde;
- c. in die Übermittlung eingewilligt hat.

³ Es protokolliert die Datenübermittlungen im Zusammenhang mit dem Ausstellungsprozess.

⁴ Der IdP ordnet die Personenidentifizierungsdaten der E-ID zu und stellt die E-ID der antragstellenden Person aus.

⁵ Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zum Ausstellungsprozess, insbesondere:

- a. zum genauen Ablauf;
- b. zu den für die Identifizierung zu verwendenden Personenidentifizierungsdaten.

Art. 7 Aktualisierung der Personenidentifizierungsdaten

Der IdP aktualisiert die von ihm geführten Personenidentifizierungsdaten, indem er bei fedpol eine automatisierte Abfrage anhand der E-ID-Registrierungsnummer wie folgt vornimmt:

- a. für E-ID des Sicherheitsniveaus niedrig: jährlich;
- b. für E-ID des Sicherheitsniveaus substanziell: quartalsweise;
- c. für E-ID des Sicherheitsniveaus hoch: wöchentlich.

Art. 8 Systematische Verwendung der Versichertennummer zum Datenaustausch

¹ Fedpol verwendet beim elektronischen Datenaustausch mit den Personenregistern nach Artikel 24 Absatz 3 die Versichertennummer nach Artikel 50c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946⁶ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Versichertennummer) systematisch zur Identifizierung von Personen.

² Es darf zur Identifizierung von Personen die Versichertennummer durch ein Abrufverfahren denjenigen Betreiberinnen von E-ID verwendenden Diensten zugänglich machen, die zur systematischen Verwendung der Versichertennummer berechtigt sind.

⁵ SR 143.1

⁶ SR 831.10

Art. 9 Datenbearbeitung

¹ IdP dürfen von fedpol übermittelte Personenidentifizierungsdaten nur bearbeiten, bis die E-ID widerrufen wird, und nur für Identifizierungen nach diesem Gesetz.

² Für E-ID des Sicherheitsniveaus substanziell dürfen sie das Gesichtsbild aus dem Informationssystem nach Artikel 24 nur während des Ausstellungsprozesses verwenden.

³ Folgende Kategorien von Daten sind getrennt zu halten, so dass ihre Sicherheit auch gewährleistet werden kann, wenn die Sicherheit einer anderen Kategorie kompromittiert ist:

- a. die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5;
- b. die Nutzungsdaten;
- c. die übrigen Daten.

Art. 10 Subsidiäres E-ID-System des Bundes

¹ Falls die Zwecke nach Artikel 1 Absatz 2 nicht erfüllt werden, kann:

- a. der Bundesrat eine Verwaltungseinheit damit beauftragen, ein E-ID-System zu betreiben und eine E-ID auszustellen; oder
- b. der Bund sich an entsprechenden Unternehmen beteiligen.

² Die Bestimmungen über IdP sind in diesen Fällen auf die betreffende Verwaltungseinheit anwendbar.

Art. 11 Sperrung und Widerruf

¹ Besteht die Gefahr, dass eine Drittperson Zugang zu einer E-ID haben könnte, oder wird der Verlust oder der Verdacht auf Missbrauch gemeldet, so muss der IdP die E-ID unverzüglich sperren. Vor der Sperrung prüft er die Meldung.

² Er informiert die Inhaberin oder den Inhaber der E-ID unverzüglich über die Sperrung.

³ Fedpol erklärt eine E-ID-Registrierungsnummer im Todesfall der Inhaberin oder des Inhabers der E-ID für ungültig.

⁴ Der IdP widerruft die E-ID, die diese Nummer enthalten.

⁵ Der Bundesrat regelt die Sperrung und den Widerruf einer E-ID.

3. Abschnitt: Inhaberinnen und Inhaber von E-ID

Art. 12

¹ Die Inhaberin oder der Inhaber einer E-ID hat die nach den Umständen notwendigen und zumutbaren Massnahmen zu treffen, damit seine E-ID nicht missbräuchlich verwendet werden kann.

² Wird für eine Informatikanwendung im Sinne von Artikel 2 Buchstabe b eine Identifizierung des Sicherheitsniveaus niedrig angewendet, muss für diese Anwendung auch ein Zugang ohne E-ID möglich sein. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen.

4. Abschnitt: Anbieterinnen von elektronischen Identitätsdienstleistungen

Art. 13 Anerkennung

¹ IdP, die E-ID nach diesem Gesetz ausstellen wollen, brauchen eine Anerkennung der Eidgenössischen E-ID-Kommission (EIDCOM). Die EIDCOM erteilt die Anerkennung nach Anhörung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB).

² Ein IdP wird anerkannt, wenn er:

- a. im Handelsregister eingetragen ist; bei Verwaltungseinheiten des Bundes, der Kantone und Gemeinden ist ein Eintrag im Handelsregister nicht notwendig;
- b. Gewähr bietet, dass die für die E-ID-Systeme verantwortlichen Personen kein Risiko für die Sicherheit darstellen;
- c. Personen mit den erforderlichen Fachkenntnissen, Erfahrungen und Qualifikationen beschäftigt;
- d. Gewähr bietet, dass die von ihm betriebenen E-ID-Systeme die für das jeweilige Sicherheitsniveau vorgesehenen Anforderungen erfüllen;
- e. die Daten im E-ID-System nach schweizerischem Recht in der Schweiz hält und bearbeitet;
- f. über eine ausreichende Versicherung zur Deckung der Haftpflicht nach Artikel 32 oder gleichwertige finanzielle Sicherheiten verfügt;
- g. Gewähr bietet für die Einhaltung des anwendbaren Rechts, namentlich dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen.

³ Die Anerkennung wird für drei Jahre erteilt.

⁴ Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zu den Voraussetzungen für die Anerkennung, insbesondere zu:

- a. den fachlichen und sicherheitsbezogenen Anforderungen und deren Überprüfung;

- b. der notwendigen Versicherungsdeckung beziehungsweise zu den gleichwertigen finanziellen Sicherheiten;
- c. den auf die E-ID-Systeme anwendbaren Standards und technischen Protokollen sowie zur regelmässigen Überprüfung dieser Systeme.

Art. 14 Erlöschen der Anerkennung

¹ Die Anerkennung erlischt, wenn der IdP seine Geschäftstätigkeit aufgibt oder gegen ihn der Konkurs eröffnet wird. Die E-ID-Systeme sind weder pfändbar noch fallen sie in die Konkursmasse.

² Der IdP meldet der EIDCOM die geplante Aufgabe der Geschäftstätigkeit; dabei gibt er an, wie er mit den ausgestellten E-ID zu verfahren beabsichtigt.

³ Die E-ID-Systeme eines IdP, der seine Geschäftstätigkeit aufgibt oder gegen den der Konkurs eröffnet wurde, können von einem andern anerkannten IdP übernommen werden. Der Erlös aus der Übernahme ist Teil einer allfälligen Konkursmasse.

⁴ Die Daten der Inhaberin oder des Inhabers einer E-ID, der oder die in die Übernahme nicht eingewilligt hat, sind zu vernichten.

⁵ Werden die E-ID-Systeme von keinem anderen IdP übernommen, so ordnet die EIDCOM an, dass der Bund sie ohne Entgelt übernimmt oder dass die darin enthaltenen Daten vernichtet werden.

Art. 15 Pflichten

¹ Der IdP hat folgende Pflichten:

- a. Er sorgt für das korrekte Funktionieren und den sicheren Betrieb des E-ID-Systems.
- b. Er stellt die E-ID für alle Personen aus, die die persönlichen Voraussetzungen nach Artikel 3 erfüllen.
- c. Er gestaltet das E-ID-System so aus, dass die Gültigkeit aller E-ID, die er ausstellt, mit einem gebräuchlichen Verfahren jederzeit zuverlässig und kostenlos überprüft werden kann.
- d. Er gestaltet das E-ID-System so aus, dass für Menschen mit Behinderung keine Benachteiligung bei der Beantragung einer E-ID entsteht.
- e. Er hält die Sicherheitsanforderungen nach Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe d ein.
- f. Er aktualisiert die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 7.
- g. Er meldet fedpol Fehler in den Personenidentifizierungsdaten, die ihm zur Kenntnis gebracht wurden oder die er selber entdeckt.
- h. Er meldet der EIDCOM sicherheitsrelevante Vorkommnisse im E-ID-System oder beim Einsatz der E-ID, die ihm zur Kenntnis gebracht wurden oder die er selber entdeckt.

- i. Er holt von der Inhaberin oder dem Inhaber der E-ID das ausdrückliche Einverständnis ein, wenn er einer Betreiberin eines E-ID-verwendenden Dienstes Personenidentifizierungsdaten zum ersten Mal übermittelt.
- j. Er gewährt der Inhaberin oder dem Inhaber der E-ID online Zugang zu den Daten, die bei der Anwendung der E-ID entstehen, sowie zu deren oder dessen Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5.
- k. Er vernichtet die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, nach sechs Monaten.
- l. Er erarbeitet Muster für die Vereinbarungen mit Betreiberinnen von E-ID-verwendenden Diensten und legt sie dem EDÖB vor.
- m. Er meldet der EIDCOM alle geplanten Änderungen an seinem E-ID-System und an seiner Geschäftstätigkeit, die die Erfüllung der Anforderungen nach Artikel 13 und der Pflichten nach den Buchstaben a–l in Frage stellen könnten.

² Er sorgt für einen Kundendienst, der es erlaubt, Meldungen über Störungen oder Verlust einer E-ID entgegenzunehmen und zu bearbeiten.

³ Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zur Ausgestaltung der E-ID-Systeme und zu den Meldungen nach Absatz 1 Buchstaben g, h und m und Artikel 14 Absatz 2.

Art. 16 Datenweitergabe und Datennutzung

¹ Der IdP darf Betreiberinnen von E-ID-verwendenden Diensten nur die Personenidentifizierungsdaten weitergeben:

- a. die dem geforderten Sicherheitsniveau entsprechen;
- b. die für die Identifizierung der betreffenden Person im Einzelfall notwendig sind; und
- c. in deren Übermittlung die Inhaberin oder der Inhaber der E-ID eingewilligt hat.

² Dritten darf er die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5, die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, und darauf basierende Nutzungsprofile weder bekannt geben noch diese Daten zu anderen Zwecken als zur Umsetzung der in Artikel 15 genannten Pflichten nutzen. Die Datenbearbeitung durch Dritte nach Artikel 10a des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992⁷ über den Datenschutz bleibt vorbehalten.

³ Die E-ID Registrierungsnummer darf er nur Behörden oder andere Stellen bekannt geben, die öffentliche Aufgaben erfüllen.

⁷ SR 235.1

Art. 17 Zugang zu einer E-ID

Stammt mehr als die Hälfte aller ausgestellten E-ID von demselben IdP oder stammen mehr als 60 Prozent von zwei IdP und gibt es glaubhafte Hinweise, dass eine Art von E-ID, die breiten Bevölkerungskreisen angeboten wird, wiederholt Antragstellerinnen und Antragstellern, die die Voraussetzungen nach Artikel 3 erfüllen, nicht zugänglich war, so verpflichtet die EIDCOM die betreffenden IdP, diese Art von E-ID allen Personen zu denselben Bedingungen zugänglich zu machen.

Art. 18 Interoperabilität

¹ IdP akzeptieren ihre E-ID-Systeme gegenseitig und stellen sicher, dass die E-ID-Systeme interoperabel sind.

² In Bezug auf die gegenseitige Abgeltung gelten die IdP als marktmächtig im Sinne von Artikel 2 des Preisüberwachungsgesetzes vom 20. Dezember 1985⁸ (PüG) und die entsprechenden Preise gelten nicht als Ergebnis wirksamen Wettbewerbs im Sinne von Artikel 12 PüG.

³ Der Bundesrat erlässt die technischen Vorschriften; er legt insbesondere die Schnittstellen fest.

Art. 19 Aufsichtsmaßnahmen und Entzug der Anerkennung

¹ Wenn ein IdP dieses Gesetz, seine Ausführungsbestimmungen oder Pflichten, die ihm die EIDCOM auferlegt hat, missachtet, namentlich wenn er die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht mehr erfüllt, so ordnet die EIDCOM die Massnahmen an, die er zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes zu ergreifen hat, und setzt ihm eine angemessene Frist dazu an.

² Sie kann dem IdP die Anerkennung entziehen, wenn dieser den rechtmässigen Zustand nicht fristgemäss wiederherstellt.

³ Der Bundesrat regelt das Verfahren zum Entzug der Anerkennung.

5. Abschnitt: Betreiberinnen von E-ID-verwendenden Diensten**Art. 20** Vereinbarung mit einem IdP

Wer einen E-ID-verwendenden Dienst betreiben will, braucht eine Vereinbarung mit einem IdP. Die Vereinbarung regelt insbesondere:

- a. welche Sicherheitsniveaus zur Anwendung kommen;
- b. welche technischen und organisatorischen Prozesse einzuhalten sind.

⁸ SR 942.20

Art. 21 Verwendung der E-ID-Registrierungsnummer

Die Betreiberinnen von E-ID-verwendenden Diensten dürfen die E-ID-Registrierungsnummer zur Identifizierung von Personen verwenden.

Art. 22 Zu akzeptierende E-ID

Jede E-ID, die für das geforderte Sicherheitsniveau ausgestellt wurde, ist zu akzeptieren von:

- a. den Betreiberinnen von E-ID-verwendenden Diensten;
- b. Behörden oder anderen Stellen, die öffentliche Aufgaben erfüllen, sofern sie beim Vollzug von Bundesrecht eine elektronische Identifizierung vornehmen.

6. Abschnitt: Funktion des Bundesamtes für Polizei**Art. 23** Aufgaben und Pflichten

¹ Fedpol ordnet die E-ID-Registrierungsnummer den entsprechenden Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5 zu und übermittelt diese dem IdP.

² Es stellt sicher, dass der IdP mit einem gebräuchlichen Verfahren die Gültigkeit der E-ID-Registrierungsnummer jederzeit zuverlässig überprüfen kann.

³ Der Bundesrat bezeichnet die für die Übermittlung anwendbaren Standards und technischen Protokolle und regelt, wie vorzugehen ist, falls verschiedene Personenregister widersprüchliche Daten übermitteln.

Art. 24 Informationssystem

¹ Fedpol führt ein Informationssystem; dieses enthält insbesondere:

- a. die Protokolldaten des Ausstellungsprozesses nach Artikel 6;
- b. die Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5 sowie deren Herkunft und Angaben zu deren Aktualisierung;
- c. die Versichertennummern.

² Das Informationssystem dient:

- a. der Entgegennahme der Anträge und Einverständniserklärungen der antragstellenden Person;
- b. der automatisierten Erfüllung der Aufgaben von fedpol bei der Ausstellung von E-ID;
- c. der Aktualisierung der Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 7;
- d. der Prüfung der Gültigkeit einer E-ID-Registrierungsnummer nach Artikel 23 Absatz 2.

³ Das Informationssystem unterhält zum Bezug und Abgleich der Personenidentifizierungsdaten nach Artikel 5 Schnittstellen zu den folgenden Personenregistern:

- a. Informationssystem Ausweisschriften des fedpol;
- b. zentrales Migrationsinformationssystem (ZEMIS) des Staatssekretariats für Migration;
- c. informatisiertes Personenstandsregister (Infostar) des Bundesamtes für Justiz;
- d. Informationssystem Ordipro des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten;
- e. zentrales Versichertenregister (ZAS-UIP) der Zentralen Ausgleichsstelle.

⁴ Der Bundesrat legt die technischen und organisatorischen Massnahmen zur sicheren Bearbeitung und Weitergabe der Personenidentifizierungsdaten fest.

7. Abschnitt: Eidgenössische E-ID-Kommission

Art. 25 Organisation

¹ Der Bundesrat bestellt die Eidgenössische E-ID-Kommission (EIDCOM). Sie besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern. Der Bundesrat wählt die Mitglieder und bezeichnet die Präsidentin oder den Präsidenten sowie die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten.

² Die Mitglieder müssen unabhängige Sachverständige sein. Sie dürfen nicht Organen von juristischen Personen oder Behörden angehören, die Tätigkeiten als IdP ausüben, oder in einem Dienstleistungsverhältnis zu solchen juristischen Personen oder Behörden stehen.

³ Die EIDCOM ist dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) administrativ zugeordnet und verfügt über ein eigenes Sekretariat.

⁴ Sie untersteht in ihren Entscheiden weder Weisungen des Bundesrates noch des EJPD. Sie ist von den Verwaltungsbehörden unabhängig.

⁵ Sie kann das fedpol beim Vollzug dieses Gesetzes beiziehen und ihm Weisungen erteilen.

⁶ Sie erlässt ein Reglement über ihre Organisation und Geschäftsführung, das der Genehmigung des Bundesrates bedarf.

⁷ Die Kosten der EIDCOM werden durch Verwaltungsgebühren gedeckt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 26 Aufgaben und Zuständigkeiten

¹ Die EIDCOM überwacht die Einhaltung dieses Gesetzes. Sie trifft die Entscheide und erlässt die Verfügungen, die für den Vollzug dieses Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen notwendig sind.

² Sie ist insbesondere zuständig für:

- a. die Anerkennung von IdP, die Aufsicht über sie, die Anordnung von Massnahmen sowie den Entzug der Anerkennung;
- b. die Veröffentlichung einer Liste der IdP und von deren E-ID-Systemen;
- c. den Entscheid im Streitfall über Fragen des Zugangs zu einer E-ID und der Interoperabilität.

³ Sie beobachtet und überwacht die Entwicklung der IdP und von deren E-ID-Systemen im Hinblick auf ein sicheres, vielfältiges und erschwingliches Angebot von elektronischen Identitätsdienstleistungen.

⁴ Sie schlägt dem Bundesrat gegebenenfalls geeignete Massnahmen zur Sicherstellung der Versorgung mit elektronischen Identitätsdienstleistungen vor.

⁵ Sie orientiert die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und erstattet dem Bundesrat jährlich einen Tätigkeitsbericht.

Art. 27 Aufgaben des Sekretariats

¹ Das Sekretariat bereitet die Geschäfte der EIDCOM vor, führt die Verfahren durch und erlässt zusammen mit dem Präsidium die verfahrensleitenden Verfügungen. Es stellt der EIDCOM Antrag und vollzieht ihre Entscheide.

² Es gibt Stellungnahmen ab und berät Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID, Ämstellen und Unternehmen bei Fragen zu diesem Gesetz.

³ Es verkehrt mit IdP, Behörden und Dritten direkt und erlässt selbstständig Verfügungen, soweit dies das Geschäftsreglement vorsieht.

⁴ Es kann in den Betrieb eines IdP eingreifen, sofern die Verhältnisse es erfordern; es informiert die EIDCOM unverzüglich.

⁵ Es vertritt die EIDCOM vor eidgenössischen und kantonalen Gerichten.

⁶ Die EIDCOM kann dem Sekretariat weitere Aufgaben übertragen.

Art. 28 Personal des Sekretariats

¹ Der Bundesrat wählt die Direktorin oder den Direktor des Sekretariats. Die EIDCOM stellt das übrige Personal des Sekretariats an.

² Das Dienstverhältnis richtet sich nach der Personalgesetzgebung des Bundes.

Art. 29 Amts- und Geschäftsgeheimnis

Die EIDCOM darf keine Amts- und Geschäftsgeheimnisse preisgeben.

Art. 30 Bearbeitung von Personendaten

¹ Die EIDCOM führt für die Anerkennung von IdP sowie für die Aufsicht über sie ein Informationssystem; dieses enthält insbesondere:

- a. die im Anerkennungsprozess vom IdP gelieferten Daten, Unterlagen und Nachweise;
- b. die Meldungen nach den Artikeln 14 Absatz 2 und 15 Absatz 1 Buchstaben h und m;
- c. die Aufsichtsmaßnahmen.

² Sie darf zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Persönlichkeitsprofile und Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten über strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen bearbeiten.

8. Abschnitt: Gebühren

Art. 31

¹ Fedpol und EIDCOM erheben von den IdP für ihre Verfügungen und Dienstleistungen Gebühren.

² Für Abfragen zur Gültigkeit der E-ID-Registrierungsnummer nach Artikel 23 Absatz 2 werden keine Gebühren erhoben.

³ Der Bundesrat regelt die Gebühren im Rahmen von Artikel 46a des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997⁹. Er kann bei der Festlegung der Höhe der Gebühren für die Übermittlung von Personenidentifizierungsdaten insbesondere berücksichtigen, ob es um die Erstübermittlung oder die Aktualisierung von Personenidentifizierungsdaten geht und ob ein IdP die E-ID der Bezügerin oder dem Bezüger unentgeltlich ausstellt und zur Nutzung überlässt.

9. Abschnitt: Haftung

Art. 32

¹ Die Haftung der Inhaberinnen und Inhaber einer E-ID, der Betreiberin von E-ID-verwendenden Diensten sowie des IdP richtet sich nach dem Obligationenrecht¹⁰.

² Die Haftung des Bundes richtet sich nach dem Verantwortlichkeitsgesetz vom 14. März 1958¹¹.

⁹ SR 172.010

¹⁰ SR 220

¹¹ SR 170.32

10. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 33 Übergangsbestimmung

¹ Die EIDCOM anerkennt bis drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Antrag eines IdP von diesem ausgestellte elektronische Identifizierungseinheiten:

- a. als E-ID des Sicherheitsniveaus niedrig, wenn:
 - 1. die Inhaberin oder der Inhaber die Voraussetzungen nach Artikel 3 erfüllt,
 - 2. die Inhaberin oder der Inhaber sich damit einverstanden erklärt hat, und
 - 3. die Ausweisnummer sowie amtlicher Name, Vornamen und Geburtsdatum mit den Personenidentifizierungsdaten im Informationssystem nach Artikel 24 übereinstimmen;
- b. als E-ID des Sicherheitsniveaus substanziell, wenn zusätzlich eine Identifizierung in einem gesetzlich geregelten und beaufsichtigten Verfahren durchgeführt wurde, das eine vergleichbare Sicherheit bietet wie die nach diesem Gesetz vorgesehenen Verfahren.

² Wer ein gültiges qualifiziertes Zertifikat nach Artikel 2 Buchstabe h des Bundesgesetzes vom 18. März 2016¹² über die elektronische Signatur besitzt, kann damit, sofern die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe a Ziffern 1 und 3 erfüllt sind, bis drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei einem IdP beantragen, ihr oder ihm ohne weitere Identifizierung eine E-ID des Sicherheitsniveaus substanziell auszustellen.

³ Die EIDCOM berücksichtigt bei der Anerkennung nach Artikel 13 bis drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes das Ergebnis der Zertifizierung eines Herausgebers von Identifikationsmitteln nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 2015¹³ über das elektronische Patientendossier.

⁴ Der Bundesrat erlässt nähere Vorschriften zu den Ausstellungsverfahren.

Art. 34 Änderung anderer Erlasse

Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.

¹² SR 943.03

¹³ SR 816.1

Art. 35 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 27. September 2019

Ständerat, 27. September 2019

Die Präsidentin: Marina Carobbio Guscetti

Der Präsident: Jean-René Fournier

Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Die Sekretärin: Martina Buol

Datum der Veröffentlichung: 8. Oktober 2019¹⁴

Ablauf der Referendumsfrist: 16. Januar 2020

¹⁴ BBl 2019 6567

Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003¹⁵ über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich

Art. 9 Abs. 1 Bst. c und 2 Bst. c Ziff. 3

¹ Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Ausländerbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

- c. den Bundesbehörden im Bereich des Polizeiwesens ausschliesslich zur Personenidentifizierung bei:
 - 1. dem polizeilichen Nachrichtenaustausch,
 - 2. sicherheits- und gerichtspolizeilichen Ermittlungen,
 - 3. Auslieferungsverfahren,
 - 4. Rechts- und Amtshilfe,
 - 5. der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung,
 - 6. der Bekämpfung der Geldwäscherei, des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens,
 - 7. der Kontrolle von Ausweisschriften,
 - 8. der Zuordnung und Aktualisierung von Personenidentifizierungsdaten nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019¹⁶,
 - 9. Nachforschungen nach vermissten Personen,
 - 10. der Kontrolle der Eingaben im automatisierten Polizeifahndungssystem nach Artikel 15 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008¹⁷ über die polizeilichen Informationssysteme (BPI);

² Das SEM kann die von ihm oder in seinem Auftrag im Informationssystem bearbeiteten Daten des Asylbereichs folgenden Behörden oder Stellen durch ein Abrufverfahren zugänglich machen:

- c. den Bundesbehörden im Bereich des Polizeiwesens:
 - 3. zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem E-ID-Gesetz;

¹⁵ SR 142.51

¹⁶ SR ...

¹⁷ SR 361

2. Ausweisgesetz vom 22. Juni 2001¹⁸

Art. 1 Abs. 3 zweiter Satz

³ ... Diese Personen können auch ausländische Staatsangehörige sein.

Art. 11 Abs. 1 Einleitungssatz, Bst. k und 2

¹ Das Bundesamt für Polizei führt ein Informationssystem. Dieses System enthält die im Ausweis aufgeführten und gespeicherten Daten einer Person und zusätzlich folgende Daten:

- k. die Versichertennummer nach dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946¹⁹ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung.

² Die Datenbearbeitung dient:

- a. der Ausstellung von Ausweisen;
- b. der Verhinderung einer unberechtigten Ausstellung eines Ausweises;
- c. der Verhinderung missbräuchlicher Verwendung von Ausweisen;
- d. der Ausstellung und Aktualisierung von elektronischen Identifizierungseinheiten nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019²⁰.

Art. 12 Abs. 2 Bst. g

² Folgende Behörden oder Stellen können zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Daten im Abrufverfahren abfragen:

- g. die Konsularische Direktion des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten zur Personenidentifizierung.

Art. 14 Verbot von Paralleldatensammlungen

Das Führen von Paralleldatensammlungen ist untersagt. Nicht untersagt ist:

- a. das befristete Aufbewahren der Antragsformulare bei der ausstellenden Behörde;
- b. die Bearbeitung von Personenidentifizierungsdaten nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019²¹ durch das Bundesamt für Polizei, insbesondere im Informationssystem nach Artikel 24 des E-ID-Gesetzes, und durch die Anbieterinnen von elektronischen Identitätsdienstleistungen.

¹⁸ SR 143.1
¹⁹ SR 831.10
²⁰ SR ...
²¹ SR ...

3. Zivilgesetzbuch²²

Art. 43a Abs. 4 Ziff. 9

⁴ Auf Daten, die für die Überprüfung der Identität einer Person notwendig sind, haben im Abrufverfahren Zugriff:

9. das Bundesamt für Polizei zur Erfüllung seiner Aufgaben nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019²³.

4. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946²⁴ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

Art. 50a Abs. 1 Bst. b^{quater}

¹ Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Organe, die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betraut sind, Daten in Abweichung von Artikel 33 ATSG²⁵ bekannt geben:

- ^{b^{quater}} dem Bundesamt für Polizei zur Erfüllung seiner Aufgaben nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019²⁶;

5. Bundesgesetz vom 18. März 2016²⁷ über die elektronische Signatur

Art. 9 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Wird der Identitätsnachweis durch eine E-ID des Sicherheitsniveaus substanziell nach dem E-ID-Gesetz vom 27. September 2019²⁸ erbracht, so muss die betreffende Person nicht persönlich erscheinen.

²² SR 210

²³ SR ...

²⁴ SR 831.10

²⁵ SR 830.1

²⁶ SR ...

²⁷ SR 943.03

²⁸ SR ...



Délai référendaire: 16 janvier 2020

Loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE)

du 27 septembre 2019

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu les art. 95, al. 1, 96, al. 1, et 97, al. 1, de la Constitution¹,
vu le message du Conseil fédéral du 1^{er} juin 2018²,
arrête:*

Section 1 Dispositions générales

Art. 1 Objet et but

¹ La présente loi règle:

- a. le contenu, l'établissement, l'utilisation, le blocage et la révocation des moyens électroniques utilisés pour l'identification d'une personne physique qui sont reconnus au sens de la présente loi (e-ID);
- b. la reconnaissance et la surveillance des fournisseurs de services d'identification électronique (fournisseurs d'identité);
- c. l'identification par l'Etat des titulaires d'une e-ID et la fourniture des données d'identification personnelle aux fournisseurs d'identité;
- d. les droits et les obligations des titulaires d'une e-ID;
- e. les droits et les obligations des exploitants d'un service utilisateur.

² Elle vise:

- a. à promouvoir une identification sûre dans le cadre des transactions électroniques entre personnes privées et entre personnes privées et autorités;

RS ...

¹ RS **101**

² FF **2018** 4031

- b. à protéger la personnalité et les droits fondamentaux des personnes dont les données font l'objet d'un traitement, et
- c. à assurer la normalisation et l'interopérabilité des e-ID.

³ La loi et les ordonnances qui s'y rapportent respectent le principe de la neutralité technologique.

Art. 2 Définitions

Au sens de la présente loi, on entend par:

- a. *système e-ID*: un système électronique géré par un fournisseur d'identité pour l'établissement, la gestion et l'utilisation des e-ID;
- b. *service utilisateur*: une application informatique permettant aux titulaires d'une e-ID de s'identifier via un système e-ID.

Section 2 E-ID: établissement, types, contenu, blocage et révocation

Art. 3 Conditions personnelles

¹ Peuvent demander une e-ID les personnes suivantes:

- a. tout ressortissant suisse qui, au moment de l'établissement de l'e-ID, est titulaire d'un document d'identité suisse valable au sens de la loi du 22 juin 2001 sur les documents d'identité³;
- b. tout étranger:
 - 1. qui, au moment de l'établissement de l'e-ID, est titulaire d'une pièce de légitimation valable et reconnue au sens de l'art. 13, al. 1, de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration⁴ ou d'une carte de légitimation valable au sens de la législation sur l'Etat hôte, ou
 - 2. dont l'identité a pu, au moment de l'établissement de l'e-ID, être déterminée de façon fiable dans le cadre d'une procédure spéciale d'identification.

² Le Conseil fédéral détermine les procédures qui permettent de vérifier les documents d'identité des ressortissants suisses ainsi que les documents de légitimation et l'identité des étrangers.

Art. 4 Niveau de garantie

¹ Peuvent être établies des e-ID offrant des niveaux de garantie faible, substantiel ou élevé. Ces niveaux de garantie se caractérisent par les degrés de fiabilité suivants:

³ RS 143.1
⁴ RS 142.20

- a. *faible*: réduction du risque d'utilisation abusive ou d'altération de l'identité;
- b. *substantiel*: protection élevée contre le risque d'utilisation abusive ou d'altération de l'identité;
- c. *élevé*: protection la plus élevée possible contre le risque d'utilisation abusive ou d'altération de l'identité.

² Le niveau de garantie est déterminé:

- a. par le processus d'établissement de l'e-ID et par les exigences applicables à son utilisation;
- b. par la gestion du système e-ID, en particulier la mise à jour des données d'identification personnelle.

³ Une e-ID d'un niveau de garantie donné peut être utilisée pour des services utilisateurs qui requièrent un niveau de garantie inférieur.

⁴ Le Conseil fédéral réglemente les différents niveaux de garantie et en particulier les exigences minimales d'identification, en tenant compte de l'état actuel de la technique.

Art. 5 Données d'identification personnelle

¹ Une e-ID d'un niveau de garantie faible contient les données d'identification personnelle suivantes:

- a. le numéro d'enregistrement de l'e-ID;
- b. le nom d'état civil;
- c. les prénoms;
- d. la date de naissance.

² Une e-ID d'un niveau de garantie substantiel contient en outre les données d'identification personnelle suivantes:

- a. le sexe;
- b. le lieu de naissance;
- c. la nationalité.

³ Une e-ID d'un niveau de garantie élevé contient en outre la photographie enregistrée dans le système d'information visé à l'art. 24.

⁴ Dans la mesure où il en a besoin pour accomplir les tâches que lui confie la présente loi, l'Office fédéral de la police (fedpol) peut ajouter aux données d'identification personnelle des informations supplémentaires concernant la dernière mise à jour des données dans le système d'information visé à l'art. 24.

Art. 6 Procédure d'établissement

¹ Quiconque souhaite obtenir une e-ID en fait la demande à fedpol par l'intermédiaire d'un fournisseur d'identité. La vérification initiale de l'identité demandée peut être effectuée par le service responsable de l'établissement de docu-

ments d'identité au sens de l'art. 4 de la loi du 22 juin 2001 sur les documents d'identité⁵.

² fedpol communique au fournisseur d'identité les données d'identification personnelle visées à l'art. 5 si le requérant:

- a. remplit les conditions personnelles visées à l'art. 3;
- b. a été identifié conformément au niveau de garantie demandé;
- c. consent à la communication de ces données.

³ Il journalise les communications de données effectuées dans le cadre de la procédure d'établissement.

⁴ Le fournisseur d'identité associe les données d'identification personnelle à l'e-ID et établit l'e-ID à l'intention du requérant.

⁵ Le Conseil fédéral précise les modalités de la procédure d'établissement, notamment en ce qui concerne:

- a. son déroulement;
- b. les données d'identification personnelle utilisées pour l'identification.

Art. 7 Mise à jour des données d'identification personnelle

Le fournisseur d'identité met à jour les données d'identification personnelle qu'il gère, par une requête automatique adressée à fedpol et fondée sur le numéro d'enregistrement de l'e-ID:

- a. une fois par an, pour les e-ID d'un niveau de garantie faible;
- b. une fois par trimestre, pour les e-ID d'un niveau de garantie substantiel;
- c. une fois par semaine, pour les e-ID d'un niveau de garantie élevé.

Art. 8 Utilisation systématique du numéro AVS pour l'échange de données

¹ Lorsqu'il échange des données par voie électronique avec les registres de personnes visés à l'art. 24, al. 3, fedpol utilise systématiquement le numéro AVS au sens de l'art. 50c de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants⁶ (numéro AVS) afin d'identifier les personnes.

² Il peut permettre à l'exploitant d'un service utilisateur d'accéder en ligne au numéro AVS d'une personne lorsque ce dernier en a besoin pour l'identifier, pour autant que cet exploitant soit habilité à l'utiliser systématiquement.

Art. 9 Traitement des données

¹ Un fournisseur d'identité ne peut traiter les données d'identification personnelle communiquées par fedpol qu'aussi longtemps que l'e-ID n'a pas été révoquée, et uniquement pour procéder aux identifications prévues par la présente loi.

⁵ RS 143.1

⁶ RS 831.10

² Pour les e-ID d'un niveau de garantie substantiel, il peut utiliser la photographie enregistrée dans le système d'information visé à l'art. 24 uniquement dans le cadre de la procédure d'établissement.

³ Les catégories de données suivantes sont conservées séparément les unes des autres, de sorte que leur sécurité respective puisse être garantie même si la sécurité de l'une d'entre elles est compromise:

- a. les données d'identification personnelle visées à l'art. 5;
- b. les données concernant l'utilisation de l'e-ID;
- c. les autres données.

Art. 10 Système e-ID subsidiaire de la Confédération

¹ Si les objectifs visés à l'art. 1, al. 2, ne peuvent être atteints:

- a. le Conseil fédéral peut charger une unité administrative de gérer un système e-ID et d'établir ce type d'e-ID, ou
- b. la Confédération peut prendre des participations dans des entreprises spécialisées dans ce domaine.

² Les dispositions applicables aux fournisseurs d'identité s'appliquent à l'unité administrative concernée.

Art. 11 Blocage et révocation

¹ Le fournisseur d'identité bloque immédiatement l'e-ID s'il y a lieu de craindre qu'un tiers puisse accéder à une e-ID ou s'il est informé de la perte d'une e-ID ou d'un soupçon d'utilisation abusive d'une e-ID. Il vérifie l'information avant de procéder au blocage.

² Il informe immédiatement le titulaire de l'e-ID du blocage.

³ fedpol invalide le numéro d'enregistrement de l'e-ID en cas de décès du titulaire de l'e-ID.

⁴ Le fournisseur d'identité révoque les e-ID qui contiennent le numéro invalidé.

⁵ Le Conseil fédéral arrête les modalités du blocage et de la révocation.

Section 3 Titulaires d'une e-ID

Art. 12

¹ Le titulaire d'une e-ID prend les mesures nécessaires et raisonnablement exigibles au vu des circonstances pour empêcher toute utilisation abusive de son e-ID.

² Si une identification du niveau de garantie faible est utilisée pour une application informatique au sens de l'art. 2, let. b, un accès sans e-ID doit aussi être possible pour cette application. Le Conseil fédéral peut prévoir des exceptions.

Section 4 Fournisseurs d'identité

Art. 13 Reconnaissance

¹ Tout fournisseur d'identité qui souhaite établir des e-ID au sens de la présente loi doit obtenir une reconnaissance de la Commission fédérale des e-ID (EIDCOM). L'EIDCOM octroie la reconnaissance après consultation du Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence (PFPDT).

² Est reconnu tout fournisseur d'identité:

- a. qui est inscrit au registre du commerce; aucune inscription n'est nécessaire pour les unités administratives de la Confédération, des cantons et des communes;
- b. qui offre la garantie que les personnes responsables des systèmes e-ID ne présentent pas un danger pour la sécurité;
- c. qui emploie du personnel possédant les connaissances, l'expérience et les qualifications nécessaires;
- d. qui offre la garantie que les systèmes e-ID qu'il gère répondent aux conditions prévues pour chaque niveau de garantie;
- e. qui conserve et traite les données des systèmes e-ID en Suisse conformément au droit suisse;
- f. qui dispose d'une assurance suffisante pour couvrir la responsabilité visée à l'art. 32 ou qui présente des sûretés financières équivalentes;
- g. qui offre la garantie qu'il respectera le droit applicable, notamment la présente loi et ses dispositions d'exécution.

³ La reconnaissance est octroyée pour une durée de trois ans.

⁴ Le Conseil fédéral précise les conditions à remplir pour obtenir la reconnaissance, notamment:

- a. les conditions techniques et les conditions de sécurité requises ainsi que leur contrôle;
- b. la couverture d'assurance nécessaire et les sûretés financières équivalentes;
- c. les normes et les protocoles techniques applicables aux systèmes e-ID et le contrôle régulier de ces derniers.

Art. 14 Expiration de la reconnaissance

¹ La reconnaissance expire lorsque le fournisseur d'identité cesse son activité ou que la faillite est ouverte contre lui. Les systèmes e-ID sont insaisissables et ne tombent pas dans la masse en faillite.

² Le fournisseur d'identité annonce à l'EIDCOM la cessation programmée de son activité, en indiquant la procédure prévue en ce qui concerne les e-ID qu'il a établies.

³ Les systèmes e-ID d'un fournisseur d'identité qui cesse son activité ou contre lequel une faillite a été ouverte peuvent être repris par un autre fournisseur d'identité reconnu. Le produit de la reprise tombe dans la masse en faillite.

⁴ Les données du titulaire d'une e-ID qui n'a pas consenti à cette reprise doivent être détruites.

⁵ Si aucun autre fournisseur d'identité ne reprend les systèmes e-ID, l'EIDCOM ordonne soit leur reprise sans contrepartie financière par la Confédération, soit la destruction des données qu'ils contiennent.

Art. 15 Obligations

¹ Le fournisseur d'identité est soumis aux obligations suivantes:

- a. il s'assure du fonctionnement correct et de la gestion sûre du système e-ID;
- b. il établit les e-ID pour toutes les personnes qui remplissent les conditions visées à l'art. 3;
- c. il organise le système e-ID de sorte que la validité de toutes les e-ID qu'il a établies puisse être vérifiée en tout temps selon une procédure usuelle, de façon fiable et gratuitement;
- d. il organise le système e-ID de sorte que les personnes handicapées ne soient pas victimes d'une inégalité de traitement lorsqu'elles déposent une demande d'e-ID;
- e. il respecte les conditions de sécurité visées à l'art. 13, al. 2, let. d;
- f. il effectue la mise à jour des données d'identification personnelle conformément à l'art. 7;
- g. il signale à fedpol les erreurs dans les données d'identification personnelle qui lui ont été signalées ou qu'il a lui-même découvertes;
- h. il signale à l'EIDCOM les incidents de sécurité concernant un système e-ID ou l'utilisation d'une e-ID qui lui ont été signalés ou qu'il a lui-même découverts;
- i. il requiert le consentement exprès du titulaire de l'e-ID pour la première communication des données d'identification personnelle à un exploitant d'un service utilisateur;
- j. il accorde au titulaire de l'e-ID un accès en ligne aux données générées par l'utilisation de l'e-ID et à ses données d'identification personnelle visées à l'art. 5;
- k. il détruit après six mois les données générées par l'utilisation de l'e-ID;
- l. il établit les modèles des accords qu'il conclura avec les exploitants d'un service utilisateur et les soumet au PFPDT;
- m. il signale à l'EIDCOM toutes les modifications programmées de son système e-ID et de son activité commerciale qui sont susceptibles de remettre en cause le respect des exigences prévues à l'art. 13 et des obligations prévues aux let. a à l.

² Il met en place un service client qui permette de recevoir et de traiter les notifications de problèmes techniques ou de perte d'une e-ID.

³ Le Conseil fédéral précise les modalités de la conception du système e-ID ainsi que celles de la communication des informations visées à l'al. 1, let. g, h et m et à l'art. 14, al. 2.

Art. 16 Communication et utilisation des données

¹ Un fournisseur d'identité peut uniquement communiquer aux exploitants d'un service utilisateur les données d'identification personnelle:

- a. qui offrent le niveau de garantie requis;
- b. qui sont nécessaires pour l'identification de la personne concernée, et
- c. à la communication desquelles le titulaire de l'e-ID a consenti.

² Il ne peut communiquer à un tiers ni les données d'identification personnelle visées à l'art. 5, ni les données générées par l'utilisation de l'e-ID, ni les profils basés sur ces dernières; il ne peut utiliser ces données à des fins autres que la mise en œuvre des obligations visées à l'art. 15. Le traitement de données par un tiers au sens de l'art. 10a de la loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données⁷ est réservé.

³ Il ne peut communiquer le numéro d'enregistrement de l'e-ID qu'aux autorités ou autres organismes qui accomplissent des tâches publiques.

Art. 17 Accessibilité des e-ID

Si plus de la moitié des e-ID établies le sont par un même fournisseur d'identité ou plus de 60 % par deux fournisseurs d'identité et s'il y a lieu de penser que, de manière répétée, des requérants qui remplissaient les conditions visées à l'art. 3 n'ont pas pu obtenir un type d'e-ID de grande diffusion, l'EIDCOM oblige lesdits fournisseurs à rendre ce type d'e-ID accessible à tous aux mêmes conditions.

Art. 18 Interopérabilité

¹ Les fournisseurs d'identité reconnaissent mutuellement leurs systèmes e-ID et garantissent leur interopérabilité.

² Pour ce qui est de leur indemnisation réciproque, ils sont considérés comme puissants sur le marché au sens de l'art. 2 de la loi fédérale du 20 décembre 1985 concernant la surveillance des prix (LSPR)⁸, et les prix qu'ils appliquent entre eux ne sont pas considérés comme la conséquence d'une concurrence efficace au sens de l'art. 12 LSPR.

³ Le Conseil fédéral édicte les dispositions techniques; il définit notamment les interfaces.

⁷ RS 235.1

⁸ RS 942.20

Art. 19 Mesures de surveillance et retrait de la reconnaissance

¹ Si un fournisseur d'identité enfreint la présente loi, ses dispositions d'exécution ou les obligations que l'EIDCOM lui a imposées, notamment s'il ne remplit plus les conditions de la reconnaissance, l'EIDCOM ordonne les mesures nécessaires pour rétablir l'état conforme au droit en lui fixant un délai approprié.

² Elle peut retirer la reconnaissance au fournisseur d'identité si celui-ci ne rétablit pas l'état conforme au droit dans le délai fixé.

³ Le Conseil fédéral réglemente la procédure de retrait de la reconnaissance.

Section 5 **Exploitants d'un service utilisateur****Art. 20** Accord avec un fournisseur d'identité

Quiconque souhaite exploiter un service utilisateur doit conclure un accord avec un fournisseur d'identité. L'accord fixe en particulier:

- a. les niveaux de garantie applicables;
- b. les processus techniques et organisationnels à respecter.

Art. 21 Utilisation du numéro d'enregistrement de l'e-ID

L'exploitant d'un service utilisateur peut utiliser le numéro d'enregistrement de l'e-ID pour identifier des personnes.

Art. 22 Obligation d'accepter les e-ID

Doivent accepter toute e-ID du niveau de garantie requis:

- a. tout exploitant d'un service utilisateur;
- b. toute autorité ou tout organisme qui accomplit des tâches publiques lorsqu'il recourt à l'identification électronique en exécution du droit fédéral.

Section 6 **Rôle de l'Office fédéral de la police****Art. 23** Tâches et obligations

¹ fedpol associe le numéro d'enregistrement de l'e-ID aux données d'identification personnelle visées à l'art. 5 et les transmet au fournisseur d'identité.

² Il garantit que le fournisseur d'identité puisse vérifier en tout temps de façon fiable la validité du numéro d'enregistrement de l'e-ID au moyen d'une procédure usuelle.

³ Le Conseil fédéral détermine les normes et les protocoles techniques applicables à la communication des données et arrête la procédure à suivre pour les cas où plusieurs registres de personnes transmettraient des données contradictoires.

Art. 24 Système d'information

¹ fedpol gère un système d'information qui contient notamment:

- a. les données journalisées relatives à la procédure d'établissement des e-ID visée à l'art. 6;
- b. les données d'identification personnelle visées à l'art. 5, leur origine et les informations concernant leur mise à jour;
- c. les numéros AVS.

² Le système d'information doit permettre:

- a. la réception des demandes et des déclarations de consentement des requérants;
- b. l'exécution automatisée des tâches de fedpol dans le cadre de l'établissement des e-ID;
- c. la mise à jour des données d'identification personnelle prévue à l'art. 7;
- d. la vérification de la validité du numéro d'enregistrement de l'e-ID prévue à l'art. 23, al. 2.

³ Pour obtenir et mettre en concordance les données d'identification personnelle visées à l'art. 5, il communique par une interface électronique avec les registres de personnes suivants:

- a. le système d'information relatif aux documents d'identité de fedpol;
- b. le système d'information central sur la migration (SYMIC) du Secrétariat d'Etat aux migrations;
- c. le registre informatisé de l'état civil (Infostar) de l'Office fédéral de la justice;
- d. le système d'information Ordipro du Département fédéral des affaires étrangères;
- e. le registre central des assurés (CdC UPI) de la Centrale de compensation.

⁴ Le Conseil fédéral arrête les mesures techniques et organisationnelles à prendre pour assurer la sécurité du traitement et de la communication des données d'identification personnelle.

Section 7

Commission fédérale des e-ID

Art. 25 Organisation

¹ Le Conseil fédéral institue la Commission fédérale des e-ID (EIDCOM). Elle est formée de cinq à sept membres. Le Conseil fédéral nomme les membres et désigne le président et le vice-président.

² Les membres doivent être des experts indépendants. Ils ne peuvent ni appartenir à des organes de personnes morales ou d'autorités qui exercent des activités de four-

nisser d'identité, ni être sous contrat de prestations avec de telles personnes morales ou autorités.

³ L'EIDCOM est rattachée administrativement au Département fédéral de justice et police (DFJP) et dispose de son propre secrétariat.

⁴ Elle n'est soumise à aucune directive du Conseil fédéral ou du DFJP lorsqu'elle prend des décisions. Elle est indépendante des autorités administratives.

⁵ Elle peut associer fedpol à l'exécution de la présente loi et lui donner des instructions.

⁶ Elle édicte un règlement d'organisation et de fonctionnement et le soumet à l'approbation du Conseil fédéral.

⁷ Les coûts de l'EIDCOM sont couverts par des émoluments. Le Conseil fédéral fixe les modalités.

Art. 26 Tâches et compétences

¹ L'EIDCOM surveille le respect de la présente loi. Elle prend les mesures et rend les décisions nécessaires à l'exécution de la présente loi et de ses dispositions d'exécution.

² Elle est notamment compétente pour:

- a. reconnaître les fournisseurs d'identité, assurer leur surveillance, ordonner des mesures et retirer les reconnaissances;
- b. publier une liste des fournisseurs d'identité et de leurs systèmes e-ID;
- c. trancher les litiges sur des questions d'accès à une e-ID ou d'interopérabilité.

³ Elle observe et surveille l'évolution des fournisseurs d'identité et de leurs systèmes e-ID en vue d'assurer une offre sûre, diversifiée et abordable de prestations d'identification électronique.

⁴ Elle propose le cas échéant au Conseil fédéral des mesures appropriées pour assurer l'offre de prestations d'identification électronique.

⁵ Elle informe le public sur son activité et présente un rapport d'activité annuel au Conseil fédéral.

Art. 27 Tâches du secrétariat

¹ Le secrétariat prépare les affaires de l'EIDCOM, mène les procédures et prend avec la présidence les décisions de procédure. Il fait des propositions à l'EIDCOM et exécute ses décisions.

² Il établit des préavis et conseille les titulaires d'une e-ID, les services officiels et les entreprises sur les questions se rapportant à la présente loi.

³ Il traite directement avec les fournisseurs d'identité, les autorités et les tiers et rend des décisions de manière autonome dans les cas où le règlement lui délègue cette compétence.

⁴ Si la situation l'exige, il peut intervenir dans l'exploitation d'un fournisseur d'identité; il en informe sans délai l'EIDCOM.

⁵ Il représente l'EIDCOM devant les tribunaux fédéraux et cantonaux.

⁶ L'EIDCOM peut déléguer d'autres tâches au secrétariat.

Art. 28 Personnel du secrétariat

¹ Le Conseil fédéral désigne le directeur du secrétariat. L'EIDCOM engage le reste de son personnel.

² Les rapports de service sont régis par la législation applicable au personnel de l'administration fédérale.

Art. 29 Secret de fonction et secrets d'affaires

L'EIDCOM ne doit révéler aucun secret de fonction ni secret d'affaires.

Art. 30 Traitement de données personnelles

¹ L'EIDCOM gère un système d'information pour la reconnaissance et la surveillance des fournisseurs d'identité, qui contient notamment:

- a. les données, les documents et les preuves fournis par les fournisseurs d'identité dans le cadre de la procédure de reconnaissance;
- b. les informations visées aux art. 14, al. 2, et 15, al. 1, let. h et m;
- c. les mesures de surveillance.

² Dans le cadre de l'accomplissement de ses tâches légales, elle peut traiter des profils de la personnalité et des données personnelles, y compris des données sensibles concernant des poursuites et sanctions pénales.

Section 8 Emoluments

Art. 31

¹ fedpol et l'EIDCOM perçoivent des émoluments de la part des fournisseurs d'identité pour leurs décisions et autres prestations.

² Aucun émolument n'est perçu pour le traitement des demandes concernant la validité des numéros d'enregistrement de l'e-ID visées à l'art. 23, al. 2.

³ Le Conseil fédéral réglemente la perception des émoluments conformément à l'art. 46a de la loi du 21 mars 1997 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration⁹. Pour fixer le montant des émoluments perçus en contrepartie de la communication des données d'identification personnelle, il peut notamment tenir compte du fait qu'il s'agit de la première communication ou d'une mise à jour des données d'identification personnelle, et du fait que l'établissement et l'utilisation de l'e-ID sont gratuits ou non pour le bénéficiaire.

⁹ RS 172.010

Section 9 Responsabilité

Art. 32

¹ Les responsabilités respectives du titulaire de l'e-ID, de l'exploitant d'un service utilisateur et du fournisseur d'identité sont régies par le code des obligations¹⁰.

² La responsabilité de la Confédération est régie par la loi du 14 mars 1958 sur la responsabilité¹¹.

Section 10 Dispositions finales

Art. 33 Dispositions transitoires

¹ Dans les trois ans qui suivent l'entrée en vigueur de la présente loi et sur demande d'un fournisseur d'identité, l'EIDCOM reconnaît les moyens d'identification électronique que ce dernier a établis:

- a. comme e-ID du niveau de garantie faible:
 - 1. si leur titulaire remplit les conditions visées à l'art. 3,
 - 2. si leur titulaire a donné son consentement, et
 - 3. si le numéro du document d'identité, le nom d'état civil, les prénoms et la date de naissance correspondent aux données d'identification personnelle enregistrées dans le système d'information visé à l'art. 24;
- b. comme e-ID du niveau de garantie substantiel si, en outre, l'identification a eu lieu dans le cadre d'une procédure qui est soumise par la loi à des règles et à une surveillance et qui garantit un niveau de sécurité comparable aux procédures prévues par la présente loi.

² Quiconque possède un certificat qualifié valable au sens de l'art. 2, let. h, de la loi du 18 mars 2016 sur la signature électronique¹² peut, dans les trois ans qui suivent l'entrée en vigueur de la présente loi et si les conditions visées à l'al. 1, let. a, ch. 1 et 3, sont remplies, demander à un fournisseur d'identité qu'il établisse à son intention, sans nouvelle vérification de son identité, une e-ID d'un niveau de garantie substantiel.

³ Dans le cadre de la reconnaissance au sens de l'art. 13, l'EIDCOM tient compte, jusqu'à trois ans après l'entrée en vigueur de la présente loi, des certifications obtenues par les éditeurs de moyens d'identification selon la loi fédérale du 19 juin 2015 sur le dossier électronique du patient¹³.

⁴ Le Conseil fédéral arrête les modalités de la procédure d'établissement.

¹⁰ RS 220

¹¹ RS 170.32

¹² RS 943.03

¹³ RS 816.1

Art. 34 Modification d'autres actes

La modification d'autres actes est réglée en annexe.

Art. 35 Référendum et entrée en vigueur

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Conseil national, 27 septembre 2019

La présidente: Marina Carobbio Guscetti

Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des Etats, 27 septembre 2019

Le président: Jean-René Fournier

La secrétaire: Martina Buol

Date de publication: 8 octobre 2019¹⁴

Délai référendaire: 16 janvier 2020

¹⁴ FF 2019 6227

Modification d'autres actes

Les actes mentionnés ci-après sont modifiés comme suit:

1. Loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile¹⁵

Art. 9, al. 1, let. c, et 2, let. c, ch. 3

¹ Le SEM peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine des étrangers qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

- c. les autorités fédérales compétentes dans les domaines de la police, exclusivement pour qu'elles puissent procéder à l'identification de personnes dans le cadre:
 - 1. de l'échange d'informations de police,
 - 2. des enquêtes de la police de sûreté ou de la police judiciaire,
 - 3. des procédures d'extradition,
 - 4. de l'entraide judiciaire et de l'assistance administrative,
 - 5. de la délégation de la poursuite et de la répression d'une infraction,
 - 6. de la lutte contre le blanchiment d'argent, le trafic de stupéfiants et le crime organisé,
 - 7. du contrôle des pièces de légitimation,
 - 8. de l'attribution des données d'identification personnelle et de leur mise à jour au sens de la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique (LSIE)¹⁶,
 - 9. des recherches de personnes disparues,
 - 10. du contrôle des entrées dans le système de recherches informatisées visé à l'art. 15 de la loi fédérale du 13 juin 2008 sur les systèmes d'information de police de la Confédération (LSIP)¹⁷;

² Il peut permettre aux autorités et services ci-après d'accéder en ligne aux données relevant du domaine de l'asile qu'il a traitées ou fait traiter dans le système d'information:

- c. les autorités fédérales compétentes dans le domaine de la police:
 - 3. pour qu'elles puissent accomplir les tâches que leur attribue la LSIE;

¹⁵ RS 142.51

¹⁶ RS ...

¹⁷ RS 361

2. Loi du 22 juin 2001 sur les documents d'identité¹⁸

Art. 1, al. 3, 2^e phrase

³ ... Ces personnes peuvent être de nationalité étrangère.

Art. 11, al. 1, phrase introductive (ne concerne que le texte allemand) et let. k ainsi que 2

¹ L'Office fédéral de la police exploite un système d'information. Ce système contient les données personnelles qui figurent sur le document d'identité et celles qui y sont enregistrées ainsi que:

- k. le numéro AVS au sens de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants¹⁹.

² Le traitement des données sert:

- a. à établir des documents d'identité;
- b. à éviter l'établissement non autorisé des documents d'identité;
- c. à éviter tout usage abusif des documents d'identité;
- d. à établir et à mettre à jour les moyens d'identification électronique conformément à la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique²⁰.

Art. 12, al. 2, let. g

² Pour accomplir les tâches qui leur incombent de par la loi, les autorités et organes suivants sont habilités à consulter en ligne les données du système d'information:

- g. la Direction consulaire du Département fédéral des affaires étrangères, en vue de l'identification des personnes.

Art. 14 Interdiction de tenir des fichiers parallèles

La tenue de fichiers parallèles est interdite. Sont autorisés:

- a. la conservation provisoire des formules de demande par l'autorité d'établissement;
- b. le traitement par l'Office fédéral de la police de données d'identification personnelle au sens de la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique²¹, au moyen notamment du système d'information prévu à l'art. 24 de ladite loi, et le traitement de ces données par les fournisseurs d'identité.

¹⁸ RS 143.1

¹⁹ RS 831.10

²⁰ RS ...

²¹ RS ...

3. Code civil²²

Art. 43a, al. 4, ch. 9

⁴ Les autorités suivantes peuvent accéder en ligne aux données nécessaires à la vérification de l'identité d'une personne:

9. l'Office fédéral de la police, en vue de l'accomplissement des tâches que lui attribue la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique²³.

4. Loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants²⁴

Art. 50a, al. 1, let. b^{quater}

¹ Dans la mesure où aucun intérêt privé prépondérant ne s'y oppose, les organes chargés d'appliquer la présente loi ou d'en contrôler ou surveiller l'application peuvent communiquer des données, en dérogation à l'art. 33 LPG²⁵:

b^{quater}, à l'Office fédéral de la police, en vue de l'accomplissement des tâches que lui attribue la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique²⁶;

5. Loi du 18 mars 2016 sur la signature électronique²⁷

Art. 9, al. 1^{bis}

^{1bis} Si une personne apporte la preuve de son identité au moyen d'une e-ID d'un niveau de garantie substantiel au sens de la loi fédérale du 27 septembre 2019 sur les services d'identification électronique²⁸, elle n'est pas tenue de se présenter en personne.

²² RS 210

²³ RS ...

²⁴ RS 831.10

²⁵ RS 830.1

²⁶ RS

²⁷ RS 943.03

²⁸ RS ...



Termine di referendum: 16 gennaio 2020

Legge federale sui servizi d'identificazione elettronica (Legge sull'Ie, LSIe)

del 27 settembre 2019

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,
visti gli articoli 95 capoverso 1, 96 capoverso 1 e 97 capoverso 1 della
Costituzione federale¹;
visto il messaggio del Consiglio federale del 1° giugno 2018²,
decreta:

Sezione 1: Disposizioni generali

Art. 1 Oggetto e scopo

¹ La presente legge disciplina:

- a. il contenuto, il rilascio, l'utilizzo, il blocco e la revoca dei mezzi elettronici utilizzati per l'identificazione di una persona fisica riconosciuti secondo la presente legge (Ie);
- b. il riconoscimento dei fornitori di servizi d'identificazione elettronica (fornitori di identità) e la vigilanza su di essi;
- c. l'identificazione da parte dello Stato dei titolari di un'Ie e la trasmissione di dati d'identificazione personale ai fornitori di identità;
- d. i diritti e gli obblighi dei titolari di un'Ie;
- e. i diritti e gli obblighi dei gestori di servizi con sistema Ie.

² La presente legge ha lo scopo di:

- a. promuovere la sicurezza dell'identificazione nelle transazioni elettroniche tra privati e con le autorità;

RS ...

¹ RS **101**

² FF **2018** 3305

- b. garantire la protezione della personalità e dei diritti fondamentali delle persone i cui dati sono trattati; e
- c. assicurare la standardizzazione e l'interoperabilità delle Ie.

³ La legge e le ordinanze fondate su di essa rispettano il principio della neutralità tecnologica.

Art. 2 Definizioni

Nella presente legge si intende per:

- a. *sistema Ie*: sistema elettronico per il rilascio, la gestione e l'utilizzazione di Ie gestito da un fornitore di identità;
- b. *servizio con sistema Ie*: applicazione informatica che permette ai titolari dell'Ie d'identificarsi mediante un sistema Ie.

Sezione 2: Rilascio, tipologie, contenuto, blocco e revoca di Ie

Art. 3 Condizioni personali

¹ Possono richiedere un'Ie:

- a. i cittadini svizzeri che al momento del rilascio sono titolari di un documento d'identità svizzero valido conformemente alla legge del 22 giugno 2001³ sui documenti d'identità;
- b. i cittadini stranieri:
 - 1. che al momento del rilascio sono titolari di un documento di legittimazione valido e riconosciuto secondo l'articolo 13 capoverso 1 della legge federale del 16 dicembre 2005⁴ sugli stranieri e la loro integrazione o di una carta di legittimazione valida secondo la legislazione sullo Stato ospite, o
 - 2. la cui identità, al momento del rilascio, ha potuto essere stabilita in modo attendibile grazie a una procedura speciale d'identificazione.

² Il Consiglio federale definisce le procedure di verifica dei documenti d'identità dei cittadini svizzeri, nonché dei documenti di legittimazione e dell'identità dei cittadini stranieri.

Art. 4 Livelli di sicurezza

¹ Sono rilasciate Ie con un livello di sicurezza basso, significativo o elevato. I livelli di sicurezza offrono le protezioni seguenti:

³ RS 143.1

⁴ RS 142.20

- a. *basso*: riduzione del rischio di usurpazione o alterazione dell'identità;
- b. *significativo*: protezione elevata dall'usurpazione o dall'alterazione dell'identità;
- c. *elevato*: massima protezione possibile dall'usurpazione o dall'alterazione dell'identità.

² I livelli di sicurezza si distinguono per:

- a. il processo di rilascio dell'Ie e le regole previste per il suo utilizzo;
- b. la gestione del sistema Ie, in particolare l'aggiornamento dei dati d'identificazione personale.

³ Un'Ie rilasciata per un determinato livello di sicurezza può essere utilizzata anche per un livello di sicurezza inferiore.

⁴ Il Consiglio federale disciplina i livelli di sicurezza, in particolare i requisiti minimi per l'identificazione; tiene conto dello stato della tecnica.

Art. 5 Dati d'identificazione personale

¹ L'Ie con un livello di sicurezza basso contiene i seguenti dati d'identificazione personale:

- a. numero di registrazione dell'Ie;
- b. cognome ufficiale;
- c. nomi;
- d. data di nascita.

² L'Ie con un livello di sicurezza significativo contiene inoltre i seguenti dati d'identificazione personale:

- a. sesso;
- b. luogo di nascita;
- c. cittadinanza.

³ L'Ie con un livello di sicurezza elevato contiene inoltre l'immagine del viso registrata nel sistema d'informazione di cui all'articolo 24.

⁴ Per quanto necessario ai fini dell'adempimento dei compiti conferitigli dalla presente legge, l'Ufficio federale di polizia (fedpol) può corredare i dati d'identificazione personale di informazioni supplementari relative all'ultimo aggiornamento dei dati del sistema d'informazione di cui all'articolo 24.

Art. 6 Procedura di rilascio

¹ Chi desidera un'Ie ne richiede il rilascio a fedpol attraverso un fornitore di identità. La verifica iniziale dell'identità richiesta può essere effettuata da un servizio respon-

sabile del rilascio dei documenti d'identità ai sensi dell'articolo 4 della legge del 22 giugno 2001⁵ sui documenti d'identità.

² Fedpol trasmette al fornitore di identità i dati d'identificazione personale di cui all'articolo 5 se il richiedente:

- a. soddisfa le condizioni personali di cui all'articolo 3;
- b. è stato identificato conformemente al livello di sicurezza richiesto;
- c. ha acconsentito alla trasmissione dei dati.

³ Fedpol verbalizza le trasmissioni dei dati effettuate in relazione alla procedura di rilascio.

⁴ Il fornitore di identità attribuisce i dati d'identificazione personale all'Ie e rilascia l'Ie al richiedente.

⁵ Il Consiglio federale emana disposizioni dettagliate sulla procedura di rilascio, in particolare:

- a. sul suo svolgimento;
- b. sui dati d'identificazione personale da utilizzare per l'identificazione.

Art. 7 Aggiornamento dei dati d'identificazione personale

Il fornitore di identità aggiorna i dati d'identificazione personale che gestisce, inviando a fedpol una richiesta automatizzata basata sul numero di registrazione dell'Ie:

- a. annualmente, per le Ie con un livello di sicurezza basso;
- b. trimestralmente, per le Ie con un livello di sicurezza significativo;
- c. settimanalmente, per le Ie con un livello di sicurezza elevato.

Art. 8 Utilizzo sistematico del numero d'assicurato per lo scambio di dati

¹ Per identificare le persone nell'ambito dello scambio elettronico di dati con i registri di cui all'articolo 24 capoverso 3, fedpol utilizza sistematicamente il numero d'assicurato di cui all'articolo 50c della legge federale del 20 dicembre 1946⁶ sull'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti (numero d'assicurato).

² Per identificare le persone, fedpol può rendere accessibile mediante procedura di richiamo il numero d'assicurato ai gestori di servizi con sistema Ie che sono autorizzati a utilizzare sistematicamente il numero d'assicurato.

Art. 9 Trattamento dei dati

¹ I fornitori di identità possono trattare i dati d'identificazione personale trasmessi da fedpol soltanto fino alla revoca dell'Ie e unicamente per effettuare identificazioni secondo la presente legge.

⁵ RS 143.1

⁶ RS 831.10

² Per le Ie con un livello di sicurezza significativo, i fornitori di identità possono utilizzare l'immagine del viso registrata nel sistema d'informazione di cui all'articolo 24 unicamente durante la procedura di rilascio.

³ Le seguenti categorie di dati sono conservate separatamente, affinché la sicurezza di ciascuna di esse sia garantita anche quando sia compromessa quella di una delle altre:

- a. i dati d'identificazione personale di cui all'articolo 5;
- b. i dati concernenti l'utilizzo dell'Ie;
- c. gli altri dati.

Art. 10 Sistema Ie sussidiario della Confederazione

¹ Se non sono raggiunti gli scopi di cui all'articolo 1 capoverso 2:

- a. il Consiglio federale può incaricare un'unità amministrativa di gestire un sistema Ie e di rilasciare Ie; o
- b. la Confederazione può acquisire partecipazioni in imprese del settore.

² Le disposizioni sui fornitori di identità sono in tal caso applicabili all'unità amministrativa interessata.

Art. 11 Blocco e revoca

¹ Se vi è il pericolo che terzi possano accedere a un'Ie o se viene notificato il sospetto di impiego abusivo o la perdita di un'Ie, il fornitore di identità blocca senza indugio l'Ie. Prima di procedere al blocco verifica la notifica.

² Il fornitore di identità informa senza indugio il titolare dell'Ie in merito al blocco.

³ In caso di decesso del titolare dell'Ie, fedpol invalida il numero di registrazione dell'Ie.

⁴ Il fornitore di identità revoca le Ie contenenti tale numero.

⁵ Il Consiglio federale disciplina il blocco e la revoca di un'Ie.

Sezione 3: Titolari di un'Ie

Art. 12

¹ Il titolare di un'Ie adotta le misure necessarie e ragionevolmente esigibili, date le circostanze, per impedire che la sua Ie sia impiegata abusivamente.

² Se per un'applicazione informatica ai sensi dell'articolo 2 lettera b è prevista un'identificazione con un livello di sicurezza basso, tale applicazione dev'essere accessibile anche a chi è sprovvisto di un'Ie. Il Consiglio federale può prevedere eccezioni.

Sezione 4: Fornitori di identità

Art. 13 Riconoscimento

¹ I fornitori di identità che intendono rilasciare Ie secondo la presente legge necessitano del riconoscimento della Commissione federale delle Ie (COMIe). La COMIe accorda il riconoscimento previa consultazione dell'Incaricato federale della protezione dei dati e della trasparenza (IFPDT).

² Un fornitore di identità è riconosciuto se:

- a. è iscritto nel registro di commercio; l'iscrizione nel registro non è necessaria per le unità amministrative della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni;
- b. garantisce che i responsabili dei sistemi Ie non rappresentano un rischio per la sicurezza;
- c. impiega personale che dispone delle conoscenze tecniche, dell'esperienza e delle qualifiche necessarie;
- d. garantisce che i sistemi Ie che gestisce adempiono i requisiti previsti per il livello di sicurezza in questione;
- e. conserva e tratta in Svizzera, conformemente al diritto svizzero, i dati del sistema Ie;
- f. dispone di un'assicurazione sufficiente a coprire la responsabilità civile di cui all'articolo 32 o di garanzie finanziarie equivalenti;
- g. garantisce il rispetto del diritto applicabile, segnatamente della presente legge e delle sue disposizioni d'esecuzione.

³ Il riconoscimento è accordato per tre anni.

⁴ Il Consiglio federale emana disposizioni dettagliate sulle condizioni di riconoscimento, in particolare:

- a. sui requisiti tecnici e di sicurezza e la loro verifica;
- b. sulla copertura assicurativa necessaria e le garanzie finanziarie equivalenti;
- c. sugli standard e i protocolli tecnici applicabili ai sistemi Ie nonché la verifica periodica di tali sistemi.

Art. 14 Estinzione del riconoscimento

¹ Il riconoscimento si estingue con la cessazione dell'attività del fornitore di identità o se è dichiarato il fallimento nei suoi confronti. I sistemi Ie non sono pignorabili e non sono compresi nella massa fallimentare.

² Il fornitore di identità notifica alla COMIe la prevista cessazione dell'attività; le indica come intende procedere con le Ie rilasciate.

³ I sistemi Ie di un fornitore di identità che cessa l'attività o nei cui confronti è dichiarato il fallimento possono essere assunti da un altro fornitore di identità riconosciuto. Il ricavato dell'assunzione è compreso nell'eventuale massa fallimentare.

⁴ I dati del titolare di un'Ie che non ha acconsentito all'assunzione sono distrutti.

⁵ Se nessun altro fornitore di identità assume i sistemi Ie, la COMIe dispone che la Confederazione li assuma gratuitamente o che i dati ivi contenuti siano distrutti.

Art. 15 Obblighi

¹ Il fornitore di identità ha i seguenti obblighi:

- a. provvede al corretto funzionamento e alla gestione sicura del sistema Ie;
- b. rilascia le Ie a chiunque adempia le condizioni personali di cui all'articolo 3;
- c. concepisce il sistema Ie in maniera tale che la validità di tutte le Ie che ha rilasciato possa essere sempre verificata in modo affidabile e gratuitamente, mediante una procedura usuale;
- d. concepisce il sistema Ie in maniera tale che nel richiedere un'Ie le persone con disabilità non risultino svantaggiate;
- e. rispetta i requisiti di sicurezza di cui all'articolo 13 capoverso 2 lettera d;
- f. aggiorna i dati d'identificazione personale conformemente all'articolo 7;
- g. notifica a fedpol gli errori nei dati d'identificazione personale che gli sono stati segnalati o che ha scoperto da sé;
- h. notifica alla COMIe gli eventi rilevanti per la sicurezza nel sistema Ie o nell'impiego dell'Ie che gli sono stati segnalati o che ha scoperto da sé;
- i. chiede al titolare dell'Ie il consenso esplicito per la prima trasmissione dei dati d'identificazione personale a un gestore di un servizio con sistema Ie;
- j. accorda al titolare dell'Ie l'accesso in linea ai dati concernenti l'utilizzo dell'Ie e ai suoi dati d'identificazione personale di cui all'articolo 5;
- k. distrugge dopo sei mesi i dati concernenti l'utilizzo dell'Ie;
- l. predispone modelli di accordi con i gestori di servizi con sistema Ie e li trasmette all'IFPDT;
- m. notifica alla COMIe tutte le modifiche previste del proprio sistema Ie nonché della propria attività che potrebbero compromettere l'adempimento dei requisiti di cui all'articolo 13 e degli obblighi di cui alle lettere a-l.

² Il fornitore di identità istituisce un servizio clienti che consente di ricevere e trattare le notifiche di problemi tecnici o della perdita di un'Ie.

³ Il Consiglio federale emana disposizioni dettagliate sull'allestimento dei sistemi Ie e sulle notifiche di cui al capoverso 1 lettere g, h ed m e all'articolo 14 capoverso 2.

Art. 16 Comunicazione e utilizzo dei dati

¹ Il fornitore di identità può comunicare ai gestori di servizi con sistema Ie unicamente i dati d'identificazione personale:

- a. che corrispondono al livello di sicurezza richiesto;
- b. necessari all'identificazione della persona interessata; e
- c. alla cui trasmissione il titolare dell'Ie ha acconsentito.

² Il fornitore di identità non può trasmettere a terzi i dati d'identificazione personale di cui all'articolo 5, i dati concernenti l'utilizzo dell'Ie o i profili basati su tali dati, né utilizzare tali dati per scopi che esulino dall'esecuzione degli obblighi di cui all'articolo 15. È fatto salvo il trattamento dei dati da parte di terzi secondo l'articolo 10a della legge federale del 19 giugno 1992⁷ sulla protezione dei dati.

³ Il numero di registrazione dell'Ie può essere comunicato soltanto alle autorità o ad altri servizi che adempiono compiti pubblici.

Art. 17 Accessibilità delle Ie

Se oltre la metà delle Ie rilasciate proviene da un unico fornitore di identità o se oltre il 60 per cento proviene da due fornitori di identità e vi sono segnalazioni attendibili secondo cui alcuni richiedenti, pur soddisfacendo le condizioni di cui all'articolo 3, non hanno ripetutamente potuto ottenere un tipo di Ie ampiamente diffuso, la COMIe obbliga detti fornitori di identità a rendere accessibile questo tipo di Ie a tutte le persone alle stesse condizioni.

Art. 18 Interoperabilità

¹ I fornitori di identità riconoscono reciprocamente i loro sistemi Ie e ne garantiscono l'interoperabilità.

² Per quanto attiene alla remunerazione reciproca, i fornitori di identità sono ritenuti dominare il mercato ai sensi dell'articolo 2 della legge federale del 20 dicembre 1985⁸ sulla sorveglianza dei prezzi (LSPr) e i prezzi praticati non sono ritenuti la conseguenza di un'efficace concorrenza ai sensi dell'articolo 12 LSPr.

³ Il Consiglio federale emana le prescrizioni tecniche; in particolare definisce le interfacce.

Art. 19 Misure di vigilanza e ritiro del riconoscimento

¹ Se un fornitore di identità viola la presente legge, le sue disposizioni d'esecuzione o gli obblighi impostigli dalla COMIe, segnatamente se non soddisfa più le condizioni di riconoscimento, la COMIe ordina le misure necessarie per ripristinare la conformità al diritto e fissa a tal fine un termine adeguato.

² La COMIe può ritirare il riconoscimento al fornitore di identità che non abbia ripristinato la conformità al diritto entro il termine impartito.

³ Il Consiglio federale disciplina la procedura di ritiro del riconoscimento.

⁷ RS 235.1

⁸ RS 942.20

Sezione 5: Gestori di servizi con sistema Ie

Art. 20 Accordo con un fornitore di identità

Chi intende gestire un servizio con sistema Ie necessita di un accordo con un fornitore di identità. L'accordo disciplina in particolare:

- a. i livelli di sicurezza previsti;
- b. i processi tecnici e organizzativi da rispettare.

Art. 21 Utilizzo del numero di registrazione dell'Ie

Il gestore di servizi con sistema Ie può utilizzare il numero di registrazione dell'Ie per identificare le persone.

Art. 22 Obbligo di accettare le Ie

Tutte le Ie rilasciate per il livello di sicurezza richiesto devono essere accettate da:

- a. i gestori di servizi con sistema Ie;
- b. le autorità o gli altri servizi che adempiono compiti pubblici, se eseguendo il diritto federale ricorrono all'identificazione elettronica.

Sezione 6: Funzione dell'Ufficio federale di polizia

Art. 23 Compiti e obblighi

¹ Fedpol attribuisce il numero di registrazione dell'Ie ai dati d'identificazione personale di cui all'articolo 5 e li trasmette al fornitore di identità.

² Garantisce che il fornitore di identità possa verificare in qualsiasi momento, in modo affidabile e mediante una procedura usuale la validità del numero di registrazione dell'Ie.

³ Il Consiglio federale definisce gli standard e i protocolli tecnici applicabili alla trasmissione dei dati e stabilisce come si debba procedere nel caso in cui differenti registri di persone trasmettano dati contraddittori.

Art. 24 Sistema d'informazione

¹ Fedpol gestisce un sistema d'informazione; tale sistema contiene in particolare:

- a. i dati verbalizzati della procedura di rilascio di cui all'articolo 6;
- b. i dati d'identificazione personale di cui all'articolo 5, la loro origine e le informazioni sul loro aggiornamento;
- c. i numeri d'assicurato.

² Il sistema d'informazione serve a:

- a. ricevere le domande di rilascio e le dichiarazioni di consenso del richiedente;
- b. adempiere in modo automatizzato i compiti di fedpol nel quadro del rilascio delle Ie;
- c. aggiornare i dati d'identificazione personale conformemente all'articolo 7;
- d. verificare la validità del numero di registrazione di un'Ie secondo l'articolo 23 capoverso 2.

³ Per acquisire e confrontare i dati d'identificazione personale di cui all'articolo 5, il sistema d'informazione gestisce interfacce per accedere ai seguenti registri di persone:

- a. il sistema d'informazione per documenti d'identità di fedpol;
- b. il sistema d'informazione centrale sulla migrazione (SIMIC) della Segreteria di Stato della migrazione;
- c. il registro informatizzato dello stato civile (Infostar) dell'Ufficio federale di giustizia;
- d. il sistema d'informazione Ordipro del Dipartimento federale degli affari esteri; e
- e. il registro centrale degli assicurati (UCC-UPI) dell'Ufficio centrale di compensazione dell'AVS.

⁴ Il Consiglio federale definisce le misure tecniche e organizzative richieste per il trattamento e la trasmissione sicuri dei dati d'identificazione personale.

Sezione 7: Commissione federale delle Ie

Art. 25 Organizzazione

¹ Il Consiglio federale istituisce la Commissione federale delle Ie (COMIe). Questa si compone di almeno cinque e al massimo sette membri. Il Consiglio federale nomina i membri e designa il presidente e il vicepresidente.

² I membri devono essere esperti indipendenti. Non possono far parte degli organi di persone giuridiche o autorità che esercitano attività quali fornitori di identità né essere legati da un rapporto di servizio a tali persone giuridiche o autorità.

³ La COMIe è aggregata amministrativamente al Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) e dispone di una propria segreteria.

⁴ La COMIe non soggiace a istruzioni del Consiglio federale e del DFGP per quanto riguarda le sue decisioni. È indipendente dalle autorità amministrative.

⁵ Può far capo a fedpol nell'esecuzione della presente legge e impartirgli istruzioni.

⁶ Emanava un regolamento sulla propria organizzazione e gestione, il quale necessita dell'approvazione del Consiglio federale.

⁷ Le spese della COMIe sono coperte da emolumenti amministrativi. Il Consiglio federale disciplina i dettagli.

Art. 26 Compiti e attribuzioni

¹ La COMIe vigila sul rispetto della presente legge. Adotta e pronuncia le decisioni necessarie per l'esecuzione della presente legge e delle disposizioni di esecuzione.

² La COMIe ha in particolare le attribuzioni seguenti:

- a. riconoscere i fornitori di identità e vigilare su di essi, ordinare provvedimenti e ritirare il riconoscimento;
- b. pubblicare un elenco dei fornitori di identità e dei loro sistemi Ie;
- c. in presenza di una controversia, decidere riguardo a questioni concernenti l'accesso alle Ie e l'interoperabilità.

³ La COMIe osserva e sorveglia l'evoluzione dei fornitori di identità e dei loro sistemi Ie così da assicurare la presenza di un'offerta sicura, diversificata e economicamente accessibile di servizi di identificazione elettronica.

⁴ All'occorrenza, propone al Consiglio federale provvedimenti idonei a garantire la fornitura dei servizi di identificazione elettronica.

⁵ Informa il pubblico sulla propria attività e presenta al Consiglio federale un rapporto d'attività annuale.

Art. 27 Compiti della segreteria

¹ La segreteria prepara gli affari della COMIe, conduce i procedimenti e prende, unitamente alla presidenza, i necessari provvedimenti ordinatori. Presenta proposte alla COMIe e ne esegue le decisioni.

² La segreteria fornisce pareri e presta consulenza a titolari di Ie, servizi e imprese su questioni concernenti la presente legge.

³ Corrisponde direttamente con i fornitori di identità, le autorità e i terzi; emana autonomamente decisioni, per quanto lo preveda il regolamento interno.

⁴ Se la situazione lo richiede, può intervenire nell'esercizio di un fornitore di identità; ne informa senza indugio la COMIe.

⁵ Rappresenta la COMIe dinanzi ai tribunali della Confederazione e dei Cantoni.

⁶ La COMIe può affidare altri compiti alla segreteria.

Art. 28 Personale della segreteria

¹ Il Consiglio federale nomina il direttore della segreteria. La COMIe assume il rimanente personale.

² Il rapporto di servizio è disciplinato dalla legislazione sul personale della Confederazione.

Art. 29 Segreto d'ufficio e d'affari

La COMIe serba il segreto d'ufficio e d'affari.

Art. 30 Trattamento di dati personali

¹ La COMIe gestisce un sistema d'informazione per il riconoscimento dei fornitori di identità e la vigilanza su di essi; tale sistema contiene in particolare:

- a. i dati, i documenti e le prove forniti dal fornitore di identità nell'ambito della procedura di riconoscimento;
- b. le notifiche di cui agli articoli 14 capoverso 2 e 15 capoverso 1 lettere h e m;
- c. le misure di vigilanza adottate.

² Per adempiere i compiti assegnatili dalla legge, la COMIe può trattare profili della personalità e dati personali, compresi quelli degni di particolare protezione, concernenti procedimenti e sanzioni penali.

Sezione 8: Emolumenti**Art. 31**

¹ Per le loro decisioni e prestazioni, fedpol e COMIe riscuotono emolumenti dai fornitori di identità.

² Non è riscosso alcun emolumento per la verifica della validità del numero di registrazione dell'Ie secondo l'articolo 23 capoverso 2.

³ Il Consiglio federale disciplina gli emolumenti conformemente all'articolo 46a della legge del 21 marzo 1997⁹ sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione. Nel fissare gli emolumenti per la trasmissione dei dati d'identificazione personale, può in particolare tener conto del fatto che si tratti della prima trasmissione di tali dati o di un loro aggiornamento e dell'eventuale gratuità del rilascio e dell'utilizzo dell'Ie per il beneficiario.

Sezione 9: Responsabilità**Art. 32**

¹ La responsabilità del titolare di un'Ie, del gestore di servizi con sistema Ie e del fornitore di identità è retta dal Codice delle obbligazioni¹⁰.

² La responsabilità della Confederazione è retta dalla legge del 14 marzo 1958¹¹ sulla responsabilità.

⁹ RS 172.010

¹⁰ RS 220

¹¹ RS 170.32

Sezione 10: Disposizioni finali

Art. 33 Disposizioni transitorie

¹ Entro tre anni dall'entrata in vigore della presente legge, la COMIe riconosce, su richiesta del fornitore di identità, i mezzi d'identificazione elettronica rilasciati da quest'ultimo:

- a. come Ie con un livello di sicurezza basso, se:
 1. il titolare soddisfa le condizioni di cui all'articolo 3,
 2. il titolare ha acconsentito al riconoscimento,
 3. il numero del documento d'identità, il cognome ufficiale, i nomi e la data di nascita coincidono con i dati d'identificazione personale registrati nel sistema d'informazione di cui all'articolo 24;
- b. come Ie con un livello di sicurezza significativo, se, inoltre, l'identificazione è stata effettuata nell'ambito di una procedura, disciplinata dalla legge e sottoposta per legge a vigilanza, che offre un livello di sicurezza paragonabile a quello delle procedure previste dalla presente legge.

² Chi è in possesso di un certificato qualificato valido secondo l'articolo 2 lettera h della legge del 18 marzo 2016¹² sulla firma elettronica può chiedere a un fornitore di identità, entro tre anni dall'entrata in vigore della presente legge e sempreché siano soddisfatte le condizioni di cui al capoverso 1 lettera a numeri 1 e 3, il rilascio di un'Ie con un livello di sicurezza significativo senza che sia necessario verificare nuovamente la sua identità.

³ Nell'ambito del riconoscimento di cui all'articolo 13, la COMIe tiene conto, per i tre anni successivi all'entrata in vigore della presente legge, delle certificazioni ottenute dagli emittenti di strumenti d'identificazione secondo la legge federale del 19 giugno 2015¹³ sulla cartella informatizzata del paziente.

⁴ Il Consiglio federale emana disposizioni dettagliate sulle procedure di rilascio.

Art. 34 Modifica di altri atti normativi

La modifica di altri atti normativi è disciplinata nell'allegato.

¹² RS 943.03

¹³ RS 816.1

Art. 35 Referendum ed entrata in vigore

¹ La presente legge sottostà a referendum facoltativo.

² Il Consiglio federale ne determina l'entrata in vigore.

Consiglio nazionale, 27 settembre 2019

Consiglio degli Stati, 27 settembre 2019

La presidente: Marina Carobbio Guscetti

Il presidente: Jean-René Fournier

Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

La segretaria: Martina Buol

Data della pubblicazione: 8 ottobre 2019¹⁴

Termine di referendum: 16 gennaio 2020

¹⁴ FF **2019** 5419

Allegato
(art. 34)

Modifica di altri atti normativi

Gli atti normativi qui appresso sono modificati come segue:

1. Legge federale del 20 giugno 2003¹⁵ sul sistema d'informazione per il settore degli stranieri e dell'asilo

Art. 9 cpv. 1 lett. c e 2 lett. c n. 3

¹ La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore degli stranieri che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

- c. autorità federali competenti in materia di polizia, esclusivamente per l'identificazione delle persone nell'ambito di:
 - 1. scambi di informazioni di polizia,
 - 2. inchieste di polizia di sicurezza e di polizia giudiziaria,
 - 3. procedure d'estradizione,
 - 4. assistenza giudiziaria e amministrativa,
 - 5. perseguimento ed esecuzione penali in via sostitutiva,
 - 6. lotta al riciclaggio di denaro, al traffico di stupefacenti e alla criminalità organizzata,
 - 7. controllo di documenti d'identità,
 - 8. attribuzione e aggiornamento dei dati d'identificazione personale secondo la legge del 27 settembre 2019¹⁶ sull'Ie,
 - 9. ricerche di persone scomparse,
 - 10. controllo delle registrazioni nel sistema di ricerca informatizzato di cui all'articolo 15 della legge federale del 13 giugno 2008¹⁷ sui sistemi d'informazione di polizia della Confederazione (LSIP);

² La SEM può permettere alle seguenti autorità o servizi di accedere con procedura di richiamo ai dati del settore dell'asilo che ha trattato o ha fatto trattare nel sistema d'informazione:

- c. autorità federali competenti in materia di polizia:
 - 3. per l'adempimento dei compiti previsti dalla legge sull'Ie;

¹⁵ RS 142.51

¹⁶ RS ...

¹⁷ RS 361

2. Legge del 22 giugno 2001¹⁸ sui documenti d'identità

Art. 1 cpv. 3, secondo periodo

³ ... I titolari possono anche essere cittadini stranieri.

Art. 11 cpv. 1, frase introduttiva (Concerne soltanto il testo tedesco) e lett. k, nonché cpv. 2

¹ L'Ufficio federale di polizia gestisce un sistema d'informazione. Tale sistema contiene i dati personali che figurano nel documento d'identità e quelli che vi sono registrati, nonché i dati seguenti:

- k. il numero d'assicurato secondo la legge del 20 dicembre 1946¹⁹ sull'assicurazione per la vecchiaia e i superstiti.

² Il trattamento dei dati serve per:

- a. rilasciare documenti d'identità;
- b. impedire il rilascio non autorizzato di documenti d'identità;
- c. impedire l'impiego abusivo di documenti d'identità;
- d. rilasciare e aggiornare i mezzi d'identificazione elettronica secondo la legge del 27 settembre 2019²⁰ sull'Ie.

Art. 12 cpv. 2 lett. g

² Per adempiere i compiti spettanti loro per legge, le autorità o i servizi seguenti possono, mediante procedura di richiamo, consultare i dati del sistema d'informazione:

- g. la Direzione consolare del Dipartimento federale degli affari esteri, per l'identificazione delle persone.

Art. 14 Divieto di gestire banche dati parallele

È vietata la gestione di banche dati parallele. Non sono vietati:

- a. la conservazione limitata nel tempo da parte delle autorità di rilascio dei moduli di domanda;
- b. il trattamento dei dati d'identificazione personale conformemente alla legge del 27 settembre 2019²¹ sull'Ie da parte dell'Ufficio federale di polizia, in particolare nel sistema d'informazione di cui all'articolo 24 della legge sull'Ie, e da parte dei fornitori di identità.

¹⁸ RS **143.1**

¹⁹ RS **831.10**

²⁰ RS ...

²¹ RS ...

3. Codice civile²²

Art. 43a cpv. 4 n. 9

⁴ Hanno accesso mediante procedura di richiamo ai dati necessari alla verifica dell'identità di una persona:

9. l'Ufficio federale di polizia, per l'adempimento dei compiti assegnatigli dalla legge del 27 settembre 2019²³ sull'Ie.

4. Legge federale del 20 dicembre 1946²⁴ sull'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti

Art. 50a cpv. 1 lett. b^{quater}

¹ Purché nessun interesse privato preponderante vi si opponga, gli organi incaricati di applicare la presente legge o di controllarne o sorvegliarne l'esecuzione possono comunicare i dati, in deroga all'articolo 33 LPG²⁵:

^{b^{quater}} all'Ufficio federale di polizia, per l'adempimento dei compiti assegnatigli dalla legge del 27 settembre 2019²⁶ sull'Ie;

5. Legge del 18 marzo 2016²⁷ sulla firma elettronica

Art. 9 cpv. 1^{bis}

^{1bis} Se l'identità è provata mediante un'Ie con un livello di sicurezza significativo secondo la legge del 27 settembre 2019²⁸ sull'Ie, la persona in questione non deve presentarsi personalmente.

²² RS 210

²³ RS ...

²⁴ RS 831.10

²⁵ RS 830.1

²⁶ RS ...

²⁷ RS 943.03

²⁸ RS ...



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

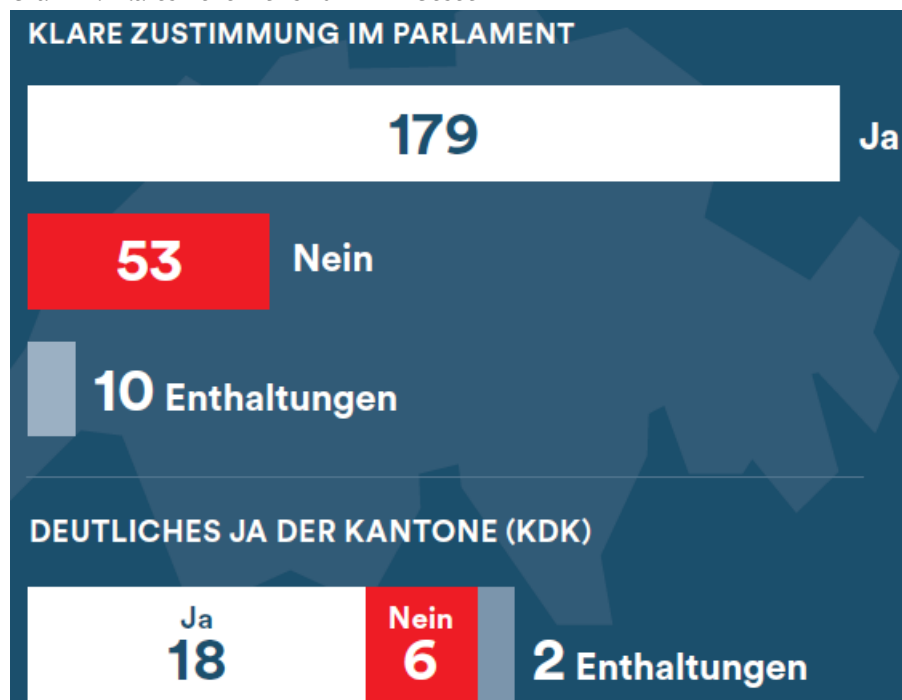
Informationen und Argumente für ein JA zum E-ID-Gesetz

Bern, 14. Januar 2021

1. Darum geht es bei der Abstimmung

Bundesrat und Parlament haben ein neues Gesetz geschaffen, damit die Identifikation im Internet einfacher und sicherer wird. Gegen dieses E-ID-Gesetz¹ wurde das Referendum ergriffen. Die Volksabstimmung findet am 7. März 2021 statt. Bundesrat, Parlament, Kantone, Gemeinden und Wirtschaftsverbände empfehlen ein Ja.

Grafik 1: Klares Bekenntnis zum E-ID-Gesetz



2. Hauptgründe für ein JA zum E-ID-Gesetz

- **Einfacher im Netz:** Die Schweizer e-ID bedeutet weniger Passwörter und Logins, mehr Unabhängigkeit von Öffnungszeiten, mehr online erledigen, statt am Schalter Schlange stehen und weniger Papier.
- **Sicherer im Netz:** Mit einer Schweizer e-ID erhält man mehr Kontrolle und Transparenz über die eigenen Daten, sie bietet Schutz vor Identitätsbetrug und ermöglicht sichere Online-Altersprüfungen.

¹ Weitere Informationen zum «Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (BGEID, E-ID-Gesetz)» siehe EJPD-Informationssseite; <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/themen/abstimmungen/bgeid.html>

- **Alle profitieren:** Dank einer Schweizer e-ID werden viele praktische digitale Dienstleistungen erst möglich. Dies entlastet Einzelpersonen, Behörden, Unternehmen und Verbände.
- **Vertrauenswürdige Schweizer Lösung:** Das Gesetz schafft klare Regeln für mehr Transparenz und Datenschutz und garantiert unabhängige Kontrollen.
- **Innovation und Standort stärken:** Zahlreiche Länder sind der Schweiz in der digitalen Entwicklung voraus. Mit der eigenen e-ID holen wir wieder auf und positionieren die Schweiz als modernes, wettbewerbsfähiges Land.

3. Deshalb braucht es das neue Gesetz

Bereits heute gibt es verschiedene Lösungen zur Identifikation von Personen im Internet. Diese werden von Privaten angeboten und sind kaum reguliert. Da sich immer mehr Menschen, Behörden, Verbände und Unternehmen online bewegen und auf eine vertrauenswürdige Identifikation angewiesen sind, will der Staat nun regulierend eingreifen. Mit dem E-ID-Gesetz will er Wildwuchs verhindern und klare Regeln für den Datenschutz und die Datenhaltung aufstellen. Weiter will er sicherstellen, dass niemand unter einer falschen Identität eine elektronische ID bekommt und dass Online-Aktivitäten mehr Rechtssicherheit und Verbindlichkeit erhalten.

3.1. Konsequenzen: Das würde ein Nein bedeuten

Bei einem Nein müsste der Gesetzgebungsprozess von neuem beginnen und würde mindestens zwei zusätzliche Jahre kosten. Dies bedeutet weitere Jahre ohne eine staatlich anerkannte und geprüfte Schweizer Lösung. Der heutige, unregulierte Flickenteppich von verschiedenen Identifikationslösungen und Login-Prozessen bliebe bestehen und populäre Lösungen von ausländischen Grossunternehmen würden sich weiter durchsetzen.

Eine staatlich anerkannte und regulierte e-ID ist ein wichtiger Treiber für die Weiterentwicklung von Online-Geschäften und E-Government-Anwendungen. Zahlreiche Länder sind der Schweiz weit voraus und haben seit Jahren eigene e-IDs. Mit einem Nein wird sich der Rückstand der Schweiz im digitalen Raum noch weiter vergrössern. Dies schwächt unseren Innovations- und Wirtschaftsstandort.

4. Nutzen für die gesamte Schweiz

Von einer staatlich anerkannten und geprüften Schweizer e-ID profitieren wir alle.

4.1. Persönlicher Nutzen

Mit einer Schweizer e-ID werden zahlreiche Identifizierungsprozesse und Anmeldungen im Internet einfacher und sicherer.

- Mittels einer anerkannten e-ID kann sich eine Person bei verschiedenen privaten Anbietern und Behörden im Internet anmelden, statt sich mit zig verschiedenen Passwörtern und Logins herumzuschlagen.
- Dank einer anerkannten Online-Identifikation wird man sich so manchen Gang auf ein Amt, die Poststelle oder in eine Filiale sparen können. Auch zeitraubende und fehleranfällige Medienbrüche mit ausdrucken, kopieren, unterschreiben und einscannen werden länger je mehr verschwinden.
- Fast täglich melden wir uns heute bei Kundenwebsites und Internetportalen an und geben unsere Daten preis. Das tun wir oft mit einem schwelenden Misstrauen, da wir nicht wissen, wie

sicher und vertrauenswürdig die Prozesse sind. Eine staatlich geprüfte e-ID muss hohe Sicherheitsstandards erfüllen und bietet damit mehr Schutz vor unsicheren Anmeldeprozessen und Anbietern, einfach zu knackenden Passwörtern und ermöglicht zuverlässige Altersprüfungen zum Schutz von Minderjährigen.

- Mit einer geregelten e-ID erhält man zudem wieder mehr Kontrolle über die eigenen Daten. Man hat einen besseren Überblick, wann man sich wo angemeldet hat und wer welche Informationen erhält. Mit unzähligen Accounts, Logins und AGB ist das heute im Alltag kaum mehr machbar.

4.2. Gesellschaftlicher Nutzen

Die Digitalisierung bietet enormes Potenzial für die gesamte Gesellschaft. Will man dieses Potenzial ausschöpfen und Innovation vorantreiben, braucht es vertrauenswürdige und solide Basisdienste und Infrastrukturen wie die anerkannte e-ID.

- Eine eigene e-ID mit klaren Regeln und Standards ist ein zentraler Baustein für die Digitalisierung der Schweiz. Darauf aufbauend können auch sensitive Geschäftstätigkeiten, wie digitale Behördengänge und Vertragsabschlüsse, an Akzeptanz gewinnen. Zugleich werden Hürden für die Verwendung einer E-Signatur abgebaut.
- Mit einer eigenen e-ID wird die Schweiz unabhängiger von Identifikationslösungen und Systemen der grossen internationalen Plattformen, die oft nicht unseren datenschutzrechtlichen Ansprüchen und Sicherheitsstandards genügen.
- Nicht zuletzt zeigt die Coronakrise eindrücklich, wie wichtig verlässliche digitale Lösungen für das Aufrechterhalten der wirtschaftlichen, behördlichen und politischen Aufgaben sind. Eine offiziell anerkannte und breit akzeptierte e-ID würde dem ganzen System einen enormen Schub und die notwendige Verbindlichkeit verleihen. Dies würde gerade auch vulnerablen Personen in Krisenzeiten zu mehr Unabhängigkeit verhelfen.

4.3. Nutzen für die Behörden/Verwaltung

Der administrative Aufwand für den Kontakt zwischen Bürger*innen und Behörden sowie für das Erbringen der Dienstleistungen wird massiv reduziert.

- Mit einer staatlich anerkannten e-ID werden viele E-Government-Anwendungen ermöglicht oder vereinfacht. Der elektronische und medienbruchfreie Bezug von Registerauszügen oder Services wie E-Steuern, E-Umzüge, E-Baugesuche, E-Collecting und vielleicht später einmal sogar E-Voting werden schweizweit möglich.
- Gerade Kantone und Gemeinden, mit mehr Berührungspunkten zu den Bürger*innen als der Bund, würden von einer anerkannten und breit akzeptierten e-ID profitieren. Ziel «digital first» wird mit einer Schweizer e-ID greifbar.
- Die vom Bund gewährleistete Prüfung und Anerkennung von e-ID-Anbietern und ihrer Lösungen entlastet Gemeinden und Kantone darin, selbst eine e-ID zu entwickeln bzw. mit aufwändigen Ausschreibungen zu suchen und von Grund auf zu prüfen. Zugleich haben digitalaffine Kantone und Gemeinden mit dem aktuellen E-ID-Gesetz aber die Möglichkeit, ihre bereits entwickelten Identifikationslösungen vom Bund anerkennen zu lassen und schweizweit anzubieten.
- Durch die hohen Standards und das Prüfverfahren werden e-ID-Lösungen selektioniert und klaren Regeln wie zum Beispiel der Interoperabilität unterworfen. Damit wird ein Stückweit verhindert, dass zahlreiche neue Insellösungen entstehen, die die behördenübergreifende Zusammenarbeit erschweren und Bürger*innen z. B. bei einem Umzug immer wieder zu neuen Lösungen zwingt.

4.4. Wirtschaftlicher Nutzen – Standort- und Wettbewerbsfaktor

Eine staatlich anerkannte e-ID ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Standorts Schweiz.

- Eine staatlich anerkannte e-ID bildet die Basis für zahlreiche digitale Innovationen und sorgt für Breitenwirkung. Sie schafft die notwendige Rechtssicherheit und das Vertrauen, die es für erfolgreiche Geschäftsabschlüsse im digitalen Raum braucht. E-Commerce und E-Government erhalten einen richtigen Schub.
- Dass die Schweiz im Vergleich zu zahlreichen anderen Ländern noch keine eigene e-ID hat, hat Konsequenzen: Der Rückstand zeigt sich seit Jahren im «eGovernment Benchmark» Monitor der Europäischen Kommission und schlägt sich auch im «World Digital Competitiveness Report IMD» nieder, in welchem die Schweiz 2020 auch aufgrund der fehlenden e-ID zurückfällt.
- Online Dienstleister werden mit einer geprüften e-ID besser vor Identitätsbetrug und Falschangaben geschützt und Verwechslungen werden verhindert. Weiter können sensible Angebote besser und zuverlässiger gesichert werden: Zum Beispiel für das Bestellen von Waren mit Alterslimiten oder den Zugang zu gewissen Portalen oder Inhalten.

5. So funktioniert das E-ID-Gesetz

Das E-ID-Gesetz ist kein Schnellschuss, sondern Resultat langjähriger Analysen und breit geführter Fachdebatten. Das E-ID-Gesetz ist ein Grundlagengesetz, mit dem die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Schweizer e-ID geschaffen werden. Die Vorlage richtet sich nach folgenden Grundsätzen:

- Die e-ID ist kein digitaler Pass. Die e-ID ermöglicht ausschliesslich die sichere elektronische Identifikation und ist bei weitem kein Ersatz für den Schweizer Pass, der mit der Reisefreiheit oder politischen Rechten verbunden ist.
- Die e-ID ist freiwillig. Jegliche Art von Behördendiensten sind weiterhin nicht-elektronisch möglich - an diesem Grundsatz ändert sich auch mit der e-ID nichts. Auch Online-Shopping muss gemäss Gesetz weiterhin ohne e-ID möglich sein.
- Das Gesetz verlangt vertrauenswürdige Schweizer Lösungen. Es schafft klare Regeln für Datenschutz und Transparenz. Anbieter sind Schweizer Organisationen, die streng geprüft und regelmässig kontrolliert werden. Die Daten müssen in der Schweiz nach Schweizer Recht gespeichert werden.
- Das Gesetz ist bewusst technologieneutral formuliert und sieht vor, dass mehrere Organisationen e-IDs anbieten. Gemäss Gesetz sollen es Private, Kantone und Gemeinden sein. Sie alle können sich und ihr Angebot prüfen und anerkennen lassen.
- Der Bund schreibt nicht vor, welcher Datenträger verwendet werden muss. Innovation und Fortschritt sind den Anbietern überlassen. Wenn sich eine Person für eine e-ID entscheidet, soll sie die Wahl haben.

5.1. Aufgabenteilung zwischen Bund und privaten oder behördlichen Anbietern

Es ist ein bewährtes Schweizer Modell, dass der Staat als Garant auftritt, aber innovative und kundenfreundliche Anwendungen von Privaten, Kantonen und Gemeinden zulässt. Es ist zeitgemäss und zukunftsfähig. Die Aufgabenteilung stellt die Flexibilität für technologische Veränderungen und Entwicklungen sicher und ermöglicht eine breite Nutzung.

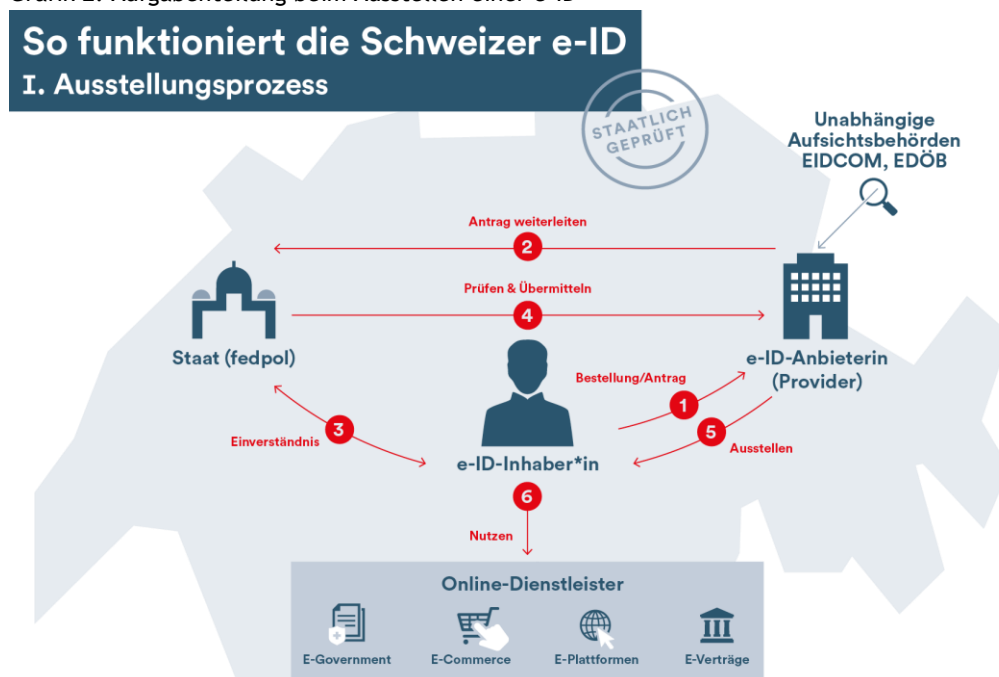
- Die Rolle des Bundes: Der Bund verfügt über Daten zur Identität der Schweizerinnen und Schweizer. Diese bewahrt er in gesicherten Registern auf, zu denen niemand sonst Zugriff hat. Gemäss E-ID-Gesetz kann der Bund diese Daten nun für das Prüfverfahren bei der Ausstellung einer e-ID nutzen. Der Zugang zu den Daten und Registern bleiben dabei zu jeder Zeit dem Bund vorbehalten.
- Der Bund reguliert die Anbieter von e-ID-Lösungen. Im Vollzug prüft und anerkennt er die konkreten e-ID-Anwendungen und er anerkennt, kontrolliert und beaufsichtigt die Anbieter. Um die neuen Aufgaben zu erfüllen, schafft er unter anderem zwei neue Stellen: 1. Der staatliche Identitätsdienst (SID) beim Bundesamt für Polizei (fedpol), der vor der Herausgabe die Richtigkeit der Personalien prüft. 2. Die Eidgenössische E-ID-Kommission (EIDCOM), welche die Anbieter und ihre Systeme anerkennt und die Einhaltung des Gesetzes überwacht.
- Die Rolle der Privaten, Kantone und Gemeinden: Die Anbieter der e-ID können private Unternehmen und Organisationen sein, aber auch Verwaltungseinheiten der Kantone und der Gemeinden. Als sogenannte Identitätsdienstleister entwickeln sie die Träger für die elektronische Identität und betreiben und verwalten die technischen Systeme. Um sich als Identitätsdienstleister zertifizieren zu können, müssen Organisationen hohe Sicherheitsanforderungen erfüllen.
- Sollte die vorgesehene Aufgabenteilung nicht funktionieren, sieht das Gesetz vor, dass der Bund selbst eine e-ID herausgeben und betreiben soll (Subsidiaritätsprinzip).

5.2. Identitätsprüfung als hoheitliche Aufgabe

Wie beim Pass oder der Identitätskarte, die durch akkreditierte Unternehmen hergestellt werden, ist der Bund für die amtliche Bestätigung einer Identität zuständig. Die technische Infrastruktur hingegen wird von privaten Unternehmen entwickelt und betrieben. Diese Aufgabenteilung ist zweckmässig.

Das E-ID-Gesetz hält klar fest: Die Hoheit über die Identitätsdaten bleibt ausschliesslich beim Bund. Nur er kann die Richtigkeit der Identifikationsmerkmale einer Person garantieren. Er gibt keine hoheitlichen Kompetenzen aus der Hand und gewährt Dritten keinen Zugang zu den staatlichen Registern. Diese können nur für die Ausstellung der e-ID beim Staat überprüft werden. Dies wiederum geschieht ausschliesslich auf Wunsch der betroffenen Person.

Grafik 2: Aufgabenteilung beim Ausstellen einer e-ID



5.3. Datenschutz und Sicherheit

Das E-ID-Gesetz folgt den Grundsätzen der Datensparsamkeit und der Transparenz. Es stellt strenge Regeln für den Datenschutz auf, die über das allgemeine Datenschutzgesetz hinausgehen.

- Das Gesetz regelt, dass die e-ID-Anbieter die erhaltenen Personenidentifikationsdaten und daraus abgeleitete Informationen nicht weitergeben und nur zum Zweck der Identifikation im Auftrag der e-ID-Inhaber*in nutzen dürfen. Die Daten müssen in der Schweiz nach Schweizer Recht gespeichert werden.
- Die e-ID-Anbieter müssen die Personenidentifikationsdaten, die anfallenden Nutzungsdaten sowie allfällige weitere Daten immer getrennt halten. Es ist verboten, Daten zu kommerzialisieren und die anfallenden Nutzungsdaten müssen nach sechs Monaten gelöscht werden. Die Nutzungsdaten sagen zudem nur, dass und wann die e-ID zu Identifikation bei einem Online-Dienst genutzt wurde, nicht wofür. Die e-ID-Anbieter erhalten keine Kenntnis über den Inhalt der Transaktion – diese Information bleibt zwischen dem Kunden und dem Online-Dienstleister.
- Die Einwilligung des/r Inhaber*in ist immer zwingend. Es findet keine Identifikation und Übertragung von Daten statt, ohne dass der/die Inhaber*in den Auftrag erteilt und die Einwilligung gegeben hat.
- Das E-ID-Gesetz bringt den Nutzer*innen mehr Kontrolle und Transparenz über ihre Daten im Internet: e-ID-Inhaber*innen müssen einen Online-Zugriff zu den Daten haben und können so selbst bestimmen, wer Daten erhält, und prüfen, welche Daten sie welchem Online-Dienst freigegeben haben. Die e-ID-Inhaber*innen haben volle Transparenz und Hoheit über die Nutzung ihrer Daten.
- Das E-ID-Gesetz macht strikte Vorgaben zur Sicherheit der Informatiksysteme und auferlegt allen Beteiligten strenge Pflichten zum Schutz der Daten. Die Einhaltung wird vom Bund regelmässig überprüft. Weiter müssen e-ID-Anbieter ihren Sitz in der Schweiz haben und die Daten dürfen nur in der Schweiz gespeichert und bearbeitet werden.
- Die Einhaltung des Datenschutzes und sämtlicher anderer Auflagen werden bei der Anerkennung und der Erneuerung der Anerkennung regelmässig überprüft. Im Falle eines Verstosses sieht das E-ID-Gesetz den Entzug der Zulassung vor. Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte hat beim Vollzug des Gesetzes eine aktive Rolle.
- Umgekehrt hat der Staat zu keiner Zeit Einsicht in die Nutzung der e-ID. Eine Überwachung ist ausgeschlossen.²

² Gesetzlich vorgeschriebene Ausnahme: Richterliche Anordnung im Rahmen eines Strafverfahrens.

So funktioniert die Schweizer e-ID



Die Referendumsunterstützer*innen fordern ein neues Gesetz mit einer «vollstaatlichen» Lösung. Die Entwicklung und der Betrieb des e-ID-Systems soll nicht von privaten Organisationen, Kantonen oder Gemeinden geleistet werden.

Bei einer «vollstaatlichen» Lösung müsste der Bund entweder selbst die Technologie entwickeln und betreiben oder diese am Markt einkaufen. Im Parlament haben die Gegner der Vorlage mit einem Minderheitsantrag letzteres gefordert; namentlich eine Lösung mit Konzession (wie z. B. bei der Erhebung der Radio- und Fernsehgebühren). Der Auftrag für die Entwicklung und den Betrieb der e-ID würde somit im Rahmen einer Ausschreibung an ein einziges Unternehmen oder einen Kanton vergeben. Damit würde willentlich eine monopolähnliche Situation geschaffen. Es ist davon auszugehen, dass eine WTO-Ausschreibung stattfinden würde. Was bedeutet, dass der Zugschlag für die e-ID auch an einen ausländischen Anbieter gehen könnte.

6.3. Konsequenzen eines Neins

7 | 8

7. Auf einen Blick: Darum braucht es ein JA zum E-ID-Gesetz am 7. März 2021

Ein JA zum E-ID-Gesetz ist ein

- ✓ JA zu mehr Einfachheit und Sicherheit im Netz
- ✓ JA zu einer eigenen und unabhängigen Schweizer Lösung
- ✓ JA zu klaren Regeln bei der elektronischen Identifikation
- ✓ JA zu mehr Datenschutz und Kontrolle über die eigenen Daten
- ✓ JA zu Freiwilligkeit und Wahlfreiheit
- ✓ JA zur sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Bund und Privaten/Kantonen/Gemeinden
- ✓ JA zu einer wettbewerbsfähigen und innovativen Schweiz

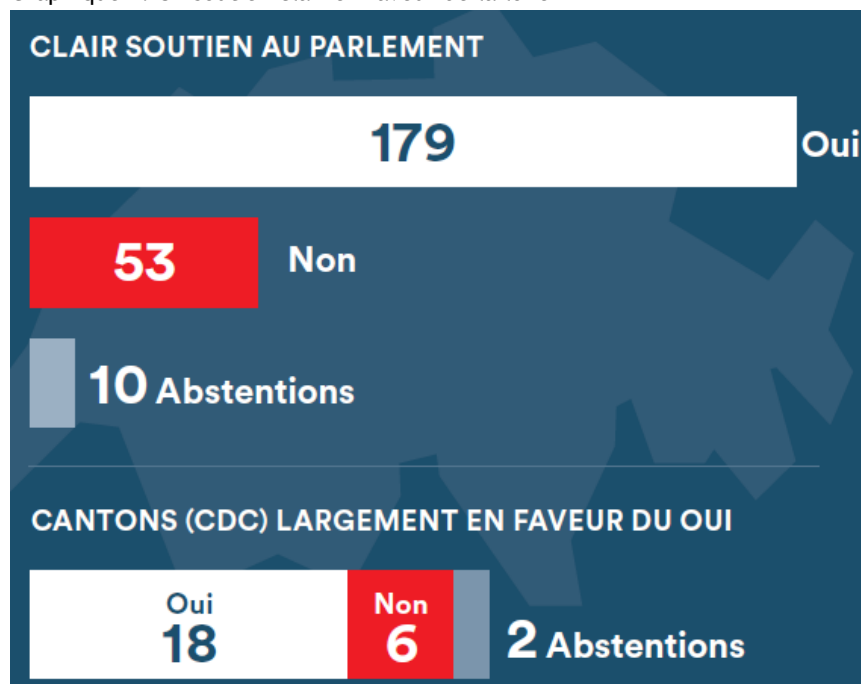
Informations et arguments en faveur d'un OUI à la loi e-ID

Berne, le 14 janvier 2021

1. Sur quoi vote-t-on ?

Le Conseil fédéral et le Parlement ont élaboré une nouvelle loi pour rendre l'identification sur Internet plus simple et plus sûre. Un référendum a été lancé contre cette loi e-ID¹. La votation populaire aura lieu le 7 mars 2021. Le Conseil fédéral, le Parlement, les cantons, les communes et les organisations économiques recommandent le oui.

Graphique 1: Un soutien clair en faveur de la loi e-ID



2. Principaux arguments en faveur d'un OUI à la loi e-ID

- **Plus de simplicité en ligne** : Une e-ID suisse signifie moins de mots de passe et de connexions, une plus grande liberté par rapport aux heures d'ouverture, davantage de démarches possibles en ligne pour éviter les files d'attente au guichet et moins de papier.
- **Plus de sécurité en ligne** : une e-ID suisse permet davantage de contrôle et de transparence sur ses propres données. Elle offre une protection contre les fraudeurs d'identité et sécurise le contrôle de l'âge en ligne.

¹ Informations supplémentaires sur la « loi fédérale sur les services d'identification électronique (LSIE, e-ID) », voir page d'information du DFJP ; <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/fr/home/themes/abstimmungen/bgeid.html>

- **Tout le monde est gagnant** : grâce à l'e-ID suisse, de nombreuses applications digitales seront désormais possibles. Tout le monde en profitera : privés, autorités, entreprises et associations.
- **Une solution suisse et fiable** : la loi crée des règles claires pour une plus grande transparence et pour la protection des données. Les fournisseurs seront supervisés de manière stricte et régulièrement contrôlés.
- **Renforcer l'innovation et la place économique** : de nombreux pays sont en avance sur la Suisse dans le domaine numérique. Avec sa propre e-ID, la Suisse rattrape son retard et se positionne à nouveau comme pays moderne et compétitif.

3. Pourquoi une nouvelle loi est-elle nécessaire ?

Il existe aujourd'hui déjà différentes solutions pour identifier une personne sur Internet. Ces solutions sont proposées par des particuliers et sont peu réglementées. Étant donné que de plus en plus de personnes individuelles, d'autorités, d'associations et d'entreprises font leurs démarches en ligne et ont besoin d'une identification fiable, l'État veut désormais intervenir et jouer son rôle de régulateur. Avec la loi e-ID, il veut empêcher un développement sauvage et établir des règles claires pour la protection et la conservation des données. Il entend également s'assurer que personne n'obtient un identifiant électronique sous une fausse identité et que les activités en ligne bénéficient d'une plus grande sécurité juridique et d'un véritable caractère obligatoire.

3.1. Quelles seraient les conséquences d'un Non ?

En cas de non, le processus législatif devrait recommencer et nécessite au moins deux années supplémentaires de travail. Cela signifie encore des années sans une solution suisse vérifiée et reconnue par l'État. Le patchwork actuel sans véritable régulation avec ses différentes solutions d'identification et processus de connexion subsisterait et les solutions populaires offertes par les grandes entreprises étrangères continueraient à s'imposer.

Une e-ID électronique vérifiée et reconnue par l'État serait un moteur important pour le développement des transactions en ligne et des applications d'administration en ligne. De nombreux pays ont une longueur d'avance sur la Suisse et disposent depuis des années de leurs identifiants électroniques. Un non signifierait que le retard de la Suisse dans l'espace numérique s'accentuerait encore davantage. Cela affaiblirait notre place économique et notre capacité d'innovation.

4. Une utilité pour l'ensemble de la Suisse

Nous profiterons toutes et tous d'une e-ID suisse vérifiée et reconnue par l'État.

4.1. Utilité personnelle

Avec une e-ID suisse, de nombreux processus d'identification et d'inscription sur Internet deviennent plus faciles et plus sûrs.

- Grâce à une e-ID reconnue, une personne peut s'inscrire auprès de différents fournisseurs privés et autorités publiques sur Internet plutôt que de se battre avec des dizaines de mots de passe et de connexions différentes.
- Grâce à une identification en ligne reconnue, il sera possible de s'épargner certaines démarches, par exemple vers des services administratifs, un bureau de poste ou une filiale. Peu à peu, il ne sera progressivement plus nécessaire d'imprimer, copier, signer et numériser pour s'inscrire. Ces changements de support sont chronophages et sources d'erreur. Aujourd'hui, nous nous inscrivons presque tous les jours sur des sites web et des portails Internet et nous

divulguons nos données. Nous le faisons souvent avec une certaine méfiance car nous ne savons pas à quel point les processus sont sûrs et fiables. Une e-ID contrôlée par l'État doit satisfaire à des normes de sécurité élevées, offrant ainsi une meilleure protection contre les procédures d'enregistrement et les fournisseurs non sécurisés, les mots de passe faciles à craquer et permet un contrôle de l'âge fiable pour protéger les mineurs.

- Une e-ID réglementée permet de reprendre le contrôle sur ses propres données. Chacun bénéficie d'une meilleure vue d'ensemble du moment où il s'inscrit, à quelle plateforme, et qui reçoit quelles informations. Avec d'innombrables comptes, connexions et conditions générales, c'est aujourd'hui à peine faisable au quotidien.

4.2. Utilité pour la société

La numérisation offre un énorme potentiel à l'ensemble de la société. Si l'on veut exploiter ce potentiel et promouvoir l'innovation, il faut des services de base fiables et solides et des infrastructures à la hauteur. Une e-ID en fait partie.

- Une e-ID propre avec des règles et des normes claires est un élément central de la numérisation de la Suisse. Sur cette base, les activités commerciales sensibles, telles que l'administration numérique et la conclusion de contrats, peuvent également bénéficier d'une meilleure acceptation. Dans le même temps, les obstacles à l'utilisation d'une signature électronique sont supprimés.
- Avec sa propre e-ID, la Suisse devient plus indépendante des solutions d'identification et des systèmes des grandes plateformes internationales qui souvent ne répondent pas à nos exigences en matière de protection des données et à nos normes de sécurité.
- Enfin, et ce n'est pas le moins important, la crise du coronavirus met en lumière l'importance de solutions numériques fiables pour le maintien des tâches économiques, administratives et politiques. Une e-ID officiellement reconnue et largement acceptée donnerait à l'ensemble du système un énorme soutien et un caractère contraignant indispensable. Cela permettrait également d'accroître l'indépendance des personnes vulnérables en temps de crise.

4.3. Utilité pour les autorités / l'administration

La charge administrative liée aux contacts entre les citoyens et les autorités publiques ainsi que sur la fourniture des services serait considérablement réduite.

- Une e-ID reconnue par l'État permet ou simplifie de nombreuses applications de l'administration en ligne. L'achat électronique et sans rupture de médias, d'extraits de registre ou de services en ligne tels que les impôts, les changements d'adresses, les demandes de permis de construire, la récolte de signature et peut-être même un jour le vote électronique deviennent possibles dans toute la Suisse.
- Les cantons et les communes qui ont davantage de contacts directs avec les citoyens que la Confédération bénéficieraient d'une e-ID reconnue et largement acceptée. L'objectif « digital first » devient réalisable avec une e-ID suisse.
- L'examen et la reconnaissance des fournisseurs d'e-ID et de leurs solutions, assurés par la Confédération, déchargent les communes et les cantons de développer eux-mêmes une e-ID ou de rechercher avec des appels d'offres complexes ou de devoir développer des solutions à partir de rien. Dans le même temps, la loi e-ID proposée permet aux cantons et aux communes en avance dans le domaine numérique de faire reconnaître par la Confédération leurs solutions d'identification déjà développées et de les offrir dans toute la Suisse.

- Grâce aux normes élevées et à la procédure d'essai, les solutions e-ID sont sélectionnées et soumises à des règles claires telles que l'interopérabilité. Cela permettra d'éviter l'émergence de nombreuses nouvelles solutions isolées qui rendent difficile la coopération entre les autorités et obligent les citoyens à trouver systématiquement de nouvelles solutions, par exemple lors d'un déménagement.

4.4. Utilité sur le plan économique : facteur de compétitivité pour la place économique

Une e-ID reconnue par l'État est importante pour la compétitivité et la place économique suisse.

- Une e-ID reconnue par l'État constitue la base de nombreuses innovations numériques et a un large impact. Elle crée la sécurité juridique et la fiabilité nécessaire pour des transactions commerciales réussies dans l'espace numérique. Le commerce électronique et l'e-government bénéficient d'un véritable élan.
- Le fait que la Suisse n'ait pas encore sa propre e-ID par rapport à de nombreux autres pays a des conséquences : ce retard est pointé du doigt depuis des années dans le rapport « eGovernment Benchmark » de la Commission européenne et se reflète également dans le « World Digital Competitiveness Report IMD » dans lequel la Suisse obtient une note en baisse en 2020 en raison de l'absence d'e-ID.
- Les services en ligne sont mieux protégés contre la fraude à l'identité et les fausses déclarations et les confusions sont évitées avec une e-ID reconnue. En outre, les offres sensibles peuvent être mieux sécurisées et deviennent plus fiables : par exemple, pour la commande de marchandises avec des limites d'âge ou l'accès à certains portails ou contenus.

5. Comment fonctionne la loi e-ID ?

La loi e-ID n'est pas une action précipitée, mais au contraire le résultat de nombreuses années d'analyse et de vastes débats entre experts. La loi e-ID est une loi fondamentale qui crée le cadre juridique de l'e-ID suisse. La proposition est fondée sur les principes suivants :

- L'e-ID n'est pas un passeport numérique. L'e-ID permet exclusivement une identification électronique sécurisée et ne représente en aucun cas un substitut au passeport suisse lié à la liberté de voyager ou aux droits politiques.
- L'e-ID s'acquiert sur une base volontaire. Tout type de service administratif demeure toujours possible de manière non électronique ; ce principe ne change pas avec l'e-ID. Selon la loi, les achats en ligne doivent également rester possibles sans e-ID.
- La loi exige des solutions suisses fiables. Elle établit des règles claires en matière de protection des données et de transparence. Les fournisseurs doivent être des organisations suisses qui font l'objet d'une surveillance rigoureuse et qui sont régulièrement contrôlés. Les données doivent être stockées en Suisse conformément au droit suisse.
- La loi est délibérément neutre sur le plan technologique et permet à plusieurs organisations de proposer des e-ID. Selon la loi, il pourrait s'agir de personnes privées, des cantons ou des communes. Tous peuvent soumettre leur offre à examen et la faire approuver.
- La Confédération n'impose pas le support de données à utiliser. L'innovation et le progrès sont laissés aux fournisseurs. Si une personne choisit une e-ID, elle doit avoir le choix.

5.1. Répartition des tâches entre la Confédération et les prestataires privés ou les administrations

Il s'agit d'un modèle suisse qui a fait ses preuves : l'État a le rôle de garant tout en autorisant des applications innovantes et pratiques pour les particuliers, les cantons et les communes. Il s'agit d'une solution moderne et durable. La répartition des tâches garantit la flexibilité pour les changements et les évolutions technologiques et permet une large utilisation.

- Le rôle de la Confédération : la Confédération dispose de données sur l'identité des Suisses. Elle les conserve dans des registres sécurisés auxquels personne d'autre n'a accès. Conformément à la loi e-ID, la Confédération peut désormais utiliser ces données pour la procédure de vérification lors de la délivrance d'une e-ID. L'accès aux données et registres est à tout moment réservé à la Confédération.
- La Confédération réglemente les fournisseurs de solutions e-ID. Elle vérifie et approuve les applications e-ID particulières dans l'exécution et reconnaît, contrôle et supervise les fournisseurs. Pour accomplir ces nouvelles tâches, elle crée entre autres deux nouvelles entités :
1. Unité d'identité de l'Office fédéral de la police (fedpol) qui vérifie l'exactitude des données personnelles avant de transmettre les données. 2. La Commission fédérale e-ID (EIDCOM) qui reconnaît les fournisseurs et leurs systèmes et contrôle le respect de la loi.
- Le rôle des privés, des cantons et des communes : les fournisseurs de l'e-ID peuvent être des entreprises et des organisations privées, mais aussi des unités administratives des cantons et des communes. En tant que prestataires de services d'identité, ils développent les supports d'identité électronique et gèrent les systèmes techniques. Pour pouvoir se certifier en tant que prestataire de services d'identité, les organisations doivent répondre à des exigences de sécurité élevées.
- Si la répartition des tâches prévue ne fonctionne pas, la loi stipule que la Confédération doit elle-même publier et exploiter l'e-ID (principe de subsidiarité).

5.2. La vérification de l'identité en tant que mission régalienn

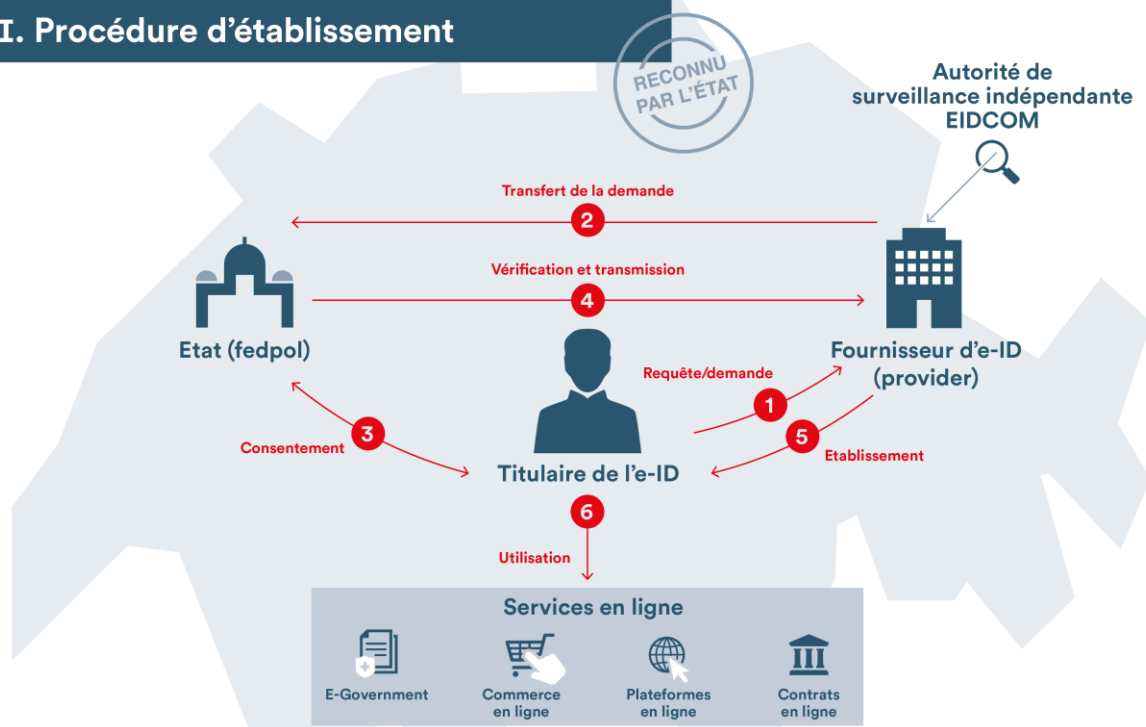
Comme pour le passeport ou la carte d'identité produite par des entreprises accréditées, la Confédération est responsable de la confirmation officielle d'une identité. En revanche, l'infrastructure technique est développée et exploitée par des entreprises privées. Cette répartition des tâches est pertinente.

La loi e-ID stipule clairement que la souveraineté sur les données d'identité reste exclusivement du ressort de la Confédération. Elle est la seule à pouvoir garantir l'exactitude des caractéristiques d'identification d'une personne. Elle ne renonce pas aux compétences régaliennes et ne donne pas accès aux registres de l'État à des tiers. Ceux-ci ne peuvent être vérifiés que pour la délivrance de l'e-ID auprès de l'État. Cela ne peut avoir lieu que sur demande de la personne concernée.

Graphique 2: Répartition des tâches lors de la délivrance d'une e-ID

Fonctionnement de l'e-ID suisse

I. Procédure d'établissement



5.3. Protection des données et sécurité

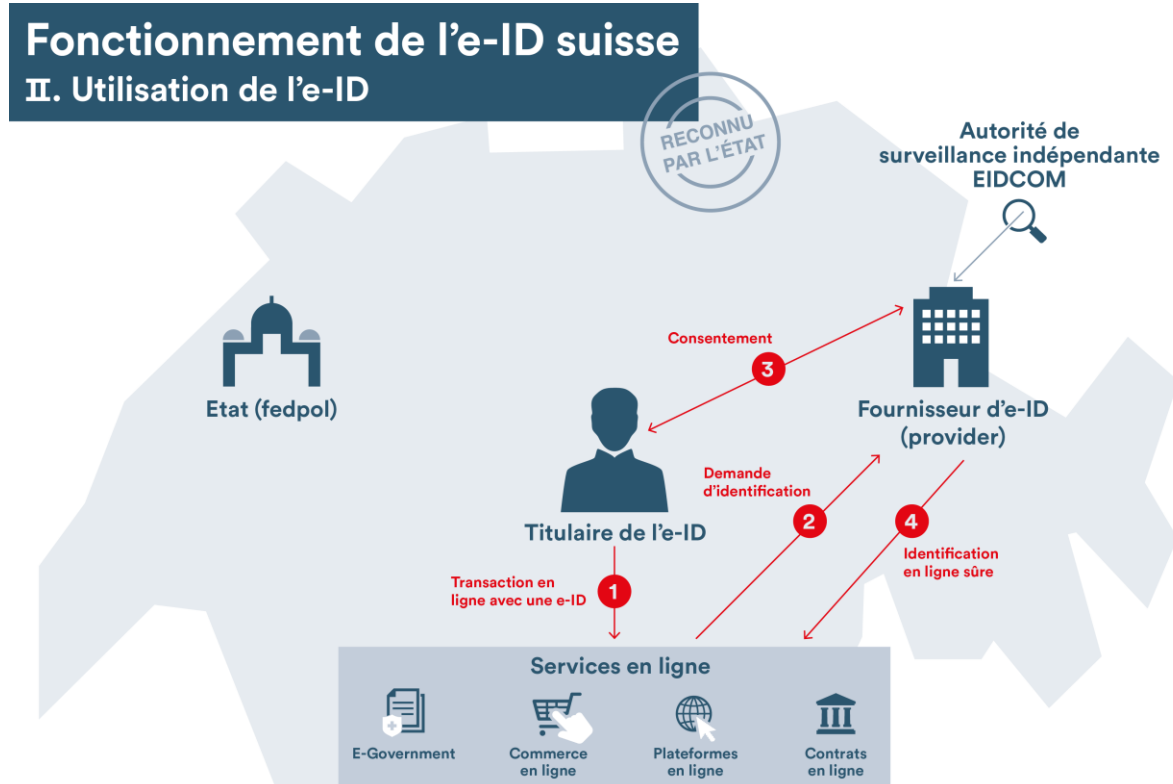
La loi e-ID respecte les principes de retenue quant à la quantité de données collectées et de transparence. Elle établit des règles strictes en matière de protection des données qui vont au-delà de la loi générale sur la protection des données.

- La loi stipule que les fournisseurs d'e-ID ne peuvent pas divulguer les données d'identification des personnes reçues et les informations qui en découlent et ne peuvent les utiliser qu'aux fins de leur identification pour le compte des titulaires d'e-ID. Les données doivent être stockées en Suisse conformément au droit suisse.
- Les fournisseurs d'e-ID doivent toujours séparer les données d'identification des personnes, les données d'utilisation et les autres données éventuelles. Il est interdit de commercialiser des données et les données d'utilisation doivent être effacées au bout de six mois. Les données d'utilisation ne doivent en outre indiquer que quand l'e-ID a été utilisée pour l'identification dans un service en ligne et pas pour quoi. Les fournisseurs d'e-ID ne sont pas informés du contenu de la transaction ; cette information reste entre le client et le prestataire de services en ligne.
- Le consentement du titulaire est toujours obligatoire. Il n'y a pas d'identification et de transfert de données sans que le propriétaire ait donné le mandat et donné son consentement.
- La loi sur l'e-ID permet aux utilisateurs d'avoir plus de contrôle et de transparence sur leurs données sur Internet : les détenteurs d'e-ID doivent avoir accès aux données en ligne et peuvent ainsi déterminer eux-mêmes qui reçoit des données et vérifier quelles données ils ont partagées avec quel service en ligne. Les détenteurs d'e-ID ont une transparence et une souveraineté totale sur l'utilisation de leurs données.
- La loi e-ID impose des exigences strictes en matière de sécurité des systèmes informatiques et impose à toutes les parties concernées des obligations strictes en matière de protection des données. Le respect de ces exigences est régulièrement vérifié par la Confédération. En outre,

les fournisseurs d'e-ID doivent avoir leur siège en Suisse et les données ne peuvent être stockées et traitées qu'en Suisse.

- Le respect de la protection des données et de toutes les autres conditions est régulièrement vérifié lors de la reconnaissance et du renouvellement de l'accréditation. En cas d'infraction, la loi e-ID prévoit le retrait de l'accréditation. Le préposé fédéral de la protection des données et à la transparence joue un rôle actif dans l'application de la loi.
- À l'inverse, l'État n'a aucun accès aux informations quant à l'utilisation de l'e-ID. La surveillance est exclue.²

Graphique 3: Répartition des tâches lors de l'utilisation d'un e-ID



6. Le référendum et ses conséquences

6.1. Pourquoi un référendum ?

Les partisans du référendum réclament une nouvelle loi avec une solution « strictement étatique ». Selon eux, le développement et l'exploitation du système e-ID ne doivent pas être effectués par des organisations privées, des cantons ou des communes.

6.2. À quoi ressemblerait une solution strictement étatique ?

Dans le cas d'une solution « strictement étatique », la Confédération devrait soit développer et exploiter elle-même la technologie soit acheter une solution sur le marché. Au Parlement, les opposants à la loi ont demandé ceci par une proposition de minorité ; plus précisément, il s'agirait d'une solution avec concession (comme par exemple pour la perception des redevances de radio et de télévision). Le mandat pour le développement et l'exploitation de l'e-ID serait ainsi attribué à une seule entreprise ou à un canton dans le cadre d'un appel d'offres. Cela créerait délibérément une

² Exception prévue par la loi : ordonnance du juge dans le cadre d'une procédure pénale.

situation de monopole. On peut s'attendre à ce qu'un appel d'offres doive être lancé au sein de l'OMC. Cela signifierait ainsi que le marché de l'e-ID pourrait également être attribué à un fournisseur étranger.

La question demeure de savoir comment faire face aux craintes de surveillance de l'État si la Confédération bénéficie d'un accès direct au système e-ID. On ne sait pas non plus dans quelle mesure la protection des données et la sécurité seraient meilleures dans un modèle avec un seul fournisseur ni comment résoudre les craintes d'une moins bonne pénétration du marché qui serait la conséquence selon le message du Conseil fédéral d'une solution strictement étatique.

6.3. Les conséquences d'un non

Un non à la loi e-ID signifierait des années supplémentaires sans solution suisse vérifiée et approuvée par l'État. La situation actuelle sans véritable réglementation pour l'identification électronique resterait inchangée. Cela constituerait un frein pour l'innovation et empêcherait de nombreuses solutions numériques des administrations publiques et des entreprises.

7. En un coup d'œil : voilà pourquoi un OUI à la loi e-ID est nécessaire le 7 mars 2021

Un OUI à la loi sur l'e-ID est un

- ✓ OUI pour plus de simplicité et de sécurité en ligne
- ✓ OUI à une Suisse qui dispose de son propre système e-ID indépendant
- ✓ OUI à des règles claires pour l'identification électronique
- ✓ OUI à davantage de protection des données et de contrôle sur ses propres données
- ✓ OUI à une solution sur base volontaire et à la liberté de choix
- ✓ OUI à une répartition des tâches pertinente entre Confédération, privés, cantons et communes
- ✓ OUI à une Suisse compétitive et innovative

Argumentarium zum E-ID-Referendum

Einleitung

Der Bundesrat und das Parlament wollen einen historischen Systemwechsel: Private Unternehmen sollen in Zukunft den digitalen Schweizer Pass (E-ID) ausstellen und sensible private Daten verwalten. An die Stelle des staatlichen Passbüros treten Grossbanken, Versicherungsgesellschaften und staatsnahe Konzerne.

Eine staatliche elektronische Identifikation (E-ID) ist die Identitätskarte und der Schweizer Pass im Internet. So könnten Behördengänge, Vertragsabschlüsse, aber auch das Ausüben von Volksrechten vereinfacht werden. Sie übernimmt online dieselbe Funktion wie ein amtlicher Ausweis beim Abholen von eingeschriebenen Briefen, dem Abschliessen eines Mobilfunkvertrags oder beim Abholen eines Betriebsregistrauszugs. Aber die E-ID ist noch mehr: Sie ist ein Pfeiler der digitalen Demokratie und wird auch für die Ausübung von Volksrechten zum Einsatz kommen. Wir benötigen daher keine E-Commerce-ID, sondern eine echte digitale Erweiterung der Identitätskarte, des Passes und des Ausländerausweises.

Eine [repräsentative Umfrage](#)¹ zeigt, dass 87% der Bevölkerung den digitalen Pass vom Staat beziehen wollen. Gerade beim Datenschutz fehlt das Vertrauen in private Unternehmen. Statt dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen, verabschiedeten sich Bund und Parlament mit dem Gesetz über elektronische Identifizierungsdienste ([BGEID](#))² von dieser staatlichen Kernaufgabe. Dagegen haben wir erfolgreich das Referendum ergriffen: So hat das Volk am 7. März 2021 das letzte Wort.

Das Referendum wird getragen von der Digitalen Gesellschaft, der unabhängigen Schweizer Kampagnenorganisation Campax, der Demokratie-Plattform WeCollect und dem Verein PublicBeta. Unterstützt werden wir bereits von der SP Schweiz, den Grünen, der GLP und der Piratenpartei, VPOD, Internet Society Switzerland, Grundrechte.ch, dem Schweizer Seniorenrat (SSR), dem Schweizer Verband für Seniorenfragen (SVS), der Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz (VASOS) sowie engagierten Mitgliedern aus allen Parteien.

Was ist das Ziel einer staatlichen elektronischen Identifizierung (E-ID)?

Eine E-ID dient zum Nachweis der eigenen Identität in der virtuellen Welt, vergleichbar mit Identitätskarte oder Pass in der physischen Welt. Sie schafft damit die Möglichkeit, sich im Internet auf sichere und einfache Weise auszuweisen, wie es auch der Bundesrat als Ziel definiert. Entsprechend enthält die E-ID die üblichen amtlichen Personenidentifizierungsdaten, wie der amtliche Name, das Geburtsdatum, der Geburtsort oder das Gesichtsbild.

Der Bedarf nach einer nutzerfreundlichen und vertrauenswürdigen elektronischen Identifizierung (E-ID) besteht speziell für E-Government-Anwendungen. Bis anhin waren sämtliche Gemeinden und Kantone individuell dafür verantwortlich, wie die Benutzerinnen und Benutzer auf ihren Portalen authentifiziert werden können, um beispielsweise die Steuererklärung einzureichen. Als

1 <https://www.digitale-gesellschaft.ch/2019/05/27/ueberwaeltigende-mehrheit-will-digitalen-pass-vom-staat-repraesentative-umfrage-zur-e-id/>

2 <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2019/6567.pdf>

Argumentarium zum E-ID-Referendum

Pfeiler der digitalen Demokratie wird die E-ID auch für die Ausübung von Volksrechten zum Einsatz kommen.

Zudem würde das Abschliessen von Verträgen, bei denen eine Ausweispflicht besteht (Mobilfunkvertrag abschliessen, Bankkonto eröffnen) oder die eine Schriftlichkeit voraussetzen, mit einer E-ID online vereinfacht.

Was ist mit E-Commerce?

Für das Abschliessen von Verträgen und das Nutzen von Dienstleistungen wird in den meisten Fällen kein Ausweis und keine Unterschrift benötigt. Dies muss auch online so bleiben. Eine staatliche E-ID muss für private Online-Portale nutzbar sein, falls solche Anforderungen zur Identifikation oder Vertragserfüllung bestehen - es ist aber kein Gesetz nötig, das ein universelles Login schafft, welches auf möglichst vielen Websites funktioniert. Leider sieht das beschlossene [E-ID-Gesetz](#)³ zudem keine (kombinierbare) elektronische Unterschrift vor.

Hilft die E-ID unsere Daten vor Tech-Giganten zu schützen?

Im Gegenteil: Das beschlossene E-ID-Gesetz, welches eine Privatisierung der E-ID vorsieht, verschafft auch den internationalen Tech-Giganten die Möglichkeit, zu Herausgebern der E-ID zu werden.

Jedoch kann der Grossteil der Logins nicht durch eine Schweizer E-ID abgelöst werden, da es keine internationale Lösung ist. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz werden sich auch in Zukunft weder bei Facebook und Google noch bei anderen internationalen Anbietern mit der Schweizer E-ID anmelden können. Ein zentrales Login ist zudem nicht nur aus Sicht des Datenschutzes problematisch, sondern bedeutet beim Verlust des dazugehörigen Passworts auch ein grosses Risiko, da alle verbundenen Dienste betroffen sind. Gegen die Überwachung durch die internationalen Tech-Giganten hilft kein neues E-ID-Gesetz sondern vielmehr griffige Datenschutzbestimmungen (wie beispielsweise ein Koppelungsverbot und die internationale Durchsetzbarkeit, wie sie die EU-DSGVO kennen). Es ist zudem wichtig, dass die Interessenlage der Herausgeber und die Finanzierung der E-ID transparent sind.

Welches sind die Probleme beim Datenschutz?

Mit dem beschlossenen E-ID-Gesetz fallen an drei nennenswerten Berührungspunkten personenbezogene Daten an:

1. Beim Bundesamt für Polizei (Fedpol) wird eine neue, zentrale Datenbank geschaffen. Diese wird für die Ausstellung der E-ID durch die Identitäts-Provider (IdP) und für die laufende Aktualisierung der Personendaten bei den Online-Diensten verwendet, welche die E-ID zur Authentifizierung einsetzen. Das Fedpol soll die verschiedenen Personenidentifizierungsdaten aus unterschiedlichen Registern zusammenführen können.
2. Bei den privaten Anbietern der E-ID (IdP) fallen bei jedem Login Daten an. Laut Gesetz dürfen die IdP zwar «die Daten, die bei einer Anwendung der E-ID entstehen, und darauf basierende Nutzungsprofile» nicht kommerziell verwerten. Die Daten dürfen jedoch für sechs Monate gespeichert werden. Würde dem Prinzip der Datensparsamkeit gefolgt, wären sie hingegen unverzüglich zu löschen. Eine wirklich clevere Lösung würde zudem

³ <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2019/6567.pdf>

Argumentarium zum E-ID-Referendum

dem Prinzip «Privacy by Design» folgen und eine Systemarchitektur wählen, bei der diese Daten gar nicht erst bei einer zentralen Stelle anfallen.

3. Eine angemeldete Person (mit oder ohne E-ID) kann einfach und lückenlos getrackt werden. Es besteht die Gefahr, dass für alltägliche Vorgänge eine Anmeldung mehr und mehr nötig wird und somit Persönlichkeitsprofile erstellt werden können. Dafür lockt dann beispielsweise beim Stöbern im Online-Shop ein individueller Rabatt. Der Weg zu einem personalisierten Preis – und damit zu einem gläsernen Kunden – ist so nicht mehr weit. Wirkungsvolle Schranken bringen auch hier nur griffige Datenschutzbestimmungen.

Kann die SwissCovid App als Vorbild dienen?

Mit der Contact Tracing App hat sich zum ersten mal ein IT-Projekt des Bundes – in Zusammenarbeit von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Behörden – konsequent und von Beginn an dem Datenschutz verschrieben. Das Projekt hat gezeigt, dass sich Privatsphäre und Nützlichkeit nicht ausschliessen (resp. die Mängel der App nicht im Zusammenhang mit dem Schutz der Privatsphäre stehen). Eine dezentrale Architektur, Privacy-by-Design und Open Source Software ist auch bei der E-ID möglich. Die kommerziellen Lösungen werden dem aber nicht entsprechen. Das beschlossene Gesetz sieht zudem einen zentralen Ansatz vor.

Was meint die Bevölkerung?

Eine [repräsentative Umfrage](#)⁴ von Demoscope aus dem Mai 2019 zeigt, dass 87% der Bevölkerung die E-ID vom Staat beziehen wollen. Nur gerade 2% möchten die geplante E-ID von privaten Unternehmen ausgestellt erhalten. Insbesondere beim Datenschutz fehlt der Bevölkerung das Vertrauen in private Unternehmen. 81% der befragten Personen erachten zudem die rechtsverbindliche elektronische Unterschrift als wichtig.

Die repräsentative Umfrage zeigt sehr deutlich, dass bei den gewünschten Anwendungen Behördengänge und die politische Teilhabe ganz vorne stehen. Das Ausstellen einer E-ID ist ein zentrales Element von E-Government und auch der digitalen Demokratie. Entsprechend ist es wichtig, dass diese Aufgabe vom Staat wahrgenommen wird.

Auch das Digital Democracy Lab der Universität Zürich hat 2019 eine repräsentative Umfrage gemacht, die zu [ähnlichen Umfragewerten](#)⁵ gekommen ist.

Was macht Europa?

In der EU gilt seit 2016 die [eIDAS-Verordnung](#)⁶. Diese ermöglicht eine elektronische Identifizierung wie auch elektronische Unterschriften und die länderübergreifende Anerkennung der Systeme. Die eIDAS-Verordnung lässt neben den herkömmlichen kartenbasierten Signaturen (Smartcard) auch sogenannte Fernsignaturen zusammen mit der Online-Ausweisfunktion zu, was die Handhabung deutlich vereinfachen soll.

4 <https://www.digitale-gesellschaft.ch/2019/05/27/ueberwaeltigende-mehrheit-will-digitalen-pass-vom-staat-repraesentative-umfrage-zur-e-id/>

5 https://digdemlab.io/docs/DigDemLab_Report_eID.pdf

6 https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/DigitaleGesellschaft/eIDAS/eIDAS_node.html

Argumentarium zum E-ID-Referendum

Zurzeit lassen sich viele EU-Staaten ihre elektronischen Identifizierungssysteme gemäss der eIDAS-Verordnung zertifizieren. Die meisten davon mit ihren [staatlichen E-ID-Lösungen](#)⁷. Für eine gegenseitige Anerkennung muss die Schweiz mit der EU einen neuen Staatsvertrag abschliessen. Ohne Rahmenabkommen mit der EU ist dies jedoch unmöglich.

Ist die Forderung nach einer staatlichen E-ID nicht übertrieben, da es sich ja nicht um einen elektronischen Pass handelt?

Die E-ID ist gegenwärtig kein international anerkanntes Reisedokument. Sie übernimmt online aber dieselbe Funktion, wie es ein amtlicher Ausweis beim Abholen von eingeschriebenen Briefen, dem Abschliessen eines Mobilfunkvertrags, der Bescheinigung des Alters beim Kauf von Spirituosen und beim Abholen eines Betreibungsregistrauszugs tut. Die E-ID ist das elektronische Äquivalent zur Identitätskarte. Sie trägt auch dieselben persönlichen Daten.

Der Bundesrat macht in seiner Botschaft zum Gesetz selbst die Analogie mit dem Pass. Auch das Bundesamt für Polizei (fedpol), zuständig für Pass und Identitätskarte, schreibt in ihrem [Konzept](#)⁸ zur E-ID 2015: «Eine eID dient zum Nachweis der eigenen Identität in der virtuellen Welt, vergleichbar mit Identitätskarte oder Pass in der physischen Welt.»

Zudem gibt es internationale Bestrebungen, wie ID2020 oder die Known Traveller Digital Identity (KTDI), welche Reisedokumente digitalisieren möchten. Es dürfte eine Frage der Zeit sein, bis mit einer elektronischen Identität auch gereist werden kann.

Befürworter behaupten, die E-ID würde vom Staat herausgegeben

Gemäss beschlossenem Gesetz wären private Unternehmen Herausgeber der E-ID. Diese stellen die E-ID aus, machen die Vermarktung, stellen die Infrastruktur und sind Ansprechpartner gegenüber den Bürgerinnen und Bürger. Der Bund tritt zu keinem Zeitpunkt direkt in Erscheinung. Es wäre, als ob man die Identitätskarte am Schalter der Credit Suisse (CS) beantragt und bezieht, diese das Logo der CS trägt und man sich gegenüber der CS ausweist, um zum Beispiel seinen Betreibungsregistrauszug zu bestellen. Damit soll erstmals die Bewirtschaftung eines Schweizer Ausweisdokumentes privatisiert und dem Markt überlassen werden.

Die Frage, wer die E-ID herausgeben soll, hat die parlamentarische Debatte vom Rückweisungsantrag bis zur letzten Differenz geprägt. Am Schluss hat sich das Parlament gegen den Kompromiss ausgesprochen, dass auch der Staat (in Ergänzung zu den Privaten) eine E-ID herausgeben kann.

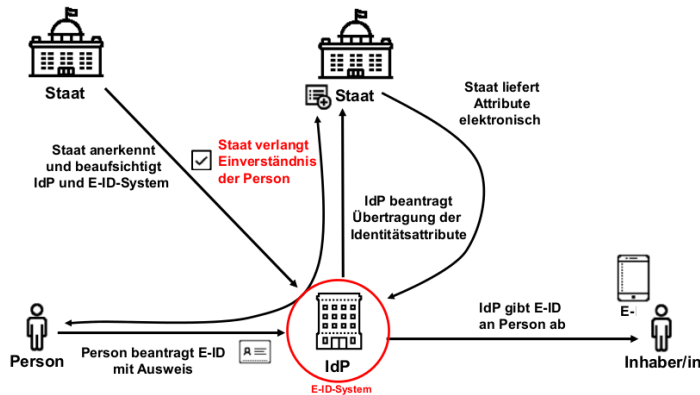
Die beiden Grafiken aus einer Präsentation des Bundesamtes für Justiz zeigen die zentrale Rolle der privaten Herausgeber (IdP) der E-ID:

⁷ <https://www.republik.ch/2019/05/28/das-maerchen-des-unfaehigen-staates>

⁸ <https://www.digitale-gesellschaft.ch/uploads/2019/09/20150513-Konzept-f%C3%BCr-schweizerische-staatlich-erkannte-eID-Systeme.pdf>

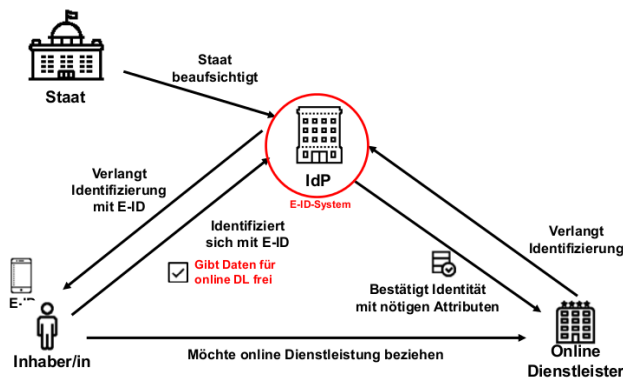
Argumentarium zum E-ID-Referendum

Ausstellung einer E-ID



15. November 2017
Daniel Gruber, Vizedirektor Bundesamt für Justiz BJ

Einsatz einer E-ID



15. November 2017
Daniel Gruber, Vizedirektor Bundesamt für Justiz BJ

Ist denn nicht die Eidgenössische E-ID-Kommission (EIDCOM) eine gute Lösung?

Die neu vorgesehene EIDCOM wacht über die Einhaltung des E-ID-Gesetzes. Die E-ID wird jedoch weiterhin von privaten Unternehmen ausgestellt. Am vorgegebenen Rahmen und an der Ausrichtung des Gesetzes ändert sich durch die EIDCOM nichts.

Die Kommission ist zuständig für die Anerkennung der privaten Herausgeber (IdP) und kann eine solche auch wieder entziehen. Sie wird zu diesem Mittel aber kaum greifen, wenn es sich um einen marktmächtigen Herausgeber handelt und durch den Entzug u.U. mehrere Millionen E-IDs ungültig werden und das System zum Erliegen kommt.

Wie funktioniert die Produktion des analogen Schweizer Passes?

Der Schweizer Pass wird beim Bundesamt für Bauten und Logistik [hergestellt](#)⁹. Konkret setzt dieses den Pass aus den angelieferten Bestandteilen zusammen und versieht ihn mit den persönlichen Angaben.

⁹ <https://www.nzz.ch/schweiz/e-id-warum-sie-eher-einer-kreditkarte-gleicht-als-einem-pass-ld.1469233>

Argumentarium zum E-ID-Referendum

Der Kanton Schaffhausen hat 2018 eine E-ID [eingeführt](#)¹⁰. Die Infrastruktur wird vom Informatikunternehmen von Kanton und Stadt Schaffhausen (KDS) betrieben. Die persönlichen Daten werden dezentral bei den Nutzerinnen und Nutzern gespeichert. Die Lösung wurde von der Procivis AG eingekauft.

Wie viel Zeit braucht es, um eine alternative E-ID Lösung einzuführen?

Liechtenstein hat 2020 – nur gerade ein Jahr nach der Ausschreibung – eine staatliche E-ID eingeführt. Erst der Einbezug der Wirtschaft macht ein ausführliches Gesetz, Verordnungen und weitere Regulierungen nötig. Eine E-ID vom Staat wäre schlanker sowie einfacher und rascher umzusetzen.

Was wäre eine Alternative? Braucht es das Gesetz überhaupt?

Beglaubigte Identifikationsmerkmale und ein qualifiziertes Zertifikat könnten beispielsweise sicher auf ID, Pass oder Ausländerausweis gespeichert werden (Smartcard). Die Smartcard könnte auch gleich als zweiter Faktor bei der Authentifizierung verwendet werden. Das Hantieren mit heiklen biometrischen Merkmalen – wie es das E-ID-Gesetz vorsieht – wäre nicht notwendig.

Als Gesetzesgrundlage ist kein neues E-ID-Gesetz nötig. Es kann das bestehende Ausweisgesetz herangezogen werden:

Art. 2 Abs. 2quater AwG: *Der Ausweis kann zudem elektronische Identitäten für Authentisierungs-, Signatur- und Verschlüsselungsfunktionen enthalten.*

Als Kartenleser für die E-ID könnte auch ein Smartphone mit Funk-Schnittstelle zur SmartCard dienen. Die quelloffene AusweisApp2 bietet dies in Deutschland für den Personalausweis und den Aufenthaltstitel (für nicht EU-Bürgerinnen und Bürger) an.

¹⁰ <https://get.eid.sh.ch/>

Argumentaire sur le référendum contre l'e-ID

Introduction

Le Conseil fédéral et le Parlement souhaitent un changement de système historique: à l'avenir, les entreprises privées devront délivrer le passeport suisse numérique (e-ID) et gérer les données privées sensibles. Le bureau des passeports de l'État sera remplacé par de grandes banques, des compagnies d'assurance et des sociétés proches de l'État.

Une identification électronique de l'État (e-ID), c'est la carte d'identité et le passeport suisse sur Internet. Ainsi, les démarches auprès des autorités, la conclusion de contrats, mais également l'exercice des droits citoyens pourraient être simplifiés. Elle remplit la même fonction en ligne qu'un document d'identité officiel lors de la réception de lettres recommandées, de la conclusion d'un contrat de téléphonie mobile ou de la réception d'un extrait du registre de recouvrement de créances. Mais l'e-ID est bien plus que cela: c'est un pilier de la démocratie numérique et sera également appliquée pour l'exercice des droits populaires. Par conséquent, nous n'avons donc pas besoin d'un identifiant de commerce électronique, mais d'une véritable extension numérique de la carte d'identité, du passeport et de la carte de séjour.

Selon un sondage [représentatif](#)¹, 87 % de la population souhaite se faire délivrer le passeport numérique par l'État. Un manque de confiance net à l'égard des entreprises privées est constaté en particulier au niveau de la protection des données. Au lieu de tenir compte des attentes de la population, avec la loi sur les services d'identification électronique ([LSIE](#)²), la Confédération et le Parlement ont renoncé à ce devoir fondamental de l'État. Contre cette décision, nous avons pris le référendum avec succès: le peuple aura le dernier mot le 7 mars 2021.

Le référendum est soutenu par la Société numérique, l'organisation indépendante suisse de campagne Campax, la plateforme démocratique WeCollect et l'association PublicBeta. Nous sommes déjà soutenus par le PS Suisse, les Verts, le BPL et le Parti Pirate, le SSP, Internet Society Switzerland, droits [fondamentaux.ch](#)³, Conseil suisse des aînés (CSA), Association suisse des Aînés (ASA), Fédération des Associations des retraités et de l'entraide en Suisse (FARES) ainsi que des membres engagés de tous les partis.

Quel est l'objectif d'une identification électronique de l'État (e-ID)?

Comme une carte d'identité ou un passeport dans le monde physique, une carte d'identité électronique sert de preuve d'identité dans le monde virtuel. Elle crée ainsi la possibilité de s'identifier de manière sûre et simple sur Internet, comme le définit également le Conseil fédéral. Par conséquent, l'e-ID contient les données d'identification personnelles officielles habituelles, telles que le nom officiel, la date de naissance, le lieu de naissance ou l'image faciale.

1 <https://www.digitale-gesellschaft.ch/2019/05/27/ueberwaeltigende-mehrheit-will-digitalen-pass-vom-staat-repraesentative-umfrage-zur-e-id/>

2 <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2019/6567.pdf>

3 <http://fondamentaux.ch>

Argumentaire sur le référendum contre l'e-ID

Le besoin d'une identification électronique conviviale et fiable (e-ID) existe en particulier dans le cadre des applications de l'administration en ligne. Jusqu'à présent, toutes les communes et tous les cantons étaient individuellement responsables de la manière dont les utilisateurs pouvaient être authentifiés sur leurs portails pour soumettre leur déclaration d'impôts, par exemple. En tant que pilier de la démocratie numérique, l'e-ID sera également utilisée dans l'exercice des droits populaires.

En outre, la conclusion de contrats pour lesquels l'identification est obligatoire (conclusion d'un contrat de téléphonie mobile, ouverture d'un compte bancaire) ou qui exigent une forme écrite serait simplifiée avec une e-ID en ligne.

Qu'en est-il du commerce électronique?

Dans la plupart des cas, aucune pièce de légitimation ou signature n'est requise pour conclure des contrats ou utiliser des services. Ce qui doit également rester le cas en ligne. Une e-ID de l'État doit être utilisable sur les portails en ligne privés, pour autant que de telles exigences d'identification ou d'exécution d'un contrat le prévoient - mais il n'est pas nécessaire d'avoir une loi qui crée un login universel pouvant être utilisé sur le plus grand nombre de sites web possible. Malheureusement, la loi adoptée sur l'EID3 ne prévoit pas de signature électronique (combinable).

L'e-ID contribuera-t-elle à protéger nos données contre les géants de la technologie?

Au contraire: la loi sur l'e-ID qui a été adoptée et qui prévoit la privatisation de l'e-ID, offre également aux géants technologiques internationaux la possibilité de devenir des émetteurs d'e-ID.

Cependant, la majorité des logins ne peuvent pas être remplacés par une e-ID suisse puisqu'il ne s'agit pas d'une solution internationale. À l'avenir, les résidents suisses ne pourront toujours pas se connecter à Facebook ni Google ni à d'autres fournisseurs internationaux avec leur e-ID suisse. Par ailleurs, un login central n'est pas seulement problématique au niveau de la protection des données, mais représente également un risque majeur en cas de perte du mot de passe concerné, car tous les services interconnectés en sont affectés. Ce n'est pas en créant une nouvelle loi sur l'e-ID que la lutte contre les géants internationaux de la technologie pourra être menée à bien, mais plutôt par des dispositions fortes pour la protection des données (telles que l'interdiction de vente jumelée et l'applicabilité internationale, comme l'UE-DSGVO). Il est également important que les intérêts des émetteurs et le financement de l'e-ID soient transparents.

Quels sont les problèmes liés à la protection des données?

Avec l'adoption de la loi sur l'e-ID, les données personnelles sont touchées par trois points de contact notables:

1. Une nouvelle base de données centrale est créée à l'Office fédéral de la police (fedpol). Celle-ci sera utilisée pour la délivrance de l'e-ID par les fournisseurs d'identité (IdP) et pour la mise à jour permanente des données personnelles pour les services en ligne qui utilisent l'e-ID pour l'authentification. Fedpol devra pouvoir fusionner les différentes données d'identification personnelles provenant de différents registres.

Argumentaire sur le référendum contre l'e-ID

2. À chaque login, des données sont générées chez les fournisseurs privés de l'e-ID (IdP). Selon la loi toutefois, les IdP ne sont pas autorisés à exploiter commercialement «les données générées par une application de l'e-ID ni les profils d'utilisation basés sur celle-ci». Toutefois les données peuvent être conservées pendant six mois. Si par contre le principe de l'économie des données était observé, les données devraient être supprimées immédiatement. Une solution vraiment intelligente consisterait en outre à suivre le principe «Privacy by Design» et à choisir une architecture de système dans laquelle ces données n'accèdent pas à un endroit central.
3. Une personne enregistrée (avec ou sans e-ID) est facilement traçable et ce, en continu. Le risque existe qu'un enregistrement devienne de plus en plus nécessaire pour les transactions quotidiennes et qu'ainsi des profils de personnalité puissent être créés. En revanche, la tentation d'une remise individuelle apparaîtra en parcourant une boutique en ligne. Le chemin vers un prix personnalisé - et donc vers un client transparent - n'est plus très loin. Là aussi, des obstacles effectifs ne peuvent être créés que par des dispositions efficaces en matière de protection des données.

L'application SwissCovid peut-elle servir de référence?

Avec l'application de traçage des contacts SwissCovid, pour la première fois un projet informatique fédéral - en coopération avec la science, la société civile et les autorités - a été vouée à la protection des données dès le début. Le projet a montré que le respect de la vie privée et l'utilité ne s'excluent pas mutuellement (voire, que les défauts de l'application ne sont pas associés à la protection de la vie privée). Une architecture décentralisée, le respect de la vie privée dès la conception et des logiciels open source sont également possibles pour l'e-ID. Toutefois, les solutions commerciales ne s'y conformeront pas. La loi qui a été adoptée prévoit en outre une approche centralisée.

Qu'en pense la population?

Une [enquête](#)⁴ représentative menée par Demoscope en mai 2019 montre que 87 % de la population souhaitent obtenir l'e-ID de l'État. Seuls 2% souhaitent que l'e-ID prévue soit délivrée par des entreprises privées. Le manque de confiance de la population envers les entreprises privées réside principalement dans la protection des données. En outre, 81 % des personnes interrogées considèrent que la signature électronique juridiquement contraignante est importante.

L'enquête représentative montre très clairement que dans les applications souhaitées, les procédures administratives et la participation politique figurent en tête de liste. L'émission d'une

⁴ <https://www.digitale-gesellschaft.ch/2019/05/27/ueberwaeltigende-mehrheit-will-digitalen-pass-vom-staat-repraesentative-umfrage-zur-e-id/>

Argumentaire sur le référendum contre l'e-ID

e-ID est un devoir central de la cyberadministration ainsi que de la démocratie numérique. Il est donc capital que cette tâche soit accomplie par l'État.

Le Digital Democracy Lab de l'Université de Zurich a également mené une [enquête](#)⁵ représentative en 2019 qui est parvenue à des résultats d'enquête similaires.

Que fait l'Europe?

Au sein de l'UE, le règlement [eIDAS](#)⁶ est en vigueur depuis 2016. Il permet l'identification électronique ainsi que les signatures électroniques et la reconnaissance transfrontalière des systèmes. Outre les signatures conventionnelles basées sur des cartes (cartes à puce), le règlement eIDAS autorise également les signatures dites à distance ainsi que la fonction d'identification en ligne, ce qui a pour but de simplifier considérablement le maniement.

Actuellement, de nombreux États membres de l'UE font certifier leurs systèmes d'identification électronique conformément au règlement eIDAS. La plupart d'entre eux avec [leurs solutions d'e-ID étatiques](#)⁷. Pour une reconnaissance mutuelle, la Suisse doit conclure un nouveau traité d'État avec l'UE. Ce qui est toutefois impossible sans accord-cadre avec l'UE.

L'exigence d'une e-ID étatique n'est-elle pas exagérée, puisqu'il ne s'agit pas d'un passeport électronique?

Actuellement, l'e-ID n'est pas un document de voyage reconnu au niveau international. En ligne, elle remplit toutefois la même fonction qu'une pièce d'identité officielle lorsqu'elle permet le retrait de lettres recommandées, la conclusion d'un contrat de téléphonie mobile, la certification de l'âge lors de l'achat de spiritueux et la réception d'un extrait du registre de recouvrement des créances. L'e-ID est l'équivalent électronique de la carte d'identité. Elle contient également les mêmes données personnelles.

Le Conseil fédéral lui-même crée l'analogie avec le passeport dans son message sur la loi. L'Office fédéral de la police (fedpol), qui est responsable des passeports et des cartes d'identité, écrit également dans son [concept](#)⁸ 2015 sur l'e-ID: «Une e-ID sert de preuve de l'identité d'une personne dans le monde virtuel, au même titre qu'une carte d'identité ou un passeport dans le monde physique».

En outre, des efforts internationaux, tels que ID2020 ou la Known Traveller Digital Identity

5 https://digdemlab.io/docs/DigDemLab_Report_eID.pdf

6 https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/DigitaleGesellschaft/eIDAS/eIDAS_node.html

7 <https://www.republik.ch/2019/05/28/das-maerchen-des-unfaehigen-staaten>

8 <https://www.digitale-gesellschaft.ch/uploads/2019/09/20150513-Konzept-f%C3%BCr-schweizerische-staatlich-erkannte-eID-Systeme.pdf>

Argumentaire sur le référendum contre l'e-ID

(KTDI), visent à numériser les documents de voyage. Il est très probable que ce soit une question de temps avant que cela ne devienne une réalité.

Des protagonistes prétendent que l'e-ID serait délivrée par l'État

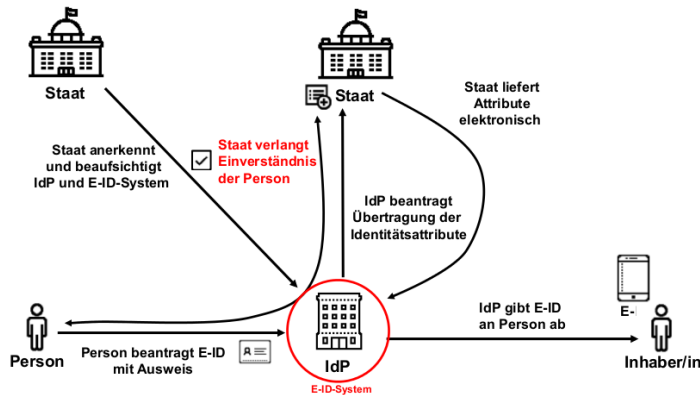
Conformément à la loi adoptée, les entreprises privées seraient les émetteurs de l'e-ID. Celles-ci délivrent l'e-ID, se chargent de leur promotion sur le marché, fournissent l'infrastructure et sont les interlocutrices des citoyennes et citoyens. À aucun moment, la Confédération n'apparaît directement. Ce serait par exemple comme si on demandait et recevait la carte d'identité au guichet du Crédit Suisse (CS), elle porterait le logo du CS et on s'identifierait auprès du CS pour commander son extrait du registre des poursuites. Pour la première fois la gestion d'un document d'identité suisse doit être privatisée et transmise au marché.

La question de savoir qui doit délivrer l'e-ID a marqué le débat parlementaire, de la motion de rejet à la dernière divergence. Finalement, le Parlement a rejeté le compromis selon lequel l'État (en complément du secteur privé) pourrait également délivrer une e-ID.

Les deux graphiques d'une présentation de l'Office fédéral de la justice montrent le rôle central des émetteurs privés (IdP) de l'e-ID:

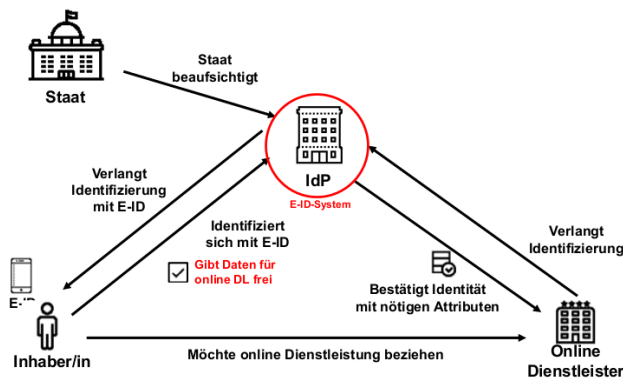
Argumentaire sur le référendum contre l'e-ID

Ausstellung einer E-ID



15. November 2017
Daniel Gruber, Vizedirektor Bundesamt für Justiz BJ

Einsatz einer E-ID



15. November 2017
Daniel Gruber, Vizedirektor Bundesamt für Justiz BJ

La Commission fédérale d'identification électronique (EIDCOM) n'est-elle pas une bonne solution?

La nouvelle EIDCOM prévue veille au respect de la loi sur l'e-ID. Toutefois, l'e-ID continuera d'être délivrée par des entreprises privées. L'EIDCOM ne pourra changer ni le cadre prescrit, ni l'orientation de la loi.

La Commission est responsable de la reconnaissance des émetteurs privés (IdP) et est également habilitée à retirer cette reconnaissance. Toutefois, il est peu probable qu'elle recourt à ce moyen si l'émetteur en question dispose d'un pouvoir de marché et que ce retrait entraîne l'invalidation de plusieurs millions d'e-ID et la paralysie du système.

Argumentaire sur le référendum contre l'e-ID

Comment fonctionne la production du passeport suisse analogique?

Le passeport suisse est établi par l'Office fédéral des constructions et de la [logistique](#)⁹. Concrètement, il élabore le passeport à partir des éléments transmis et lui attribue les caractéristiques personnelles.

Le canton de Schaffhouse a [introduit](#)¹⁰ une e-ID en 2018. L'infrastructure est exploitée par la société informatique du canton et de la ville de Schaffhouse (KDS). Les données personnelles sont stockées de manière décentralisée auprès des utilisateurs. La solution a été achetée à/par? Procvivis AG.

Combien de temps faut-il pour introduire une solution alternative de l'e-ID?

Des éléments d'identification authentifiés et un certificat qualifié pourraient, par exemple, être sauvegardés en toute sécurité sur une carte d'identité, un passeport ou une carte de séjour (carte à puce). La carte à puce pourrait en même temps être utilisée comme un second facteur d'authentification. La gestion des caractéristiques biométriques sensibles - comme prévue dans la loi sur l'e-ID - ne serait pas nécessaire.

⁹ <https://www.nzz.ch/schweiz/e-id-warum-sie-eher-einer-kreditkarte-gleicht-als-einem-pass-ld.1469233>

¹⁰ <https://sh.ch/CMS/Webseite/Kanton-Schaffhausen/Beh-rde/Services/Schaffhauser-eID--2077281-DE.html>